

**29. Parteitag der CDU Deutschlands**

**CDU**

6. – 7. Dezember 2016 · Grugahalle · Messe Essen

# **Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission**

<b>A - ORIENTIERUNG IN SCHWIERIGEN ZEITEN – FÜR EIN ERFOLGREICHES DEUTSCHLAND UND EUROPA</b>	<b>3</b>
<b>B - STATUT</b>	<b>24</b>
<b>C - SONSTIGE ANTRÄGE</b>	<b>26</b>

# **Antrag A des Bundesvorstands**

**Orientierung in schwierigen Zeiten –  
für ein erfolgreiches Deutschland  
und Europa.**

## Antrag Nr. A 1 - Bundesvorstand

- 1 1.  
2 Orientierung in schwierigen Zeiten –  
3 für ein erfolgreiches Deutschland und Europa
- 4 In weniger als zehn Monaten findet die Wahl zum nächsten  
5 Deutschen Bundestag statt. Mit dem 29. Parteitag in Essen eröffnen  
6 wir die Diskussion darüber, wie wir in der Zeit von 2017 bis 2021  
7 unser Land und Europa voranbringen wollen. Unser Angebot richtet  
8 sich an alle Menschen in unserem Land, denn wir sind die  
9 Volkspartei CDU.
- 10 Dieser Antrag beschreibt den Rahmen und die Grundsätze für unser  
11 gemeinsames Wahlprogramm, das wir im Frühjahr mit den  
12 Mitgliedern von CDU und CSU sowie den Bürgerinnen und Bürgern  
13 in einem offenen Prozess diskutieren und danach verabschieden  
14 wollen. In Vorbereitung darauf werden wir auf dem Essener  
15 Parteitag ausgewählte Politikbereiche vertieft erörtern, die für die  
16 politische Arbeit der nächsten Jahre von besonderer Bedeutung  
17 sind.
- 18 Im Anschluss an den Parteitag werden wir bis zum Frühjahr  
19 konkrete Vorschläge erarbeiten und dabei in besonderer Weise die  
20 Arbeit der Bundesfachausschüsse und die Ergebnisse unserer  
21 Deutschlandkongresse berücksichtigen, die wir gemeinsam mit der  
22 CSU zu den großen Themen unserer Zeit durchgeführt haben.

Zur Ziffer 1 gehört der Antrag A 1

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 2 - Bundesvorstand

- 23 2.  
24 Wo wir stehen:
- 25 CDU und CSU tragen seit über einem Jahrzehnt gemeinsam  
26 Führungsverantwortung für die Politik in Deutschland. Es waren und  
27 sind gute Jahre für unser Land. Wir haben die Arbeitslosigkeit  
28 halbiert, es sind vier Millionen Arbeitsplätze zusätzlich entstanden,  
29 wir haben die Politik des Schuldenmachens beendet, die Systeme  
30 der sozialen Sicherheit stabilisiert und die Investitionen in Bildung,  
31 Forschung, Infrastruktur und Zukunft enorm gesteigert. Erstmals  
32 seit Jahren sind die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und  
33 Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern wieder deutlich über die  
34 Inflationsmarke gestiegen. Vier Jahre lang keine neuen Schulden  
35 und keine neue Steuern, dieses Versprechen aus dem letzten  
36 Wahlkampf haben wir eingelöst. Deutschland gehört heute zu den  
37 wettbewerbsfähigsten Ländern weltweit, unsere Wirtschaft wächst  
38 und Arbeitsplätze entstehen. Dies schafft auch neue Spielräume im  
39 Haushalt.

Zur Ziffer 2 gehört der Antrag A 2

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 3 - Bundesvorstand

40 3.  
41 Weil die Erfolge unserer Politik sichtbar sind, vertrauen viele  
42 Menschen auch für die Zukunft auf die Verlässlichkeit und die  
43 Gestaltungskraft unserer Politik. Wir wollen in dieser Zeit  
44 Orientierung und Führung geben, den Wandel aktiv gestalten und so  
45 verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Auf dieser Basis  
46 werben wir bei allen Bürgerinnen und Bürgern um ein neues und  
47 starkes Mandat bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr.

48 Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern mischt sich in die Freude über  
49 das Erreichte zunehmend Sorge über Krisen und Entwicklungen in  
50 unserer europäischen Nachbarschaft und in anderen Regionen  
51 weltweit. Dazu gehören die Krise in der Ukraine, der  
52 Zusammenbruch ganzer Staaten im Mittleren und Nahen Osten und  
53 in Afrika, der Krieg in Syrien und die dadurch ausgelöste  
54 Flüchtlingsbewegung nach Europa, das Erstarren des  
55 islamistischen Terrorismus, der Putschversuch in der Türkei und  
56 seine besorgniserregenden innenpolitischen Folgen. Der Ausgang  
57 des Referendums über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus  
58 der Europäischen Union, Verlauf des amerikanischen Wahlkampfes  
59 sowie die Beschleunigung der Globalisierung und das Tempo der  
60 digitalen Veränderung werfen zusätzliche Fragen und  
61 Unsicherheiten auf.

## Antrag Nr. A 4 - Bundesvorstand

62 4.  
63 In Zeiten, in denen die Probleme der Welt immer komplexer werden  
64 und näher an Deutschland heranrücken, haben scheinbar „einfache“  
65 Lösungen in vielen Ländern Konjunktur. Populismus, Abschottung  
66 nach außen, Protektionismus und die Spaltung der eigenen  
67 Gesellschaft sind aber keine Antworten auf die drängenden  
68 Probleme von Gegenwart und Zukunft. Sie haben bisher noch nie  
69 und nirgends funktioniert, sie gefährden den inneren und äußeren  
70 Frieden und vieles von dem, was in den letzten Jahren erreicht und  
71 geschaffen wurde. Die CDU ist eine Wertepartei. Sie wird sich  
72 solchen Bestrebungen entschieden widersetzen: Wir stehen für eine  
73 freie, offene, solidarische und pluralistische Gesellschaft, in der sich  
74 alle entfalten können, aber niemand zurückgelassen wird. Wir  
75 vertreten unsere Vorstellungen und Interessen, aber wir wissen,  
76 dass es nachhaltige Stabilität, Wohlstand und Sicherheit nur  
77 gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen  
78 Partnern geben kann. Unsere Verantwortung besteht wie schon in  
79 den vergangenen Jahren darin, Orientierung zu geben und konkrete  
80 Lösungen zu erarbeiten und sie erfolgreich umzusetzen.

## Antrag Nr. A 5 - Bundesvorstand

81 5.  
82 Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eines der freiesten,  
83 wohlhabendsten und sichersten Länder der Welt. Diese Entwicklung

Zur Ziffer 3 gehört der Antrag A 3

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

Zur Ziffer 4 gehört der Antrag A 4

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

Zur Ziffer 5 gehört der Antrag A 5

84 wurde möglich auf der Grundlage von Prinzipien und  
85 Überzeugungen, die für uns unveräußerlich und unverzichtbar sind:

- 86 • die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die
- 87 daraus folgenden Grund- und Menschenrechte,
- 88 • die Bejahung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats,
- 89 • das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft,
- 90 • die Mitgliedschaft in der Europäischen Union,
- 91 • das transatlantische Bündnis und die Mitgliedschaft in der
- 92 NATO,
- 93 • das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels.

94 Diese Prinzipien und Überzeugungen ergeben sich aus unserem  
95 christlichen Menschenbild. Sie beanspruchen Geltung aber nicht  
96 nur für uns, sondern für alle hier lebenden Menschen, unabhängig  
97 von Herkunft, Religion oder Bekenntnis. Denn sie sind die  
98 Staatsraison unseres Landes.

## Antrag Nr. A 6 - Bundesvorstand

99 6.  
100 I. Wohlstand, Arbeit und soziale Sicherheit für alle

101 Wir wollen unseren Wohlstand erhalten, ausbauen und für alle  
102 möglich machen. Dies schaffen wir nur mit nachhaltigem  
103 wirtschaftlichen Wachstum, mit Investitionen und mit neuen  
104 Arbeitsplätzen.

105 Wir wollen auch in der nächsten Legislaturperiode keine neuen  
106 Schulden machen und die Steuerquote nicht erhöhen. Finanzielle  
107 Spielräume, die wir unter anderem durch Steuermehreinnahmen  
108 erhalten, werden wir zu je einem Drittel

- 109 • für Investitionen in Infrastruktur und zur Förderung von
- 110 Zukunftsfähigkeit in allen Bereichen,
- 111 • zur Steuerentlastung vor allem von Familien und Menschen
- 112 mit kleinen und mittleren Einkommen sowie
- 113 • zur Finanzierung von notwendigen Ausgabensteigerungen,
- 114 zum Beispiel zur Erfüllung unserer außen- und
- 115 sicherheitspolitischen Aufgaben, und zur Schuldentilgung
- 116 nutzen.

## Antrag Nr. A 7 - Bundesvorstand

117 7.  
118 Deutschland hat die industrielle Basis seiner Wertschöpfung auch  
119 im Zeitalter der Globalisierung erfolgreich verteidigt und bewahrt.  
120 Grundlage dieses Erfolgs war neben guter Politik das  
121 verantwortungsvolle und weitsichtige Handeln der Sozialpartner. Die  
122 hohe Tarifbindung in den Branchen der Industrie sichert gute Löhne  
123 und Arbeitsbedingungen und überwiegend sozialversicherte  
124 Arbeitsplätze. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns nicht ausruhen. Alte  
125 und neue Industrien und Gewerbe haben gleichermaßen ihren Platz

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

Zur Ziffer 6 gehört der Antrag A 6

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

Zur Ziffer 7 gehört der Antrag A 7

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung

126 in unserem Land. Wir wollen geschlossene Wertschöpfungsketten  
127 erhalten und kämpfen um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Dies gilt  
128 insbesondere auch für die Stahlindustrie, die sich derzeit weltweit  
129 unfairen Praktiken ausgesetzt sieht.

der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 8 - Bundesvorstand

130 8.  
131 Wenn wir vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze  
132 schaffen, müssen wir den dazu erforderlichen Fachkräftebedarf  
133 auch bei kleiner werdenden Geburtsjahrgängen sichern. Wir setzen  
134 dabei auf weiter zunehmende Beschäftigung von Frauen, höhere  
135 Erwerbsquote älterer Menschen sowie auf den gesteuerten Zuzug  
136 von Fachkräften vorrangig aus, aber auch von außerhalb der EU.  
137 Gleichzeitig werden wir die Qualifizierung von Schülern und  
138 Jugendlichen verbessern und uns dabei noch stärker um die  
139 Schüler und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten kümmern.  
140 Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aufgrund ihrer  
141 Lebenserfahrung für unsere Wirtschaft und Gesellschaft ein großer  
142 Schatz. Wir wollen für diejenigen, die dies wollen und können, die  
143 Möglichkeit zur freiwilligen Weiterarbeit (Vollzeit oder Teilzeit)  
144 erleichtern und attraktiver machen. Das Gesetz zur Flexirente war  
145 hierzu ein erster Schritt. Damit möglichst viele Menschen die  
146 Chance zur freiwilligen Weiterarbeit haben, wollen wir den  
147 Gesundheitsschutz und die Prävention verbessern. Nach der  
148 Bundestagswahl wollen wir die bestehenden gesetzlichen  
149 Regelungen zur Arbeitsmarktmigration ordnen, Widersprüche und  
150 unnötige Bürokratie beseitigen und sie in einem Gesetz  
151 zusammenführen.

Zur Ziffer 8 gehört der Antrag A 8

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 9 - Bundesvorstand

152 9.  
153 Wir sind entschlossen, die Herausforderung der Digitalisierung aller  
154 Wirtschafts- und Lebensbereiche anzunehmen und die darin für  
155 Deutschland liegenden Chancen zu nutzen. Hierzu gehört, dass wir  
156 die flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen und die  
157 Entwicklung eines neuen Mobilfunkstandards (5G) vorantreiben. Wir  
158 wollen die staatlichen Regeln so gestalten, dass neue und  
159 innovative Lösungen, etwa in den Bereichen des autonomen  
160 Fahrens, ziviler Drohnen, autodiagnostischer Gesundheitssysteme  
161 und der Industrie 4.0 in Deutschland erprobt und umgesetzt werden  
162 können. Dazu gehört die Möglichkeit, in Deutschland und Europa  
163 entstehende Datenmengen (Big Data) auch hierzulande besser zu  
164 analysieren und zu nutzen. Hierfür brauchen wir ein innovatives und  
165 zeitgemäßes Datenrecht.

Zur Ziffer 9 gehört der Antrag A 9

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 10 - Bundesvorstand

166 10.  
167 Das Internet soll allerdings nicht dazu genutzt werden, dass  
168 Menschen im Schutz der Anonymität Straftaten begehen können.

Zur Ziffer 10 gehört der Antrag A 10

169 **Unsere Sicherheitsbehörden brauchen im Internet die gleichen**  
170 **Möglichkeiten, die ihnen auch bei der Strafverfolgung in anderen**  
171 **Bereichen zustehen. Eine Enthemmung der Sprache, die**  
172 **Verbreitung von Hass und Aufrufe zur Gewalt erfüllen viele**  
173 **Menschen mit Sorge. Persönlichkeitsverletzende oder strafbare**  
174 **Kommentare müssen auf Verlangen von den Anbietern der**  
175 **Kommunikationsplattformen gelöscht und strafrechtlich verfolgt**  
176 **werden können. Für uns gilt: Wir wollen, dass hinter jeder Meinung**  
177 **ein Mensch steht und keine Maschine.**

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## **Antrag Nr. A 11 - Bundesvorstand**

178 **11.**  
179 **Leistungsfähiges Handwerk, Mittelstand, Familienunternehmen sind**  
180 **eine entscheidende Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs und**  
181 **unserer gesellschaftlichen Stabilität. Wir brauchen in Deutschland**  
182 **deshalb mehr Unternehmer und eine neue Kultur der**  
183 **Selbstständigkeit. Wer Arbeitsplätze mit sozialer Absicherung**  
184 **schafft, arbeitet nicht nur für seinen eigenen Erfolg, sondern dient**  
185 **dem Gemeinwohl unseres Landes. Dies verdient Anerkennung und**  
186 **Ermutigung und soll zur Nachahmung anregen. Deshalb bekennt die**  
187 **CDU sich zu Unternehmertum und Selbstständigkeit als einer**  
188 **wesentlichen Säule der Sozialen Marktwirtschaft.**

Zur Ziffer 11 gehört der Antrag A 11

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## **Antrag Nr. A 12 - Bundesvorstand**

189 **12.**  
190 **Wir wollen jungen Menschen bei ihrem Schritt in die**  
191 **Selbstständigkeit helfen und die Wirtschaft in den nächsten Jahren**  
192 **noch weiter von unnötiger Bürokratie entlasten und vor neuen**  
193 **Regulierungen schützen. Wir werden auch dafür sorgen, dass in**  
194 **Deutschland wichtige Großvorhaben in angemessener Zeit und**  
195 **unter Einhaltung der veranschlagten Kosten realisiert werden**  
196 **können. Wir stehen für einen starken Wirtschaftsstandort**  
197 **Deutschland. Und wir werden die Möglichkeiten der Digitalisierung**  
198 **weiter dazu nutzen, in Deutschland die bürger- und**  
199 **unternehmerfreundlichste öffentliche Verwaltung Europas zu**  
200 **realisieren. Dazu werden wir unter anderem ein bundesweites**  
201 **Bürgerportal und schrittweise ein digitales Bürgerkonto einrichten**  
202 **und dafür sorgen, dass der Austausch von Daten und Transaktionen**  
203 **durch unsere föderalen Strukturen von Bund, Ländern und**  
204 **Gemeinden nicht beeinträchtigt wird.**

Zur Ziffer 12 gehört der Antrag A 12

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## **Antrag Nr. A 13 - Bundesvorstand**

205 **13.**  
206 **Wer heute jung ist, wird in seinem Leben verschiedene berufliche**  
207 **Herausforderungen erfahren und sich auch innerhalb des einmal**  
208 **gewählten Berufs ständig weiterentwickeln müssen. Der Reichtum**  
209 **unseres Landes liegt nicht in erster Linie in Bodenschätzen,**

Zur Ziffer 13 gehört der Antrag A 13

210 sondern in der beruflichen Qualifikation, dem Fleiß und Einsatz  
211 unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie in ihrer  
212 Fähigkeit, sich schnell und flexibel auf neue Herausforderungen  
213 einzustellen. Darum beneiden uns viele andere Länder. Deshalb  
214 muss der betrieblichen und beruflichen Weiterbildung für alle  
215 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig ein wesentlich  
216 höherer Stellenwert zukommen. Dies gilt ausdrücklich auch für  
217 ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich aufgrund  
218 eigener Entscheidung weiterhin in den Arbeitsprozess einbringen  
219 möchten.

## Antrag Nr. A 14 - Bundesvorstand

220 14.  
221 Unser Ziel besteht weiterhin darin, gleichwertige  
222 Lebensbedingungen in ganz Deutschland herzustellen, auch wenn  
223 wir wissen, dass es immer Unterschiede je nach Region und  
224 Wirtschaftskraft geben wird. Für eine gedeihliche Entwicklung  
225 unseres Landes ist es von großer Bedeutung, dass wir ländliche  
226 Regionen und großstädtische Verdichtungsräume nicht  
227 gegeneinander ausspielen, sondern in beiden Bereichen  
228 gleichermaßen für Lebensqualität und angemessene Infrastruktur  
229 sorgen. Dies betrifft zum Beispiel ausreichende Bildungsangebote  
230 und medizinische Versorgung, die auch in weniger dicht besiedelten  
231 Räumen mit alternder Bevölkerung eine Voraussetzung zur  
232 Schaffung neuer Entwicklungsperspektiven sind. Der technische  
233 Fortschritt und der Fortgang der Digitalisierung können erheblich  
234 hierzu beitragen.

## Antrag Nr. A 15 - Bundesvorstand

235 15.  
236 Mit einer florierenden Wirtschaft erhalten wir auch die Grundlagen  
237 unseres Systems der sozialen Sicherheit. Unser Gesundheits- und  
238 Pflegesystem gehört zu den besten in der Welt. Das Einkommen der  
239 allermeisten Rentnerhaushalte ermöglicht ein gutes Auskommen.  
240 Weniger als vier Prozent sind auf zusätzliche Leistungen der  
241 Grundsicherung zur Vermeidung von Altersarmut angewiesen. Wir  
242 wollen, dass dies auch künftig so bleibt. Dazu werden wir unser  
243 Gesundheits- und unser Rentensystem in die Lage versetzen, die  
244 Herausforderungen der demografischen Entwicklung (höherer Anteil  
245 älterer und hochbetagter Menschen) zu meistern, ohne dass die  
246 Beiträge in unzumutbarem Maße steigen. Die gesetzliche  
247 Rentenversicherung bleibt für uns auch in Zukunft eine tragende  
248 Säule. Für die nächste Wahlperiode werden wir insbesondere die  
249 betriebliche und die private Altersvorsorge weiter reformieren und  
250 stärken. Bei allen Reformschritten werden wir die soziale Situation  
251 auch der Frauen im Blick behalten. Generell gilt: Wer im Laufe  
252 seines Arbeitslebens Eigentum, insbesondere Wohneigentum  
253 erworben hat, ist weniger von Altersarmut betroffen. Deshalb wollen  
254 wir die Voraussetzungen hierfür verbessern.

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

Zur Ziffer 14 gehört der Antrag A 14

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

Zur Ziffer 15 gehört der Antrag A 15

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 16 - Bundesvorstand

- 255 16.  
256 II. Familien und gesellschaftliche Mitte stärken

257 Die CDU ist und bleibt die Familienpartei. Für uns ist die Familie das  
258 Fundament der Gesellschaft. Wir haben Betreuungsmöglichkeiten  
259 ausgebaut und finanzielle Leistungen für Familien verbessert.  
260 Derzeit werden in Deutschland wieder mehr Kinder geboren, weil  
261 unser Land kinderfreundlicher geworden ist und sich mehr  
262 Menschen zur Gründung einer Familie entschließen. Diese positive  
263 Entwicklung werden wir ermutigen und unterstützen. So werden wir  
264 zum Beispiel das Ehegattensplitting schrittweise um ein  
265 Familiensplitting ergänzen. Unsere Unterstützung gilt für die vielen  
266 Familien einschließlich der Alleinerziehenden, die sich oftmals  
267 besonderen Problemen gegenübersehen. Die bessere Förderung  
268 von Kindern und Familien wird ein Schwerpunkt unserer Politik in  
269 der nächsten Wahlperiode sein.

Zur Ziffer 16 gehört der Antrag A 16

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 17 - Bundesvorstand

- 270 17.  
271 Jungen Menschen, die sich zur Gründung einer Familie und zur  
272 Erziehung von Kindern bekennen, wollen wir dabei helfen, indem wir  
273 Unterstützungs- und Betreuungsangebote weiter ausbauen und  
274 ihnen so ermöglichen, Ausbildung, Beruf und Familie besser  
275 miteinander zu vereinbaren. Neben dem Staat sind hier  
276 insbesondere auch Wirtschaft und Gewerkschaften gefordert.  
277 Gerade Eltern mit kleinen Kindern wünschen sich oft mehr Zeit, die  
278 sie gemeinsam in der Familie verbringen können, und eine  
279 gleichberechtigte Verantwortung beider Elternteile sowohl für  
280 Erwerbstätigkeit als auch für Familienaufgaben. Wir wollen die  
281 Vielfalt der Familienmodelle in Deutschland fördern und Familien  
282 darin unterstützen, selbst entscheiden zu können, wie sie die  
283 Verantwortung beider Elternteile – für den Einkommenserwerb und  
284 für Familienaufgaben – aufteilen. Wir stehen deshalb für eine echte  
285 Wahlfreiheit der Eltern bei der Erziehung von Kindern.

Zur Ziffer 17 gehört der Antrag A 17

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 18 - Bundesvorstand

- 286 18.  
287 Wir wollen jungen Familien mehr als bisher bei der Bildung von  
288 Vermögen und Eigentum helfen. Dies ist der beste Schutz gegen  
289 spätere Altersarmut und soziale Bedürftigkeit. Wir werden  
290 insbesondere prüfen, was getan werden muss, damit solche  
291 Familien mehr als bisher die tatsächliche Chance zum Erwerb  
292 selbstgenutzten Wohneigentums haben. Dabei nehmen wir alle  
293 verfügbaren Instrumente in den Blick, wie zum Beispiel  
294 Baukindergeld, steuerliche Förderung oder zeitlich gestreckte  
295 Amortisation von Energieeffizienz-Maßnahmen.  
296 Das Entstehen einer breiten und vitalen Mittelschicht aus gut  
297 ausgebildeten Facharbeitern, Angestellten, Beamten und

Zur Ziffer 18 gehört der Antrag A 18

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

298 **Selbstständigen gehört zu den großen Errungenschaften der**  
299 **Bundesrepublik Deutschland, die sich in anderen Ländern häufig so**  
300 **nicht wiederfindet. Die gesellschaftliche Mitte ist gleichzeitig**  
301 **Leistungsträger und Stabilitätsanker für unser Land. Sie wollen wir**  
302 **stützen und stärken. Dank unserer sozialen Sicherungssysteme**  
303 **können sich die Menschen auf Unterstützung bei Alter, Krankheit**  
304 **und herausfordernden Lebenslagen verlassen.**

## **Antrag Nr. A 19 - Bundesvorstand**

305 **19.**  
306 **Alle jungen Menschen sollen ungeachtet von Herkunft und**  
307 **Elternhaus die Chance zu persönlicher Entfaltung und sozialem**  
308 **Aufstieg haben. Jedes Jahr verlassen über 40 000 junge Menschen**  
309 **ohne Abschluss unsere Schulen. Jeder einzelne ist einer zu viel. Wir**  
310 **brauchen eine Bildungspolitik, die Probleme benachteiligter**  
311 **Jugendlicher frühzeitig schon in Kindergärten und Grundschulen in**  
312 **den Blick nimmt, so wie wir dies bei der frühkindlichen**  
313 **Sprachförderung bereits erfolgreich getan haben. Nur wenn das**  
314 **staatliche Bildungsangebot anspruchsvoll und leistungsorientiert**  
315 **ist, haben alle gute Chancen. Wenn der Staat dagegen Standards**  
316 **absenkt und unter Bildung den anstrengungslosen Erwerb von**  
317 **entwerteten Abschlüssen durch jedermann versteht, dann ist**  
318 **Bildungserfolg von der Herkunft abhängig, weil sich**  
319 **bildungsorientierte Familien die notwendigen Angebote privat**  
320 **dazukaufen.**

Zur Ziffer 19 gehört der Antrag A 19

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## **Antrag Nr. A 20 - Bundesvorstand**

321 **20.**  
322 **III. Zusammenhalt und Identität stärken**

323 **Gerade weil wir in einer Welt ständigen Wandels leben, wollen wir**  
324 **den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Wir**  
325 **wollen eine Gesellschaft sein, die von gegenseitigem Respekt und**  
326 **Rücksicht getragen ist. In der jeder die Chance hat, etwas zu**  
327 **erreichen und sich etwas aufzubauen, wenn er dies will und bereit**  
328 **ist, dafür hart zu arbeiten: Diejenigen, die immer schon hier waren,**  
329 **Spätaussiedler und diejenigen, die selbst oder deren Eltern in den**  
330 **vergangenen Jahrzehnten als Gastarbeiter, Zuwanderer oder**  
331 **Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Je vielfältiger und pluraler eine**  
332 **Gesellschaft ist, desto mehr bedarf sie eines einigenden Bandes –**  
333 **unsere Leitkultur in Deutschland –, das diejenigen miteinander**  
334 **verbindet, die in ein- und demselben Land leben und eine**  
335 **Schicksalsgemeinschaft sind. Neben den bereits genannten**  
336 **Prinzipien gehören hierzu auch die Meinungs- und Religionsfreiheit,**  
337 **die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von**  
338 **Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von**  
339 **Minderheiten. Ganz sicher aber auch das gemeinsame Bewusstsein**  
340 **von Heimat und Zugehörigkeit, das durch Gesetze nicht erzwungen**  
341 **werden kann, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für**  
342 **Zusammenhalt ist.**

Zur Ziffer 20 gehört der Antrag A 20

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 21 - Bundesvorstand

343 21.  
344 **Unsere Antwort auf Globalisierung sind auch starke Kommunen. Sie**  
345 **machen Deutschland stark. Unsere Antwort auf Globalisierung ist**  
346 **Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit,**  
347 **Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektiven. „Sicherheit“**  
348 **umfasst alle Lebensbereiche. Wir wollen sicher leben, wohnen,**  
349 **arbeiten, lernen. In Krisenzeiten haben die Kommunen bewiesen,**  
350 **dass sie die Probleme vor Ort lösen: Bei der Unterbringung und**  
351 **Versorgung von Flüchtlingen ist in den Kommunen angepackt**  
352 **worden. Auch die Integration wird nur vor Ort gelingen.**

Zur Ziffer 21 gehört der Antrag A 21

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 22 - Bundesvorstand

353 22.  
354 **Die Religionsfreiheit gehört zu Deutschland. Unsere christlich-**  
355 **jüdische Geschichte ist Teil unserer Identität. Dazu gehört:**  
356 **Staatliches Recht hat Vorrang vor religiösen Regeln. Der Dialog der**  
357 **Religionen stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die**  
358 **Ausübung des muslimischen Glaubens ist in Deutschland**  
359 **selbstverständlich möglich und geschützt, aber den Missbrauch des**  
360 **Islam für Hass, Gewalt, Terrorismus und Unterdrückung lehnen wir**  
361 **gemeinsam mit allen friedlichen Muslimen ab. Moscheen, in denen**  
362 **Gewalt und Hass gepredigt wird, müssen beobachtet und dann**  
363 **geschlossen werden. Imame sollen in Deutschland ausgebildet**  
364 **werden. Politisch-religiöse Einflussnahmen aus dem Ausland**  
365 **lehnen wir ab und werden wir künftig noch konsequenter**  
366 **unterbinden. Hassprediger müssen mit der Härte des Gesetzes**  
367 **verfolgt und abgeschoben werden.**

Zur Ziffer 22 gehört der Antrag A 22

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 23 - Bundesvorstand

368 23.  
369 **Beim Entstehen und Erhalt dieses gesellschaftlichen**  
370 **Zusammenhalts kommt neben der Familie der Schule und den**  
371 **übrigen Bildungseinrichtungen eine besondere Aufgabe zu. Schule**  
372 **hat neben dem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag. Junge**  
373 **Menschen verbringen viel Zeit in Kitas, Schulen, Ganztags- oder**  
374 **Nachmittagsbetreuung. Dies müssen wir verstärkt nutzen, um ihnen**  
375 **die wesentlichen Grundlagen unserer Staats- und**  
376 **Gesellschaftsordnung zu vermitteln, außerdem Toleranz,**  
377 **gegenseitigen Respekt, Solidarität, Leistungsbereitschaft und**  
378 **Verantwortung.**

Zur Ziffer 23 gehört der Antrag A 23

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

**Antrag Nr. A 24 - Bundesvorstand**

379 **24.**  
 380 **Ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Parteien und Verbänden**  
 381 **ist in Deutschland traditionell stark ausgeprägt. Millionen Menschen**  
 382 **engagieren sich jeden Tag sozial und ehrenamtlich, treiben**  
 383 **gemeinsam Sport und Kultur, musizieren und singen. Bürgerinnen**  
 384 **und Bürger übernehmen vor Ort Verantwortung für die**  
 385 **Gemeinschaft, schaffen Sicherheit und geben Orientierung. Diese**  
 386 **ehrenamtlichen Strukturen leisten einen enormen Beitrag zum Erhalt**  
 387 **unserer unverwechselbaren Identität, die von Vielfalt und Einheit**  
 388 **gleichermaßen gekennzeichnet ist. Indem wir uns zum**  
 389 **ehrenamtlichen Engagement bekennen und die Voraussetzungen**  
 390 **dafür verbessern, ermuntern wir insbesondere junge Menschen zum**  
 391 **Dienst an der Allgemeinheit. Deshalb wollen wir auch erreichen,**  
 392 **dass sich Menschen mit Migrationshintergrund mehr als bisher in**  
 393 **diese Strukturen einbringen. Damit erleichtern wir ihnen die**  
 394 **Integration, stärken das ehrenamtliche Engagement und leisten**  
 395 **einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

Zur Ziffer 24 gehört der Antrag A 24

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

**Antrag Nr. A 25 - Bundesvorstand**

396 **25.**  
 397 **Obwohl Deutschland sich in den vergangenen Jahrzehnten immer**  
 398 **wieder neuen Herausforderungen stellen musste, obwohl die Zahl**  
 399 **der Menschen mit Migrationshintergrund gestiegen ist und die**  
 400 **Globalisierung an Geschwindigkeit und Tiefe zugenommen hat, ist**  
 401 **unsere nationale Identität in dieser Zeit nicht schwächer, sondern**  
 402 **stärker geworden. Gerade junge Menschen identifizieren sich heute**  
 403 **in selbstverständlicher Weise mit Deutschland, ohne**  
 404 **Überheblichkeit oder Ausgrenzung gegenüber Menschen anderer**  
 405 **Länder und Ethnien. Es ist ein Anliegen der CDU, dass dies auch**  
 406 **künftig so bleibt.**

Zur Ziffer 25 gehört der Antrag A 25

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

**Antrag Nr. A 26 - Bundesvorstand**

407 **26.**  
 408 **IV. Sicher und frei leben**

409 **Wir haben in Deutschland gleichzeitig ein hohes Maß an Freiheit und**  
 410 **an Sicherheit realisiert: Sie bedingen einander und dürfen nicht**  
 411 **gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen, dass alle Menschen**  
 412 **in Deutschland frei und sicher leben können – zu Hause in der**  
 413 **eigenen Wohnung, auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen,**  
 414 **bei Tag und bei Nacht.**

415 **Die CDU ist seit jeher die Partei der inneren Sicherheit. Das**  
 416 **Eintreten für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die**  
 417 **Anerkennung und der Respekt für alle, die in den Kommunen, im**  
 418 **Land und im Bund insbesondere bei Polizei und**  
 419 **Sicherheitsbehörden dafür arbeiten, sind uns wichtig. Wir werden**

Zur Ziffer 26 gehört der Antrag A 26

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

420 die vor Ort arbeitenden Sicherheitspartnerschaften stärken. Wir  
421 werden unsere Sicherheitsbehörden und die Justiz durch mehr  
422 Personal, bessere Ausstattung und ausreichend Befugnisse weiter  
423 stärken und in die Lage versetzen, auch mit neuen  
424 Herausforderungen erfolgreich umzugehen. Dies betrifft die  
425 steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen wie auch die Internet- und  
426 Wirtschaftskriminalität. Wir bekämpfen die Organisierte Kriminalität  
427 ebenso wie Terrorismus und Islamismus, Gewalt gegen Personen  
428 und Vandalismus gegen Sachen.

## Antrag Nr. A 27 - Bundesvorstand

429 **27.**  
430 Wir haben in dieser Legislaturperiode viel für die Sicherheit in  
431 Deutschland erreicht: Die Sicherheitsbehörden des Bundes werden  
432 in beispielloser Weise gestärkt. Wir haben die Anti-Terror-Gesetze  
433 verlängert und weitere Gesetze verschärft. Rechtsextreme und  
434 islamistische Vereinigungen wurden verboten. Die Zahl der  
435 Ermittlungen gegen mutmaßliche Terroristen ist so hoch wie nie.  
436 Auch durch die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten unserer  
437 Partner sowie durch die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden wurden  
438 Terroranschläge in Deutschland verhindert. Wir haben  
439 Sicherheitsabkommen und Polizeiverträge mit vielen Staaten und  
440 unseren Nachbarn geschlossen. Mit dem Gesetz zur  
441 Vermögensabschöpfung treffen wir die Organisierte Kriminalität da,  
442 wo es den Hintermännern am meisten wehtut: beim Geld. Mithilfe  
443 eines Sonderprogramms unterstützen wir die Bürgerinnen und  
444 Bürger, wenn sie ihre Wohnungen vor Einbruch schützen.

Zur Ziffer 27 gehört der Antrag A 27

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 28 - Bundesvorstand

445 **28.**  
446 Dennoch bleiben weitere Herausforderungen, um die innere  
447 Sicherheit weiter zu stärken. Wir wollen, dass Angriffe auf unsere  
448 Polizei, Justizbedienstete und Rettungskräfte härter bestraft werden.  
449 Bei Wohnungseinbruch soll der sogenannte minderschwere Fall  
450 wegfallen. Die Mindeststrafe wird auf ein Jahr erhöht. Dann kann  
451 auch Telekommunikationsüberwachung eingesetzt werden. Für  
452 vielfache Wiederholungstäter zum Beispiel bei Gewalt, Diebstahl  
453 oder Dealerei braucht es zügige Verfahren und gesetzliche  
454 Mindeststrafen. Die Bundespolizei wird Kennzeichenlesegeräte  
455 bekommen. Unsere Polizisten sollen durch Body-Cams und die  
456 notwendige Ausstattung besser geschützt werden. An öffentlichen  
457 Plätzen und in Einkaufszentren wollen wir mehr Videoüberwachung  
458 einsetzen, um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser  
459 aufklären zu können. Mithilfe moderner Technik wollen wir  
460 öffentliche Fahndungen wirksamer machen, zum Beispiel durch  
461 Gesichtserkennung.

Zur Ziffer 28 gehört der Antrag A 28

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 29 - Bundesvorstand

462 **29.**

Zur Ziffer 29 gehört der Antrag A 29

463 **Wer für den sogenannten Islamischen Staat oder eine andere**  
464 **terroristische Miliz kämpft und mordet, soll seine deutsche**  
465 **Staatsbürgerschaft verlieren, wenn er noch eine weitere**  
466 **Staatsbürgerschaft hat. Die Sympathiewerbung für kriminelle oder**  
467 **terroristische Vereinigungen soll wieder strafbar werden.**

468 **Bei alledem verdienen und brauchen unsere Sicherheitsbehörden,**  
469 **auch die Nachrichtendienste, Respekt und Anerkennung.**

470 **Nur mit einer schnellen und konsequenten Justiz wird die**  
471 **Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats sichergestellt.**

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 30 - Bundesvorstand

472 **30.**  
473 **Aggressive Machtpolitik, politische Instabilitäten, Bürgerkriege und**  
474 **der internationale Terrorismus erschüttern die Peripherie Europas.**  
475 **Dies wirkt unmittelbar auf uns ein: Der Terror sucht seine Ziele in**  
476 **unseren Städten, Extremisten rekrutieren im Cyberraum Terroristen**  
477 **und versuchen, die öffentliche Meinung zu manipulieren.**  
478 **Gleichzeitig suchen Hunderttausende Flüchtlinge ihr Heil vor**  
479 **Repression, Krieg und Zerstörung in der Flucht zu uns nach Europa.**

480 **Deutschland ist als weltoffenes, tolerantes und international**  
481 **vernetztes Land von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Wir**  
482 **treten dafür ein, unsere Freiheit, unsere Werte und unsere**  
483 **Interessen ohne Abstriche zu verteidigen. Deswegen werden wir an**  
484 **einer engagierten und aktiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik**  
485 **festhalten. Bündnissolidarität, Prävention und Vernetzung sind ihre**  
486 **Markenzeichen.**

Zur Ziffer 30 gehört der Antrag A 30

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 31 - Bundesvorstand

487 **31.**  
488 **Die Bundeswehr ist ein entscheidendes Instrument deutscher**  
489 **Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir werden sie darum**  
490 **konsequent stärken. Hierzu werden wir die Ausgaben für**  
491 **Verteidigung in den nächsten Jahren weiter erhöhen, um die**  
492 **personelle und materielle Ausstattung der Bundeswehr weiter zu**  
493 **verbessern und den neuen Herausforderungen im Bereich Cyber**  
494 **und Digitalisierung zu begegnen.**

495 **Äußere und innere Sicherheit sind kaum mehr zu trennen. Wir**  
496 **werden deshalb dafür sorgen, dass die besonderen Fähigkeiten der**  
497 **Bundeswehr, wenn nötig, zur Unterstützung der**  
498 **Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zum Einsatz**  
499 **kommen.**

500 **Die Angehörigen der Bundeswehr sind in den vergangenen Jahren**  
501 **gefordert worden wie selten zuvor. Sie haben eindrucksvoll ihre**  
502 **Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung und ihre**  
503 **zahlreichen Einsätze erfüllt. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind**  
504 **jedoch nur dann nachhaltig, wenn sie durch internationale**  
505 **Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche**

Zur Ziffer 31 gehört der Antrag A 31

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

506 Investitionen flankiert werden. Diesen Ansatz gilt es weiter  
507 konsequent zu entwickeln.

## Antrag Nr. A 32 - Bundesvorstand

508 **32.**  
509 **Europa muss künftig mehr Verantwortung für seine eigene**  
510 **Sicherheit übernehmen. Dafür müssen wir die militärischen**  
511 **Fähigkeiten Europas stärken und besser strukturieren. Denn nur so**  
512 **lässt sich die Stärke der EU – die Bündelung ziviler und militärischer**  
513 **Mittel – voll zur Geltung bringen. Wir werden deshalb zusammen mit**  
514 **unseren Partnern eine Europäische Sicherheits- und**  
515 **Verteidigungsunion durch konkrete Schritte weiter voranbringen.**

516 **Dies stärkt auch die NATO und ist zugleich ein wichtiger Beitrag zu**  
517 **einer gerechteren Lastenteilung innerhalb der Allianz. NATO und EU**  
518 **stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Im Gegenteil: Sie ergänzen**  
519 **sich. Für uns bleibt die NATO der unverzichtbare Garant**  
520 **europäischer Sicherheit und der Anker transatlantischer**  
521 **Partnerschaft.**

Zur Ziffer 32 gehört der Antrag A 32

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 33 - Bundesvorstand

522 **33.**  
523 **V. Flüchtlinge und Integration**

524 **Im vergangenen Jahr sahen sich Deutschland und Europa der**  
525 **größten Flüchtlingsbewegung seit Ende des Zweiten Weltkriegs**  
526 **gegenüber. Die Grundlagen unserer Flüchtlings- und**  
527 **Integrationspolitik haben wir in einem Beschluss von CDU und CSU**  
528 **vom 1. November 2015 und in einem ausführlichen Beschluss des**  
529 **Bundesparteitags von Karlsruhe festgelegt. Diese Beschlüsse sind**  
530 **unverändert gültig und auch künftig die Leitschnur unseres**  
531 **politischen Handelns.**

532 **Deutschland hat im vergangenen Jahr Hunderttausende Menschen**  
533 **in Not aufgenommen und ihnen geholfen. Gleichzeitig haben wir**  
534 **hart dafür gearbeitet, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, indem**  
535 **wir Fluchtursachen und illegale Menschenschleusung bekämpft**  
536 **haben. Rund ein Jahr später können wir feststellen, dass unsere**  
537 **Politik erfolgreich war:**

Zur Ziffer 33 gehört der Antrag A 33

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 34 - Bundesvorstand

538 **34.**  
539 **• Der Vormarsch des IS in Syrien und im Nordirak wurde auch**  
540 **mit deutscher Hilfe gestoppt, inzwischen konnten**  
541 **insbesondere im Irak Tausende von Flüchtlingen in ihre**  
542 **Heimat zurückkehren, aus der sie zuvor vertrieben worden**  
543 **waren.**

Zur Ziffer 34 gehört der Antrag A 34

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches

- 544 ● Die Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei, in  
545 Jordanien und im Libanon hat sich erheblich verbessert.  
546 Die Nahrungsmittelversorgung durch das  
547 Welternährungsprogramm wurde wieder auf das  
548 ursprüngliche Niveau angehoben, die Flüchtlinge dürfen  
549 erstmals legal arbeiten und rund 900 000 Flüchtlingskinder  
550 im schulpflichtigen Alter erhalten nach und nach  
551 Schulunterricht.
- 552 ● Durch den Abschluss des EU-Türkei-Abkommens ist die  
553 Aktivität der Schlepper und Schleuser an der türkischen  
554 und griechischen Küste erheblich zurückgegangen. Statt  
555 täglich bis zu 7000 Flüchtlinge wie im Oktober 2015 kamen  
556 seit April dieses Jahres im Durchschnitt etwa 100  
557 Flüchtlinge pro Tag von der Türkei nach Griechenland.
- 558 ● Die Balkanroute wurde von den Anrainer-Staaten  
559 geschlossen.
- 560 ● Schutz und Kontrolle der europäischen Außengrenzen  
561 werden derzeit erheblich verbessert.
- 562 ● Die Reform der Dublin-Verordnung wurde auf den Weg  
563 gebracht.
- 564 ● Die CDU setzt sich auch für die Einführung eines  
565 europäischen Ein- und Ausreiseregisters sowie für die  
566 Einführung eines europäischen Einreiseregisters für nicht  
567 visumpflichtige Drittstaatsangehörige, sogenannte ETIAS  
568 (European Travel Information System), ein.
- 569 ● Wir arbeiten an einer europaweiten Vereinheitlichung von  
570 Asylverfahren und  
571 -entscheidungen – einschließlich einer Harmonisierung der  
572 Sozialstandards.

Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 35 - Bundesvorstand

- 573 35.  
574 Alle diese Maßnahmen führen dazu, dass die Zahl der in  
575 Deutschland ankommenden Flüchtlinge drastisch zurückgegangen  
576 ist. Die Ereignisse des vergangenen Jahres dürfen sich nicht  
577 wiederholen. Zu diesem Zweck haben wir die beschriebenen  
578 Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene  
579 binnen kurzer Zeit ergriffen und werden – falls erforderlich – weitere  
580 Maßnahmen, wie etwa Transitzone, beschließen.

Zur Ziffer 35 gehört der Antrag A 35

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 36 - Bundesvorstand

581 36.  
582 Mit gleicher Intensität wenden wir uns nun der Situation in Afrika zu.  
583 Durch Migrationspartnerschaften mit wichtigen Transitländern wie  
584 Mali und Niger, durch unsere Unterstützung bei der Bildung einer  
585 handlungsfähigen Regierung in Libyen und der Ertüchtigung der  
586 dortigen Küstenwache haben wir erste wichtige Schritte getan.  
587 Unser Ziel besteht darin, die illegale Migration aus afrikanischen  
588 Ländern, die vielfach nicht durch Verfolgung und Bürgerkrieg,  
589 sondern durch wirtschaftliche und soziale Not bedingt ist,  
590 erfolgreich zu bekämpfen und damit zu verhindern, dass  
591 Zehntausende weiterhin ihr Leben in Gefahr bringen. Zu diesem  
592 Zweck wollen wir weitere Abkommen nach dem Vorbild des EU-  
593 Türkei-Abkommens auch mit afrikanischen Staaten abschließen.  
594 Dafür brauchen wir in Zusammenarbeit mit den internationalen  
595 Flüchtlings- und Migrationsorganisationen (IOM, UNHCR)  
596 Fluchtalternativen und Auffangmöglichkeiten „vor Ort“. Dies kann  
597 bedeuten, Menschen, die aus den Booten der Schlepper vor dem  
598 Ertrinken gerettet werden, zurück an die nordafrikanische Küste zu  
599 bringen und sie dort in Absprache mit den betreffenden Ländern zu  
600 versorgen. Es darf nicht sein, dass es die Schlepper und Schleuser  
601 sind, die darüber entscheiden, wer nach Europa kommt. Der  
602 Entwicklungszusammenarbeit kommt dabei eine besondere  
603 Bedeutung zu.

Zur Ziffer 36 gehört der Antrag A 36

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 37 - Bundesvorstand

604 37.  
605 In unserem Land ist es dank der großartigen Arbeit der  
606 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Kommunen, in den Ländern  
607 und beim Bund sowie mit Hilfe von zigtausenden Ehrenamtlichen  
608 gelungen, die beispiellos große Zahl von Flüchtlingen zu steuern  
609 und zu ordnen. Die Zahl der Mitarbeiter wurde zu diesem Zweck  
610 drastisch erhöht, insbesondere beim Bundesamt für Migration und  
611 Flüchtlinge. Die Verfahren haben sich beschleunigt, für  
612 Neuankommende liegt die Verfahrensdauer inzwischen unter drei  
613 Monaten. Inzwischen sind alle Flüchtlinge registriert. Die Zahl der  
614 Entscheidungen pro Monat ist so hoch wie nie. Auch die Zahl  
615 derjenigen, die unser Land nach Ablehnung ihres Asylverfahrens  
616 freiwillig wieder verlassen oder abgeschoben werden, konnte  
617 deutlich erhöht werden.

Zur Ziffer 37 gehört der Antrag A 37

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 38 - Bundesvorstand

618 38.  
619 Gleichwohl müssen wir bei der Rückkehr von Menschen, die kein  
620 Aufenthaltsrecht in unserem Land haben, noch besser werden. Das  
621 Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention sind keine  
622 Instrumente für Arbeitsmigration. Migration durch die Hintertür über  
623 den Missbrauch des Asylrechts wollen wir unterbinden. Deshalb  
624 muss gelten, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber  
625 grundsätzlich in ihre Heimat- bzw. Transitländer zurückgeführt

Zur Ziffer 38 gehört der Antrag A 38

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung

626 werden. Hierzu brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung von  
627 Bund, Ländern und Gemeinden. Nur wenn deutlich wird, dass durch  
628 Verzögern und Verschleppen von Verfahren kein dauerhafter  
629 Aufenthalt erreicht werden kann, wird die illegale Migration aus  
630 diesen Ländern zurückgehen. Wir wollen noch bestehende  
631 Abschiebehindernisse konsequent aufarbeiten und beseitigen.

der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 39 - Bundesvorstand

632 39.  
633 Die Zahl der Asylantragsteller ist aufgrund der Einstufung der  
634 Länder des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer sowie  
635 der beschleunigten Rückführung innerhalb kurzer Zeit um rund 90  
636 Prozent gesunken. Im Gegenzug haben wir Perspektiven der legalen  
637 Arbeitsmarktmigration geschaffen. Wir fordern SPD und Grüne auf,  
638 im Bundesrat endlich der vom Bundestag bereits beschlossenen  
639 Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere  
640 Herkunftsstaaten zuzustimmen, um auch von dort die Migration  
641 reduzieren zu können. Denn gerade der Asylmissbrauch aus diesen  
642 nordafrikanischen Ländern untergräbt massiv die Akzeptanz in der  
643 Bevölkerung für das Asylrecht für die wirklich Schutzberechtigten.

Zur Ziffer 39 gehört der Antrag A 39

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 40 - Bundesvorstand

644 40.  
645 Für diejenigen Flüchtlinge, die anerkannt sind und für eine  
646 bestimmte Zeit oder dauerhaft in Deutschland bleiben werden,  
647 wollen wir die Integrationsperspektiven verbessern. Dazu gehören  
648 unverzichtbar das Erlernen unserer Sprache und wo immer möglich  
649 die Integration in den Arbeitsmarkt. Hierzu haben wir das  
650 Integrationsgesetz verabschiedet und Länder und Kommunen mit  
651 insgesamt 7 Milliarden Euro unterstützt. Integration ist aber erst  
652 dann vollständig gelungen, wenn der Einsatz für die Gemeinschaft  
653 in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Ehrenamt unter Zuwanderern  
654 genau so verbreitet ist, wie in der Gesamtbevölkerung auch.  
655 Gelingende Integration und Parallelgesellschaften schließen sich  
656 aus. Wir wollen deshalb Parallelgesellschaften verhindern. Wer sich  
657 der Integration verweigert und unsere Rechts- und Werteordnung  
658 missachtet, muss mit Sanktionen bis hin zu Leistungskürzungen  
659 und Ausweisung rechnen.

Zur Ziffer 40 gehört der Antrag A 40

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 41 - Bundesvorstand

660 41.  
661 Die Diskriminierung oder Abwertung von Frauen oder Ethnien, von  
662 Andersgläubigen oder Homosexuellen akzeptieren wir genauso  
663 wenig wie Antisemitismus. Unsere Gesetze stehen über  
664 Ehrenkodex, Stammes- oder Familienregeln und der Scharia. Der  
665 Besuch der Schule und des Sportunterrichts ist Pflicht für Jungen  
666 wie für Mädchen. Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde müssen  
667 verhindert und konsequent geahndet werden. Unsere offene  
668 Gesellschaft lebt von der Begegnung und der Kommunikation von

Zur Ziffer 41 gehört der Antrag A 41

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung

669 **Angesicht zu Angesicht. Deshalb lehnen wir die Vollverschleierung**  
670 **ab. Wir wollen sie unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen**  
671 **ebenso verbieten wie die Eheschließung mit Minderjährigen.**

der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## **Antrag Nr. A 42 - Bundesvorstand**

672 **42.**  
673 **VI. Europa stärken, gemeinsam Globalisierung gestalten**

Zur Ziffer 42 gehört der Antrag A 42

674 **Die Europäische Union ist eine Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft**  
675 **und ein Raum der Freiheit und des Rechts. Sie ist die größte**  
676 **Errungenschaft des modernen Europas und sichert uns seit mehr**  
677 **als sechs Jahrzehnten Freiheit, Frieden und Wohlstand. Die CDU**  
678 **war, ist und bleibt die Partei der Europäischen Idee. Deutschland ist**  
679 **und bleibt ein Stabilitätsanker in der Europäischen Union.**

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

680 **Deutschland ist allein nicht stark genug, um seinen Interessen in der**  
681 **Welt angemessenes Gehör zu verschaffen. Wir stehen vor**  
682 **Herausforderungen, die wir nur mit der Hilfe Europas bewältigen**  
683 **können. Deutsche Interessen und europäische Interessen sind kein**  
684 **Gegensatz. Sie bedingen sich gegenseitig. Wir brauchen ein**  
685 **funktionierendes Europa, um unseren Wohlstand, unsere Freiheit**  
686 **und unseren sozialen Ausgleich zu erhalten.**

## **Antrag Nr. A 43 - Bundesvorstand**

687 **43.**  
688 **Die Entscheidung der Briten für einen Austritt aus der Europäischen**  
689 **Union hat gezeigt, dass das Europäische Projekt verwundbar und**  
690 **noch lange nicht irreversibel ist. Deshalb werden wir mit aller Kraft**  
691 **dafür arbeiten, dass Europa seine Handlungs- und**  
692 **Leistungsfähigkeit bei der Lösung konkreter und wichtiger**  
693 **Probleme stärker unter Beweis stellt. Die EU war mit ihren**  
694 **Antworten auf die Krisen der Gegenwart zu oft nicht schnell und**  
695 **nicht konsequent genug. Deshalb muss sie bei den großen**  
696 **Herausforderungen wie zum Beispiel der Schaffung von**  
697 **Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen und der Vorbereitung auf**  
698 **den technologischen Wandel (digitaler Binnenmarkt) besser werden,**  
699 **damit der Mehrwert der Europäischen Integration gerade auch bei**  
700 **praktischen Fragen deutlich wird. Gleiches gilt für die**  
701 **Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit und der Lösung**  
702 **der Flüchtlingssituation. Sie sind Voraussetzung dafür, dass wir die**  
703 **Freizügigkeit im Schengen-Raum und den grenzenlosen**  
704 **Binnenmarkt dauerhaft erhalten können. Gerade mit Blick auf den**  
705 **Wahlausgang in den USA muss Europa stärker in der Lage sein, aus**  
706 **eigener Kraft für Frieden und Stabilität in seiner Nachbarschaft im**  
707 **Osten und Süden sorgen zu können.**

Zur Ziffer 43 gehört der Antrag A 43

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## **Antrag Nr. A 44 - Bundesvorstand**

708 **44.**

Zur Ziffer 44 gehört der Antrag A 44

709 Zu den Konstanten unserer erfolgreichen Politik gehört das  
 710 Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft  
 711 gründet auf der Überzeugung, dass alle Akteure der  
 712 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung verantwortlich  
 713 handeln sollen und müssen. Der Staat setzt dafür einen  
 714 Ordnungsrahmen, das heißt die Leitplanken. So haben sich in  
 715 Deutschland die Tarifautonomie von Arbeitgebern und  
 716 Gewerkschaften und die Mitbestimmung genauso bewährt, wie das  
 717 Kartellrecht zur Schaffung eines fairen Wettbewerbs zwischen  
 718 Unternehmen und die Selbstverwaltung der sozialen  
 719 Sicherungssysteme. Durch die immer stärkere Verflechtung der  
 720 wirtschaftlichen Produktion von Gütern in internationalen  
 721 Lieferketten, die effizienten Transportmöglichkeiten und des  
 722 ungehinderten Austauschs von Daten durch die voranschreitende  
 723 Digitalisierung beschleunigt sich die Globalisierung aller  
 724 wirtschaftlichen Vorgänge. Bestes Beispiel hierfür ist der  
 725 Binnenmarkt innerhalb der Europäischen Union. Von ihm profitieren  
 726 alle Mitgliedstaaten. Am Anfang stand die Freizügigkeit von  
 727 Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen, aber schon bald  
 728 gab es auch europarechtlich gesicherte Arbeitnehmerrechte,  
 729 vergleichbare Standards im Umweltrecht und im Verbraucherschutz.  
 730 Jetzt arbeiten wir auch am Aufbau eines digitalen Binnenmarktes.  
 731 Abgesehen von den unterschiedlichen Sozialstandards und  
 732 Steuerregelungen haben wir so auf der Grundlage gleicher Werte  
 733 und ordnungspolitischer Vorstellungen einen großen  
 734 Wirtschaftsraum geschaffen, der nicht nur den einzelnen Ländern  
 735 und Unternehmen, sondern vor allem 500 Millionen EU-Bürgern  
 736 unmittelbar zugute kommt.

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 45 - Bundesvorstand

737 45.  
 738 Auf globaler Ebene stehen wir derzeit noch am Anfang einer  
 739 Entwicklung, die in Europa bereits vor 60 Jahren begonnen und zu  
 740 enormen Wohlstandsgewinnen geführt hat. Über reine  
 741 Zollabkommen hinaus wurden multilaterale Organisationen und  
 742 Abkommen zur Finanzmarktregulierung geschaffen. Bilaterale  
 743 Handelsabkommen werden mehr und mehr ergänzt und ersetzt  
 744 durch regionale Handelsabkommen, wie zum Beispiel TPP, CETA  
 745 und TTIP. Nur so ist es möglich, den Mehrwert der Globalisierung  
 746 allen Ländern und Menschen zugute kommen zu lassen. Unser Ziel  
 747 ist es, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP so  
 748 weit wie möglich voranzubringen und erfolgreich abzuschließen.

Zur Ziffer 45 gehört der Antrag A 45

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 46 - Bundesvorstand

749 46.  
 750 Voraussetzung für die weitere weltweite Entwicklung von  
 751 Prosperität und Wohlstand, die gerade auch der leistungsstarken  
 752 deutschen Wirtschaft große Chancen bietet, ist nicht zuletzt der  
 753 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten. Wir  
 754 brauchen umwelt- und klimaverträgliches Wachstum, weil die  
 755 berechtigten Ansprüche von Milliarden Menschen auf Teilhabe

Zur Ziffer 46 gehört der Antrag A 46

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches

- 756 anders nicht erfüllt werden können.
- 757 **Deutschland gehört seit jeher auf europäischer und internationaler**  
758 **Ebene zu den Vorreitern einer ökologisch verantwortlichen Politik.**  
759 **Wir sind Spitzenreiter bei der Ressourceneffizienz und wir haben mit**  
760 **der Energiewende ein Projekt begonnen, das weltweit für viele**  
761 **Länder zum nachahmenswerten Vorbild werden kann.**

Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 47 - Bundesvorstand

- 762 **47.**  
763 **Dies wird jedoch nur gelingen, wenn dadurch unsere eigene**  
764 **Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet, sondern langfristig sogar**  
765 **gestärkt wird. Deshalb haben wir in den vergangenen beiden Jahren**  
766 **mit der marktwirtschaftlichen Ausrichtung des Ausbaus**  
767 **erneuerbarer Energien, mit einem nationalen Konsens zum**  
768 **Netzausbau und mit einer modernen Strommarktorganisation**  
769 **wichtige Schritte getan, um Versorgungssicherheit, Ökonomie und**  
770 **Ökologie zu versöhnen. In den kommenden Jahren werden wir nun**  
771 **verstärkt die innovativen technologischen und digitalen Aspekte der**  
772 **Energiewende in den Vordergrund stellen. Wir werden auch in**  
773 **Zukunft darauf drängen, dass andere Länder in vergleichbarer**  
774 **Weise ihrer Verantwortung für den Schutz von Klima und Umwelt**  
775 **gerecht werden.**

Zur Ziffer 47 gehört der Antrag A 47

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 48 - Bundesvorstand

- 776 **48.**  
777 **Die Globalisierung ist ein Prozess, den wir gemeinsam als Europäer**  
778 **und mit unseren internationalen Partnern zum Wohle der Menschen**  
779 **gestalten wollen. Auch deshalb bekennen wir uns zur**  
780 **transatlantischen Partnerschaft. Mit keinem Land außerhalb der**  
781 **Europäischen Union haben wir eine tiefere Verbindung als mit den**  
782 **USA. Unsere beiden Länder bilden eine Wertegemeinschaft, auf**  
783 **deren Grundlage wir die europäisch-amerikanischen und die**  
784 **deutsch-amerikanischen Beziehungen weiterentwickeln wollen.**

Zur Ziffer 48 gehört der Antrag A 48

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

## Antrag Nr. A 49 - Bundesvorstand

- 785 **49.**  
786 **Ausblick:**
- 787 **Wir gestalten die Zukunft mit Zuversicht. Deutschland ist ein Land**  
788 **der Chancen. Gewaltige Veränderungen verlangen mutiges und**  
789 **vorausschauendes politisches Handeln. Dabei leiten uns die**  
790 **Prinzipien, die Deutschland erfolgreich gemacht haben, auch im 21.**  
791 **Jahrhundert: Mit Kompetenz, Erfahrung, Fleiß und Neugierde auf**  
792 **Neues wollen wir, dass Europa und Deutschland gestärkt aus diesen**  
793 **Veränderungen hervorgehen. Wir setzen auf die Bereitschaft jedes**

Zur Ziffer 49 gehört der Antrag A 49

Der Antrag des Bundesvorstands "Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa" wurde nach der Sitzung der Antragskommission beschlossen, sodass sie

794 **Einzelnen, sich mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten in unser**  
795 **Gemeinwesen einzubringen. Wir setzen auf Offenheit und die**  
796 **Einhaltung von Regeln und Vereinbarungen und nicht auf**  
797 **Abschottung und Protektionismus. Dafür steht die CDU, dafür wird**  
798 **unser Wahlprogramm 2017 stehen und hierfür erbitten wir einen**  
799 **erneuten Auftrag des deutschen Volkes.**

noch kein Votum abgeben konnte. Das Votum der Antragskommission erfolgt auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands.

# *29. Parteitag der CDU Deutschlands*

**CDU**

*6. – 7. Dezember 2016 · Grugahalle · Messe Essen*

## **Statut**

**Antrag Nr. B 1 - LV Saar**

§ 2 der Geschäftsordnung der CDU (Zeitpunkt, Ort, vorläufige Tagesordnung)

Ändere:

„Zeitpunkt, Ort und vorläufige Tagesordnung des Bundesparteitages bestimmt der Bundesvorstand im Rahmen des Statuts der CDU.“

in

Zeitpunkt, Ort und vorläufige Tagesordnung des Bundesparteitages bestimmt der Bundesvorstand im Rahmen des Statuts der CDU. An gesetzlichen Feiertagen sowie zu für Familien wichtigen Anlässen – wie die Sonntage im Advent oder der Nikolaustag – soll der Parteitag grundsätzlich nicht stattfinden.

**Antrag Nr. B 2 - KV Reutlingen**

Streichung Frauenquorum

Ersatzlose Streichung des Absatzes 3 in § 15 (Gleichstellung von Frauen und Männern) des Statuts des CDU Deutschlands.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 1 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 2 abzulehnen.

# Sonstige Anträge

**Antrag Nr. C 1 - BV CDA**

Wohnen in Städten und Ballungsräumen muss bezahlbar bleiben

Die CDU Deutschlands fordert:

- Die Formulierung einer Öffnungsklausel in der Bundeshaushaltsordnung und dem BImA-Gesetz, die es der öffentlichen Hand erlaubt, Grundstücke und Immobilien für den sozialen Wohnungsbau in besonders belasteten Wohnungsmärkten auch unterhalb des Marktwertes insbesondere an Wohnungsbaugenossenschaften veräußern zu können. Als besonders belastet soll ein Wohnungsmarkt vor allem dann angesehen werden, wenn dort die Mietpreisbremse gilt.
- Die Wiedereinführung der Eigenheimzulage, weil gerade dies Schwellenhaushalten mit Kindern die Möglichkeit gibt, Eigentum zu erwerben.
- Die Gewährung von Eigenheimzulagen auch für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen.
- Die Zulassung abweichender Baustandards gegenüber den konventionellen Neubauten, um vorübergehende Nutzungen für soziale Zwecke erleichtern zu können.
- Die Vorschriften der Gebäudedämmung aus der Energieeinsparverordnung auf den Prüfstand zu stellen. Es gilt, einen vernünftigen Ausgleich zu finden zwischen Energieeffizienz, Energieeinsparung und Wohnraumverteuerung.
- Den Prozentsatz der auf die Miete umlegbaren Modernisierungskosten an die Zinsentwicklung zu koppeln.
- Eine Prüfung, inwieweit staatlich finanzierte Umbaumaßnahmen für alters- oder behindertengerechtes Wohnen von der Rückbaupflicht ausgenommen werden, wenn der Mieter dafür die Kosten getragen hat.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 1 in folgender Fassung anzunehmen:

Wohnen in Städten und Ballungsräumen muss bezahlbar bleiben

Die CDU Deutschlands fordert:

- Die Prüfung einer Öffnungsklausel in der Bundeshaushaltsordnung und dem BImA-Gesetz, die es der öffentlichen Hand erlaubt, Grundstücke und Immobilien für den sozialen Wohnungsbau in besonders belasteten Wohnungsmärkten auch unterhalb des Marktwertes insbesondere an Wohnungsbaugenossenschaften veräußern zu können. Als besonders belastet soll ein Wohnungsmarkt vor allem dann angesehen werden, wenn dort die Mietpreisbremse gilt.
- Die Einführung eines Programms staatlicher Bürgschaften, das Familien Startkapital bietet und damit die Möglichkeit eröffnet, Wohneigentum zu bilden und für die Zukunft vorzusorgen. Zudem setzen wir uns für die Einführung eines „Baukindergeldes“ ein, das in Form einer ergänzenden kinderbezogenen Zahlung (als Jahresbetrag) jungen Familien, die Wohneigentum erwerben, die Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum finanziell erleichtern soll.
- Die Zulassung abweichender Baustandards gegenüber den konventionellen Neubauten, um vorübergehende Nutzungen für soziale Zwecke erleichtern zu können.
- Die Vorschriften der Gebäudedämmung aus der Energieeinsparverordnung auf den Prüfstand zu stellen. Es gilt, einen vernünftigen Ausgleich zu finden zwischen Energieeffizienz, Energieeinsparung und Wohnraumverteuerung.
- Den Prozentsatz der auf die Miete umlegbaren Modernisierungskosten an die Zinsentwicklung zu koppeln.
- Eine Prüfung, inwieweit Umbaumaßnahmen für alters- oder behindertengerechtes Wohnen von der Rückbaupflicht ausgenommen werden, wenn der Mieter dafür die Kosten getragen hat.

**Antrag Nr. C 2 - BV CDA**

Krankheit darf nicht arm machen: Erwerbsminderungsrente hat Priorität

Wer heute aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, ist zu oft für den Rest seines Lebens auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Von der rund eine Millionen Menschen, die derzeit Grundsicherung im Alter beziehen, ist etwa die Hälfte erwerbsgemindert. Diese Zahl belegt, die gesetzliche Rentenversicherung schützt bei Erwerbsminderung nicht ausreichend vor der Inanspruchnahme von Grundsicherung.

Krankheit darf nicht arm machen. Deshalb fordert die CDU Deutschlands, dass die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente bei der nächsten Rentenreform absolute Priorität hat.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 2 in folgender Fassung anzunehmen:

Krankheit darf nicht arm machen:  
Erwerbsminderungsrente hat Priorität

Wer heute aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, ist zu oft für den Rest seines Lebens auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Von der rund eine Millionen Menschen, die derzeit Grundsicherung im Alter beziehen, ist etwa die Hälfte erwerbsgemindert. Diese Zahl belegt, die gesetzliche Rentenversicherung schützt bei Erwerbsminderung nicht ausreichend vor der Inanspruchnahme von Grundsicherung.

Krankheit darf nicht arm machen. Deshalb fordert die CDU Deutschlands, dass die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente bei der nächsten Rentenreform Priorität hat.

**Antrag Nr. C 3 - BV CDA**

Für eine starke Industrie mit Zukunft

Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit werden in Deutschland wesentlich durch die exportorientierte Industrie getragen. Die großen und mittelständischen Betriebe in der Industrie erbringen über ein Fünftel unserer gesamten Wirtschaftsleistung und beschäftigen mehr als sechs Millionen Menschen. Denkt man auch an alle Dienstleistungen und Zulieferer, die in die Innovations- und Wertschöpfungskette integriert sind, vom Softwareingenieur, bis zum LKW-Fahrer, bis zu den Reinigungsfachkräften, ist ein Großteil aller Beschäftigten industrienah tätig.

Eine überdurchschnittlich hohe Tarifbindung und wegweisende Tarifverträge machen das verarbeitende Gewerbe zum Vorreiter und Vorbild für eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Sie sorgen für gute Löhne und überwiegend sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Beides ist Grundlage für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Mitbestimmung in den Betrieben ist dabei wesentlicher Faktor für den Erfolg der Industrieunternehmen. Sie ist ein internationaler Wettbewerbsvorteil, auf den wir nicht verzichten wollen. Die Tarifpartner der Industrie haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder bewiesen, dass sie eine vorausschauende und innovative Tarifpolitik betreiben. Es ist auch ihr Verdienst, das unsere Wirtschaft im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen konnte. Kluge Tarifvereinbarungen und sinnvolle staatliche Regelungen wie das Kurzarbeitergeld haben dazu geführt, dass die deutsche Industrie gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen ist.

Die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft will die Voraussetzungen für möglichst lückenlose und lange Wertschöpfungsketten innerhalb Deutschlands schaffen. Dazu gehören auch die vielfältigen Dienstleistungen, gerade auch im

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 3 in folgender Fassung anzunehmen:

Für eine starke Industrie mit Zukunft

Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit werden in Deutschland wesentlich durch die exportorientierte Industrie getragen. Die großen und mittelständischen Betriebe in der Industrie erbringen über ein Fünftel unserer gesamten Wirtschaftsleistung und beschäftigen mehr als sechs Millionen Menschen. Denkt man auch an alle Dienstleistungen und Zulieferer, die in die Innovations- und Wertschöpfungskette integriert sind, vom Softwareingenieur, bis zum LKW-Fahrer, bis zu den Reinigungsfachkräften, ist ein Großteil aller Beschäftigten industrienah tätig.

Eine überdurchschnittlich hohe Tarifbindung und wegweisende Tarifverträge machen das verarbeitende Gewerbe zum Vorreiter und Vorbild für eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Sie sorgen für gute Löhne und überwiegend sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Beides ist Grundlage für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Mitbestimmung in den Betrieben ist dabei wesentlicher Faktor für den Erfolg der Industrieunternehmen. Sie ist ein internationaler Wettbewerbsvorteil, auf den wir

industrienahen Bereich, die einen wichtigen, eigenständigen Innovationsanteil erbringen. Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke, mittelständisch geprägte Industrie. Gerade das Zusammenwirken von Konzernen und einem starken Mittelstand ist ein wesentlicher Standortvorteil. Die CDU setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die den Wirtschaftsstandort sichern und die hohen sozialen, arbeitsrechtlichen und tarifvertraglichen Standards bewahren. Dafür müssen wir die aktuellen Herausforderungen der Wirtschaft berücksichtigen. Zu diesen gehören der internationale Wettbewerb und der steigende Bedarf an Fachkräften in einer alternden Gesellschaft. Die Digitalisierung verändert die Produktions-, Vertriebs- und Arbeitsbedingungen grundlegend. Sie verschiebt die Wertschöpfung, die zunehmend nicht mehr in der klassischen Produktion stattfindet, sondern in bereitgestellter Software und der Datenverarbeitung.

Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen wir für den Industriestandort Deutschland eine erstklassige Infrastruktur, einen ganzheitlichen Ansatz für die Fachkräftesicherung durch eine exzellente Bildungs- und Ausbildungspolitik, die Förderung von Forschung und Entwicklung gerade im Mittelstand, internationale Verträge, die unseren Unternehmen faire Chancen im globalen Handel und eine gute Versorgung mit Energie und Rohstoffen sichern.

#### 1. Erstklassige Infrastruktur für neue Chancen

Die Industrie braucht gute und schnelle Verkehrswege, damit Zwischenprodukte und Waren kostengünstig und „just in time“ in den Fabriken und bei den Kunden ankommen. Nur wenn unsere Schienen, Straßen und Wasserwege modernen Ansprüchen genügen, werden Unternehmen in Deutschland investieren und damit auch langfristig Arbeitsplätze erhalten. Investitionen in Infrastruktur sind deshalb Investitionen in eine erfolgreiche Zukunft des Wirtschaftsstandortes. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan hat die CDU geführte Bundesregierung ein deutliches Zeichen für die Modernisierung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gesetzt. Wir wollen auch weiterhin Investitionen in Verkehrs- und Kommunikationsnetze, die der Bundesrepublik dauerhaft einen Spitzenplatz beim Infrastrukturangebot sichern.

Die Eisenbahn war der Katalysator der ersten industriellen Revolution, diese Rolle nehmen heute schnelle Internetanschlüsse für die Digitale Revolution ein. Die Industrieunternehmen können Innovationen und neue Geschäftsfelder nur dann anstoßen und erschließen, wenn sie an eine moderne und sichere funk- und festnetz-basierte Breitbandinfrastruktur angeschlossen sind. Sie ist die Basis für die Arbeitsplätze der Zukunft. Diese Basis muss auch für den ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Versorgung mit digitaler Infrastruktur gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht an den Kosten scheitern. Wir fordern einen flächendeckenden, schnellen und dynamischen Ausbau der Breitbandversorgung in Deutschland. Wir unterstützen das Vorhaben der Bundesregierung, Deutschland auch beim Ausbau der 5G-Mobilfunktechnologie in der Weltspitze zu etablieren.

#### 2. Fachkräfte ausbilden und befähigen

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Eine gute Ausbildung ist für die Menschen zugleich Schlüssel zu einem guten Einkommen und einer stabilen Erwerbsbiographie. Mit der dualen Ausbildung hat Deutschland ein berufliches Bildungssystem, für das wir weltweit bewundert werden. Dieses System gilt es zu bewahren, zu stärken und auszubauen. Die Stärke der dualen Ausbildung, die Verbindung von Theorie und Praxis sowie die enge Anbindung an die Wirtschaft, muss auf andere Ausbildungssysteme übertragen werden. Das duale Studium bietet diese Vorteile und ist zugleich eine richtige Antwort auf die steigende Anzahl von

nicht verzichten wollen. Die Tarifpartner der Industrie haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder bewiesen, dass sie eine vorausschauende und innovative Tarifpolitik betreiben. Es ist auch ihr Verdienst, dass unsere Wirtschaft im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen konnte. Kluge Tarifvereinbarungen und sinnvolle staatliche Regelungen wie das Kurzarbeitergeld haben dazu geführt, dass die deutsche Industrie gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen ist.

Die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft will die Voraussetzungen für möglichst lückenlose und lange Wertschöpfungsketten innerhalb Deutschlands schaffen. Dazu gehören auch die vielfältigen Dienstleistungen, gerade auch im industrienahen Bereich, die einen wichtigen, eigenständigen Innovationsanteil erbringen. Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke, mittelständisch geprägte Industrie. Gerade das Zusammenwirken von Konzernen und einem starken Mittelstand ist ein wesentlicher Standortvorteil. Die CDU setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die den Wirtschaftsstandort sichern und die hohen sozialen, arbeitsrechtlichen und tarifvertraglichen Standards bewahren. Dafür müssen wir die aktuellen Herausforderungen der Wirtschaft berücksichtigen. Zu diesen gehören der internationale Wettbewerb und der steigende Bedarf an Fachkräften in einer alternden Gesellschaft. Die Digitalisierung verändert die Produktions-, Vertriebs- und Arbeitsbedingungen grundlegend. Sie verschiebt die Wertschöpfung, die zunehmend nicht mehr in der klassischen Produktion stattfindet, sondern in bereitgestellter Software und der Datenverarbeitung.

Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen wir für den Industriestandort Deutschland eine erstklassige Infrastruktur, einen ganzheitlichen Ansatz für die Fachkräftesicherung durch eine exzellente Bildungs- und Ausbildungspolitik, die Förderung von Forschung und Entwicklung gerade im Mittelstand, internationale Verträge, die unseren Unternehmen faire Chancen im globalen Handel und eine gute Versorgung mit Energie und Rohstoffen sichern.

#### 1. Erstklassige Infrastruktur für neue Chancen

Die Industrie braucht gute und schnelle Verkehrswege, damit Zwischenprodukte und Waren kostengünstig und „just in time“ in den Fabriken und bei den Kunden ankommen. Nur

Abiturienten.

Die CDU setzt sich für die gleichwertige Förderung von beruflicher und akademischer Bildung ein. In den letzten Jahren wurden mit der verbesserten Hochschulfinanzierung und der Anpassung des Bafögs wichtige Projekte umgesetzt. Ähnliche Investitionsanstrengungen müssen wir auch im Bereich der beruflichen Bildung unternehmen. Der Etat für Bildung und Forschung erreicht 2017 ein neues Rekordniveau und soll im Vergleich zu 2016 um 1,2 Mrd. Euro steigen. Die CDU fordert, dass der überwiegende Teil der neu eingebrachten Mittel für die verbesserte Ausstattung der Berufsschulen eingesetzt wird. Gute Lernbedingungen und gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Berufsschullehrer sind wichtige Komponenten für eine attraktive Ausbildung.

Damit die Unternehmen die Digitalisierung für sich nutzen können, brauchen sie Fachkräfte, die bereits früh mit den Möglichkeiten der neuen Technologien experimentieren konnten. Die Grundlagen dazu müssen in den Schulen gelegt werden. Der frühe Zugang zu neuen Technologien wird für die junge Generation entscheidend für den Zugang zum Arbeitsmarkt und ist damit die Voraussetzung für gerechte gesellschaftliche Teilhabe. Wer nicht digital arbeiten kann, wird in Zukunft abgehängt werden. Dabei geht es um mehr, als nur das bloße Anwenden. Wir wollen, dass Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studenten und Studentinnen lernen und erfahren, wie neue Produktionsprozesse praktisch gestaltet werden können. Wir dürfen nicht den Anschluss an die Wirklichkeit in den Betrieben verlieren. Wenn Lehrlinge in der Praxis mit Datenbrillen, 3-D Druckern und Robotern arbeiten, dürfen Tafel und Kreide in der Berufsschule nicht die einzigen Lernmittel sein. Es braucht deshalb auch eine Verpflichtung für Lehrer und Lehrerinnen und Ausbilder und Ausbilderinnen, sich mit Blick auf neue Innovationstechnologien regelmäßig fortzubilden.

Die schnellen technologischen Entwicklungen und der spätere Renteneintritt fordern anhaltende Investitionen in die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer. Das Modell einer einzigen Ausbildungsphase zu Beginn der Erwerbstätigkeit muss durch eine Kultur des lebenslangen Lernens für alle Altersgruppen ersetzt werden. Wir wollen die betriebliche Fort- und Weiterbildung stärken. Die Voraussetzung für eine lange Erwerbstätigkeit sind Arbeitsbedingungen, die den Menschen gesund, kreativ und motiviert halten. Die CDU setzt sich für gute Leitplanken im Arbeitsschutz ein. Wir fordern Investitionen in altersgerechte Arbeitsplätze, sowie in Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte auch in der Produktion länger arbeiten können.

### 3. Innovation ermöglichen und fördern

Unsere Industrieunternehmen und ihre Beschäftigten waren in den letzten 100 Jahren offen für Innovationen und haben sich buchstäblich immer wieder neu erfunden. Deshalb sind wir heute noch ein starkes Industrieland mit vielen gut bezahlten Arbeitsplätzen. Damit dies auch so bleibt, sind Investitionen in Forschung und Entwicklung weiter unerlässlich. Dies gilt besonders für die Entwicklung zur vernetzten Industrie 4.0. Deutsche Unternehmen liegen bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung und bei den Patentanmeldungen im internationalen Vergleich insgesamt auf Spitzenplätzen. Der Staat fördert diese Bemühungen mit der gezielten Unterstützung von Forschungsprojekten. Kleinere und mittlere Unternehmen fallen aber laut dem Innovationsindikator des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. im Vergleich zu großen Betrieben und Konzernen stark ab. Sie investieren unterdurchschnittlich in Forschung und Entwicklungsmaßnahmen und nehmen seltener an geförderten Forschungsprojekten teil. Damit unsere mittelständische Industrie insgesamt

wenn unsere Schienen, Straßen und Wasserwege modernen Ansprüchen genügen, werden Unternehmen in Deutschland investieren und damit auch langfristig Arbeitsplätze erhalten. Investitionen in Infrastruktur sind deshalb Investitionen in eine erfolgreiche Zukunft des Wirtschaftsstandortes. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan hat die CDU geführte Bundesregierung ein deutliches Zeichen für die Modernisierung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gesetzt. Wir wollen auch weiterhin Investitionen in Verkehrs- und Kommunikationsnetze, die der Bundesrepublik dauerhaft einen Spitzenplatz beim Infrastrukturangebot sichern.

Die Eisenbahn war der Katalysator der ersten industriellen Revolution, diese Rolle nehmen heute schnelle Internetanschlüsse für die Digitale Revolution ein. Die Industrieunternehmen können Innovationen und neue Geschäftsfelder nur dann anstoßen und erschließen, wenn sie an eine moderne und sichere funk- und festnetzbasierende Breitbandinfrastruktur angeschlossen sind. Sie ist die Basis für die Arbeitsplätze der Zukunft. Diese Basis muss auch für den ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Wir fordern einen flächendeckenden, schnellen und dynamischen Ausbau der Breitbandversorgung in Deutschland. Wir unterstützen das Vorhaben der Bundesregierung, Deutschland auch beim Ausbau der 5G-Mobilfunktechnologie in der Weltspitze zu etablieren.

2. Fachkräfte ausbilden und befähigen  
Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Eine gute Ausbildung ist für die Menschen zugleich Schlüssel zu einem guten Einkommen und einer stabilen Erwerbsbiographie. Mit der dualen Ausbildung hat Deutschland ein berufliches Bildungssystem, für das wir weltweit bewundert werden. Dieses System gilt es zu bewahren, zu stärken und auszubauen. Die Stärke der dualen Ausbildung, die Verbindung von Theorie und Praxis sowie die enge Anbindung an die Wirtschaft, muss auf andere Ausbildungssysteme übertragen werden. Das duale Studium bietet diese Vorteile und ist zugleich eine richtige Antwort auf die steigende Anzahl von Abiturienten.

Die CDU setzt sich für die gleichwertige Förderung von beruflicher und akademischer Bildung ein. In den letzten Jahren wurden mit der verbesserten Hochschulfinanzierung und der Anpassung des Bafögs wichtige Projekte

wettbewerbsfähig bleibt, benötigt sie in diesem Bereich mehr direkte Unterstützung, Informationsangebote und Kooperationsmöglichkeiten. Dabei muss auch die Gründerszene berücksichtigt werden. Gerade von Startups gehen wichtige Impulse für technologische Entwicklungsschübe aus, die in Unternehmen mit etablierten Strukturen schwerer umzusetzen sind. Die CDU setzt sich für den Aus- und Aufbau von Informationszentren für den Mittelstand ein. Die Unternehmen brauchen vor Ort gut vernetzte Ansprechpartner und zielgerichtete Veranstaltungsangebote, um sich über neue Entwicklungen und Kooperationsmöglichkeiten mit Forschungseinrichtungen informieren zu können. Die Zusammenarbeit von kleineren Unternehmen mit Forschungsinstituten muss zudem fachlich begleitet werden. Deshalb wollen wir den Aufbau von Cluster-Strukturen in den Regionen fördern. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es wichtig, dass Betriebe, Zulieferer, Forschungseinrichtungen und Verbände einer Region, in engen Austauschbeziehungen stehen.

Die Digitalisierung verändert die Produktions- und Arbeitswelt. Von den Belegschaften fordert der Einsatz von Robotern, Datenbrillen oder 3D-Druckern große Anpassungsleistungen. Sie sollten möglichst frühzeitig in die Veränderungsprozesse eingebunden werden. Nur wenn die neuen Möglichkeiten nicht zuerst als Bedrohung für den eigenen Arbeitsplatz, sondern als Hilfe und Chance für das gesamte Unternehmen wahrgenommen werden, wird die Digitalisierung zum Erfolg führen. Unser Ziel ist es, bestehende Mitbestimmungsmöglichkeiten zu überprüfen und gegebenenfalls an die Erfordernisse der neuen Arbeitswelt anzupassen und damit langfristig zu stärken.

#### 4. Internationale Verträge für fairen Wettbewerb

Die Digitalisierung beschleunigt die Internationalisierung unserer Wirtschaft. Freihandelsabkommen bieten langfristig Chancen für mehr Wohlstand und sichern Arbeitsplätze in ganz Europa und gerade in Deutschland. Die Wirtschaft braucht deshalb Handelsverträge und europäische und internationale Abkommen und Vereinbarungen etwa zur Rohstoff- und Energiesicherung und zu Umweltstandards. Unter Berücksichtigung der deutschen und der europäischen Rechtsstandards und unter Wahrung unserer Arbeitsrechts-, Umwelt- und Sozialstandards setzen wir uns für die Umsetzung des Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und für weitere Verhandlungen mit den USA zu TTIP ein, die die europäischen Anforderungen an gute Arbeit in den Mittelpunkt stellen. CETA trägt mit der Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen zur Verbreitung unserer Arbeitsrechtsstandards in der Welt bei und ist ein Modell für weitere Freihandelsabkommen. Wir wollen, dass die privaten Schiedsgerichte und das bei CETA vorgesehene öffentliche Investitionsgericht zu einem ständigen Investitionsgerichtshof weiterentwickelt werden.

Die internationalen Handelsregelungen sollen fairen Handel ermöglichen. Regelverletzungen können zu unmittelbaren Wettbewerbsverzerrungen führen und unsere Unternehmen in ihrer Existenz bedrohen. Dies zeigt sich derzeit in der Stahlbranche. Die Europäische Ebene muss deshalb schnell reagieren können, um unsere heimischen Unternehmen vor unlauteren Dumpingpreisen zu schützen. Wir setzen uns für schnellere Entscheidungsabläufe auf europäischer Ebene ein, die sicherstellen, dass unsere Unternehmen nicht Opfer von Wettbewerbsverzerrungen, etwa im Handel mit China werden.

#### 5. Rohstoffe sichern und erschließen

Eine starke Industrie braucht eine gute Versorgung mit günstiger Energie und Zugang zu allen notwendigen Ressourcen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass deutsche Unternehmen ihren Bedarf an Rohstoffen langfristig decken können.

umgesetzt. Ähnliche Investitionsanstrengungen müssen wir auch im Bereich der beruflichen Bildung unternehmen. Der Etat für Bildung und Forschung erreicht 2017 ein neues Rekordniveau und soll im Vergleich zu 2016 um 1,2 Mrd. Euro steigen. Die CDU fordert, dass mehr Mittel für die verbesserte Ausstattung der Berufsschulen eingesetzt werden. Gute Lernbedingungen und gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Berufsschullehrer sind wichtige Komponenten für eine attraktive Ausbildung.

Damit die Unternehmen die Digitalisierung für sich nutzen können, brauchen sie Fachkräfte, die bereits früh mit den Möglichkeiten der neuen Technologien experimentieren konnten. Die Grundlagen dazu müssen in den Schulen gelegt werden. Der frühe Zugang zu neuen Technologien wird für die junge Generation entscheidend für den Zugang zum Arbeitsmarkt und ist damit die Voraussetzung für gerechte gesellschaftliche Teilhabe. Wer nicht digital arbeiten kann, wird in Zukunft abgehängt werden. Dabei geht es um mehr, als nur das bloße Anwenden. Wir wollen, dass Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studenten und Studentinnen lernen und erfahren, wie neue Produktionsprozesse praktisch gestaltet werden können. Wir dürfen nicht den Anschluss an die Wirklichkeit in den Betrieben verlieren. Wenn Lehrlinge in der Praxis mit Datenbrillen, 3-D Druckern und Robotern arbeiten, dürfen Tafel und Kreide in der Berufsschule nicht die einzigen Lernmittel sein. Es braucht deshalb auch eine Verpflichtung für Lehrer und Lehrerinnen und Ausbilder und Ausbilderinnen, sich mit Blick auf neue Innovationstechnologien regelmäßig fortzubilden.

Die schnellen technologischen Entwicklungen und der spätere Renteneintritt fordern anhaltende Investitionen in die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer. Das Modell einer einzigen Ausbildungsphase zu Beginn der Erwerbstätigkeit muss durch eine Kultur des lebenslangen Lernens für alle Altersgruppen ersetzt werden. Wir wollen die betriebliche Fort- und Weiterbildung stärken. Die Voraussetzung für eine lange Erwerbstätigkeit sind Arbeitsbedingungen, die den Menschen gesund, kreativ und motiviert halten. Die CDU setzt sich für gute Leitplanken im Arbeitsschutz ein. Wir fordern Investitionen in altersgerechte Arbeitsplätze, sowie in Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte auch in der Produktion länger arbeiten können.

Dafür benötigen wir internationale Abkommen für sichere Zugänge, die Verwertung heimischer Ressourcen, aber auch eine noch effizientere Nutzung durch Recycling und neue Produktionsverfahren. Zugleich müssen wir die Versorgung mit Energie zu bezahlbaren Preisen sicherstellen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern.

Wir unterstützen die Energiewende. Der beschleunigte Weg ins Zeitalter der regenerativen Energien bietet der Wirtschaft enorme Chancen. Für einen Erfolg dieses gesamtgesellschaftlichen Projektes brauchen wir die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft. Entscheidend dafür sind eine faire Lastenverteilung und eine Begrenzung der Kosten insgesamt. Die Energiewende darf nicht auf Kosten der Menschen mit kleinem Einkommen und der kleinen Betriebe betrieben werden. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die EEG-Umlage nicht weiter ansteigt und der Ausbau der erneuerbaren Energien nur an solchen Standorten fortgesetzt wird, wo ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist.

Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. In der gezielten Speicherung und Auswertung von Daten liegt ein großes Wertschöpfungspotenzial für Unternehmen. Wir wollen, dass dieses Potenzial in Deutschland genutzt werden kann. Dazu braucht es einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen auf europäischer Ebene. Wir setzen uns für die Einhaltung hoher Datenschutzstandards und offene Märkte ein. Unser Ziel ist es, personenbezogenen Datenschutz zu ermöglichen, ohne unseren Unternehmen die Möglichkeiten der Nutzung neuer Technologien zu verbauen. Transparenz ist dabei der Schlüssel zu Akzeptanz: Die Verbraucher müssen wissen, was mit ihren Daten geschieht. Nur so können sie selbstbestimmt entscheiden, welche Daten sie preisgeben möchten. Aber einseitig hohe Schutzstandards nutzen nichts. Wenn Unternehmen aus anderen Staaten unsere Standards umgehen können, haben europäische Firmen erhebliche Wettbewerbsnachteile. Das würde Arbeitsplätze in zukünftigen Schlüsselbranchen bedrohen. Außerdem müssen Bürger und Unternehmen darauf vertrauen können, dass sensible Daten und Unternehmensgeheimnisse vor illegalen Zugriffen geschützt sind. Die IT-Sicherheit wird vor dem Hintergrund der rasant wachsenden Vernetzung zur Schlüsselfrage. Die CDU setzt sich für eine gemeinsame Strategie von Staat und Unternehmen zur Bewältigung der Herausforderungen der Daten- und Informationssicherheit ein.

#### 6. Arbeitsplatzcheck für gute Perspektiven

Die CDU steht für den verantwortungsbewussten Umgang mit der Schöpfung. Staatliche Vorgaben haben in den letzten Jahrzehnten zur erheblichen Reduzierung der Umweltbelastung geführt. Dieser Weg ist richtig und notwendig. Umweltschutz ist aber kein Selbstzweck, auch hier müssen die Folgen für die Menschen im Verhältnis zu den angestrebten Zielen stehen. Umweltziele und Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragen sollen in Zukunft ausgewogener berücksichtigt, Ökonomie und Ökologie in einen Ausgleich gebracht werden. Die CDU fordert deshalb vor der Einführung von neuen Umweltstandards eine Folgeabschätzung für die Arbeitsplatzentwicklung in Deutschland. Dieser Arbeitsplatzcheck soll helfen, dass neue Standards so umgesetzt werden, dass Unternehmen und Branchen sich auf neue Erfordernisse einstellen können. Dies hilft langfristig Arbeitsplätze zu sichern oder aufzubauen. Dies gilt beispielsweise für die weitere Förderung von Elektromobilität. Ein willkürliches Verbot von Verbrennungsmotoren mit Stichtagen geht an der Wirklichkeit vorbei. Die CDU wird nicht zulassen, dass die Automobilbranche und damit zahlreiche Arbeitsplätze durch ideologisch motivierte Vorgaben gefährdet werden.

Ein weiteres Beispiel ist der Emissionshandel in der EU. Die CDU hat sich hier bereits dafür eingesetzt, dass die europäische Klimapolitik nicht energieintensive

3. Innovation ermöglichen und fördern  
Unsere Industrieunternehmen und ihre Beschäftigten waren in den letzten 100 Jahren offen für Innovationen und haben sich buchstäblich immer wieder neu erfunden. Deshalb sind wir heute noch ein starkes Industrieland mit vielen gut bezahlten Arbeitsplätzen. Damit dies auch so bleibt, sind Investitionen in Forschung und Entwicklung weiter unerlässlich. Dies gilt besonders für die Entwicklung zur vernetzten Industrie 4.0. Deutsche Unternehmen liegen bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung und bei den Patentanmeldungen im internationalen Vergleich insgesamt auf Spitzenplätzen. Der Staat fördert diese Bemühungen mit der gezielten Unterstützung von Forschungsprojekten. Kleinere und mittlere Unternehmen fallen aber laut dem Innovationsindikator des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. im Vergleich zu großen Betrieben und Konzernen stark ab. Sie investieren unterdurchschnittlich in Forschung und Entwicklungsmaßnahmen und nehmen seltener an geförderten Forschungsprojekten teil. Damit unsere mittelständische Industrie insgesamt wettbewerbsfähig bleibt, benötigt sie in diesem Bereich mehr direkte Unterstützung, Informationsangebote und Kooperationsmöglichkeiten. Dabei muss auch die Gründerszene berücksichtigt werden. Gerade von Startups gehen wichtige Impulse für technologische Entwicklungsschübe aus, die in Unternehmen mit etablierten Strukturen schwerer umzusetzen sind. Die CDU setzt sich für den Aus- und Aufbau von Informationszentren für den Mittelstand ein. Die Unternehmen brauchen vor Ort gut vernetzte Ansprechpartner und zielgerichtete Veranstaltungsangebote, um sich über neue Entwicklungen und Kooperationsmöglichkeiten mit Forschungseinrichtungen informieren zu können. Die Zusammenarbeit von kleineren Unternehmen mit Forschungsinstituten muss zudem fachlich begleitet werden. Deshalb wollen wir den Aufbau von Cluster-Strukturen in den Regionen fördern. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es wichtig, dass Betriebe, Zulieferer, Forschungseinrichtungen und Verbände einer Region, in engen Austauschbeziehungen stehen. Die Digitalisierung verändert die Produktions- und Arbeitswelt. Von den Belegschaften fordert der Einsatz von Robotern, Datenbrillen oder 3D-Druckern große Anpassungsleistungen. Sie sollten möglichst frühzeitig in die Veränderungsprozesse eingebunden werden. Nur wenn die neuen Möglichkeiten nicht zuerst als Bedrohung für den eigenen Arbeitsplatz, sondern

Wirtschaftszweige wie die Stahlindustrie gefährdet. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Moderne und vergleichsweise umweltverträgliche deutsche Stahlwerke dürfen im internationalen Wettbewerb nicht mit zu strikten europäischen Umweltauflagen benachteiligt werden. Dies wäre eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten älterer und schmutzigerer Technologien, die weder der Umwelt noch den Arbeitnehmern nutzt.

Gerade die Stahlbranche ist ein Beispiel für die Bedeutung langer Wertschöpfungsketten. Von der Roheisenerzeugung bis zum verarbeiteten Stahl sind zahlreiche Zulieferer in die Produktionskette eingebunden. Gleichzeitig ist die Stahlbranche mit ihren Vorprodukten die Basisindustrie unter anderem für den Fahrzeug- und Maschinenbau. Wichtige Innovationen können deshalb in Deutschland Sektor übergreifend entstehen. Der Ausfall der Basisindustrie kann große Auswirkungen haben. Die Abhängigkeit von ausländischen Innovationen und Vorprodukten würde steigen. Nach der Stahlproduktion könnten weitere Teile der Wertschöpfungskette ins Ausland abwandern, viele Arbeitsplätze auch außerhalb der Stahlindustrie wären gefährdet.

als Hilfe und Chance für das gesamte Unternehmen wahrgenommen werden, wird die Digitalisierung zum Erfolg führen. Unser Ziel ist es, bestehende Mitbestimmungsmöglichkeiten zu überprüfen und gegebenenfalls an die Erfordernisse der neuen Arbeitswelt anzupassen und damit langfristig zu stärken.

#### 4. Internationale Verträge für fairen Wettbewerb

Die Digitalisierung beschleunigt die Internationalisierung unserer Wirtschaft. Freihandelsabkommen bieten langfristig Chancen für mehr Wohlstand und sichern Arbeitsplätze in ganz Europa und gerade in Deutschland. Die Wirtschaft braucht deshalb Handelsverträge und europäische und internationale Abkommen und Vereinbarungen etwa zur Rohstoff- und Energiesicherung und zu Umweltstandards. Unter Berücksichtigung der deutschen und der europäischen Rechtsstandards und unter Wahrung unserer Arbeitsrechts-, Umwelt- und Sozialstandards setzen wir uns für die Umsetzung des Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und für weitere Verhandlungen mit den USA zu TTIP ein, die die europäischen Anforderungen an gute Arbeit in den Mittelpunkt stellen. CETA trägt mit der Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen zur Verbreitung unserer Arbeitsrechtsstandards in der Welt bei und kann so ein Orientierungspunkt für weitere Freihandelsabkommen sein. Wir wollen bei unseren Verhandlungspartnern dafür werben, dass die privaten Schiedsgerichte und das bei CETA vorgesehene öffentliche Investitionsgericht zu einem ständigen Investitionsgerichtshof weiterentwickelt werden.

Die internationalen Handelsregelungen sollen fairen Handel ermöglichen. Regelverletzungen können zu unmittelbaren Wettbewerbsverzerrungen führen und unsere Unternehmen in ihrer Existenz bedrohen. Dies zeigt sich derzeit in der Stahlbranche. Die Europäische Ebene muss deshalb schnell reagieren können, um unsere heimischen Unternehmen vor unlauteren Dumpingpreisen zu schützen. Wir setzen uns für schnellere Entscheidungsabläufe auf europäischer Ebene ein, die sicherstellen, dass unsere Unternehmen nicht Opfer von Wettbewerbsverzerrungen, etwa im Handel mit China werden.

#### 5. Rohstoffe sichern und erschließen

Eine starke Industrie braucht eine gute Versorgung mit günstiger Energie und Zugang zu allen notwendigen Ressourcen. Die CDU setzt

sich dafür ein, dass deutsche Unternehmen ihren Bedarf an Rohstoffen langfristig decken können. Dafür benötigen wir internationale Abkommen für sichere Zugänge, die Verwertung heimischer Ressourcen, aber auch eine noch effizientere Nutzung durch Recycling und neue Produktionsverfahren. Zugleich müssen wir die Versorgung mit Energie zu bezahlbaren Preisen sicherstellen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern.

Wir unterstützen die Energiewende. Der beschleunigte Weg ins Zeitalter der regenerativen Energien bietet der Wirtschaft enorme Chancen. Für einen Erfolg dieses gesamtgesellschaftlichen Projektes brauchen wir die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft. Entscheidend dafür sind eine faire Lastenverteilung und eine Begrenzung der Kosten insgesamt. Die Energiewende darf nicht auf Kosten der Menschen mit kleinem Einkommen und der kleinen Betriebe betrieben werden. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die EEG-Umlage nicht weiter ansteigt und der Ausbau der erneuerbaren Energien grundsätzlich nur an solchen Standorten fortgesetzt wird, wo ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist. Vor allen Dingen muss der Netzausbau schnell, wirtschaftlich und bedarfsgerecht vorangetrieben werden.

Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. In der gezielten Speicherung und Auswertung von Daten liegt ein großes Wertschöpfungspotenzial für Unternehmen. Wir wollen, dass dieses Potenzial in Deutschland genutzt werden kann. Dazu braucht es einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen auf europäischer Ebene. Wir setzen uns für die Einhaltung hoher Datenschutzstandards und offene Märkte ein. Unser Ziel ist es, personenbezogenen Datenschutz zu ermöglichen, ohne unseren Unternehmen die Möglichkeiten der Nutzung neuer Technologien zu verbauen. Transparenz ist dabei der Schlüssel zu Akzeptanz: Die Verbraucher müssen wissen, was mit ihren Daten geschieht. Nur so können sie selbstbestimmt entscheiden, welche Daten sie preisgeben möchten. Aber einseitig hohe Schutzstandards nutzen nichts. Wenn Unternehmen aus anderen Staaten unsere Standards umgehen können, haben europäische Firmen erhebliche Wettbewerbsnachteile. Das würde Arbeitsplätze in zukünftigen Schlüsselbranchen bedrohen. Außerdem müssen Bürger und Unternehmen darauf vertrauen können, dass sensible Daten und Unternehmensgeheimnisse vor illegalen Zugriffen

geschützt sind. Die IT-Sicherheit wird vor dem Hintergrund der rasant wachsenden Vernetzung zur Schlüsselfrage. Die CDU setzt sich für eine gemeinsame Strategie von Staat und Unternehmen zur Bewältigung der Herausforderungen der Daten- und Informationssicherheit ein.

#### 6. Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit in Einklang bringen

Die CDU steht für den verantwortungsbewussten Umgang mit der Schöpfung. Staatliche Vorgaben haben in den letzten Jahrzehnten zur erheblichen Reduzierung der Umweltbelastung geführt. Dieser Weg ist richtig und notwendig. Umweltschutz ist aber kein Selbstzweck, auch hier müssen die Folgen für die Menschen im Verhältnis zu den angestrebten Zielen stehen. Umweltziele und Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragen sollen in Zukunft ausgewogener berücksichtigt, Ökonomie und Ökologie in einen Ausgleich gebracht werden. Ziel bleibt, langfristig Arbeitsplätze zu sichern oder aufzubauen. Dies gilt beispielsweise für die weitere Förderung von Elektromobilität. Ein willkürliches Verbot von Verbrennungsmotoren mit Stichtagen geht an der Wirklichkeit vorbei. Die CDU wird nicht zulassen, dass die Automobilbranche und damit zahlreiche Arbeitsplätze durch ideologisch motivierte Vorgaben gefährdet werden. Zudem würde ein solches Verbot die Möglichkeit, bestimmte Verbrennungsmotoren künftig auch mit Brennstoff zu betreiben, der aus erneuerbarer Energien gewonnen wurde, außer Acht lassen.

Umweltauflagen müssen ausgewogen sein. So dürfen moderne und vergleichsweise umweltverträgliche deutsche Stahlwerke im internationalen Wettbewerb nicht mit zu strikten europäischen Umweltauflagen benachteiligt werden. Dies wäre eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten älterer und schmutzigerer Technologien, die weder der Umwelt noch den Arbeitnehmern nutzt. Im Bereich des Emissionshandels streben wir global vergleichbare Preise für den Ausstoß von Treibhausgasen an, damit ein wirksamer Klimaschutz weltweit gelingt und faire Wettbewerbsbedingungen erreicht werden.

Gerade die Stahlbranche ist ein Beispiel für die Bedeutung langer Wertschöpfungsketten. Von der Roheisenerzeugung bis zum verarbeiteten Stahl sind zahlreiche Zulieferer in die Produktionskette eingebunden. Gleichzeitig ist die Stahlbranche mit ihren Vorprodukten die Basisindustrie unter anderem für den Fahrzeug- und Maschinenbau.

Wichtige Innovationen können deshalb in Deutschland Sektor übergreifend entstehen. Der Ausfall der Basisindustrie kann große Auswirkungen haben. Die Abhängigkeit von ausländischen Innovationen und Vorprodukten würde steigen. Nach der Stahlproduktion könnten weitere Teile der Wertschöpfungskette ins Ausland abwandern, viele Arbeitsplätze auch außerhalb der Stahlindustrie wären gefährdet.

## Antrag Nr. C 4 - BV Frauen Union

Familien steuerlich entlasten und besser fördern

Wir fordern die CDU Deutschlands auf, in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 folgende Forderungen aufzunehmen:

Der steuerliche Kinderfreibetrag soll 2019 auf den Grundfreibetrag für Erwachsene angehoben werden. Das Kindergeld ist entsprechend zu erhöhen. Kinderbetreuungskosten sollen in voller Höhe (=100 Prozent) der Aufwendungen bis zum einem Höchstbetrag von 4.000 Euro pro Kind und Kalenderjahr abziehbar sein.

## Antrag Nr. C 5 - BV Frauen Union

Alterssicherung von Frauen stärken!

Wir wollen, dass sich auch in Zukunft Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge für die Menschen lohnen. Die Grundlage für finanzielle Sicherheit im Alter wird auch künftig im Erwerbsleben liegen. Eine zukunftsfeste Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Vorsorge.

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Die private und betriebliche Vorsorge wollen wir stärken. Gerade die betriebliche und die private Altersvorsorge wird noch viel zu selten von Frauen genutzt.

In Deutschland beziehen Frauen um 59,6 Prozent geringere eigene Alterssicherungseinkommen als Männer. Die Entgeltlücke von rund 21 Prozent zwischen den Erwerbseinkommen von Frauen und Männern findet ihre Fortsetzung im Alter. Die Ursachen für die Rentenlücken sind auch in den unterschiedlichen Lebensverläufen von Frauen und Männern zu suchen. Gerade ältere Frauen haben lange familienbedingte Lücken im Erwerbsverlauf. Frauen sind darüberhinaus überdurchschnittlich häufig geringfügig bzw. teilzeitbeschäftigt.

Frauen müssen im Alter also oft mit einem sehr geringen eigenen Einkommen auskommen und sind deshalb häufiger auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen. Im Dezember 2015 waren rund 60,1 % der Personen, die Grundsicherung im Alter bezogen, Frauen.

Die Reformen der Alterssicherung müssen die spezifische Rentensituation von Frauen im Blick haben und berücksichtigen, um Altersarmut von Frauen wirksam entgegenzutreten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 4 an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 5 in folgender Fassung anzunehmen:

Alterssicherung von Frauen stärken!

Wir wollen, dass die Rente „Lohn für Lebensleistung“ bleibt. Die Grundlage für finanzielle Sicherheit im Alter wird auch künftig im Erwerbsleben liegen. Eine zukunftsfeste Altersvorsorge steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen Altersversorgung und der privaten Vorsorge.

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Die private und betriebliche Vorsorge wollen wir stärken. Gerade in der betrieblichen und privaten Altersvorsorge erwerben Frauen noch zu geringe Anwartschaften.

In Deutschland beziehen Frauen um 59,6 Prozent geringere eigene Alterssicherungseinkommen als Männer. Die Entgeltlücke von bis zu 21 Prozent (Statistisches Bundesamt, März 2016) zwischen den Erwerbseinkommen von Frauen und Männern findet ihre Fortsetzung im Alter. Die Ursachen für die Rentenlücken sind auch in den unterschiedlichen Lebensverläufen von Frauen und Männern zu suchen. Gerade ältere Frauen

Zur Stärkung der eigenen Alterssicherung von Frauen fordert der 29. Parteitag der CDU Deutschlands:

- Kindererziehungszeiten nicht auf die Grundsicherung anrechnen  
Bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Grundsicherung im Alter sollten Kindererziehungszeiten nicht als Einkommen angerechnet werden.  
Mit dieser Maßnahme profitieren z.B. auch die Frauen von den Verbesserungen der Mütterrente, die auch mit den neuen Anwartschaften bislang unterhalb der Grundsicherungs-Schwelle bleiben.

- Attraktivität von betrieblichen und privaten Vorsorgeangeboten bei Frauen steigern  
Das Recht auf Entgeltumwandlung (Opting-in) ist in eine Pflicht zur Entgeltumwandlung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Opting-out (Recht auf Ausstieg) weiterzuentwickeln. Dies führt im Ergebnis dazu, dass Frauen tatsächlich mehr Angebote erhalten.

- Freibeträge bei der Grundsicherung  
Wer privat oder betrieblich für sein Alter vorsorgt, sollte von diesbezüglichen Freibeträgen auch in der Grundsicherung profitieren. Zusätzliche Altersvorsorge muss sich gerade für Frauen in den unteren Einkommensgruppen lohnen.

- Anreize zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung  
Wir wollen das Faktorverfahren, wenn beide Ehepartner erwerbstätig sind, verpflichtend machen. So werden auch der Midijob und die Übergänge in Vollzeitjobs für Arbeitnehmerinnen attraktiver. Frauen bleiben lange (verheiratete Frauen durchschnittlich 8 Jahre), manche sogar immer, im Minijob. Nur 45 % der Frauen finden nach einem Jahr im Minijob eine sozialversicherungspflichtige Teilzeit- oder Vollzeit Arbeitsstelle.

Spätestens mit der Einführung des Faktorverfahrens zum 1.1.2010 müssen Frauen nicht länger die für sie ungünstige Steuerklasse V wählen. Durch eine verpflichtende Einführung entstünden mehr Anreize zur Aufnahme bzw. Ausweitung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Höhere Nettolöhne wirken sich zudem positiv auf Lohnersatzleistungen, wie z. B. das Arbeitslosen- oder Elterngeld, aus.

- Einbeziehung von Pflegezeiten ins Flexi-Renten-Modell  
Pflegerische Angehörige sollten auch dann noch ihre Rentenanwartschaften steigern können, wenn sie nach dem Eintritt in die Rente pflegen. Denn rund ein Drittel aller pflegenden Angehörigen ist bereits über 65 Jahre alt. Damit wird die Pflegetätigkeit auch nach Eintritt in die Rente der Erwerbsarbeit im Flexi-Rentenrecht gleichgestellt.

haben lange familienbedingte Lücken im Erwerbsverlauf. Frauen sind darüber hinaus überdurchschnittlich häufig geringfügig bzw. teilzeitbeschäftigt.

Frauen müssen im Alter also oft mit einem sehr geringen eigenen Einkommen auskommen und sind deshalb häufiger auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen. Im Dezember 2015 waren rund 60,1 Prozent der Personen, die Grundsicherung im Alter bezogen, Frauen.

Die Reformen der Alterssicherung müssen die spezifische Rentensituation von Frauen im Blick haben und berücksichtigen, um Altersarmut von Frauen wirksam entgegenzutreten.

Zur Stärkung der eigenen Alterssicherung von Frauen fordert der 29. Parteitag der CDU Deutschlands:

- Kindererziehungszeiten nicht auf die Grundsicherung anrechnen  
Bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Grundsicherung im Alter sollten Kindererziehungszeiten nicht als Einkommen angerechnet werden.

Mit dieser Maßnahme profitieren z. B. auch die Frauen von den Verbesserungen der Mütterrente, die auch mit den neuen Anwartschaften bislang unterhalb der Grundsicherungs-Schwelle bleiben.

- Attraktivität von betrieblichen Vorsorgeangeboten bei Frauen steigern  
Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz können die Sozialpartner künftig rechtssicher Modelle der automatischen Entgeltumwandlung regeln („Opting-Out“). Opting-Out-Systeme führen durch die automatische Einbeziehung aller Beschäftigten eines Unternehmens oder eines Betriebs zu einer höheren Verbreitung, lassen den Beschäftigten gleichzeitig aber die Freiheit, der Entgeltumwandlung aus welchen Gründen auch immer zu widersprechen. Auch nichttarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer können die Anwendung der einschlägigen tariflichen Regelung vereinbaren. Dies führt im Ergebnis dazu, dass Frauen tatsächlich mehr Angebote erhalten. Eine darüber hinausgehende Ausweitung des Opting-Out werden wir mit Bedacht prüfen.

- Freibeträge bei der Grundsicherung  
Wer privat oder betrieblich für sein Alter vorsorgt, sollte von diesbezüglichen Freibeträgen auch in der Grundsicherung profitieren. Zusätzliche

Altersvorsorge muss sich gerade für Frauen in den unteren Einkommensgruppen lohnen.

- Anreize zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung  
Spätestens mit der Einführung des Faktorverfahrens zum 1.1.2010 müssen Frauen nicht länger die für sie ungünstige Steuerklasse V wählen. Dadurch entstehen mehr Anreize zur Aufnahme bzw. Ausweitung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Höhere Nettolöhne wirken sich zudem positiv auf Lohnersatzleistungen, wie z. B. das Arbeitslosen- oder Elterngeld, aus. Wir wollen verstärkt für das Faktorverfahren werben, insbesondere wenn beide Ehepartner erwerbstätig sind. Mit dem Faktorverfahren werden auch der Midijob und die Übergänge in Vollzeitjobs für Arbeitnehmerinnen attraktiver. Frauen bleiben lange (verheiratete Frauen durchschnittlich 8 Jahre), manche sogar immer, im Minijob. Nur 45 % der Frauen finden nach einem Jahr im Minijob eine sozialversicherungspflichtige Teilzeit- oder Vollzeit Arbeitsstelle.  
Daher muss noch besser über das Faktorverfahren und dessen Vorteile informiert werden.

- Einbeziehung von Pflegezeiten ins Flexi-Renten-Modell  
Pflegerische Angehörige sollten auch dann noch ihre Rentenanwartschaften steigern können, wenn sie nach dem Eintritt in die Rente pflegen. Denn rund ein Drittel aller pflegenden Angehörigen ist bereits über 65 Jahre alt. Damit wird die nicht-erwerbsmäßige Pflegetätigkeit auch nach Eintritt in die Rente der Erwerbsarbeit im Flexi-Rentenrecht gleichgestellt.

## Antrag Nr. C 6 - BV Frauen Union

Ehefrauen müssen Frauen sein – Kinderehen verbieten

Wir haben eine Verantwortung für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen. Wenn ihre elementarsten Rechte durch eine Kinderehe, ihre weitere Entwicklung zu einem selbstbestimmten Leben und die Chancen auf eine gleichberechtigte Integration und Teilhabe betroffen sind, müssen wir handeln. Die CDU Deutschlands will selbstverständliche Rechte von Mädchen in Deutschland durchsetzen, sie schützen und deshalb ein klares Verbot von Kinder- und Minderjährigenehen umsetzen. Konkret heißt das:

- Keine Eheschließung unter 18 Jahren  
Um der Schließung von Kinder- und Minderjährigenehen in Deutschland einen Riegel vorzuschieben, muss für alle, die dauerhaft hier leben, deutsches Recht gelten. Wir wollen die Ehemündigkeit ausnahmslos für alle auf 18 Jahre festlegen. Dann könnten in Deutschland auch keine Ehen mit Minderjährigen

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 6, C 68 und C 122 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 6 anzunehmen.

mehr neu geschlossen werden.

- Keine Voraustrauung

Das Voraustrauungsverbot, das in Deutschland lange Zeit bedeutungslos war, und deshalb abgeschafft wurde, muss wieder eingeführt und sanktioniert werden. Es darf nicht sein, dass das Standesamtsgebot unterlaufen und grundlegende Rechte von Mädchen in sogenannten Nichtehen missachtet werden. Auch religiöse Bestimmungen müssen in Einklang mit unserer öffentlichen Ordnung stehen.

- Keine Duldung von Kinderehen

Kinderehen sind künftig grundsätzlich aufzuheben. Wenn Jugendämter Kenntnis von einer Kinderehe haben, müssen sie die Aufhebung beantragen. Die Aufhebung soll auch auf Antrag der Betroffenen möglich sein. Im Rahmen dieses Aufhebungsverfahrens sind damit zusammenhängende Rechtsfragen zu klären. Dabei ist die Rechtsposition des schwächeren Partners zu schützen und ihre besondere tatsächliche Situation zu berücksichtigen, um unzumutbare Härten zu vermeiden.

- Mehr Aufklärung und konkrete Hilfe

Als das Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsheirat und zum besseren Schutz von Opfern der Zwangsheirat 2011 in Kraft trat, wurden die Aufklärungs- und Hilfsangebote ausgebaut. Angesichts der faktischen Zunahme der Kinderehen in Deutschland und des spezifischen Informations- und Hilfebedarfs der Betroffenen, brauchen wir eine breitere Aufklärung sowie einen Ausbau der Anlauf- und Beratungsstellen. Die betroffenen Mädchen müssen ihre Rechte kennen und sie brauchen unsere konkrete Hilfe, um sie auch tatsächlich durchsetzen zu können.

## Antrag Nr. C 7 - BV Frauen Union

Mutterschaftsgeld auch für selbstständige Privatversicherte

Frauen, die privat versichert sind und als Selbstständige arbeiten, sollen künftig während des Mutterschutzes sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes Mutterschaftsgeld erhalten. Private Krankenversicherungen sollen verpflichtet werden, Frauen eine entsprechende Absicherungsmöglichkeit in einem Krankentagegeldtarif anzubieten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 7 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 8 - BV Frauen Union

Wohneigentumsbildung von Familien durch staatliche Bürgschaften unterstützen

Die CDU Deutschlands schätzt die Familien als Fundament unserer Gesellschaft. Das Zuhause einer Familie ist Ort von Schutz und Geborgenheit. Es ist der Mittelpunkt des Familienlebens für Kinder und Erwachsene. Die CDU sieht im selbstbewohnten Wohneigentum eine wichtige Grundlage für die finanzielle Absicherung von Familien. Wohneigentum verpflichtet, stärkt die Bindung in die Gemeinschaft und ist eine sichere Altersvorsorge. Durch sich verändernde Erwerbsbiographien und späteren Eintritt in die Phase höherer Einkommen, fehlt vielen Familien in der Familiengründungsphase die finanzielle Liquidität, um Startkapital und Eigenanteil einer Wohneigentumsfinanzierung aufzubringen. Die CDU fordert daher ein Programm staatlicher Bürgschaften, um dieses Problem zu lösen. Eine Bürgschaft für dieses Startkapital eröffnet den Familien die Möglichkeit, Wohneigentum zu bilden und für die Zukunft vorzusorgen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 8 in folgender Fassung anzunehmen:

Bildung von selbstgenutzten Wohneigentum erleichtern

Durch sich verändernde Erwerbsbiographien und späteren Eintritt in die Phase höherer Einkommen, fehlt vielen Familien in der Familiengründungsphase die finanzielle Liquidität, um Startkapital und Eigenanteil einer Wohneigentumsfinanzierung aufzubringen. Die CDU setzt sich daher für die Einführung eines Programms staatlicher Bürgschaften ein, um dieses Problem zu lösen. Eine Bürgschaft für dieses Startkapital könnte den Familien die

Möglichkeit eröffnen, Wohneigentum zu bilden und für die Zukunft vorzusorgen. Zudem setzen wir uns für die Einführung eines „Baukindergeldes“ ein, das in Form einer ergänzenden kinderbezogenen Zahlung (als Jahresbetrag) jungen Familien, die Wohneigentum erwerben, die Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum finanziell erleichtern soll.

## **Antrag Nr. C 9 - BV Junge Union**

Allgemeine Dienstpflicht für alle Bürger Deutschlands

Die CDU Deutschlands setzt sich für eine allgemeine Dienstpflicht von einem Jahr für alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland ein. Die CDU Deutschlands soll sich aktiv in Presse und Parteigremien für eine allgemeine Dienstpflicht von einem Jahr für alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Hierbei sollen Männer und Frauen gleichermaßen zum Dienst an der Gesellschaft herangezogen werden. Die übrigen Dienstpflichtigen sind auf Einrichtungen wie THW und DRK zu verteilen, dies gilt auch für körperlich nicht zum Wehrdienst geeignete Personen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 9 abzulehnen.

## **Antrag Nr. C 10 - BV Junge Union**

Anpassung des Versammlungsgesetzes bezüglich fremdsprachiger Kundgebungen

Die CDU Deutschlands fordert, den Ordnungsbehörden durch eine Anpassung des Versammlungsgesetzes die Möglichkeit zu geben, fremdsprachige Demonstrationen sowie Wahlkampfauftritte ausländischer Politiker vor ihren in Deutschland lebenden Landsleuten zu unterbinden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 10 in folgender Fassung anzunehmen:

Anpassung des Versammlungsgesetzes prüfen

Unser Grundgesetz garantiert die Versammlungsfreiheit. Sie ist ein elementarer Bestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Soweit auf Kundgebungen verfassungswidrige Parolen skandiert werden, gestattet das Versammlungsrecht, Demonstrationen aufzulösen. Bei Versammlungen in fremder Sprache ist es den Behörden jedoch häufig nicht ohne weiteres möglich, den Inhalt der Kundgebungen zu verstehen und etwa im Falle von Meinungsstrafaten, wie Volksverhetzung, einzuschreiten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, ob den Versammlungsbehörden ermöglicht werden kann, im Einzelfall gegen fremdsprachige Versammlungen einzuschreiten.

## **Antrag Nr. C 11 - BV Junge Union**

Ausführliche Aufklärung der Verbrechen aus dem Hitler- und DDR-Regime

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesländer und insbesondere die Kultusministerien der Länder sowie die Kultusministerkonferenz auf, eine intensive Aufklärung der Gräueltaten des vergangenen Jahrhunderts, speziell

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 11 anzunehmen.

der DDR-Diktatur und der NS-Zeit, in den Lehrplänen der Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie den Gymnasien zu verankern.

### **Antrag Nr. C 12 - BV Junge Union**

Berechnung von Steuerzinsen korrigieren

Die CDU Deutschlands fordert das Bundesfinanzministerium auf, die Regelung zu Zinssätzen für ausstehende Steuerschulden und -erstattungen zu reformieren. Dabei soll anstatt der bisher fixen Zinssätze ein variabler Zinssatz als Aufschlag auf den EURIBOR-Zinssatz definiert werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 12 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands fordert das Bundesfinanzministerium auf, die Regelung zu Zinssätzen für ausstehende Steuerschulden und -erstattungen zu überprüfen. Dabei soll geprüft werden, ob anstatt der bisher fixen Zinssätze ein variabler Zinssatz als Aufschlag auf den EURIBOR-Zinssatz definiert werden kann.

### **Antrag Nr. C 13 - BV Junge Union**

Deutsch ins Grundgesetz

Die CDU Deutschlands fordert, den Artikel 22 GG um folgenden Punkt zu ergänzen:

„Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“  
Die CDU fordert den Bundesvorstand auf, sich intensiv und nachhaltig für die Aufnahme der deutschen Sprache ins deutsche Grundgesetz einzusetzen – vor allem vor dem Hintergrund, dass dies bereits aktuelle Beschlusslage der CDU Deutschlands ist.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 13 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, Deutsch ins Grundgesetz aufzunehmen und Artikel 22 GG um den Zusatz zu erweitern: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Der Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich hierfür erneut einzusetzen.

### **Antrag Nr. C 14 - BV Junge Union**

Die Mitte unserer Gesellschaft – gegen eine Kriminalisierung von Legalwaffenbesitzern

Die Gegner des legalen Schusswaffenbesitzes in Deutschland zeichnen gerne und zu Unrecht das Bild eines sozial-desorientierten Waffenfreakers, der eine Bedrohung für die rechtsstaatliche Sicherheit darstellt. Nicht zuletzt die jüngsten Erfolge der deutschen Olympioniken demonstrieren hingegen: Der Schießsport ist in Deutschland mehr als nur eine Randerscheinung. Er ist in der Mitte unserer Gesellschaft. Ca. eine Millionen Menschen besitzen in Deutschland legal Schusswaffen. Neben den Sportschützen in Verbänden gibt es mittlerweile über 370.000 Jäger, welche mit ihren Waffen dafür Sorge tragen, dass der artenreiche und gesunde Wildbestand in einem ausgewogenen Verhältnis zu seinen natürlichen Lebensgrundlagen steht.

Schusswaffenbesitzer werden in Deutschland durch eine Vielzahl an Gesetzen und Vorschriften reglementiert. Besitzer legaler Waffen werden regelmäßig und streng kontrolliert.

Sowohl in Deutschland, als auch in den meisten anderen westlichen Industrienationen, finden sich in den polizeilichen Kriminalstatistiken keine signifikanten Vorkommnisse im Zusammenhang mit legalem Schusswaffenbesitz.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 14 in folgender Fassung anzunehmen:

Die Mitte unserer Gesellschaft – gegen eine Kriminalisierung von Legalwaffenbesitzern

Die überwiegende Mehrheit der Waffenbesitzer, wie Schützen, Jäger und Waffensammler, geht sehr verantwortungsvoll mit ihren Waffen um. Deshalb wird die CDU Deutschlands weiter dafür eintreten, dass sie nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Die CDU plädiert für eine Versachlichung der Debatte über den Besitz legaler Schusswaffen und lehnt eine weitere Verschärfung des deutschen Waffengesetzes ab. Zugleich muss durch eine Ausgestaltung des Waffenrechts sichergestellt sein, dass legale Waffen nicht in die Hände von Extremisten gelangen können. Die CDU steht hinter Jägern und Sportschützen und wird sich auch in Zukunft für ihre Belange einsetzen.

Dennoch wird eine Verschärfung unserer bereits sehr strengen Waffengesetze immer dann sofort gefordert, wenn Menschen durch Schusswaffen zu Tode kamen.

Die CDU Deutschlands plädiert für eine Versachlichung der Debatten über den Besitz legaler Schusswaffen und lehnt eine weitere Verschärfung der deutschen Waffengesetze ab, wie es immer wieder, auch von Mitgliedern der Bundesregierung, diskutiert und angeregt wird. Terrorismus und Kriminalität bekämpft man nicht dadurch, dass man gesetzestreue Bürgerinnen und Bürger diffamiert und kriminalisiert. Die CDU steht hinter den Jägern und Sportschützen und wird sich auch in Zukunft für ihre Belange einsetzen.

### **Antrag Nr. C 15 - BV Junge Union**

Einfügung eines §185a StGB als Strafzumessungsregel bei Beleidigung eines Beamten

Die CDU Deutschlands fordert, einen §185a ins StGB einzufügen. Dieser soll sich mit der Beleidigung eines Vollzugsbeamten während dessen Dienstzeit befassen. Er soll allerdings nur als bloße Strafzumessungsregel betrachtet werden und wie folgt lauten: Erfolgt die Beleidigung gegenüber einem Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung oder in sonstiger Weise in Bezug auf dessen Dienst, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 15 und C 123 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU fordert, den gesetzlichen und tatsächlichen Schutz von Polizisten und Soldaten sowie anderen Einsatzkräfte zu erweitern. Dazu gehört auch der Einsatz für Wertschätzung und Respekt für die Arbeit von Polizisten, Soldaten und anderen Einsatzkräften, die Repräsentanten staatlicher Gewalt sind. Beleidigungen, Schmähungen und Verunglimpfungen gegen amtshandelnde Personen und Behörden sind Ausdruck fehlenden Respekts und Wertschätzung und werden von uns zutiefst verurteilt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird daher aufgefordert zu prüfen, wie ein verbesserter Schutz gesetzlich umgesetzt werden kann.

### **Antrag Nr. C 16 - BV Junge Union**

Einhaltung Stabilitätspakt einfordern

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, sich bei der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass Verstöße gegen die Defizitkriterien des Euro-Stabilitätspakts vertragsgemäß sanktioniert werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 16 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 17 - BV Junge Union**

Einschränkung der Auslandsfinanzierung religiöser Gemeinschaften

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf einzubringen, welcher vorsieht, dass Auslandsfinanzierungen religiöser Gemeinschaften in Deutschland nach dem Vorbild Österreichs stark eingeschränkt werden. Diese müssen erst beantragt werden und unterliegen strikter staatlicher Kontrolle, beispielsweise durch den Verfassungsschutz.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 17 und C 67 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Einschränkung der Auslandsfinanzierung religiöser Gemeinschaften

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf einzubringen, welcher vorsieht, dass Auslandsfinanzierungen religiöser Gemeinschaften in Deutschland nach dem Vorbild

Österreichs stark eingeschränkt werden. Diese müssen erst beantragt werden und unterliegen strikter staatlicher Kontrolle, beispielsweise durch den Verfassungsschutz.

## Antrag Nr. C 18 - BV Junge Union

Endlich mehr Organspende!

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung dazu auf, sich noch stärker für die Organspende einzusetzen. Es ist zu prüfen, ob eine Entscheidungspflicht mit einer Willensbekundung oder Ablehnung zur Organspende eingeführt und diese Entscheidung auf der eGK (elektronische Gesundheitskarte) festgehalten wird. Des Weiteren fordert die CDU Deutschlands mehr Informations- und Aufklärungsarbeit hinsichtlich des Themas Organ- und Gewebespende an Bildungseinrichtungen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 18 in folgender Fassung anzunehmen:

Endlich mehr Organspende!

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung dazu auf, sich noch stärker für die Organspende einzusetzen, unter anderem durch mehr Informations- und Aufklärungsarbeit. Eine getroffene Entscheidung soll auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) festgehalten werden.

## Antrag Nr. C 19 - BV Junge Union

Entkriminalisierung von Cannabis im medizinischen Bereich

Die CDU Deutschlands fordert die weitere Entkriminalisierung von Cannabis im medizinischen Bereich.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 19 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## Antrag Nr. C 20 - BV Junge Union

Erschweren von WAP-Abofallen

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung dazu auf, das Betreiben von WAP-Abofallen gesetzlich oder regulatorisch zu erschweren. Dazu soll vor dem Abschluss eines kostenpflichtigen Abonnements via WAP-„Mobile Operator Billing“ eine schriftliche Bestätigung (z.B. per SMS) des Nutzers erforderlich gemacht werden.

Die Bestätigung muss durch den rechnungsstellenden Dienstleister des Nutzers eingeholt werden. Der Dienstleister muss den Nutzer im Voraus über den Namen des Anbieters und seiner Leistung (des Abonnements) sowie die Zahlungsmodalitäten (Preis, Frequenz) und Kündigungsmöglichkeiten informieren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 20 in folgender Fassung anzunehmen:

Erschweren von WAP-Abofallen

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung dazu auf, das Betreiben von WAP-Abofallen gesetzlich oder regulatorisch zu erschweren.

## Antrag Nr. C 21 - BV Junge Union

Förderung der Infrastruktur für mehr Mobilität elektrisch betriebener Automobile im Straßenverkehr

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Schaffung eines staatlichen Förderprogramms ein, welches die Infrastruktur (d. h. Ladestationen, gesonderte Parkplätze etc.) für elektrisch betriebene Automobile verbessert. Gleichzeitig soll eine Vereinheitlichung der Bezahlmöglichkeiten (bspw. mit einer sog. Mobilitätskarte) und der Technik beim Tanken erfolgen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 21 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## Antrag Nr. C 22 - BV Junge Union

GEMA-Rahmenvertrag der CDU Deutschlands

Der CDU-Bundesverband wird dazu aufgefordert, die GEMA-Gebühren zu übernehmen, die im Rahmen von Veranstaltungen der CDU-Verbände sowie deren Vereinigungen anfallen. Dies gilt für Verbände aller Organisationsstufen. Ein neuer Rahmenvertrag zwischen der GEMA und der Bundes-CDU soll geschlossen werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 22 und C 135 gemeinsam zu beraten und diese abzulehnen.

## Antrag Nr. C 23 - BV Junge Union

Gesetzlicher Anspruch auf einen zeitnahen Hospizplatz in Wohnortnähe

Die CDU Deutschlands fordert einen gesetzlichen Anspruch auf einen Hospizplatz innerhalb von einer Woche in Wohnortnähe.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 23 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands tritt dafür ein, dass Sterbende die bestmögliche Versorgung und Betreuung erhalten. Sie fordert daher eine konsequente Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland und eine breite Förderung der Hospizbewegung, damit genügend Hospizplätze wohnortnah zur Verfügung stehen.

## Antrag Nr. C 24 - BV Junge Union

Keine Tempoabschnittskontrollen

Die CDU Deutschlands spricht sich gegen die Einführung von sogenannten „section control“ Abschnitten auf deutschen Autobahnen aus.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 24 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 25 - BV Junge Union

Koranverteilungskampagne ‚Lies!‘ und dahinterstehende Organisationen verbieten

Die CDU Deutschlands fordert die in 2011 in Deutschland gestartete Koranverteilungskampagne ‚Lies!‘ und dahinterstehende Organisationen sowie die Koranverteilungen in den Innenstädten selbst zu verbieten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 25 in folgender Fassung anzunehmen:

Gegen Anwerbeversuche von Verfassungsfeinden

Die CDU begrüßt das Verbot der hinter der Koranverteilungskampagne „LIES!“ stehenden Vereinigung „Die wahre Religion“. Dies ist ein wichtiger Schlag gegen den radikalen Islamismus in Deutschland und ein klares Signal an die salafistische Szene: Wir dulden kein verfassungsfeindliches Handeln.

Mit den Koranverteilungsaktionen „LIES!“ auf Straßen und Plätzen in deutschen Städten versuchten Salafisten, ihre extrem gefährlichen Botschaften unter die Leute zu bringen. Über Verbotsmaßnahmen hinaus müssen Aktivitäten wie die Koranverteilungsaktionen „LIES!“ systematisch enttarnt werden, da der Grund solcher Aktionen nicht in erster Linie im Recht auf freies Werben für eine Religion zu finden ist.

Die CDU Deutschlands fordert Polizei und Ordnungsbehörden dazu auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um aggressive Anwerbeversuche im öffentlichen Raum, auch im Internet, zu verhindern.

### **Antrag Nr. C 26 - BV Junge Union**

Kostendeckende und steuerfinanzierte Gesundheitsversorgung von SGB II-Leistungsbeziehern

Die CDU Deutschlands fordert die im Juli 2016 getroffene Entscheidung über die Entnahme aus dem Gesundheitsfonds zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung anerkannter Flüchtlinge zu korrigieren und eine Finanzierung der Gesundheitsausgaben von SGB-II-Leistungsbeziehern aus Steuermitteln. Sobald Asylbewerber anerkannt (und arbeitslos sind), erhalten diese Sozialleistungen aus den Mitteln der Jobcenter. Eine Finanzierung aus den Beiträgen der Sozialversicherung widerspricht dem Solidarprinzip und belastet einseitig die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitgeber. Zur kostendeckenden Finanzierung ist die Erhöhung der Pauschale von monatlich 90 Euro auf mindestens 140-150 Euro erforderlich.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 26 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 27 - BV Junge Union**

Luftverkehrssteuer abschaffen – gegen Wettbewerbsverzerrung und für die deutsche Luftfahrt

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die Initiative zur Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Luftverkehrssteuer zu ergreifen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 27 in folgender Fassung anzunehmen:

Abschaffung der Luftverkehrssteuer prüfen

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob die Abschaffung der Luftverkehrssteuer möglich und vertretbar ist.

### **Antrag Nr. C 28 - BV Junge Union**

Optionspflicht wieder einführen

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Abschaffung von § 29 Abs. 1 Nr.2 StAG und § 29 Abs. 1 a) StAG, mithin für die Abschaffung der Befreiung von der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern aus, was der Gesetzeslage vor 2014 entspricht.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 28 und C 89 gemeinsam zu beraten und diese abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 29 - BV Junge Union**

Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber auch in Drittstaaten abschieben

Die CDU Deutschlands fordert rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber und sonstige vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer erforderlichenfalls auch in Drittstaaten abzuschicken, sofern ihre Heimatländer die Rücknahme verweigern oder eine Abschiebung dorthin aus sonstigen Gründen nicht möglich ist. Dazu sind Abkommen mit aufnahmebereiten Ländern zu schließen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 29 in folgender Fassung anzunehmen:

Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber auch in sichere Drittstaaten abschieben

Die CDU fordert rechtskräftig abgelehnte

Asylbewerber und sonstige vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer erforderlichenfalls auch in sichere Drittstaaten abzuschicken, sofern ihre Heimatländer die Rücknahme verweigern oder eine Abschiebung dorthin aus sonstigen Gründen nicht möglich ist. Dazu sind Abkommen mit aufnahmebereiten Ländern zu schließen.

### **Antrag Nr. C 30 - BV Junge Union**

Schulsanierung statt Gemischte Tüte

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die geplante Kindergelderhöhung von 2 Euro im Monat zu verzichten und stattdessen das Geld (rd. 400 Mio. jährlich) den Bundesländern zweckgebunden zur Sanierung von Schulen zur Verfügung zu stellen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 30 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 31 - BV Junge Union**

Smartphones als Navigationsgeräte im Auto: Rechtslage präzisieren

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, in § 23 (1) StVO zu präzisieren, in welcher Form Smartphones als Navigationsgeräte beim Autofahren verwendet werden dürfen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 31 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 32 - BV Junge Union**

Staatliche Förderung der Amadeu-Antonio-Stiftung stoppen!

Die CDU Deutschlands fordert:

1. Der Verfassungsschutz muss die Amadeu-Antonio-Stiftung auf Basis der getätigten Aussagen ihrer Vertreter und öffentlichen Kundgaben der Stiftung überprüfen.

2. Wiedereinführung der Extremismusklausel: Zukünftig dürfen nur noch Stiftungen, Institutionen etc. mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, welche sich auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung berufen und deren Handeln nicht darauf abzielt, Grundrechte einzuschränken oder die Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen oder zu verunglimpfen. Dies gilt auch für Vertreter der geförderten Institutionen.

3. Die Kundgabe von Äußerungen, welche durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind, darf nicht von staatlichen Stellen oder im Auftrag staatlicher Stellen ohne juristische Überprüfung zensiert werden.

4. Im konkreten Fall sind sämtliche staatlichen Zuwendungen an die Amadeu-Antonio-Stiftung bis auf Weiteres zu stoppen!

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 32 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 33 - BV Junge Union**

Teilnahmebetrag des CDU-Bundesparteitags anpassen

Die CDU Deutschlands wird aufgefordert, den Teilnahmebetrag des CDU-Bundesparteitags für Schüler, Studenten, Auszubildende, Wehrdienstleistende,

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 33 abzulehnen.

Bundesfreiwilligendienstleistende und ALG II-Empfänger auf ein angemessenes Niveau zu senken.

### **Antrag Nr. C 34 - BV Junge Union**

Unverzögliche Abschiebung nach der Ablehnung eines Asylantrags

Die CDU Deutschlands fordert die unverzügliche Abschiebung nach der Ablehnung eines Asylantrags. Sobald der Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde und die Bundesländer ihrem Abschiebeauftrag nicht nachkommen, sollen sie keine Bundeszuschüsse für Flüchtlinge und Asylbewerber mehr erhalten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 34 in folgender Fassung anzunehmen:

Unverzögliche Abschiebung nach der Ablehnung eines Asylantrags

Die CDU Deutschlands setzt sich für die zügige Rückführung abgelehnter Asylbewerber in ihre Herkunftsländer ein. Wir erkennen an, dass sich die Zahl der abgeschobenen oder freiwillig zurückkehrenden Asylbewerber in den letzten Monaten deutlich erhöht hat; sie muss aber noch wesentlich gesteigert werden, damit künftige Asylbewerber aus diesen Ländern von der Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens überzeugt werden. Gerade die Bundesländer mit rot-grünen Koalitionen sollten sich an den CDU-Landesinnenministern ein Beispiel nehmen. Sie sind gefordert, noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, nach der Ablehnung eines Asylantrags und bei Vollziehbarkeit der Aufenthaltsbeendigung ihrer Verpflichtung zur Aufenthaltsbeendigung nachzukommen. Abschiebestopps, wie bei Rot-Rot-Grün in Berlin beabsichtigt, sind inakzeptabel. Die Bundesregierung sollte prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, die Länder dabei zu größeren Anstrengungen zu veranlassen und die Rahmenbedingungen für Abschiebungen weiterhin zu erleichtern.

### **Antrag Nr. C 35 - BV Junge Union**

Up-Coding stoppen!

Das sogenannte „Up-Coding“ durch Betreuungsstrukturverträge der gesetzlichen Krankenkassen ist zu beenden. Den gesetzlichen Krankenkassen muss die gängige Praxis, Beitragsgelder in rechtswidrige Verträge und Beraterhonorare zu investieren, die ausschließlich der Optimierung der Codierung dienen, untersagt werden. Stattdessen sollen diese Gelder besser in den Aufbau von Strukturen investiert werden, die nachweislich die Versorgung der Versicherten stärken und ihnen somit direkt zu Gute kommen. Die entsprechenden Aufsichtsbehörden (Bundesversicherungsamt und Landesaufsichten) müssen an dieser Stelle einheitlich agieren, um das „Up-Coding“ einzudämmen. Hierzu gehört auch, die Daten der Versicherten zu schützen, die in solchen Betreuungsstrukturverträgen ohne gesetzliche Befugnis erhoben werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 35 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 36 - BV Junge Union**

Verbot der Vollverschleierung

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge

Burka und andere Vollverschleierungen passen nicht zu unserem Land und unserer freiheitlichen Kultur. Die CDU Deutschlands will sämtliche verfassungsrechtlich zulässigen Möglichkeiten für ein umfassendes Verbot im öffentlichen Raum ausschöpfen.

C 36, C 59, C 66, C 88, C 102 und C 130  
gemeinsam zu behandeln und in folgender  
Fassung anzunehmen:

Vollverschleierung klare Grenzen setzen

Burka und andere Vollverschleierungen passen nicht zu unserem Land und unserer freiheitlichen Kultur. Sie steht mit ihrer frauenverachtenden Symbolik im Widerspruch zur Gleichberechtigung und Würde der Frau. Sie leistet Parallelgesellschaften Vorschub und ist damit ein Integrationshemmnis. Die Vollverschleierung widerspricht unserem gesellschaftlichen Konsens. Wir lehnen sie daher ab und fordern, dass alle Menschen ihr Gesicht zeigen. Jedenfalls in bestimmten Bereichen ist es für das Funktionieren unserer Rechtsordnung unverzichtbar, dieses auch rechtlich einzufordern:

- Staatliche Institutionen repräsentieren unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Vollverschleierung im öffentlichen Dienst ist inakzeptabel.
- Dies gilt gerade auch für den Bildungsbereich. In Kitas, Schulen und Hochschulen ist kein Platz für Vollverschleierung.
- Im Gericht muss das Gesicht der Verfahrensbeteiligten vollständig sichtbar und erkennbar sein.
- Dort, wo eine Identifizierung notwendig und geboten ist (bei Passkontrollen, bei Verkehrskontrollen, im Meldeamt, Standesamt etc.), muss das Zeigen des Gesichts auch durchgesetzt werden können.
- Jeder muss bei Demonstrationen sein Gesicht zeigen. Unser Rechtsstaat kann Vollverschleierung hier nicht akzeptieren.
- Vollverschleierung ist überdies in solchen Situationen zu verbieten, in denen sie eine Gefahr für andere wird. Dies gilt insbesondere im Straßenverkehr.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundes- und Länderebene schaffen, damit Verstöße gegen das Verbot der Vollverschleierung in den genannten öffentlichen Bereichen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

**Antrag Nr. C 37 - BV Junge Union**

Verbunddatei Linksextremismus einrichten

Die CDU Deutschlands fordert eine gemeinsame Verbunddatei „Linksextremismus“ nach dem Vorbild der bestehenden Antiterrordatei und Rechtsextremismusdatei, in der die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder ihre Erkenntnisse zu Personen und Gruppierungen mit Bezug zum gewaltorientierten Linksextremismus erfassen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 37 anzunehmen.

**Antrag Nr. C 38 - BV Junge Union, LV Nordrhein-Westfalen**

Die Mitte der Familie stärken - Wohneigentum für junge Familien fördern  
Präambel

Familienpolitik ist ein Herzstück christlich-demokratischer Politik. Der Bundesparteitag 2015 hat mit seinem Beschluss „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ einmal mehr unterstrichen, welchen unschätzbaren Beitrag die Familien zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten. Die Familie stiftet Orientierung in unübersichtlichen Zeiten. In einer sich rasant verändernden Welt ist die Familie notwendiger denn je, denn in ihr wird vermittelt, was unsere jungen Menschen brauchen: Werte und Alltagskompetenz.

Junge Familien sind die Stützen unseres Landes. Sie geben unserer Gesellschaft Zukunft. Fakt ist aber auch: Viele Eltern fühlen sich mit den Kosten und Herausforderungen, die mit der Erziehung von Kindern verbunden sind, alleine gelassen. Nicht wenige sind von Zukunftsängsten geplagt. Mit dem Beschluss „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ haben wir bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um unsere Familien spürbar zu entlasten. Dazu gehören ein fairer Leistungsausgleich mit Blick auf die sozialen Sicherungssysteme, eine flächendeckende und leistungsfähige Infrastruktur bei der Kinderbetreuung und Pflege im Alter sowie ein auf allen Ebenen familienfreundlicheres Klima.

In einem weiteren Schritt wollen wir nun junge Familien bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Denn das Eigenheim oder eine eigene Wohnung geben Familien gleichermaßen Freiraum und Sicherheit. Eigentum leistet einen nachhaltigen Beitrag für eine zukunftsfeste Altersvorsorge. Eigentum schafft Heimat. Eigentum sorgt für soziale Stabilität und nimmt Abstiegsängste.

Was uns wichtig ist, muss uns auch etwas wert sein. Wir nehmen die Zukunftssorgen junger Familien ernst und wollen sie beim Erwerb ihres eigenen Zuhauses nach allen Kräften unterstützen. Wir wollen die Mitte unserer Gesellschaft stärken.

Ausgangslage und Zielsetzung

Im Vergleich zu vielen Nachbarländern ist die Wohneigentumsquote in Deutschland sehr gering. So lag diese 2014 bei gerade einmal 52,5 Prozent, während sie beispielsweise in Frankreich bei 65,1 Prozent und in den Niederlanden bei 67 Prozent lag. In manchen europäischen Ländern übersteigt sie sogar 70 oder gar 80 Prozent (Finnland und Italien: 73,2 Prozent; Norwegen: 84,4 Prozent). Insbesondere für junge Familien mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen wird es in Deutschland immer schwieriger, Wohneigentum zu erwerben. Das liegt zum einen daran, dass immer mehr Menschen in die städtischen Ballungsgebiete ziehen. Hier sind die

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 38 in folgender Fassung anzunehmen:

Die Mitte der Gesellschaft stärken –  
Wohneigentum für junge Familien fördern

Präambel

Familienpolitik ist ein Herzstück christlich-demokratischer Politik. Der Bundesparteitag 2015 hat mit seinem Beschluss „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ einmal mehr unterstrichen, welchen unschätzbaren Beitrag die Familien zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten. Die Familie stiftet Orientierung in unübersichtlichen Zeiten. In einer sich rasant verändernden Welt ist die Familie notwendiger denn je, denn in ihr wird vermittelt, was unsere jungen Menschen brauchen: Werte und Alltagskompetenz.

Junge Familien sind die Stützen unseres Landes. Sie geben unserer Gesellschaft Zukunft. Fakt ist aber auch: Viele Eltern fühlen sich mit den Kosten und Herausforderungen, die mit der Erziehung von Kindern verbunden sind, alleine gelassen. Nicht wenige sind von Zukunftsängsten geplagt. Mit dem Beschluss „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ haben wir bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um unsere Familien spürbar zu entlasten. Dazu gehören ein fairer Leistungsausgleich mit Blick auf die sozialen Sicherungssysteme, eine flächendeckende und leistungsfähige Infrastruktur bei der Kinderbetreuung und Pflege im Alter sowie ein auf allen Ebenen familienfreundlicheres Klima.

In einem weiteren Schritt wollen wir nun junge Familien bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Denn das Eigenheim oder eine eigene Wohnung geben Familien gleichermaßen Freiraum und Sicherheit. Eigentum leistet einen nachhaltigen Beitrag für eine zukunftsfeste Altersvorsorge. Eigentum schafft Heimat.

Grundstückspreise aufgrund der nur begrenzt verfügbaren Flächen und dem angewachsenen Wohnraumbedarf stark gestiegen. Zum anderen sind aber auch die Baukosten für Wohneigentum aufgrund einer Zunahme von baurechtlichen und sonstigen regulatorischen Auflagen insgesamt in die Höhe geschellt.

Die CDU will sicherstellen, dass auch junge Familien mit geringem Einkommen Wohneigentum für den eigenen Bedarf erwerben können. Durch eine eigene Immobilie verfügen junge Familien nicht nur über ein eigenes Zuhause. Sie werden auch unabhängig von Preiserhöhungen und Kapazitätsbeschränkungen auf dem Mietwohnungsmarkt. Darüber hinaus könnte eine höhere Eigentumsquote den Mietwohnungsmarkt entlasten, denn jeder, der ins eigene Heim zieht, macht eine Mietwohnung frei. Dem Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass jeder, der entsprechende Anstrengungen unternimmt, am Ende seines Arbeitslebens über eine abgezahlte Immobilie verfügen kann, wird so Nachdruck verliehen.

Angesichts der komplexen Ausgangslage erscheint es nötig, diesen Prozess durch flankierende politische Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere sollen bestehende Maßnahmen zur Finanzierung von Wohneigentum für junge Familien gezielt durch weitere geeignete Instrumente ergänzt werden.

Als Partei, die auch im ländlichen Raum tief verwurzelt ist, wollen wir die Anreize, wieder mehr Eigentum auch außerhalb der großen Ballungsräume zu erwerben, erhöhen. Damit würden wir nicht nur die Ballungszentren entlasten, sondern auch dem Trend, aus den ländlicheren Gebieten wegzuziehen, entgegenwirken.

#### Maßnahmen

Um die genannten Ziele zu erreichen, beschließt die CDU Deutschlands:

##### Einführung eines „Baukindergeldes“

In Form einer ergänzenden kinderbezogenen Zahlung (als Jahresbetrag) soll jungen Familien, die Wohneigentum erwerben, die Bildung von selbstgenutzten Wohneigentum finanziell erleichtert werden.

##### Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer

Beim Erwerb von Wohneigentum mit dem Ziel der Eigennutzung soll ein Freibetrag eingeführt werden, der sich an dem durchschnittlichen Wert eines Einfamilienhauses orientieren könnte. Dadurch würden einerseits die Nebenkosten beim Kauf von Grundstücken/Immobilien wesentlich verringert und andererseits eine höhere Mobilität von Eigentümern von Wohneigentum erreicht. Da es sich bei der Grunderwerbsteuer um eine Ländersteuer handelt, lässt sich diese Maßnahme nur in Abstimmung mit den Ländern umsetzen. Zur Gegenfinanzierung sollte geprüft werden, inwieweit sich die Anstrengungen zur Abwehr von unerwünschten Gestaltungen bei der Grunderwerbsteuer (insbesondere Share Deals) intensivieren lassen.

Priorität für Familien bei der Vergabe von Bundesimmobilien als Bauflächen überprüft werden sollte, ob Bundesimmobilien und Flächen bevorzugt an Bauprojekte abgegeben werden können, die – durch ein konkretes Konzept nachweisbar – das Ziel verfolgen, dort junge Familien anzusiedeln.

##### Ländlichen Raum attraktiver machen

Um Wohnflächen auch im ländlichen Raum attraktiv für junge Familien zu machen, ist vor allen Dingen eine geeignete analoge und digitale Infrastruktur unerlässlich. Dazu zählt zum einen eine angemessene Verkehrsinfrastruktur, die die Anbindung an die Ballungsgebiete erleichtert. Zum anderen ist der Anschluss

Eigentum sorgt für soziale Stabilität und nimmt Abstiegsängste.

Was uns wichtig ist, muss uns auch etwas wert sein. Wir nehmen die Zukunftssorgen junger Familien ernst und wollen sie beim Erwerb ihres eigenen Zuhauses nach allen Kräften unterstützen. Wir wollen die Mitte unserer Gesellschaft stärken.

##### Ausgangslage und Zielsetzung

Im Vergleich zu vielen Nachbarländern ist die Wohneigentumsquote in Deutschland sehr gering. So lag diese 2014 bei gerade einmal 52,5 Prozent, während sie beispielsweise in Frankreich bei 65,1 Prozent und in den Niederlanden bei 67 Prozent lag. In manchen europäischen Ländern übersteigt sie sogar 70 oder gar 80 Prozent (Finnland und Italien: 73,2 Prozent; Norwegen: 84,4 Prozent). Insbesondere für junge Familien mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen wird es in Deutschland immer schwieriger, Wohneigentum zu erwerben. Das liegt zum einen daran, dass immer mehr Menschen in die städtischen Ballungsgebiete ziehen. Hier sind die Grundstückspreise aufgrund der nur begrenzt verfügbaren Flächen und dem angewachsenen Wohnraumbedarf stark gestiegen. Zum anderen sind aber auch die Baukosten für Wohneigentum aufgrund einer Zunahme von baurechtlichen und sonstigen regulatorischen Auflagen insgesamt in die Höhe geschellt.

Die CDU will sicherstellen, dass auch junge Familien mit geringem Einkommen Wohneigentum für den eigenen Bedarf erwerben können. Durch eine eigene Immobilie verfügen junge Familien nicht nur über ein eigenes Zuhause. Sie werden auch unabhängig von Preiserhöhungen und Kapazitätsbeschränkungen auf dem Mietwohnungsmarkt. Darüber hinaus könnte eine höhere Eigentumsquote den Mietwohnungsmarkt entlasten, denn jeder, der ins eigene Heim zieht, macht eine Mietwohnung frei. Wir streben an, dass jeder, der entsprechende Anstrengungen unternimmt, am Ende seines Arbeitslebens über eine abgezahlte Immobilie verfügen kann.

Angesichts der komplexen Ausgangslage erscheint es nötig, diesen Prozess durch flankierende politische Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere sollen bestehende Maßnahmen zur Finanzierung von Wohneigentum für junge Familien gezielt durch weitere geeignete Instrumente ergänzt werden.

an das schnelle Internet von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsperspektive von Ortschaften und Dörfern. Die soziale und technische Infrastruktur vor Ort muss so attraktiv gestaltet sein, dass die Wohnflächen in diesen Gebieten insbesondere für junge Familien interessant sind. Aus diesem Grunde sind der gezielte Einsatz von Regionalisierungsmitteln und sonstiger Bundesfördermittel, die helfen können, kleinere Städte und Gemeinden attraktiver zu machen, von großer Bedeutung. Bund und Länder sollten Leitlinien erarbeiten, mit denen eine Lenkung erreicht werden kann. Darüber hinaus sollten weitere Maßnahmen (wie z.B. das kommunale Förderprogramm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“) geprüft werden, die die Erreichung dieses Ziels erleichtern könnten und zusätzlich dem Erhalt gewachsener Siedlungsstrukturen dienen.

#### Immobilienfinanzierung praxistauglich halten

Seit der Finanzmarktkrise von 2007/2008 wurde die Regulierung im Finanzmarktbereich stark verschärft, um die Fehleranfälligkeit der Finanzmarktakteure zu reduzieren und bestehende Lücken in der Regulierung zu schließen. Im Rahmen der Evaluierung der bestehenden Regulierungsmaßnahmen und auch bei der künftigen Finanzmarktregulierung muss konsequent darauf geachtet werden, zwar einerseits die Finanzmarktstabilität nicht zu gefährden und den Verbraucherschutz zu achten, aber andererseits das wichtige politische Ziel, mehr Wohnraum für junge Familien zu schaffen, nicht durch unnötige Erschwerungen der Immobilienfinanzierung zu konterkarieren. So sollten Vorschriften wie beispielsweise die Wohnimmobilienkreditrichtlinie auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden. Neue Regulierungen sollten im Hinblick auf ihre konkreten Auswirkungen zunächst evaluiert werden.

#### Baukosten begrenzen

Neben den regulatorischen Anforderungen im Finanzmarktbereich ist darüber hinaus auch eine Überprüfung der Bau- und Energiesparvorschriften notwendig. Die Vorschriften in diesen Bereichen sind in den letzten Jahren in erheblichem Maße verschärft worden, was unter anderem auch zu einem Anstieg der Baukosten geführt hat. Insofern sollte evaluiert werden, welche Vorschriften gegebenenfalls flexibilisiert werden könnten, um die Baukosten erträglich zu halten. Darüber hinaus streben wir ein Moratorium von drei Jahren für alle zusätzlichen Regelungen und Auflagen im Bereich des Wohnens und Bauens an.

Als Partei, die auch im ländlichen Raum tief verwurzelt ist, wollen wir die Anreize, wieder mehr Eigentum auch außerhalb der großen Ballungsräume zu erwerben, erhöhen. Damit würden wir nicht nur die Ballungszentren entlasten, sondern auch dem Trend, aus den ländlicheren Gebieten wegzuziehen, entgegenwirken.

#### Maßnahmen

Um die genannten Ziele zu erreichen, beschließt die CDU Deutschlands:

Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum erleichtern

Durch sich verändernde Erwerbsbiographien und späteren Eintritt in die Phase höherer Einkommen, fehlt vielen Familien in der Familiengründungsphase die finanzielle Liquidität, um Startkapital und Eigenanteil einer Wohneigentumsfinanzierung aufzubringen. Die CDU setzt sich daher für die Einführung eines Programms staatlicher Bürgschaften ein, um dieses Problem zu lösen. Eine Bürgschaft für dieses Startkapital könnte den Familien die Möglichkeit eröffnen, Wohneigentum zu bilden und für die Zukunft vorzusorgen. Zudem setzen wir uns für die Einführung eines „Baukindergeldes“ ein, das in Form einer ergänzenden kinderbezogenen Zahlung (als Jahresbetrag) jungen Familien, die Wohneigentum erwerben, die Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum finanziell erleichtern soll.

Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer

Beim Erwerb von Wohneigentum mit dem Ziel der Eigennutzung sollte die Einführung eines Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer durch die Bundesländer geprüft werden, da es sich um eine Ländersteuer handelt. Dieser Freibetrag könnte sich an dem durchschnittlichen Wert eines Einfamilienhauses orientieren. Dadurch würden einerseits die Nebenkosten beim Kauf von Grundstücken/Immobilien wesentlich verringert und andererseits eine höhere Mobilität von Eigentümern von Wohneigentum erreicht. Zur Gegenfinanzierung sollte geprüft werden, inwieweit sich die Anstrengungen zur Abwehr von unerwünschten Gestaltungen bei der Grunderwerbsteuer (insbesondere Share Deals) intensivieren lassen.

Priorität für Familien bei der Vergabe von Bundesimmobilien als Bauflächen

Überprüft werden sollte, ob Bundesimmobilien und Flächen bevorzugt an Bauprojekte abgegeben werden können, die – durch ein konkretes Konzept nachweisbar – das Ziel verfolgen, dort junge Familien anzusiedeln.

Ländlichen Raum attraktiver machen  
Um Wohnflächen auch im ländlichen Raum attraktiv für junge Familien zu machen, ist vor allen Dingen eine geeignete analoge und digitale Infrastruktur unerlässlich. Dazu zählt zum einen eine angemessene Verkehrsinfrastruktur, die die Anbindung an die Ballungsgebiete erleichtert. Zum anderen ist der Anschluss an das schnelle Internet von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsperspektive von Ortschaften und Dörfern. Die soziale und technische Infrastruktur vor Ort muss so attraktiv gestaltet sein, dass die Wohnflächen in diesen Gebieten insbesondere für junge Familien interessant sind. Aus diesem Grunde sind der gezielte Einsatz von Regionalisierungsmitteln und sonstiger Bundesfördermittel, die helfen können, kleinere Städte und Gemeinden attraktiver zu machen, von großer Bedeutung. Bund und Länder sollten Leitlinien erarbeiten, mit denen eine Lenkung erreicht werden kann. Darüber hinaus sollten weitere Maßnahmen (wie z.B. das kommunale Förderprogramm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“) geprüft werden, die die Erreichung dieses Ziels erleichtern könnten und zusätzlich dem Erhalt gewachsener Siedlungsstrukturen dienen.

Immobilienfinanzierung praxistauglich halten  
Seit der Finanzmarktkrise von 2007/2008 wurde die Regulierung im Finanzmarktbereich stark verschärft, um die Fehleranfälligkeit der Finanzmarktakteure zu reduzieren und bestehende Lücken in der Regulierung zu schließen. Im Rahmen der Evaluierung der bestehenden Regulierungsmaßnahmen und auch bei der künftigen Finanzmarktregulierung muss konsequent darauf geachtet werden, zwar einerseits die Finanzmarktstabilität nicht zu gefährden und den Verbraucherschutz zu achten, aber andererseits das wichtige politische Ziel, mehr Wohnraum für junge Familien zu schaffen, nicht durch unnötige Erschwerungen der Immobilienfinanzierung zu konterkarieren. So sollten Vorschriften wie beispielsweise die Wohnimmobilienkreditrichtlinie auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden. Neue Regulierungen sollten im Hinblick auf ihre konkreten Auswirkungen zunächst evaluiert werden.

Baukosten begrenzen  
Neben den regulatorischen Anforderungen im Finanzmarktbereich ist darüber hinaus auch eine Überprüfung der Bau- und Energiesparvorschriften notwendig. Die Vorschriften in diesen Bereichen sind in den letzten Jahren in erheblichem Maße verschärft worden, was unter anderem auch zu einem Anstieg der Baukosten geführt hat. Insofern sollte evaluiert werden, welche Vorschriften gegebenenfalls flexibilisiert werden könnten, um die Baukosten erträglich zu halten. Darüber hinaus streben wir ein Moratorium von drei Jahren für alle zusätzlichen Regelungen und Auflagen im Bereich des Wohnens und Bauens an.

### Antrag Nr. C 39 - BV Junge Union

Ausnahmeregelung für Praktika und geringfügige Beschäftigungen vom Mindestlohn

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Ausnahme von Praktika innerhalb der Ausbildung und aller sozialversicherungsbeitragsbefreiten Arbeitsverhältnisse (geringfügige Beschäftigungen, Werkstudenten) vom flächendeckenden Mindestlohn aus.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 39 in folgender Fassung anzunehmen:

Ausnahmeregelung für Praktika innerhalb der Ausbildung vom Mindestlohn

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Ausnahme von Praktika innerhalb der Ausbildung vom flächendeckenden Mindestlohn aus.

### Antrag Nr. C 40 - BV Junge Union

Frauenförderung in der Wissenschaft

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Förderung junger Nachwuchswissenschaftlerinnen aus, um vermehrt Frauen für die Wissenschaft zu gewinnen. Nicht alle bisher ergriffenen Maßnahmen sind aus unserer Sicht zielführend. Darüber hinaus lehnt die CDU Deutschlands insbesondere eine Frauenquote in der Wissenschaft strikt ab. Stattdessen spricht sich die CDU Deutschlands für folgende Maßnahmen aus:

1. Ausbau der Stipendien unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, beispielsweise mit Bezug auf Mutterschutz und Erziehungszeiten,
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
3. verstärkte Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen, um bessere Kinderbetreuung zu ermöglichen,
4. verbesserte Perspektiven und Karrierechancen durch progressive Anstellungsmodelle, wie beispielsweise das Tenure-Track-Verfahren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 40 in folgender Fassung anzunehmen:

Frauenförderung in der Wissenschaft

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Förderung junger Nachwuchswissenschaftlerinnen aus, um vermehrt Frauen für die Wissenschaft zu gewinnen. Nicht alle bisher ergriffenen Maßnahmen sind aus unserer Sicht zielführend. Die CDU Deutschlands spricht sich für folgende Maßnahmen aus:

1. Ausbau der Stipendien unter der Berücksichtigung von Mutterschutz und Erziehungszeiten,
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
3. verstärkte Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen, um bessere Kinderbetreuung zu ermöglichen,

4. verbesserte Perspektiven und Karrierechancen durch progressive Anstellungsmodelle, wie beispielsweise das Tenure-Track-Verfahren.

## Antrag Nr. C 41 - BV Junge Union

Für aktives Vorgehen gegen Extremismus an Hochschulen

Die CDU Deutschlands fordert die Hochschulen in Deutschland auf, sich klar gegen jegliche Form von politischem oder religiösem Extremismus zu positionieren und Verstöße gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten konsequent zu ahnden. Folgende Maßnahmen sind zu ergreifen:

1. Mehr Aufklärung und Prävention im Rahmen der Hochschulpolitik
2. Aussteigerprogramme bewerben und Betroffene aktiv beim Ausstieg unterstützen
3. Keine Zusammenarbeit der Hochschulen mit extremistischen Organisationen
4. Kein Hochschulgruppenstatus für extremistische Gruppen
5. In begründeten Einzelfällen: Exmatrikulation von extremistischen Straftätern

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 41 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 42 - BV Junge Union

Genug GEZahlt: Für einen studentenfreundlichen Rundfunkbeitrag

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesländer auf, den Rundfunkbeitrag beitragsgerecht zu gestalten. Neben der bereits vorgesehenen Beitragsbefreiung aller BAföG-Empfänger fordern wir einen reduzierten Rundfunkbeitrag für Studenten und Auszubildende in Höhe von fünf Euro.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 42 an das Netzwerk Medien und Regulierung sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen.

## Antrag Nr. C 43 - BV Junge Union, BV MIT, LV Braunschweig

Deutschland als Vorreiter des digitalen Staates

Der digitale Wandel verändert Deutschland und damit die Art, wie wir leben und arbeiten nachhaltig. Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen und eine innovative Verwaltung zu gestalten, die den sich wandelnden Bedürfnissen in Zeiten der Digitalisierung gerecht wird. Hierzu gehört, dass die Behörden in Bund, Ländern und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, den digitalen Wandel als Chance begreifen und die Potentiale des eGovernment zur Verfahrenserleichterung und Bürokratieabbau erkennen und ausschöpfen. Die CDU Deutschlands setzt sich für die nachstehenden Maßnahmen ein. Wir streben die Umsetzung erster Maßnahmen noch in dieser Wahlperiode an und machen die nachstehenden Forderungen zum Bestandteil unseres Wahlprogramms 2017.

Maßnahmen zum Ausbau des digitalen Staates  
o Staatsminister „Digitales Deutschland“ mit Kabinettsrang  
Es soll ein Ressort „Digitales Deutschland“ im Bundeskanzleramt geschaffen

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 43 in folgender Fassung anzunehmen:

Deutschland als Vorreiter des digitalen Staates

Der digitale Wandel verändert Deutschland und damit die Art, wie wir leben und arbeiten nachhaltig. Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen und eine innovative Verwaltung zu gestalten, die den sich wandelnden Bedürfnissen in Zeiten der Digitalisierung gerecht wird. Hierzu gehört, dass die Behörden in Bund, Ländern und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, den digitalen Wandel als Chance begreifen und die Potentiale des eGovernment zur Verfahrenserleichterung und Bürokratieabbau erkennen und ausschöpfen.

werden, um den digitalen Staat zeitnah und flächendeckend umzusetzen. Dem Ressort soll ein Staatsminister mit Kabinettsrang vorstehen. Es bündelt als „digitale Koordinierungseinheit“ alle digitalen Zuständigkeiten und ist gegenüber staatlichen Behörden und anderen Ressorts in den Bereichen der Standardsetzung, Schnittstellendefinition und Implementierung weisungsbefugt. Die Aufgabe ist es, die Umsetzung der eGovernment-Strategie, auch in seiner europäischen Dimension, zu planen, zu koordinieren und zu kontrollieren. Hierbei muss vor allem die Kooperation von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und der Wirtschaft auf der einen Seite sowie den europäischen Anforderungen und einer EU-grenzüberschreitenden eGovernment-Strategie auf der anderen Seite im Vordergrund stehen. Die bestehenden Gremien sollen in das Ressort überführt werden. Außerdem bekommt der Staatsminister ein eigenes Budget (zweckgebundene Haushaltsmittel) zur Verfügung gestellt. Der Ausschuss „Digitale Agenda“ soll zudem die Federführung für vorab festgelegte Themenaspekte der Digitalisierung erhalten und in enger Abstimmung mit dem Bundesbeauftragten den digitalen Wandel in Deutschland vorantreiben.

#### o eGovernment-Standards für alle

Der Staat definiert in einem Expertengremium, bestehend aus Vertretern von Bund, Land und Kommune sowie Fachvertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft verpflichtende Minimalstandards für eGovernment-Anwendungen. Wenn Länder oder Kommunen darüber hinausgehende Anwendungen nutzen möchten, steht es ihnen frei, sofern sie die verbindlichen Standards erfüllen.

#### o Zentrale Datenspeicherung und kompatible E-Akte überall

Das langfristige Ziel des digitalen Staates ist die einheitliche (kompatible) digitale Erfassung aller Bürger und Unternehmensdaten sowie eines digitalen Katasters. Ein wichtiger Schritt dorthin ist die ausnahmslose Einführung einer elektronischen Akte für alle Behörden, die über standardisierte Datenformate mit allen Systemen verwendbar ist. Deshalb muss die E-Akte verpflichtend als führende Akte eingeführt werden, die Regelungen zum Schriftformerfordernis sind diesbezüglich ggf. zu modifizieren und bestehende Regelungen konsequent anzuwenden. Es ist das erklärte Ziel, dass in allen staatlichen Behörden eine rein elektronische Aktenführung zur Tagesordnung wird. Hierbei ist es wichtig, dass medienbruchfreie Verwaltungsprozesse umgesetzt werden. Nur so können automatisierte Verwaltungsprozesse vollständig realisiert werden. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Aufwertung des Personalausweises zur vollwertigen elektronischen ID-Karte, mit der die eindeutige elektronische Identifizierung der Bürger und ihrer Daten sichergestellt wird.

#### o Datenschutz sicher und praktikabel – für Bürger und Unternehmen

Bürger und Unternehmen sollen gegenüber dem Staat das Recht an ihren Daten behalten und auf Anfrage nachvollziehen können, welche Daten dem Staat über sie vorliegen und wer auf diese Daten Zugriff hat. Zudem soll der Staat jede Information bei den Bürgern und Unternehmen möglichst nur einmal mit Hilfe einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung über ein zentrales Portal abfragen. Auf der anderen Seite soll der Verwaltung die Option der zentralen „Bürger-Akte“ gegeben werden.

#### o Die virtuelle Kommune

Für Kommunen sollen einheitliche Vorgaben für Protokolle, Datenstandards und Schnittstellen gelten, die zentral definiert werden. Auf einem bundesweiten virtuellen Marktplatz sollen Softwarelösungen gebündelt für die Kommunen abrufbar sein. Der virtuelle Marktplatz ermöglicht nach dem Vorbild der X-Road-Technologie eine Vernetzung unterschiedlicher Lösungen. Die Plattform soll zudem durch best-practice-Beispiele Anregungen für bereits erfolgreich bestehende Lösungen bieten.

Die CDU Deutschlands setzt sich für die nachstehende Maßnahmen ein.

#### Maßnahmen zum Ausbau des digitalen Staates o Staatsminister „Digitales Deutschland“ mit Kabinettsrang

Es soll ein Ressort „Digitales Deutschland“ im Bundeskanzleramt geschaffen werden, um den digitalen Staat zeitnah und flächendeckend umzusetzen. Dem Ressort soll ein Staatsminister mit Kabinettsrang vorstehen. Es bündelt als „digitale Koordinierungseinheit“ alle digitalen Zuständigkeiten und ist gegenüber staatlichen Behörden und anderen Ressorts in den Bereichen der Standardsetzung, Schnittstellendefinition und Implementierung weisungsbefugt. Die Aufgabe ist es, die Umsetzung der eGovernment-Strategie, auch in seiner europäischen Dimension, zu planen, zu koordinieren und zu kontrollieren. Hierbei muss vor allem die Kooperation von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und der Wirtschaft auf der einen Seite sowie den europäischen Anforderungen und einer EU-grenzüberschreitenden eGovernment-Strategie auf der anderen Seite im Vordergrund stehen. Die bestehenden Gremien sollen in das Ressort überführt werden. Außerdem bekommt der Staatsminister ein eigenes Budget (zweckgebundene Haushaltsmittel) zur Verfügung gestellt. Der Ausschuss „Digitale Agenda“ soll zudem die Federführung für vorab festgelegte Themenaspekte der Digitalisierung erhalten und in enger Abstimmung mit dem Bundesbeauftragten den digitalen Wandel in Deutschland vorantreiben.

#### o eGovernment-Standards für alle

Der Staat definiert in einem Expertengremium, bestehend aus Vertretern von Bund, Land und Kommune sowie Fachvertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft verpflichtende Minimalstandards für eGovernment-Anwendungen. Wenn Länder oder Kommunen darüber hinausgehende Anwendungen nutzen möchten, steht es ihnen frei, sofern sie die verbindlichen Standards erfüllen.

#### o Zentrale Datenspeicherung und kompatible E-Akte überall

Das langfristige Ziel des digitalen Staates ist die einheitliche (kompatible) digitale Erfassung aller Bürger und Unternehmensdaten sowie eines digitalen Katasters. Ein wichtiger Schritt dorthin ist die ausnahmslose Einführung einer elektronischen Akte für alle Behörden, die über standardisierte Datenformate mit allen Systemen verwendbar ist. Deshalb muss die E-Akte

## o Für eine zukunftsorientierte Datenpolitik: Open Data

Die von Verwaltungen in den verschiedensten Aufgabenfeldern erhobenen Daten können einen über den ursprünglichen Zweck hinausreichenden Mehrwert erbringen, wenn sie als offene Daten (open data) zur Verfügung gestellt werden. Sind diese Daten nicht personenbezogen oder unterliegen anderen schutzwürdigen Belangen (Urheberrecht, Sicherheit, etc.), sollten sie als offene Verwaltungsdaten für die Bürger sowie der Wirtschaft für die Weiterverwendung in den verschiedensten Nutzungszusammenhängen verfügbar sein. So können digitale Innovationen gefördert, Synergien innerhalb der Verwaltungen ermöglicht sowie bessere Entscheidungsgrundlagen für Politik und Gesellschaft geschaffen werden. Deshalb sollte ein Open-Data-Gesetz die systematische Offenstellung von solchen Verwaltungsdaten regeln, die Verantwortungen in Bund, Ländern und Kommunen klar benannt und mit einem deutlichen politischen Mandat für eine ebenenübergreifende Zusammenarbeit ausgestattet werden.

## o Öffentliche Aufträge für Start-ups zur Stärkung der Innovationskraft

Zahlreiche junge, innovative IT-Start-ups scheitern bereits bei der Eignungsprüfung öffentlicher Ausschreibungen. So werden z. B. mehrere Jahre Erfahrung mit der ausgeschriebenen Leistung vorausgesetzt. Aus diesem Grund sollen öffentliche Ausschreibungen bereits bei der Marktanalyse verstärkt Start-ups berücksichtigen und die Kriterien der Eignungsprüfung bei geeigneten Ausschreibungen entsprechend anpassen, so dass auch Start-ups mit ihrer Innovationskraft den Staat voranbringen können.

## o Start-up im Staat

In Anlehnung an den US Digital Service soll dem Staatsminister mit dem Ressort „Digitales Deutschland“ ein so genanntes Start-up im Staat unterstellt werden. Hier sollen innovative Experten und Vertreter von Start-ups in Kooperation mit Verwaltungsexperten die drängendsten und wichtigsten eGovernment-Anwendungen auf den Prüfstand stellen und optimieren. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Expertenteams, kreative Ideen in den eGovernment-Prozess einzubringen, auszutesten und zur erfolgreichen Anwendung zu bringen.

## Nutzen für Bürger und Wirtschaft nachhaltig steigern

## o Anreize für Nutzer schaffen

eGovernment-Dienste werden nur genutzt, wenn sie Vorteile gegenüber dem klassischen „Gang zum Amt“ bieten. Die digitalen Verwaltungen sollen künftig durchgehend („24/7“) erreichbar sein. Der Anspruch muss es sein, elektronische Anträge doppelt so schnell zu bearbeiten wie analoge. Darüber hinaus könnten z. B. Gebühren niedriger ausfallen. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Anreizmechanismen wie diese die Anzahl der Nutzer von elektronischen Dienstleistungen spürbar vergrößert.

## o Bürgerportal einrichten

Es soll ein bundeseinheitliches Verwaltungsportal als erster Anlaufpunkt für alle Verwaltungs-ebenen eingerichtet werden; analog zur Behördenrufnummer 115 ([www.d115.de](http://www.d115.de)). Dieses Portal bündelt den Zugang zu Dienstleistungen und Formularen aller Verwaltungsebenen und zu Sozialversicherungen. Zur Identifizierung und Authentifizierung soll die elektronische ID-Karte dienen.

## o eID-Karte stärken

Im Vergleich zu bisherigen Anwendungen sollen mit der elektronischen ID-Karte Basisfunktionen ohne komplizierte PIN-Eingaben nutzbar sein. Die elektronische ID soll verpflichtend für alle werden und durch Verwendung von Smart-Phones ohne zusätzliche Hardware (z. B. Lesegerät) zu benutzen sein. Die elektronische

verpflichtend als führende Akte eingeführt werden, die Regelungen zum Schriftformerfordernis sind diesbezüglich ggf. zu modifizieren und bestehende Regelungen konsequent anzuwenden. Es ist das erklärte Ziel, dass in allen staatlichen Behörden eine rein elektronische Aktenführung zur Tagesordnung wird. Hierbei ist es wichtig, dass medienbruchfreie Verwaltungsprozesse umgesetzt werden. Nur so können automatisierte Verwaltungsprozesse vollständig realisiert werden. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Aufwertung des Personalausweises zur vollwertigen elektronischen ID-Karte, mit der die eindeutige elektronische Identifizierung der Bürger und ihrer Daten sichergestellt wird.

## o Datenschutz sicher und praktikabel – für Bürger und Unternehmen

Bürger und Unternehmen sollen gegenüber dem Staat das Recht an ihren Daten behalten und auf Anfrage nachvollziehen können, welche Daten dem Staat über sie vorliegen und wer auf diese Daten Zugriff hat. Zudem soll der Staat jede Information bei den Bürgern und Unternehmen möglichst nur einmal mit Hilfe einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung über ein zentrales Portal abfragen. Auf der anderen Seite soll der Verwaltung die Option der zentralen „Bürger-Akte“ gegeben werden.

## o Die virtuelle Kommune

Für Kommunen sollen einheitliche Vorgaben für Protokolle, Datenstandards und Schnittstellen gelten. Auf einem bundesweiten virtuellen Marktplatz sollen Softwarelösungen gebündelt für die Kommunen abrufbar sein. Der virtuelle Marktplatz ermöglicht nach dem Vorbild der X-Road-Technologie eine Vernetzung unterschiedlicher Lösungen. Die Plattform soll zudem durch best-practice-Beispiele Anregungen für bereits erfolgreich bestehende Lösungen bieten. Es gilt das Konnexitätsprinzip.

## o Für eine zukunftsorientierte Datenpolitik: Open Data

Die von Verwaltungen in den verschiedensten Aufgabenfeldern erhobenen Daten können einen über den ursprünglichen Zweck hinausreichenden Mehrwert erbringen, wenn sie als offene Daten (open data) zur Verfügung gestellt werden. Sind diese Daten nicht personenbezogen oder unterliegen anderen schutzwürdigen Belangen (Urheberrecht, Sicherheit, etc.), sollten sie als offene Verwaltungsdaten für die Bürger sowie der Wirtschaft für die Weiterverwendung in den verschiedensten Nutzungszusammenhängen

Signatur soll rechtlich der manuellen gleichgestellt werden.

o Barrierefreier Zugang

Neben der softwarebasierten Lösung zum Bürgerportal sollen physische Anlaufstellen einen flächendeckenden barrierefreien Zugang zum digitalen Staat ermöglichen. Dazu werden flächendeckend „eGov-Boxen“ aufgestellt. Diese Schalter sollen rund um die Uhr zugänglich sind (z. B. im Vorraum von Banken/in Einkaufszentren). Die eGov-Boxen sollen nutzerfreundlich und barrierefrei sein, um eine digitale Abschottung zu verhindern und einen sicheren Zugang zu gewähren.

o Der direkte Draht

Es soll eine Liste mit Dienstleistungen erstellt werden, die die höchsten Nutzerzahlen haben. Bei der Digitalisierung der Verwaltung sollte mit jenen Dienstleistungen begonnen werden, die das größte Nutzervolumen generieren. Dazu sollen Bürger auch ihre Hinweise und Anregungen einreichen können, denn die Erfahrung zeigt, dass insbesondere die Umsetzung lebensnaher und häufig genutzter Anwendungen zu einer Steigerung der Nutzer führt.

o Feedback-Kultur

Der Change-Prozess hin zu einem digitalen Staat und der Prämisse „Online first“ sollte durch eine offene Feedbackkultur durch die Bürger begleitet werden. Das Bürgerfeedback stellt hierbei ein wesentliches Instrument zur Qualitätssicherung der Angebote dar. Hierzu soll der Normenkontrollrat den Change-Prozess begleiten und das Feedback der Bürger strukturiert erfassen und in den Prozess einbringen.

verfügbar sein. So können digitale Innovationen gefördert, Synergien innerhalb der Verwaltungen ermöglicht sowie bessere Entscheidungsgrundlagen für Politik und Gesellschaft geschaffen werden. Deshalb sollte ein Open-Data-Gesetz die systematische Offenstellung von solchen Verwaltungsdaten regeln, die Verantwortungen in Bund, Ländern und Kommunen klar benannt und mit einem deutlichen politischen Mandat für eine ebenenübergreifende Zusammenarbeit ausgestattet werden.

o Öffentliche Aufträge für Start-ups zur Stärkung der Innovationskraft

Zahlreiche junge, innovative IT-Start-ups scheitern bereits bei der Eignungsprüfung öffentlicher Ausschreibungen. So werden z. B. mehrere Jahre Erfahrung mit der ausgeschriebenen Leistung vorausgesetzt. Aus diesem Grund sollen öffentliche Ausschreibungen bereits bei der Marktanalyse verstärkt Start-ups berücksichtigen und die Kriterien der Eignungsprüfung bei geeigneten Ausschreibungen entsprechend anpassen, so dass auch Start-ups mit ihrer Innovationskraft den Staat voranbringen können.

o Start-up im Staat

In Anlehnung an den US Digital Service soll dem Staatsminister mit dem Ressort „Digitales Deutschland“ ein so genanntes Start-up im Staat unterstellt werden. Hier sollen innovative Experten und Vertreter von Start-ups in Kooperation mit Verwaltungsexperten die drängendsten und wichtigsten eGovernment-Anwendungen auf den Prüfstand stellen und optimieren. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Expertenteams, kreative Ideen in den eGovernment-Prozess einzubringen, auszutesten und zur erfolgreichen Anwendung zu bringen.

Nutzen für Bürger und Wirtschaft nachhaltig steigern

o Anreize für Nutzer schaffen

eGovernment-Dienste werden nur genutzt, wenn sie Vorteile gegenüber dem klassischen „Gang zum Amt“ bieten. Die digitalen Verwaltungen sollen künftig durchgehend erreichbar sein. Der Anspruch muss es sein, elektronische Anträge doppelt so schnell zu bearbeiten wie analoge. Darüber hinaus könnten z. B. Gebühren niedriger ausfallen. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Anreizmechanismen wie diese die Anzahl der Nutzer von elektronischen Dienstleistungen spürbar vergrößert.

o Bürgerportal einrichten

Es soll ein bundeseinheitliches Verwaltungsportal als erster Anlaufpunkt für alle Verwaltungsebenen eingerichtet werden; analog zur Behördenrufnummer 115 ([www.d115.de](http://www.d115.de)). Dieses Portal bündelt den Zugang zu Dienstleistungen und Formularen aller Verwaltungsebenen und zu Sozialversicherungen. Zur Identifizierung und Authentifizierung soll die elektronische ID-Karte dienen.

o eID-Karte stärken

Im Vergleich zu bisherigen Anwendungen sollen mit der elektronischen ID-Karte Basisfunktionen ohne komplizierte PIN-Eingaben nutzbar sein. Die elektronische ID soll verpflichtend für alle werden und durch Verwendung von Smart-Phones ohne zusätzliche Hardware (z. B. Lesegerät) zu benutzen sein. Die elektronische Signatur soll rechtlich der manuellen gleichgestellt werden.

o Barrierefreier Zugang

Neben der softwarebasierten Lösung zum Bürgerportal sollen physische Anlaufstellen einen flächendeckenden barrierefreien Zugang zum digitalen Staat ermöglichen. Dazu werden flächendeckend Schalter aufgestellt. Diese Schalter sollen rund um die Uhr zugänglich sind (z. B. im Vorraum von Banken/in Einkaufszentren). Die Schalter sollen nutzerfreundlich und barrierefrei sein, um eine digitale Abschottung zu verhindern und einen sicheren Zugang zu gewähren.

o Der direkte Draht

Es soll eine Liste mit Dienstleistungen erstellt werden, die die höchsten Nutzerzahlen haben. Bei der Digitalisierung der Verwaltung sollte mit jenen Dienstleistungen begonnen werden, die das größte Nutzervolumen generieren. Dazu sollen Bürger auch ihre Hinweise und Anregungen einreichen können, denn die Erfahrung zeigt, dass insbesondere die Umsetzung lebensnaher und häufig genutzter Anwendungen zu einer Steigerung der Nutzer führt.

o Feedback-Kultur

Der Change-Prozess hin zu einem digitalen Staat und der Prämisse „Online first“ sollte durch eine offene Feedbackkultur durch die Bürger begleitet werden. Das Bürgerfeedback stellt hierbei ein wesentliches Instrument zur Qualitätssicherung der Angebote dar. Hierzu soll der Normenkontrollrat den Change-Prozess begleiten und das Feedback der Bürger strukturiert erfassen und in den Prozess einbringen.

**Antrag Nr. C 44 - BV KPV**

Eckpunkte für mehr Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive

In einer Welt, die enger zusammenrückt, sind Veränderungen sichtbarer und haben direkte Auswirkungen auf die Menschen auch bei uns. Die Verunsicherung und die Ängste vieler Menschen nehmen wir ernst und wollen mehr Orientierung und Halt geben.

Unsere Antwort auf Globalisierung sind starke Kommunen. Sie machen Deutschland stark. Unsere Antwort auf Globalisierung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive.

„Sicherheit“ umfasst alle Lebensbereiche. Wir wollen sicher leben, wohnen, arbeiten, lernen. Unser Sozialstaat, unsere soziale Marktwirtschaft und unser Rechtsstaat schaffen hervorragende Rahmenbedingungen für ein Leben in Wohlstand und Sicherheit.

Klar ist dabei für uns als Kommunale der Union, dass in unserer pluralistischen, offenen und freien Gesellschaft der Staat nicht alle Lebensrisiken tragen und absichern kann. Jeder ist zunächst einmal für sich selber und seine Familie und seine Mitmenschen verantwortlich.

Aber die Wahrnehmung der Menschen, ob es ihnen gut geht und wie sie sich fühlen, wird immer mehr beeinflusst durch exemplarische Erfahrungen und öffentliche Berichterstattung. Politischer Populismus stilisiert einzelne Ereignisse zu Trends, Szenarien und kollektiver Hysterie. Tabubrüche werden zelebriert und ernsthafte sachliche Auseinandersetzungen stigmatisiert. Oft überwiegen in den Medien und sozialen Netzwerken Meinungen statt Informationen und Empörung statt sachlicher Analyse.

Jetzt ist es wichtig, vor Ort den Menschen zu zeigen, dass unsere Kommunen und die staatlichen Ebenen funktionieren und Deutschland und die Europäische Union Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und Perspektive garantieren.

In Krisenzeiten haben die Kommunen bewiesen, dass sie die Probleme vor Ort lösen: In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Kommunen aufgrund der Konjunkturpakete des Bundes schnell und nachhaltig investiert und für die notwendigen konjunkturellen Impulse gesorgt. Bei Katastrophen, Hochwasser, Unfällen ist auf die Kommunen Verlass. Beim Flüchtlingszustrom ist in den Kommunen angepackt worden und Integration wird nur vor Ort gelingen.

Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen bei der Ver- und Entsorgung in erster Linie den Kommunen und ihren Unternehmen. Kommunen, ihre Stadtwerke und kommunale Unternehmen sind die Garanten für eine zuverlässige Ver- und Entsorgung in Deutschland und für den hohen Standard der Leistungen der Daseinsvorsorge. Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Trinkwasserversorgung und Abwasseraufbereitung, öffentlicher Personennahverkehr funktionieren nur mit einer starken Kommunalwirtschaft. Kommunale Investitionen schaffen Zukunft und Wohlstand. Sparkassen und Volksbanken sichern die Versorgung mit Finanzdienstleistungen vor Ort und sind die entscheidenden Kreditgeber für den Mittelstand.

Ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen und in einer globalisierten Welt in den Gemeinden und Nachbarschaften Heimat finden, hat viel mit Wohlstand, sozialer Absicherung und dem Zusammenhalt der Menschen zu tun. Bildungs- und

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 44 in folgender Fassung anzunehmen:

Eckpunkte für mehr Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive

In einer Welt, die enger zusammenrückt, sind Veränderungen sichtbarer und haben direkte Auswirkungen auf die Menschen, auch bei uns. Die Verunsicherung und die Ängste vieler Menschen nehmen wir ernst und wollen mehr Orientierung und Halt geben.

Unsere Antwort auf Globalisierung sind auch starke Kommunen. Sie machen Deutschland stark. Unsere Antwort auf Globalisierung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive.

„Sicherheit“ umfasst alle Lebensbereiche. Wir wollen sicher leben, wohnen, arbeiten, lernen. Unser Sozialstaat, unsere Soziale Marktwirtschaft und unser Rechtsstaat schaffen hervorragende Rahmenbedingungen für ein Leben in Wohlstand und Sicherheit.

Klar ist, dass in unserer pluralistischen, offenen und freien Gesellschaft der Staat nicht alle Lebensrisiken tragen und absichern kann. Jeder ist zunächst einmal für sich selbst und seine Familie und seine Mitmenschen verantwortlich.

Aber die Wahrnehmung der Menschen, ob es ihnen gut geht und wie sie sich fühlen, wird immer mehr beeinflusst durch exemplarische Erfahrungen und öffentliche Berichterstattung. Politischer Populismus stilisiert einzelne Ereignisse zu Trends, Szenarien und kollektiver Hysterie. Tabubrüche werden zelebriert und ernsthafte sachliche Auseinandersetzungen stigmatisiert. Oft überwiegen in den Medien und sozialen Netzwerken Meinungen statt Informationen und Empörung statt sachlicher Analyse.

Jetzt ist es wichtig, vor Ort den Menschen zu zeigen, dass unsere Kommunen und die staatlichen Ebenen funktionieren und Deutschland und die Europäische Union den Menschen weiterhin gute Perspektiven auf Sicherheit, Stabilität und Wohlstand eröffnen.

In Krisenzeiten haben die Kommunen bewiesen, dass sie die Probleme vor Ort lösen: In der

Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Vereine und Nachbarschaftsnetzwerke aber auch arbeitnehmer- und familienfreundliche Unternehmen machen vor Ort die Lebensbedingungen aus. Staat und Kommune, Kommunale Ordnungsdienste, Polizei und Justiz müssen ihre Aufgabe erfüllen, geltendes Recht und gültige Regeln durchzusetzen.

Kommunale Selbstverwaltung braucht dafür eigene Einnahmequellen, größere Anteile am bestehenden Steueraufkommen und mehr Gestaltungsfreiraum. Bei der Daseinsvorsorge muss die kommunale Hoheit gestärkt werden. Kommunale Selbstverwaltung soll selbst den notwendigen Leistungsrahmen bestimmen und über eine möglichst effiziente Leistungserbringung entscheiden. Nur so gelingt Heimat.

Es kommt auf die Kommunen an:

1. Grundsätzlich gehört notwendige Infrastruktur für uns in öffentliche Hände; kritische Infrastruktur erst recht. Dabei können Infrastruktur und Betrieb getrennt sein. Öffentlich rechtliche Ausschreibungen sichern Wettbewerb und Qualität. Infrastruktur muss langfristig erhalten, angepasst und ausgebaut werden. Notwendige Infrastruktur ist kein beliebiges Wirtschaftsgut und darf den demokratisch legitimierten Verfügungsbereich nicht verlassen.

2. Zur Überwindung des Investitionsstaus in der Infrastruktur kann eine Infrastrukturgesellschaft in öffentlicher Hand erhebliche finanzielle Mittel von institutionellen Anlegern und der öffentlichen Hand mobilisieren, ohne dass Privatisierungen notwendig wären. Wir brauchen langfristig sichere Rahmenbedingungen, die die Investitionsnotwendigkeit anerkennen und die Investitionsfähigkeit fördern. Die Entwertung kommunalen Vermögens muss verhindert werden.

3. Wenn unser Land auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein soll, brauchen wir auch neue Infrastruktur. Um beim Breitbandausbau mit Glasfaser schneller voranzukommen, sind die von Gemeinden und Landkreisen initiierten Breitbandprojekte wichtig und werden finanziell gefördert. Gerade im ländlichen Raum, wo sich der Breitbandausbau wirtschaftlich noch nicht lohnt, brauchen wir deutliche Anreize zum Ausbau der Glasfaserinfrastruktur. Beim zukünftigen Verkehrswegebau müssen gleichzeitig intelligente Netze und Verknüpfungen geplant und erstellt werden. Glasfasernetze sind sozusagen die Trinkwasserleitungen von morgen und wir wollen sie flächendeckend.

4. In unserer zunehmend digitalisierten Gesellschaft ist die zuverlässige Versorgung mit Strom von zentraler Bedeutung. Die Übertragungs- und Verteilnetze müssen umgebaut und Energieerzeugung und -verbrauch intelligenter gesteuert werden. Verbraucher erwarten gleichzeitig erschwingliche Preise. Kommunen, kommunale Unternehmen und Stadtwerke übernehmen zentrale Aufgaben. Die bisherigen Instrumente der Anreizregulierung und Steuerung müssen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft werden. Der Regulierungsrahmen muss Investitionen in den Aus- und Umbau fördern, Verschlechterungen der Investitionsfähigkeit und unnötigen Risikoauflagen erteilen wir eine Absage. Hier gilt: Diese kritische Infrastruktur gehört in öffentliche Hände.

5. Die Digitalisierung erfordert sichere Datenspeicher und sicheren Datenaustausch. Die Digitalisierung der Verwaltung muss weiter entwickelt werden. Unser Ziel muss es sein, dass Bürgerinnen und Bürger jeden Kontakt mit der öffentlichen Hand online erledigen können. Voraussetzung dafür ist ein einheitliches zentrales Melderegister und ein einheitliches Onlineportal mit

Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Kommunen aufgrund der Konjunkturpakete des Bundes schnell und nachhaltig investiert und für die notwendigen konjunkturellen Impulse gesorgt. Bei Katastrophen, Hochwasser, Unfällen ist auf die Kommunen Verlass. Beim Flüchtlingszustrom ist in den Kommunen angepackt worden. Integration wird nur vor Ort gelingen.

Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen bei der Ver- und Entsorgung in erster Linie den Kommunen und ihren Unternehmen. Kommunen, ihre Stadtwerke und kommunale Unternehmen sind entscheidende Akteure für eine zuverlässige Ver- und Entsorgung in Deutschland und für den hohen Standard der Leistungen der Daseinsvorsorge. Sie sind gleichsam unverzichtbarer Partner bei der Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Trinkwasserversorgung und Abwasseraufbereitung, öffentlicher Personennahverkehr. Kommunale Investitionen sind für die zukünftige Entwicklung und den Wohlstand wichtig. Gleiches gilt für Sparkassen und Volksbanken, bei der Versorgung mit Finanzdienstleistungen vor Ort und als entscheidender Kreditgeber für den Mittelstand.

Ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen und in einer globalisierten Welt in den Gemeinden und Nachbarschaften Heimat finden, hat viel mit Wohlstand, sozialer Absicherung und dem Zusammenhalt der Menschen zu tun. Bildungs- und Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Vereine und Nachbarschaftsnetzwerke, aber auch arbeitnehmer- und familienfreundliche Unternehmen machen vor Ort die Lebensbedingungen aus. Staat und Kommune, Kommunale Ordnungsdienste, Polizei und Justiz müssen ihre Aufgabe erfüllen, geltendes Recht und gültige Regeln durchzusetzen.

Kommunale Selbstverwaltung braucht bei ihren Einnahmen mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsspielraum. Bei der Daseinsvorsorge ist die kommunale Hoheit von hoher Bedeutung. Kommunale Selbstverwaltung muss bei der Festlegung des notwendigen Leistungsrahmens entscheidend mitbestimmen können. Nur so gelingt Heimat.

Es kommt auf die Kommunen an:

1. Unter Berücksichtigung kommunaler Selbstverwaltung gehört notwendige Infrastruktur für uns grundsätzlich in öffentliche Hände; kritische Infrastruktur erst recht. Dabei können

sicheren Registrierungsverfahren insbesondere unter Verwendung des Personalausweises mit elektronischem Identitätsausweis.

6. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, unabhängig von ihrem Wohnort, medizinische und ggf. pflegerische Leistungen. Haus- und Fachärzte, Notfallversorgung und ein leistungsfähiges Krankenhaus müssen erreichbar bleiben. Medizinische Versorgungszentren auch in kommunaler Hand und der Ausbau der „Telemedizin“ ergänzen die medizinische Infrastruktur. Als ein Baustein des öffentlichen Gesundheitswesens im ländlichen Raum stärkt beispielsweise das Modell der Gemeindeschwester bzw. des Gemeindepflegers die Betreuung von Patienten in deren Wohnungen. Dies schafft mehr medizinische Versorgungssicherheit vor Ort.

7. Der Katastrophenschutz, die Unfallversorgung und die Notdienste funktionierenden im Zusammenwirken von Staat, Kommunen und tausenden ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und freie Träger sind auf das langfristige und stetige Engagement der Menschen vor Ort angewiesen. Bürgerschaftliches Engagement macht uns reich. Wichtig ist, dass das breit vorhandene ehrenamtliche Engagement aufgegriffen, koordiniert und unterstützt wird. Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen sind gute Beispiele, um Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Ehrenamt muss angemessen gewürdigt werden durch Arbeitgeber und die Kommunen, aber auch finanziell durch Aufwandsentschädigungen, im Steuerrecht und in der Sozialversicherung.

8. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten über unseren gut funktionierenden Notruf hinaus bei der Polizei verlässliche Ansprechpartner vor Ort. Wir wollen eine sichtbare Präsenz der Polizei auch in der Fläche und im ländlichen Raum – und das rund um die Uhr. Polizeistationen vor Ort stärken das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Die Ausstattung der Polizei muss modern und zeitgemäß sein.

9. Zu den vielen bestehenden kommunalen Präventionsnetzwerken müssen neue Sicherheitspartnerschaften aufgebaut und mit den Ländern und dem Bund besser vernetzt werden. Sicherheitsrelevante Erkenntnisse müssen besser zwischen den Ebenen und Institutionen geteilt werden. Wir schlagen vor, dass sich dort, wo sich ein Bedarf ergibt, alle Akteure vor Ort und die Sicherheitsbehörden regelmäßig zusammensetzen und nicht nur die Möglichkeiten der Prävention, sondern auch Maßnahmen des besseren Vollzugs erörtern. Diese neuen Sicherheits- und Präventionszentren sind eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Sicherheitspartnerschaften von Polizei und Kommunen. Es fehlt nicht an Regeln, sie müssen besser durchgesetzt werden.

10. Die Umsetzung des geltenden Rechts muss konsequenter, schneller und spürbarer vollzogen werden. Die Durchsetzungsstärke des Staates im Steuer- oder Verkehrswesen wollen wir auch in den Bereichen der Einbruchs- und Eigentumskriminalität wieder sichtbar machen. Überführte Einbrecher und Diebe werden in geordneten Verfahren und bei Zulassung der Öffentlichkeit verurteilt; dies muss in schnelleren Verfahren, mit mehr Aufmerksamkeit und medialer Berichterstattung erfolgen. Dies gilt auch für Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße sichtbar folgen.

11. Die Menschen wollen in einer sauberen Gemeinde, einem sauberen Stadtteil sicher leben. Im Rahmen des allgemeinen Ordnungsrechts kann Verwahrlosung und „Angst-Räumen“ entgegengewirkt werden. Wir wollen die Vermüllung, mangelhafte Beleuchtung, verschmutzte und zerstörte Grünanlagen und

Infrastruktur und Betrieb getrennt sein. Öffentlich rechtliche Ausschreibungen sichern Wettbewerb und Qualität. Infrastruktur muss langfristig erhalten, angepasst und ausgebaut werden. Notwendige Infrastruktur ist kein beliebiges Wirtschaftsgut und darf den demokratisch legitimierte Verfügungsbereich nicht verlassen.

2. Zur Überwindung des Investitionsstaus in der Infrastruktur kann eine Infrastrukturgesellschaft in öffentlicher Hand erhebliche finanzielle Mittel von institutionellen Anlegern und der öffentlichen Hand mobilisieren, ohne dass Privatisierungen notwendig wären. Wir brauchen langfristig sichere Rahmenbedingungen, die die Investitionsnotwendigkeit anerkennen und die Investitionsfähigkeit fördern. Die Entwertung kommunalen Vermögens muss verhindert werden.

3. Wenn unser Land auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein soll, brauchen wir auch neue Infrastruktur. Um beim Breitbandausbau mit Glasfaser schneller voranzukommen, sind die von Gemeinden und Landkreisen initiierten Breitbandprojekte wichtig und werden finanziell gefördert. Gerade im ländlichen Raum, wo sich der Breitbandausbau wirtschaftlich noch nicht lohnt, brauchen wir deutliche Anreize zum Ausbau der Glasfaserinfrastruktur. Beim zukünftigen Verkehrswegebau müssen gleichzeitig intelligente Netze und Verknüpfungen geplant und erstellt werden. Glasfasernetze sind sozusagen die Trinkwasserleitungen von morgen und wir wollen sie flächendeckend.

4. In unserer zunehmend digitalisierten Gesellschaft ist die zuverlässige Versorgung mit Strom von zentraler Bedeutung. Die Übertragungs- und Verteilnetze müssen umgebaut und Energieerzeugung und -verbrauch intelligenter gesteuert werden. Verbraucher erwarten gleichzeitig erschwingliche Preise. Kommunen, kommunale Unternehmen und Stadtwerke übernehmen zentrale Aufgaben. Die bisherigen Instrumente der Anreizregulierung und Steuerung müssen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft werden. Der Regulierungsrahmen muss Investitionen in den Aus- und Umbau fördern, Verschlechterungen der Investitionsfähigkeit und unnötigen Risikoaufschlägen erteilen wir eine Absage. Hier gilt: Diese kritische Infrastruktur gehört in öffentliche Hände.

5. Die Digitalisierung erfordert sichere Datenspeicher und sicheren Datenaustausch. Die

Gehwege, Sachbeschädigungen, Fassadenschmierereien und den Verfall von Immobilien nicht hinnehmen. Kommunale Ordnungsdienste können nah bei den Menschen sichtbare und kompetente Ansprechpartner sein. Kommunale Ordnungsdienste können beispielweise von Parkraumbewirtschaftung entlastet werden und sich mehr um die Aspekte des sicheren Zusammenlebens kümmern. Hier benötigen Kommunen mehr qualifiziertes Personal, angemessene Ausrüstung, Uniformen, den Einsatz moderner Kommunikationsinstrumente und den notwendigen rechtlichen Rahmen und die finanzielle Ausstattung von den Ländern.

12. Beleuchtungskonzepte, Videoüberwachung, Aufenthaltsregeln und die Präsenz von Ordnungskräften wirken auf potentielle Täter abschreckend, präventiv und tragen zur Aufklärung bei. Dies wollen wir ausweiten und gemeinsam mit Anwohnern und Eigentümern die Möglichkeiten der Prävention für mehr Sicherheit noch besser nutzen.

13. An Orten, wo die Menschen sich kennen, geben sie mehr aufeinander Acht und Alltagskriminalität haben weniger Chancen. Wir wollen Nachbarschaften stärken und durch die Stadt- und Regionalentwicklung besser fördern. Neue Nachbarschaftsprojekte müssen entstehen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Kirchen, caritative Einrichtungen, Vereine und insbesondere Sportvereine können die Menschen wieder näher zueinander bringen und den Zusammenhalt stärken.

14. Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Dabei gilt: Wohnraum muss bezahlbar bleiben, aber nicht jeder wird zum günstigen Preis in gefragtesten Wohnlagen leben können. Es kann nicht allein Aufgabe der Kommunen sein, über eigene Wohnungsbau-gesellschaften bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hier sind alle Akteure der Wohnungswirtschaft gefordert. Wir brauchen steuerliche Anreize, erhöhte Abschreibungen für den Wohnungsbau, Anreize zur Baulandmobilisierung, eine neue Eigenheimförderung und eine Reduzierung von Vorgaben und Standards zur Senkung von Baukosten.

15. Die sichere Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und der zugelassenen privaten Personenbeförderung ist ein wichtiger Baustein für ein sicheres Leben in Stadt und Land. Die Bundespolizei sichert erfolgreich an Bahnhöfen, private Sicherheitsdienste im ÖPNV. Die kommunalen Verkehrsbetriebe unternehmen große Anstrengungen bei der Gestaltung von Fahrzeugen, Haltestellen und Bahnhöfen und der Umsetzung ihrer Sicherheitskonzepte.

16. Für das individuelle Sicherheitsempfinden spielt auch die Verkehrssicherheit auf der Straße eine Rolle. Der Ausbau von Fahrradwegen, speziellen Fahrradstraßen und die Einrichtung von geschwindigkeitsbegrenzenden Zonen sind wichtige Maßnahmen, die vor Ort entschieden werden können. Der Ansatz des Bundes, Kommunen die Einrichtung von Tempo 30-Zonen vor Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen zu erleichtern, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Innerhalb geschlossener Ortschaften ist den Kommunen darüber hinaus die Möglichkeit einzuräumen, anlass- bzw. ortsbezogen eigene Geschwindigkeitsbegrenzungen umzusetzen, ohne dass Bund oder Land als Baulastträger der jeweiligen Straße hinzuzuziehen sind. So kann die gesamte Verkehrsberuhigung tatsächlich in kommunale Verantwortung gegeben werden.

17. Unsere Umwelt ist wieder von hoher Qualität. Unsere Gewässer laden vielerorts wieder zum Baden ein. Boden- und Naturschutz zeigen Wirkung. Verbraucher, Landwirtschaft und Produzenten müssen nach dem Vorsorge- und Verursacherprinzip weiter dazu beitragen, dass unsere knappen natürlichen

Digitalisierung der Verwaltung muss weiter entwickelt werden. Unser Ziel muss es sein, dass Bürgerinnen und Bürger jeden Kontakt mit der öffentlichen Hand online erledigen können. Voraussetzung dafür ist ein einheitliches zentrales Melderegister und ein einheitliches Onlineportal mit sicheren Registrierungsverfahren insbesondere unter Verwendung des Personalausweises mit elektronischem Identitätsausweis.

6. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, unabhängig von ihrem Wohnort, medizinische und gegebenenfalls pflegerische Leistungen. Haus- und Fachärzte, Notfallversorgung und ein leistungsfähiges Krankenhaus müssen erreichbar bleiben. Medizinische Versorgungszentren auch in kommunaler Hand und der Ausbau der „Telemedizin“ ergänzen die medizinische Infrastruktur. Als ein Baustein des öffentlichen Gesundheitswesens im ländlichen Raum stärkt beispielsweise das Modell der Gemeindegemeinschaft beziehungsweise des Gemeindepflegers die Betreuung von Patienten in deren Wohnungen. Dies schafft mehr medizinische Versorgungssicherheit vor Ort.

7. Der Katastrophenschutz, die Unfallversorgung und die Notdienste funktionieren im Zusammenwirken von Staat, Kommunen und tausenden ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und freie Träger sind auf das langfristige und stetige Engagement der Menschen vor Ort angewiesen. Bürgerschaftliches Engagement macht uns reich. Wichtig ist, dass das breit vorhandene ehrenamtliche Engagement aufgegriffen, koordiniert und unterstützt wird. Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen sind gute Beispiele, um Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Ehrenamt muss angemessen gewürdigt werden durch Arbeitgeber und die Kommunen, aber auch finanziell durch Aufwandsentschädigungen, im Steuerrecht und in der Sozialversicherung.

8. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten über unseren gut funktionierenden Notruf hinaus bei der Polizei verlässliche Ansprechpartner vor Ort. Wir wollen eine sichtbare Präsenz der Polizei auch in der Fläche und im ländlichen Raum – und das rund um die Uhr. Polizeistationen vor Ort stärken das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Die Ausstattung der Polizei muss modern und zeitgemäß sein.

9. Zu den vielen bestehenden kommunalen

Ressourcen geschont und für nachkommende Generationen erhalten werden.

18. Geborgenheit beginnt zu Hause. Eltern stehen in der Pflicht und müssen sich ggf. Unterstützung holen; Nachbarn und Bekannte, Erzieher und Lehrer dürfen nicht wegschauen, wenn Kinder und Jugendliche sich radikalieren oder in kriminelle Kreise geraten. Bildung, insbesondere politische Bildung, hat bei allen Beteiligten eine zentrale Aufgabe. Auch deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bildungsangebote flächendeckend und differenziert angeboten werden. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Teilen unseres Landes ist eine gute Bildungsinfrastruktur von hoher Bedeutung. Über frühe Hilfen und sog. niederschwellige Angebote, auch für Mütter und Väter, soll ein Abdriften von Jugendlichen frühzeitig erkannt und verhindert werden.

19. Die Kinder- und Jugendhilfe muss rechtzeitig mit einer frühen Familienförderung beginnen, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche in Situationen geraten, aus denen sie nur mit erheblich größerem Aufwand wieder heraus kommen. Neben Beratungen von Familien sind Nachmittagsbetreuung und Ferienangebote elementarer Bestandteil einer Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist klar, dass vor allem im ländlichen Raum nicht in jedem kleinen Dorf eigene Einrichtungen und Angebote vorgehalten werden können. Umso wichtiger ist es, dort die Kinder- und Jugendhilfe mit Angeboten zur Steigerung der Mobilität zu verknüpfen.

20. Die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter schaffen es seit Jahren nicht, über 1 Mio. Arbeitssuchenden eine Beschäftigung zu vermitteln. Mit dem Zuzug von Geflüchteten hat die Anzahl der Betroffenen stark zugenommen. Wir lassen diese Menschen und ihre Familien nicht im Stich. Wir müssen aber mehr dafür tun, dass Kinder in Familien aufwachsen, in denen sie die Erwerbsarbeit der Eltern erleben. Sinnvolle Beschäftigung, geregelter Tagesablauf und die Sorge für den eigenen Unterhalt sind wichtige Faktoren, um sich in der Gesellschaft dazugehörig zu fühlen und eine persönliche Perspektive zu entwickeln. Deshalb müssen vor Ort neue gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Kommunale Beschäftigungsgesellschaften müssen die zunächst arbeitsmarktfernen Leistungsempfänger auffangen. Wer Leistungsempfänger ist, kann andere hilfebedürftige Menschen unterstützen, sich bei der Pflege des öffentlichen Raums nützlich machen oder eine andere Aufgabe im Interesse der Gemeinschaft übernehmen. Ziel muss es sein, durch Stabilisierung und Qualifizierung eine Beschäftigung auf Mindestlohniveau zu erreichen.

21. Wir wollen ein respektvolles Zusammenleben und die gegenseitige Achtung der Religionen. Wir wollen den Diskurs über Religion und die Selbstreflexion fördern. Alle Religionen und Glaubensgruppen müssen sich selbstverständlich dem Rechtsstaat unterordnen, zum Gewaltmonopol unseres Staates und zur freiheitlichen Grundordnung aktiv bekennen. Das ist die Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben und die gewünschte Wahrnehmung von Aufgaben in der Wohlfahrtspflege vor Ort (Kinderbetreuung, Schule, Seelsorge, Pflege).

22. Bildung von Anfang an ist der beste Schutz gegen Armut, sozialen Abstieg und Radikalisierung. In unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen werden mit frühkindlicher Bildung und Erziehung die Grundlagen gelegt. Die Kommunen müssen geeignete und zukunftsfähige Räume des Lernens schaffen. Durch Weiterbildungsangebote und Initiativen zu mehr Ausbildung werden neue Chancen eröffnet. Die gesellschaftlichen Entwicklungen, die stark veränderten Familienbilder und insbesondere die Lebens- und Aufwuchsbedingungen unserer Kinder und Jugendlichen erfordern verbindlichere Bildungsstrukturen vor

Präventionsnetzwerken müssen neue Sicherheitspartnerschaften aufgebaut und mit den Ländern und dem Bund besser vernetzt werden. Sicherheitsrelevante Erkenntnisse müssen besser zwischen den Ebenen und Institutionen geteilt werden. Wir schlagen vor, dass sich dort, wo sich ein Bedarf ergibt, alle Akteure vor Ort und die Sicherheitsbehörden regelmäßig zusammensetzen und nicht nur die Möglichkeiten der Prävention, sondern auch Maßnahmen des besseren Vollzugs erörtern. Diese neuen Sicherheits- und Präventionszentren sind eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Sicherheitspartnerschaften von Polizei und Kommunen. Es fehlt nicht an Regeln, sie müssen besser durchgesetzt werden.

10. Die Umsetzung des geltenden Rechts muss konsequenter, schneller und spürbarer vollzogen werden. Die Durchsetzungsstärke des Staates im Steuer- oder Verkehrswesen wollen wir auch in den Bereichen der Einbruchs- und Eigentums kriminalität wieder sichtbar machen. Überführte Einbrecher und Diebe werden in geordneten Verfahren und bei Zulassung der Öffentlichkeit verurteilt; dies muss in schnelleren Verfahren, mit mehr Aufmerksamkeit und medialer Berichterstattung erfolgen. Dies gilt auch für Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße sichtbar folgen.

11. Die Menschen wollen in einer sauberen Gemeinde, einem sauberen Stadtteil sicher leben. Im Rahmen des allgemeinen Ordnungsrechts kann Verwahrlosung und „Angst-Räumen“ entgegengewirkt werden. Wir wollen die Vermüllung, mangelhafte Beleuchtung, verschmutzte und zerstörte Grünanlagen und Gehwege, Sachbeschädigungen, Fassadenschmierereien und den Verfall von Immobilien nicht hinnehmen. Kommunale Ordnungsdienste können nah bei den Menschen sichtbare und kompetente Ansprechpartner sein. Kommunale Ordnungsdienste können beispielweise von Parkraumbewirtschaftung entlastet werden und sich mehr um die Aspekte des sicheren Zusammenlebens kümmern. Hier benötigen Kommunen mehr qualifiziertes Personal, angemessene Ausrüstung, Uniformen, den Einsatz moderner Kommunikationsinstrumente und den notwendigen rechtlichen Rahmen und die finanzielle Ausstattung von den Ländern.

12. Beleuchtungskonzepte, Videoüberwachung, Aufenthaltsregeln und die

Ort mit starken kommunalen Bildungslandschaften.

Präsenz von Ordnungskräften wirken auf potentielle Täter abschreckend, präventiv und tragen zur Aufklärung bei. Dies wollen wir ausweiten und gemeinsam mit Anwohnern und Eigentümern die Möglichkeiten der Prävention für mehr Sicherheit noch besser nutzen.

13. An Orten, wo die Menschen sich kennen, geben sie mehr aufeinander Acht und Alltagskriminelle haben weniger Chancen. Wir wollen Nachbarschaften stärken und durch die Stadt- und Regionalentwicklung besser fördern. Neue Nachbarschaftsprojekte müssen entstehen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Kirchen, caritative Einrichtungen, Vereine und insbesondere Sportvereine können die Menschen wieder näher zueinander bringen und den Zusammenhalt stärken.

14. Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Dabei gilt: Wohnraum muss bezahlbar bleiben, aber nicht jeder wird zum günstigen Preis in gefragtesten Wohnlagen leben können. Es kann nicht allein Aufgabe der Kommunen sein, über eigene Wohnungsbaugesellschaften bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hier sind alle Akteure der Wohnungswirtschaft gefordert. Wir brauchen bessere steuerliche Rahmenbedingungen, Anreize zur Baulandmobilisierung, eine neue Förderung der Wohneigentumsfinanzierung und eine Reduzierung von Vorgaben und Standards zur Senkung von Baukosten.

15. Die sichere Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und der zugelassenen privaten Personenbeförderung ist ein wichtiger Baustein für ein sicheres Leben in Stadt und Land. Die Bundespolizei sichert erfolgreich an Bahnhöfen, private Sicherheitsdienste im ÖPNV. Die kommunalen Verkehrsbetriebe unternehmen große Anstrengungen bei der Gestaltung von Fahrzeugen, Haltestellen und Bahnhöfen und der Umsetzung ihrer Sicherheitskonzepte.

16. Für das individuelle Sicherheitsempfinden spielt auch die Verkehrssicherheit auf der Straße eine Rolle. Der Ausbau von Fahrradwegen, speziellen Fahrradstraßen und die Einrichtung von geschwindigkeitsbegrenzenden Zonen sind wichtige Maßnahmen, die vor Ort entschieden werden können. Der Ansatz des Bundes, Kommunen die Einrichtung von Tempo 30-Zonen vor Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen zu erleichtern, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Innerhalb geschlossener

Ortschaften ist den Kommunen darüber hinaus die Möglichkeit einzuräumen, anlass- bzw. ortsbezogen eigene Geschwindigkeitsbegrenzungen umzusetzen, ohne dass Bund oder Land als Baulastträger der jeweiligen Straße hinzuzuziehen sind. So kann die gesamte Verkehrsberuhigung tatsächlich in kommunale Verantwortung gegeben werden.

17. Unsere Umwelt ist wieder von hoher Qualität. Unsere Gewässer laden vielerorts wieder zum Baden ein. Boden- und Naturschutz zeigen Wirkung. Verbraucher, Landwirtschaft und Produzenten müssen nach dem Vorsorge- und Verursacherprinzip weiter dazu beitragen, dass unsere knappen natürlichen Ressourcen geschont und für nachkommende Generationen erhalten werden.

18. Geborgenheit beginnt zu Hause. Eltern stehen in der Pflicht und müssen sich gegebenenfalls Unterstützung holen; Nachbarn und Bekannte, Erzieher und Lehrer dürfen nicht wegschauen, wenn Kinder und Jugendliche sich radikalieren oder in kriminelle Kreise geraten. Bildung, insbesondere politische Bildung, hat bei allen Beteiligten eine zentrale Aufgabe. Auch deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bildungsangebote flächendeckend und differenziert angeboten werden. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Teilen unseres Landes ist eine gute Bildungsinfrastruktur von hoher Bedeutung. Über frühe Hilfen und sogenannte niederschwellige Angebote, auch für Mütter und Väter, soll ein Abdriften von Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt und verhindert werden.

19. Die Kinder- und Jugendhilfe muss rechtzeitig mit einer frühen Familienförderung beginnen, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche in Situationen geraten, aus denen sie nur mit erheblich größerem Aufwand wieder heraus kommen. Neben Beratungen von Familien sind Nachmittagsbetreuung und Ferienangebote elementarer Bestandteil einer Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist klar, dass vor allem im ländlichen Raum nicht in jedem kleinen Dorf eigene Einrichtungen und Angebote vorgehalten werden können. Umso wichtiger ist es, dort die Kinder- und Jugendhilfe mit Angeboten zur Steigerung der Mobilität zu verknüpfen.

20. Trotz der Bemühungen der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter stagniert die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit Jahren bei rund 1 Mio. Menschen. Mit dem Zuzug

von Flüchtlingen wird die Anzahl der SGB-II-Leistungsbezieher voraussichtlich zunehmen. Wir lassen diese Menschen und ihre Familien nicht im Stich. Wir müssen aber mehr dafür tun, dass Kinder in Familien aufwachsen, in denen sie die Erwerbsarbeit der Eltern erleben. Sinnvolle Beschäftigung, geregelter Tagesablauf und die Sorge für den eigenen Unterhalt sind wichtige Faktoren, um sich in der Gesellschaft dazugehörig zu fühlen und eine persönliche Perspektive zu entwickeln. Aus diesem Grund soll das Instrument der Arbeitsgelegenheit (AGH) konsequenter genutzt werden. Außerdem soll geprüft werden, ob die Schaffung neuer AGHs notwendig ist. Wenn ja, sollen diese in organisatorischer und finanzieller Kooperation von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden. Kommunale Beschäftigungsgesellschaften müssen die zunächst arbeitsmarktfernen Leistungsempfänger auffangen. Wer Leistungsempfänger ist, kann andere hilfebedürftige Menschen unterstützen, sich bei der Pflege des öffentlichen Raums nützlich machen oder eine andere wettbewerbsneutrale, zusätzliche Aufgabe im Interesse der Gemeinschaft übernehmen. Ziel muss es sein, durch Stabilisierung und Qualifizierung eine Beschäftigung auf Mindestlohniveau zu erreichen.

21. Wir wollen ein respektvolles Zusammenleben und die gegenseitige Achtung der Religionen. Wir wollen den Diskurs über Religion und die Selbstreflexion fördern. Alle Religionen und Glaubensgemeinschaften müssen sich aktiv zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und das sich daraus ergebende Rechtsstaatsprinzip sowie das Gewaltmonopol des Staates anerkennen. Das ist die Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben und die gewünschte Wahrnehmung von Aufgaben in der Wohlfahrtspflege vor Ort (Kinderbetreuung, Schule, Pflege).

22. Bildung von Anfang an ist der beste Schutz gegen Armut, sozialen Abstieg und Radikalisierung. In unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen werden mit frühkindlicher Bildung und Erziehung die Grundlagen gelegt. Die Kommunen müssen geeignete und zukunftsfähige Räume des Lernens schaffen. Durch Weiterbildungsangebote und Initiativen zu mehr Ausbildung werden neue Chancen eröffnet. Die gesellschaftlichen Entwicklungen, die stark veränderten Familienbilder und insbesondere die Lebens- und Aufwuchsbedingungen unserer

Kinder und Jugendlichen erfordern verbindlichere Bildungsstrukturen vor Ort mit starken kommunalen Bildungslandschaften.

## Antrag Nr. C 45 - BV MIT, KV Borken, KV Harz, KV Steinfurt

Eurozone stabilisieren - erst Entschuldung dann Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Der Euro ist der stärkste Ausdruck der europäischen Integration und macht die Union mit ihrer Wirtschaft zum Global Player. Den Erfolg einer Währung bestimmen aber letztlich die Eurostaaten mit der Einhaltung von Schulden- und Stabilitätskriterien. Deshalb müssen die EU-Mitgliedstaaten den Fiskalpakt mit nationalen Schuldenbremsen konsequent umsetzen und entsprechende Reformen unumkehrbar durchführen. Anstelle der Kommission sollte eine neutrale politische Instanz die Einhaltung von Schuldenkriterien überwachen. Der Kommission sollte dann ein Zurückweisungsrecht gegenüber nationalen Haushalten obliegen, welche die Schuldenbegrenzungen nicht einhalten. Eurostaaten, die zu einer Entschuldung dauerhaft nicht willens oder in der Lage sind, müssen die Eurozone verlassen können, ohne die Europäische Union zu verlassen.

Für einen geregelten Ablauf dieser Euroaustrittsoption und um nicht erpressbar zu sein, sind Regeln zur Vorbereitung von Staatsinsolvenzen innerhalb der Eurozone unerlässlich. Die No-Bail-Out-Klausel muss uneingeschränkt Bestand haben. Eine Vergemeinschaftung von Schulden und Euro-Rettungspolitik sowie die bankenwirtschaftliche Trennung von Haftung und Verantwortung lehnen wir klar ab. Diese würde im Widerspruch zu vereinbarten Grundsätzen der Europäischen Union stehen und vorherige Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten erforderlich machen. Erst wenn die Eurostaaten sich dauerhaft entschuldet haben, nationale Schuldenbremsen, Reformen und nationale Einlagensicherungssysteme unumkehrbar eingeführt sind, kann es weitere Schritte zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion geben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 45 in folgender Fassung anzunehmen:

Eurozone stabilisieren

Der Euro ist der stärkste Ausdruck der europäischen Integration und macht die Europäische Union mit ihrer Wirtschaft zum Global Player. Den Erfolg der Währung bestimmen aber letztlich die Eurostaaten mit der Einhaltung von Schulden- und Stabilitätskriterien. Deshalb müssen die EU-Mitgliedstaaten den Fiskalpakt mit nationalen Schuldenbremsen konsequent umsetzen und entsprechende Reformen unumkehrbar durchführen. Es ist zu prüfen, ob anstelle der Kommission eine andere Instanz die Einhaltung von Schuldenkriterien überwachen könnte. Der Kommission könnte dann ein Zurückweisungsrecht gegenüber nationalen Haushalten obliegen, welche die Schuldenbegrenzungen nicht einhalten. Der Sanktionsmechanismus muss konsequent angewendet werden. Eurostaaten, die zu einer Entschuldung dauerhaft nicht willens oder in der Lage sind, müssen die Eurozone verlassen können, ohne die Europäische Union zu verlassen.

Um die Stabilität der Wirtschaft- und Währungsunion weiter zu erhöhen, sind Regeln für Staatsinsolvenzen innerhalb der Eurozone unerlässlich. Die No-Bail-Out-Klausel muss uneingeschränkt Bestand haben. Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir klar ab. Diese würde im Widerspruch zu vereinbarten Grundsätzen der Europäischen Union stehen und vorherige Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten erforderlich machen. Im Bankensektor dürfen Haftung und Verantwortung nicht auseinander fallen. Die Verflechtung zwischen Banken und Staaten sollte weiter reduziert werden, indem die regulatorische Privilegierung von Staatsanleihen abgebaut und somit Staatsanleihen mit Eigenkapital unterlegt werden. Die Anwendung vorhandener Regeln muss in der Wirtschafts- und Währungsunion Vorrang vor weiteren Vertiefungsschritten haben.

**Antrag Nr. C 46 - BV MIT, LV Braunschweig, LV Hamburg**

Fortführung von „EXIST-Gründungskultur“ (Förderung gründungsunterstützender Strukturen an Hochschulen)

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 46 anzunehmen.

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass das bis Mitte 2018 sukzessiv auslaufende Programm „EXIST-Gründungskultur“ (Förderung gründungsunterstützender Strukturen an Hochschulen) und damit die institutionelle Förderung der deutschen Hochschulen im Bereich Hochschul-Entrepreneurship rechtzeitig mit einer angemessenen und ausreichenden Mittelausstattung fortgeführt wird.

**Antrag Nr. C 47 - BV MIT, KV Rems-Murr**

Transparente Haushaltsführung

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 47 in folgender Fassung anzunehmen:

Um eine transparente öffentliche Haushaltsführung sicherzustellen, wollen wir Bund, Länder und Kommunen auf die Buchführung nach kaufmännischen Grundsätzen verpflichten. Um diesen Satz aus unserem Grundsatzprogramm von 2007 konkret umzusetzen, sollten Gebietskörperschaften neben den expliziten Schulden aus vergangener Kreditaufnahme und aktuellen Zinslasten auch die impliziten Lasten der Zukunft ausweisen, die z. B. aus Pensionszusagen resultieren, denen keine entsprechenden Rückstellungen gegenüberstehen. Für neue Zusagen sollten, wie dies auch in Unternehmen erfolgt, ab dem Zeitpunkt des Beschlusses Rückstellungen gebildet werden. Die Haushalte der Sozialversicherungssysteme müssen den gleichen Maßstäben der Transparenz, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit genügen wie die Haushalte der Gebietskörperschaften. Implizite Lasten sind auch hier auszuweisen. Für künftige Leistungsansprüche sollten auch hier – soweit systemimmanent möglich (Umlagesystem) – Rückstellungen gebildet werden. Ein gesetzlicher Schutz der Rückstellungen vor einer Zweckentfremdung muss sichergestellt werden.

Transparente Haushaltsführung

Um eine nachhaltige und transparente öffentliche Haushaltsführung bei Bund, Ländern und Kommunen sicherzustellen, wollen wir die staatliche Rechnungslegung nach den Maßgaben der fiskalischen Nachhaltigkeit weiterentwickeln. Gebietskörperschaften sollten neben den expliziten Schulden aus vergangener Kreditaufnahme und aktuellen Zinslasten auch die impliziten Lasten der Zukunft ausweisen, die z. B. aus Pensionszusagen resultieren, denen keine entsprechenden Rückstellungen gegenüberstehen. Für neue Zusagen sollten, wie dies auch in Unternehmen erfolgt, ab dem Zeitpunkt des Beschlusses Rückstellungen gebildet werden. Die Haushalte der Sozialversicherungssysteme sollten den gleichen Maßstäben der Transparenz, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit genügen wie die Haushalte der Gebietskörperschaften. Implizite Lasten sind auch hier transparent auszuweisen. Für zusätzliche neue Leistungen sollten auch hier Rückstellungen gebildet werden. Ein gesetzlicher Schutz der Rückstellungen vor einer Zweckentfremdung muss sichergestellt werden.

**Antrag Nr. C 48 - BV MIT**

Entlasten, Investieren, Vorsorgen

Das Deutschland Paket  
Für einen vernünftigen Umgang mit dem Geld der Bürger

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 48 und C 80 gemeinsam zu behandeln und in der Form der Beschlussfassung des Antrags des CDU-Bundesvorstands („Titel“) anzunehmen.

Die CDU setzt sich in der nächsten Legislaturperiode mit ihrem Deutschland-Paket für eine klare Aufteilung der ab 2017 erwarteten Steuermehreinnahmen ein:

- Ein Drittel der Steuermehreinnahmen muss für eine umfassende

Reform der Lohn- und Einkommensteuer verwendet werden, die alle Steuerzahler – vor allem mit mittleren Einkommen und Familien – entlastet.

Wir fordern in drei Stufen:

- die deutliche Anhebung des Werbungskostenpauschbetrags,
- eine Absenkung der Grenzsteuersätze bei unteren und mittleren zu versteuernden Einkommen (Abflachung des Mittelstandsbauchs) sowie die Verschiebung des Spitzensteuersatzes weg von Durchschnittseinkommen hin zu höheren Einkommen
- den Ersatz des Kinderfreibetrags durch einen Grundfreibetrag für Kinder in gleicher Höhe wie für Erwachsene sowie eine damit einhergehende angemessene Erhöhung des Kindergeldes.
- Ein Drittel der Steuermehreinnahmen muss in zusätzliche Investitionen in Infrastruktur, Innovation und Bildung fließen, die unser Land fit für die Zukunft machen.
- Ein Drittel der Steuermehreinnahmen muss für unvermeidliche Ausgabensteigerungen sowie für den Schuldenabbau verwendet werden, damit auch künftige Generationen in einem wirtschaftlich erfolgreichen und sozial ausgeglicheneren Land leben können.

## Antrag Nr. C 49 - BV MIT

Mit zielgerichteten Investitionen Deutschland gestalten

Durch unseren Wohlstand und unseren Glauben an das Qualitätssiegel Made in Germany werden wir niemals die Nation der niedrigsten Lohn- und Produktionskosten sein. Wir müssen also bei allen anderen Standortfaktoren nicht nur so gut wie andere, sondern um Längen besser sein! Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, ein Drittel der Steuermehreinnahmen künftig gezielt in die Infrastruktur, in Innovation und in den Bereich Bildung zu investieren. Neben den ohnehin geplanten Steigerungen bei den Ausgaben für Verkehrs- und Digitalinfrastruktur soll ein Drittel der erwarteten Steuermehreinnahmen zusätzlich für folgende Ziele verwendet werden:

- Deutschland muss Vorreiter beim Aufbau des neue 5G-Mobilfunknetzes werden und beim Breitbandausbau schneller aufholen. Deshalb muss ein Milliardenbetrag in ein 5G-Ausbauprogramm fließen, das bis 2025 alle Autobahnen und Bundesstraßen sowie die 20 wichtigsten Wirtschaftsräume in Stadt und Land umfasst und die Anbindung eines engmaschigen Netzes von Empfängerstationen aus Mikrozellen und Mobilfunktürmen an das Glasfasernetz sicherstellt. Zudem brauchen wir einen Aufbruch ins Gigabit-Zeitalter. Staatliche Förderung soll ausschließlich in den Ausbau von Glasfasertechnologie gehen. Das Ausbauprogramm soll um weitere Milliarden Euro aufgestockt werden, so dass bis 2025 mindestens 85 Prozent der deutschen Haushalte und Unternehmen an ein Gigabit-Netz auf Glasfaserbasis angeschlossen sind. Besonderer Schwerpunkt muss auf allen Regionen liegen, die im Verbund Wohngebiete und Gewerbeflächen mit Glasfasertechnologie aufrüsten.
- Deutsche Bildungseinrichtungen müssen optimal ausgestattet sein. In einem Sonderprogramm „Digitales Lernen“ sollen bis 2022 alle Schulen staatlicher, kommunaler oder gemeinnütziger Träger mit Smartboards für jeden Klassenraum, Laptops für jeden Schüler und digitalen Bildungsangeboten für Fernunterricht ausgestattet werden. In einem ersten Schritt werden die Bildungseinrichtungen in jenen Bundesländern ausgestattet, die ab der 1. Klasse im Rahmenplan das neue Schulfach „Programmieren und Medienumgang“ einführen.

Die Antragskommission empfiehlt, die erste Forderung des Antrags C 51 "Aufbau eines 5G-Mobilfunknetzes" sowie die dritte Forderung "Nation des digitalen Bürgerservices" an das Netzwerk Digitalisierung sowie die zweite Forderung des Antrags "Sonderprogramm Digitales Lernen" an den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation zu überweisen.

- Wir müssen vom Bürokratievorreiter der Welt zur Nation des digitalen Bürgerservices werden. Ein Milliardenbetrag ist in den flächendeckenden digitalen Verwaltungsservice zu investieren. Als Initialinvestition trägt der Bund die Kosten für die Einführung der digitalen Bürgerakte, die digitale Verwaltungsakte und die Digitalisierung der 50 häufigsten Verwaltungsdienste in Bund, Land und Kommune. Weitere Investitionen müssen von allen Ebenen gemeinsam in einheitliche Standards, einen 24/7-Bürgerservice auf einer Plattform und ein Frühwarnsystem für neue technische Standards erfolgen.

## Antrag Nr. C 50 - BV MIT

Emissionsfreie Mobilität  
Hohe Reichweite, geringe Ladezeit  
Innovation 2030 Made in Germany

Die CDU Deutschlands lehnt die Gängelung der mündigen Verbraucher durch staatliche Verbote und Produktvorgaben ab. Wir sprechen uns dagegen aus, dass deutschen Autofahrern der Antrieb ihres Autos gesetzlich vorgeschrieben wird.

Wir setzen stattdessen auf die Kräfte des Marktes. Wir vertrauen auf rationale Kaufentscheidungen des Bürgers und auf die Forschungs- und Innovationskraft unseres Standortes. Unser Ziel für die Zukunft sind emissionsfreie Mobilitätslösungen, für die sich die deutschen Autofahrer auf Grund von Kostenvorteilen, hohen Reichweiten und schnellen Ladezeiten eigenständig entscheiden.

Die Aufgabe des Staates ist es, hierfür ein neues Klima des Wettbewerbs um die besten Innovationen zu schaffen und den Grundsatz der Technologieneutralität zu berücksichtigen. Die CDU Deutschlands wird in der neuen Legislaturperiode einen Wettbewerb um die besten emissionsfreien Mobilitätslösungen verbunden mit der höchsten Reichweite und den schnellsten Ladezeiten starten. Die millionendotierten Siegprämien erhalten die Forscherteams, die die erfolgversprechendsten marktfähigen Produkte vorweisen können. Verschiedene Technologiepfade sollen und werden Bestandteile der Mobilität der Zukunft sein.

## Antrag Nr. C 51 - BV MIT

Wiedereinführung der Meisterpflicht

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, die im Zuge der Handwerksreform für 53 Berufe abgeschaffte Meisterpflicht für neu gegründete Unternehmen in den Berufen wieder einzuführen, in denen dies verfassungs- und europarechtskonform möglich ist. Eine Arbeitsgruppe soll sich diesem Thema

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 50 in folgender Fassung anzunehmen:

Emissionsfreie Mobilität

Die CDU Deutschlands lehnt die Gängelung der mündigen Verbraucher durch staatliche Verbote und Produktvorgaben ab. Wir sprechen uns dagegen aus, dass deutschen Autofahrern der Antrieb ihres Autos gesetzlich vorgeschrieben wird.

Wir setzen stattdessen auf die Kräfte des Marktes. Wir vertrauen auf rationale Kaufentscheidungen des Bürgers und auf die Forschungs- und Innovationskraft unseres Standortes. Unser Ziel für die Zukunft sind emissionsfreie Mobilitätslösungen, für die sich die deutschen Autofahrer auf Grund von Kostenvorteilen, hohen Reichweiten und schnellen Ladezeiten eigenständig entscheiden.

Die Aufgabe des Staates ist es, hierfür ein neues Klima des Wettbewerbs um die besten Innovationen zu schaffen und den Grundsatz der Technologieneutralität zu berücksichtigen. Die CDU Deutschlands setzt sich deshalb für einen Wettbewerb um die besten emissionsfreien Mobilitätslösungen verbunden mit der höchsten Reichweite und den schnellsten Ladezeiten ein. Die Siegprämien erhalten die Forscherteams, die die erfolgversprechendsten marktfähigen Produkte vorweisen können. Verschiedene Technologiepfade sollen und werden Bestandteile der Mobilität der Zukunft sein.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 51 in folgender Fassung anzunehmen:

Stärkung des Meisterbriefs

Die CDU Deutschlands spricht sich für eine

annehmen und Handlungsoptionen prüfen, um dieses Ziel in der neuen Wahlperiode zu erreichen.

Zielstellungen sollen sein:

- Prüfung einer Erweiterung der Schutzzielbestimmung der Meisterprüfungsverordnung über die bisherigen Kriterien hinaus: z. B. Verbraucherschutz, Mittelstandsförderung, Unternehmerschutzverantwortung, öffentlicher Auftragsvergabe und In-Bezugnahme der Arbeitnehmersverantwortung.
- Etablierung der höheren beruflichen Bildung, u. a. durch bundesweite Einführung des Berufssabiturs und Zugangsmöglichkeiten für Meister zu Master-Studiengängen
- Erhöhte Förderung der Berufsbildungs- und Kompetenzzentren durch Bund und Länder
- Qualitätssicherung und -verbesserung durch regelmäßige Evaluierungen nach bundesweiten Standards für die Meisterschulen („Meister-PISA“)
- Erhöhte Leistungen beim Meister-BAföG.

Stärkung des Meisterbriefs (Großer Befähigungsnachweis) als qualifikationsgebundenen Berufszugang im Handwerk aus. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll sich dieses Themas annehmen und Handlungsoptionen prüfen, um dieses Ziel in der neuen Wahlperiode zu erreichen.

Leitlinien der Arbeitsgruppe sollen sein:

- Prüfung einer Wiedereinführung der Meisterpflicht für neu gegründete Unternehmen für die im Zuge der Handwerksreform betroffenen 53 Berufe, in denen dies verfassungs- und europarechtskonform möglich ist:
- Prüfung einer Erweiterung der Schutzzielbestimmung der Meisterprüfungsverordnung über die bisherigen Kriterien hinaus: z. B. Verbraucherschutz, Mittelstandsförderung, Unternehmerschutzverantwortung, öffentlicher Auftragsvergabe und In-Bezugnahme der Arbeitnehmersverantwortung.
- Stärkung des Meisterbriefs als sichtbares Qualitätsmerkmal für den Kunden.
- Etablierung der höheren beruflichen Bildung, u. a. durch bundesweite Einführung des Berufssabiturs und Zugangsmöglichkeiten für Meister zu Master-Studiengängen.
- Erhöhte Förderung der Berufsbildungs- und Kompetenzzentren durch Bund und Länder.
- Qualitätssicherung und -verbesserung durch regelmäßige Evaluierungen nach bundesweiten Standards für die Meisterschulen („Meister-PISA“).
- Erhöhte Leistungen beim Meister-BAföG.

## Antrag Nr. C 52 - BV MIT

Turbo für den Glasfaserausbau – Telekomaktien verkaufen

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die Telekomaktien des Bundes zu verkaufen. Hundert Prozent des Verkaufserlöses werden in einen Fonds eingebracht, der der Beschleunigung des Breitbandausbaus mit Glasfasernetzen dient.

Bis zum Verkauf sind sämtliche Erträge aus Bundesbeteiligungen zweckgebunden für die Glasfaser-Anbindung von Gewerbegebieten über die Verteilerkästen hinaus bis zum Gebäude („letzte Meile“) einzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 52 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

**Antrag Nr. C 53 - BV MIT**

Europa nach dem Brexit  
„ever better union“ anstatt „ever closer union“

Großbritannien ist zweitgrößter EU-Nettozahler, außenpolitisches Schwergewicht und ein wichtiger Verbündeter in Fragen des Binnenmarktes (Dienstleistungsfreiheit, TTIP), der Energiepolitik (Strombinnenmarkt), einer marktorientierten Landwirtschaft und der Subsidiarität (soziales Europa, aber keine Sozialunion). Die Brexit-Diskussion muss deshalb mit Bedacht geführt werden. Die EU muss den Briten Optionen zum Verbleib im Binnenmarkt und auch in der EU einräumen, ohne Großbritannien dabei einseitig Vorteile zu gewähren.

Für den Fall eines Brexits fordern wir:

- eine entsprechende Verkleinerung des Europäischen Parlaments. Bestrebungen, die 73 Europaabgeordneten auf andere Mitgliedsländer zu verteilen und es bei 751 Abgeordneten zu belassen, erteilen wir eine Absage. Davon würde nur Deutschland, das die vertragliche Obergrenze von 96 bereits erreicht hat, nicht profitieren.
- Ein stärkeres Europa für wenige Kernthemen: Leitlinie europäischen Handelns muss mehr die Erwartungshaltung der Menschen werden. Sie wollen ein starkes und geeintes Europa in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen mit europäischen, schlagkräftigen Konzepten der Terrorabwehr. Eine fortschreitende Globalisierung erfordert zudem einen engeren Schulterschluss auch in Energie- und Forschungsfragen, sowie europäisch vernetzte Verkehrsinfrastrukturen. Kernthemen der Zukunft sind zudem die Vollendung des Binnenmarktes und seine räumliche Erweiterung durch Handelserleichterungen mit anderen starken Wirtschaftsregionen der Welt (CETA und TTIP). Gerade für Binnenmarkt- und Handelsfragen fordern wir mehr EU-Kompetenzen. Eine Blockade von Freihandelsabkommen durch einzelne Staaten oder Regionalparlamente muss der Vergangenheit angehören.
- Eine klarere Absage an die Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen: Ohne die Briten wird Deutschland mehr politische Verantwortung übernehmen müssen, ist aber gleichzeitig aufgrund neuer Mehrheiten nur noch sehr schwer in der Lage, finanziellen Begehrlichkeiten der Kohäsions- und südeuropäischen Länder entgegenzuwirken. Es fehlen wichtige Stimmen in Rat und Parlament für eine liberale, wirtschaftliche Ausrichtung und gegen den Weg in eine finanzielle Transferunion. Umso dringlicher ist es, die Europäische Union auf die wichtigen Kernfragen zu konzentrieren und allen Bestrebungen in Richtung Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen sowie finanziellen Transfermechanismen und Mindestharmonisierungen im Rahmen der sogenannten „sozialen Säulen der EU“ eine sehr deutliche Absage zu erteilen. Für die CDU sind diese rote Linien der deutschen Europapolitik, da neue Konfliktpotenziale entstehen, die den europäischen Zusammenhalt eher gefährden als ihn zu fördern.
- Mehr Pragmatismus in der Europäischen Zusammenarbeit: Theoretische europäische Vertiefungsdiskussionen (Kommission als „echte“ EU-Regierung, Zwei-Kammersystem, neuer Konvent für eine EU-Verfassung u. ä.) sind gerade auch angesichts des britischen Weckrufs kontraproduktiv für die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung. Zudem ist die Gemeinschaftsmethode zwar unser Ziel, aber nicht immer der effizienteste, schnellste und realistischste Ansatz für mehr europäische Kooperation. Dagegen können aufgewertete

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 53 und C 103 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Europa nach dem Brexit - für eine Union der Bürgerinnen und Bürger

Die CDU Deutschlands bedauert das Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich, respektiert jedoch den Willen der Mehrheit der britischen Bevölkerung. Das Vereinigte Königreich ist zweitgrößter EU-Nettozahler, außenpolitisches Schwergewicht und ein wichtiger Verbündeter Deutschlands in Fragen des Binnenmarktes und Handels (Dienstleistungsfreiheit, CETA, TTIP), der Energiepolitik (Strombinnenmarkt), einer marktorientierten Landwirtschaft und der Subsidiarität (soziales Europa, aber keine Sozialunion). Die Brexit-Verhandlungen müssen deshalb mit Bedacht geführt werden. Die EU hat sehr großes Interesse an einer weiterhin möglichst engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich. Voraussetzung für den Zugang zum Binnenmarkt ist aber, dass das Vereinigte Königreich alle vier Freiheiten akzeptiert.

Für den Fall des Brexits fordern wir:

- eine entsprechende Verkleinerung des Europäischen Parlaments. Bestrebungen, die 73 Europaabgeordneten auf andere Mitgliedsländer zu verteilen und es bei 751 Abgeordneten zu belassen, erteilen wir eine Absage. Davon würde nur Deutschland nicht profitieren, das die vertragliche Obergrenze von 96 Abgeordneten bereits erreicht hat.
- Ein stärkeres Europa für wenige Kernthemen: Die EU muss den Bürgerinnen und Bürgern dienen. Sie wollen ein starkes und geeintes Europa in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen mit europäischen, schlagkräftigen Konzepten der Terrorabwehr. Eine fortschreitende Globalisierung erfordert zudem einen engeren Schulterschluss auch in Energie- und Forschungsfragen sowie europäisch vernetzte Verkehrsinfrastrukturen. Kernthemen der Zukunft sind zudem die Vollendung des Binnenmarktes und seine räumliche Erweiterung durch Handelserleichterungen mit anderen starken Wirtschaftsregionen der Welt. Gerade für Binnenmarkt- und Handelsfragen fordern wir – unter Achtung der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Daseinsvorsorge – mehr EU-Kompetenzen. Eine Blockade von

zwischenstaatliche Verträge gerade in dringlichen Sicherheits- und Verteidigungsfragen schnellere europäische Lösungen liefern. Wie beim Schengen-Raum, der Eurozone und den Rettungsschirmen können auch in Sicherheitsfragen oder bei der Einlagensicherung zwischenstaatliche Lösungen Vorläufer für gesamteuropäische Ansätze mit Einbindung der Institutionen sein. Einer pragmatischen „ever better Union“ muss Vorrang vor einer ideologischen „ever closer union“ gegeben werden.

Freihandelsabkommen durch einzelne Staaten oder Regionalparlamente muss der Vergangenheit angehören.

- Eine klare Absage an die Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen: Ohne die Briten wird Deutschland mehr politische Verantwortung übernehmen müssen. Gleichzeitig wird es aber aufgrund neuer Mehrheiten schwieriger, finanziellen Begehrlichkeiten der Kohäsions- und südeuropäischen Länder entgegenzuwirken. Es fehlen wichtige Stimmen in Rat und Parlament für eine liberale, wirtschaftliche Ausrichtung und gegen den Weg in eine finanzielle Transferunion. Umso dringlicher ist es, die Europäische Union auf die wichtigen Kernfragen zu konzentrieren und allen Bestrebungen in Richtung Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen sowie finanziellen Transfermechanismen eine sehr deutliche Absage zu erteilen. Sonst würde der europäische Zusammenhalt eher gefährdet als gefördert.

- Pragmatismus in der Europäischen Zusammenarbeit: Europäische Vertiefungsdiskussionen sind angesichts der britischen Entscheidung kontraproduktiv für die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung. Die Europapolitik der CDU basiert grundsätzlich auf der Gemeinschaftsmethode, die Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz gewährleistet.

Die CDU betont, dass die Europäische Union für eine gute Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist und bleibt. Nur gemeinsam können wir im Interesse unserer Nationen und Völker die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen und die sich bietenden Chancen nutzen. Nur gemeinsam haben wir eine Stimme, die in der Welt Gehör findet.

## Antrag Nr. C 54 - BV Senioren-Union

Demografiebeauftragte/r auf Bundesebene

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, eine/n Beauftragte/n für Demografie auf Bundesebene zu ernennen. Denn hierdurch wäre es möglich, die Ausarbeitung und Umsetzung der Demografiestrategie der Bundesregierung bestmöglich zu unterstützen und zu gestalten sowie darüber hinaus das Thema Demografie gebündelt zu koordinieren.

Die Gestaltung der Entwicklungen, die sich mit dem demografischen Wandel ergeben, zählt mit zu den gesellschaftspolitisch wichtigsten Aufgaben. So hat

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 54 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

beispielsweise auch die Alterung der Gesellschaft Auswirkungen auf alle unsere Lebensbereiche. Viele Kommunen und Landkreise ernannten bereits Demografiebeauftragte und widmen sich diesem Themen- und Aufgabenfeld koordiniert und strategisch sowie mit entsprechendem Personal.

Und vor diesem Hintergrund ist es nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, eine/n Beauftragte/n für Demografie auf Bundesebene zu ernennen.

### **Antrag Nr. C 55 - BV Senioren-Union**

Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin errichtet wird.

Der Deutsche Bundestag hatte am 9. November 2007 mit großer Mehrheit die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin Mitte beschlossen. Es soll nicht nur an die friedliche Revolution im Herbst 1989 erinnern und die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, sondern auch an die freiheitlichen Bewegungen in den vergangenen Jahrhunderten in unserem Land.

Ein solch nationales Denkmal gibt es bisher noch nicht. Doch jetzt soll diese Initiative, die besonders von CDU und CSU ausging, nach dem Willen von Haushaltspolitikern – nur weil der Kostenaufwand von zwölf auf fünfzehn Millionen Euro angestiegen ist – beendet werden.

Über die menschenverachtende Zeit des Nationalsozialismus gibt es in der Bundeshauptstadt mit nachvollziehbarer Begründung viele Denkmale und Gedenkstätten, jedoch über positive Entwicklungen fehlen solche Symbole. Besonders für die junge Generation wäre es wichtig und notwendig, ein differenziertes Geschichtsverständnis zu erhalten.

Wir erwarten von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der es gelang, zweimal im Deutschen Bundestag dem Freiheits- und Einheitsdenkmal zum Erfolg zu verhelfen, sich ihrer Linie treu zu bleiben und den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals zu verwirklichen.

### **Antrag Nr. C 56 - BV Senioren-Union**

Religionsfreiheit achten, Christenverfolgung ächten

Religionsfreiheit muss in den Vereinten Nationen (United Nations / UN) mehr Beachtung finden. Christenverfolgung gilt es weltweit zu ächten.

Die Friedenssicherung – eines der Hauptziele der Vereinten Nationen – hängt zunehmend davon ab, ob tatsächlich religiöse Toleranz herrscht. Doch immer mehr Staaten tun sich schwer damit, Religionsfreiheit als individuelles Menschenrecht anzusehen und zu schützen.

Besonders die Verfolgung von Christen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Nicht nur islamistische Terrororganisationen/-gruppierungen wie IS und Boko Haram tragen dazu bei, sondern auch in der Türkei, Pakistan und vielen anderen Ländern klagen Gläubige der christlichen Glaubensgemeinschaften über Mangel an Schutz.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 55 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 56 anzunehmen.

Mehr als 100 Millionen Christen werden weltweit an Leib und Leben bedroht. Diese und jede andere Form von religiösem Fanatismus gilt es zu ächten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung bleiben aufgefordert, mit dafür Sorge zu tragen, dass in den Vereinten Nationen die Religionsfreiheit mehr Beachtung findet. Und darüber hinaus gilt es auch bei der UN-Flüchtlingshilfe, die Frage der Religionsfreiheit stärker zu berücksichtigen.

## Antrag Nr. C 57 - BV Senioren-Union

Vermittlung und Förderung nachberuflicher Tätigkeiten

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit die Vermittlung und Förderung von nachberuflichen Tätigkeiten in einem neuen Aufgabenbereich bündelt. Die Bundesagentur für Arbeit soll hierbei auch in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine nach Möglichkeit bundesweite Koordinierung von Angebot und Nachfrage nachberuflicher Tätigkeiten initiieren.

Bislang beschränkt sich eine Vielzahl der kommunalen Angebote für Ältere auf ehrenamtliche Tätigkeiten. Aufgrund mehrerer Faktoren, wie z.B. des demografischen Wandels, stehen allerdings viele Unternehmen bereits heute oder spätestens morgen vor dem Problem, einen möglichen Fachkräftemangel bewältigen zu müssen. Angebot und Nachfrage nachberuflicher Tätigkeiten sollten daher von der Bundesagentur für Arbeit einerseits und den Kommunen andererseits Hand in Hand koordiniert werden.

Die gegenwärtig primären Aufgabenbereiche der Bundesagentur für Arbeit werden nicht der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht, dass immer mehr Seniorinnen und Senioren in ihrer nachberuflichen Phase nicht „nur“ ehrenamtlich tätig sein möchten, sondern auch beispielsweise zu ihrer Rente hinzuverdienen wollen. Die koordinierte Vermittlung und Förderung von nachberuflichen Tätigkeiten könnte darüber hinaus auch dazu beitragen, einer drohenden Altersarmut ein Stück weit entgegenzuwirken. Darüber hinaus wäre dies auch eine folgerichtige Konsequenz der kommenden Flexi-Rente.

## Antrag Nr. C 58 - BV Senioren-Union

Verbindliche und bundesweit einheitliche Standards in Pflegeheimen und Senioreneinrichtungen

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass verbindliche und bundesweit einheitliche Standards für Pflegeheime und Senioreneinrichtungen eingeführt werden, die neben der Personalausstattung auch Qualitätsstandards sowie Standards für die Gestaltung einer vollwertigen Verpflegung umfassen.

Noch wird beispielsweise die Personalausstattung für ein Pflegeheim zwischen

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 57 in folgender Fassung anzunehmen:

Vermittlung und Förderung nachberuflicher Tätigkeiten

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit die Vermittlung und Förderung von nachberuflichen Tätigkeiten in Zusammenarbeit mit den Kommunen unterstützt.

Bislang beschränkt sich eine Vielzahl der kommunalen Angebote für Ältere auf ehrenamtliche Tätigkeiten. Aufgrund mehrerer Faktoren, wie z.B. des demografischen Wandels, stehen allerdings viele Unternehmen bereits heute oder spätestens morgen vor dem Problem, einen möglichen Fachkräftemangel bewältigen zu müssen. Angebot und Nachfrage nachberuflicher Tätigkeiten sollen daher von der Bundesagentur für Arbeit einerseits und den Kommunen andererseits Hand in Hand unterstützt werden.

Grundlage der Überlegung ist, dass immer mehr Seniorinnen und Senioren in ihrer nachberuflichen Phase nicht „nur“ ehrenamtlich tätig sein möchten, sondern auch beispielweise zu ihrer Rente hinzuverdienen wollen. Eine Unterstützung bei der Vermittlung und Förderung könnte darüber hinaus auch dazu beitragen, einer drohenden Altersarmut ein Stück weit entgegenzuwirken. Darüber hinaus wäre dies auch eine folgerichtige Konsequenz der kommenden Flexi-Rente.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 58 an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen.

der Pflegekasse, der Kommune und der jeweiligen Einrichtung ausgehandelt. Bundesweit einheitliche Vorgaben fehlen bisher. Doch die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen sowie auch die Zahl älterer Menschen mit Mehrfacherkrankungen und speziellem Pflegebedarf steigt und damit einhergehend auch die Anforderungen an die Pflegekräfte und Pflegeinstitutionen. Dieses quantitative Mehr darf allerdings nicht zu Lasten der Pflege gehen.

Das Personalbemessungsverfahren des Pflegestärkungsgesetzes II, dessen Entwicklung und Erprobung erst Mitte 2020 abgeschlossen sein soll, greift womöglich nicht nur zu kurz, sondern kommt mit seiner eventuellen Einführung ab 2021 auch schon zu spät.

Der Handlungsbedarf besteht jedoch jetzt. Und er besteht für mehr als 760.000 vollstationär und mehr als 600.000 teilstationär / ambulant versorgte Pflegebedürftige.

## Antrag Nr. C 59 - BV Senioren-Union

Verbot der Vollverschleierung gesetzlich einführen

Die CDU Deutschlands setzt sich bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, dass die Vollverschleierung von Frauen z.B. durch Burka und Niqab gesetzlich verboten wird.

Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Die Vollverschleierung aber ist ein Zeichen von Abgrenzung und kann als Bekenntnis zu einer Parallelgesellschaft gesehen werden. In Nachbarländern wie Frankreich, Belgien und der Schweiz ist beispielsweise das Tragen einer Burka bereits gesetzlich verboten.

Für uns stellt die Vollverschleierung in erster Linie einen Ausdruck der Unterdrückung der Frau dar, durch eine nicht zu unserer Gesellschaft passenden Auslegung des Islams.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 36, C 59, C 66, C 88, C 102 und C 130 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Vollverschleierung klare Grenzen setzen

Burka und andere Vollverschleierungen passen nicht zu unserem Land und unserer freiheitlichen Kultur. Sie steht mit ihrer frauenverachtenden Symbolik im Widerspruch zur Gleichberechtigung und Würde der Frau. Sie leistet Parallelgesellschaften Vorschub und ist damit ein Integrationshemmnis. Die Vollverschleierung widerspricht unserem gesellschaftlichen Konsens. Wir lehnen sie daher ab und fordern, dass alle Menschen ihr Gesicht zeigen. Jedenfalls in bestimmten Bereichen ist es für das Funktionieren unserer Rechtsordnung unverzichtbar, dieses auch rechtlich einzufordern:

- Staatliche Institutionen repräsentieren unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Vollverschleierung im öffentlichen Dienst ist inakzeptabel.
- Dies gilt gerade auch für den Bildungsbereich. In Kitas, Schulen und Hochschulen ist kein Platz für Vollverschleierung.
- Im Gericht muss das Gesicht der Verfahrensbeteiligten vollständig sichtbar und erkennbar sein.
- Dort, wo eine Identifizierung notwendig und geboten ist (bei Passkontrollen, bei Verkehrskontrollen, im Meldeamt, Standesamt etc.), muss das Zeigen des Gesichts auch

durchgesetzt werden können.

- Jeder muss bei Demonstrationen sein Gesicht zeigen. Unser Rechtsstaat kann Vollverschleierung hier nicht akzeptieren.
- Vollverschleierung ist überdies in solchen Situation zu verbieten, in denen sie eine Gefahr für andere wird. Dies gilt insbesondere im Straßenverkehr.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundes- und Länderebene schaffen, damit Verstöße gegen das Verbot der Vollverschleierung in den genannten öffentlichen Bereichen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

## **Antrag Nr. C 60 - LV Baden-Württemberg, LV Sachsen**

Einführung einer Landarztquote

Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einführung einer Landarztquote im Medizinstudium aus. Mit ihr wird eine bestimmte Zahl von Studienplätzen denjenigen vorbehalten, die sich verpflichten, nach vollständig abgeschlossener Ausbildung für eine bestimmte Zeit in einer unterversorgten Region im ländlichen Raum zu praktizieren.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 60 anzunehmen.

## **Antrag Nr. C 61 - LV Berlin**

Bundesweiter Opferbeauftragter

Deutschland braucht einen bundesweiten Opferbeauftragten, der sich wirksam für die Interessen der jährlich als mehr eine halbe Million Opfer von Straftaten einsetzt. Er soll sich für einen praktisch wirksamen Opferschutz, für einheitliche Standards bei der Umsetzung der verschiedenen Opferschutzgesetze und für die sinnvolle Fortentwicklung dieser Gesetze einsetzen sowie eine Orientierungsstelle für Opfer zu den vielen unterschiedlichen Stellen und über die verschiedenen Verfahren schaffen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 61 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 62 - LV Berlin**

Die CDU setzt sich dafür ein, dass das Diskriminierungsverbot in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Orientierung erweitert wird.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 62 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## **Antrag Nr. C 63 - LV Berlin**

Hass-Angriffe in sozialen Netzwerken

Die CDU setzt sich für einen verbesserten Schutz vor Hass-Angriffen in sozialen Netzwerken ein. Hierzu bedarf es folgender gesetzlicher Regelungen:

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 63 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands ist besorgt, wie leicht sich in der politischen Diskussion insgesamt, aber

1. Opfer von Hass-Angriffen sollen bei Beleidigungen, Drohungen und anderen Hass-Angriffen künftig einen Löschungsanspruch gegenüber dem Betreiber des sozialen Netzwerks haben, der innerhalb von 24 Stunden umzusetzen ist.
2. Opfer von Hass-Angriffen erhalten einen vor deutschen Gerichten einklagbaren Auskunftsanspruch, um die Personalien des Hass-Verursachers zu erfahren.
3. Betreiber sozialer Netzwerke verpflichten sich, Wiederholungen von Persönlichkeitsverletzungen zu unterbinden. Sollte der Betreiber Ansprüche nicht erfüllen, steht dem Opfer ein pauschalierter Anspruch auf Schadensersatz zu.
4. Betreiber sozialer Netzwerke verpflichten sich Verursacher-Accounts von Hass-Angriffen vorübergehend zu sperren, wenn
  - a) die Persönlichkeitsverletzung anhält oder eine Wiederholungsgefahr besteht,
  - b) und der Auskunftsanspruch auf die Mitteilung der Identität des Störers nicht erfüllt wird oder nicht erfüllt werden kann.

ganz besonders im Netz Sprache enthemmt, Hass verbreitet und zu Gewalt aufgerufen wird.

Die CDU setzt sich daher für einen verbesserten Schutz vor Hass-Angriffen in sozialen Netzwerken ein: Es gilt zu prüfen, ob der Grundsatz bereits ausreichend umgesetzt ist, das alles, was offline unter Strafe steht, auch online strafbar sein muss. Denn das Netz darf nicht dazu beitragen, dass Menschen im Schutz der Anonymität Straftaten begehen können. Persönlichkeitsverletzende oder strafbare Kommentare müssen durch den Anbieter der jeweiligen Kommunikationsplattform gelöscht werden. Hier wollen wir prüfen, inwiefern das Telemediengesetz um weitere konkrete Maßnahmen ergänzt werden kann. Denkbar sind z. B. feste Fristen, nach deren Ablauf das unterbliebene Löschen eines „Hasskommentars“ mit Bußgeldern belegt werden kann. Außerdem wollen wir prüfen, wie Anbieter von Online-Plattformen verpflichtet werden können, bei Straftaten im Netz die IP-Adresse der verdächtigten Person zeitnah an die Polizei zu übermitteln.

### **Antrag Nr. C 64 - LV Braunschweig**

Die CDU Deutschlands missbilligt die von der EZB beschlossene Abschaffung des 500-Euro-Scheins.

Die CDU Deutschlands wendet sich gegen Pläne in Deutschland eine Bargeldobergrenze einzuführen.

Die CDU Deutschlands erachtet die Möglichkeit jedes Bürgers, nach eigenem Willen auch mit Bargeld zu zahlen, als ein unverzichtbares Merkmal einer freiheitlichen, bürgerschaftlich verfassten Gesellschaft.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 64 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 65 - LV Braunschweig**

Straftaten gegen Leib und Leben werden in Deutschland traditionell mit einer vergleichsweise weniger harten Strafandrohung geahndet als Straftaten gegen das Eigentum. Dieses Missverhältnis ist durch gesetzgeberische Maßnahmen abzustellen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, hierzu zeitnah tätig zu werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 65 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 66 - LV Braunschweig**

Die CDU Deutschlands fordert ein Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 36, C 59, C 66, C 88, C 102 und C 130 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Vollverschleierung klare Grenzen setzen

Burka und andere Vollverschleierungen passen

nicht zu unserem Land und unserer freiheitlichen Kultur. Sie steht mit ihrer frauenverachtenden Symbolik im Widerspruch zur Gleichberechtigung und Würde der Frau. Sie leistet Parallelgesellschaften Vorschub und ist damit ein Integrationshemmnis. Die Vollverschleierung widerspricht unserem gesellschaftlichen Konsens. Wir lehnen sie daher ab und fordern, dass alle Menschen ihr Gesicht zeigen. Jedenfalls in bestimmten Bereichen ist es für das Funktionieren unserer Rechtsordnung unverzichtbar, dieses auch rechtlich einzufordern:

- Staatliche Institutionen repräsentieren unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Vollverschleierung im öffentlichen Dienst ist inakzeptabel.
- Dies gilt gerade auch für den Bildungsbereich. In Kitas, Schulen und Hochschulen ist kein Platz für Vollverschleierung.
- Im Gericht muss das Gesicht der Verfahrensbeteiligten vollständig sichtbar und erkennbar sein.
- Dort, wo eine Identifizierung notwendig und geboten ist (bei Passkontrollen, bei Verkehrskontrollen, im Meldeamt, Standesamt etc.), muss das Zeigen des Gesichts auch durchgesetzt werden können.
- Jeder muss bei Demonstrationen sein Gesicht zeigen. Unser Rechtsstaat kann Vollverschleierung hier nicht akzeptieren.
- Vollverschleierung ist überdies in solchen Situation zu verbieten, in denen sie eine Gefahr für andere wird. Dies gilt insbesondere im Straßenverkehr.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundes- und Länderebene schaffen, damit Verstöße gegen das Verbot der Vollverschleierung in den genannten öffentlichen Bereichen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

## Antrag Nr. C 67 - LV Braunschweig

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher vorsieht, dass Auslandsfinanzierungen religiöser Gemeinschaften in Deutschland nach dem Vorbild Österreichs stark eingeschränkt werden. Diese müssen erst beantragt werden und unterliegen strikter staatlicher Kontrolle.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 17 und C 67 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Einschränkung der Auslandsfinanzierung religiöser Gemeinschaften

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf einzubringen, welcher vorsieht, dass Auslandsfinanzierungen religiöser Gemeinschaften in Deutschland nach dem Vorbild Österreichs stark eingeschränkt werden. Diese müssen erst beantragt werden und unterliegen strikter staatlicher Kontrolle, beispielsweise durch den Verfassungsschutz.

### **Antrag Nr. C 68 - LV Braunschweig**

Die CDU Deutschlands fordert ein ausnahmsloses Verbot von Kinderehen. Eine Eheschließung in Deutschland setzt voraus, dass alle Ehepartner mindestens das 16. Lebensjahr und einer der beiden mindestens das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen kann nur nach diesen Maßstäben erfolgen. Gleiches hat für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften zu gelten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 6, C 68 und C 122 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 6 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 69 - LV Bremen**

Um auch in Zukunft die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu sichern, Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe zu vermehren und damit die breite Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems der Sozialen Marktwirtschaft zu stärken, soll die Union zur Bundestagswahl 2017 folgende Themen zum Inhalt ihres Wahlprogramms machen:

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 69 an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie sowie an das Netzwerk Digitalisierung zu überweisen.

Infrastruktur und Mobilität bilden das Fundament von Wachstum, Wohlstand und Arbeit. Als Exportnation, als Hochtechnologie- und Transitland ist Deutschland auf einen reibungslos funktionierenden Personen- und Güterverkehr angewiesen. Es ist deshalb notwendig, die Investitionen für die Verkehrsinfrastruktur dauerhaft weiter zu erhöhen.

In dieser Legislaturperiode wurden bereits wichtige Weichenstellungen in diese Richtung vorgenommen. Gegenüber 2014 steigen die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur bis zum Jahr 2018 um rd. 40 Prozent auf ca. 14 Mrd. Euro pro Jahr. Diese Mittelaufstockung ist dem Bedarf entsprechend mit mind. 10 Prozent pro Jahr zu verstetigen. Der aktuell im parlamentarischen Verfahren befindliche Bundesverkehrswegeplan (BVWP) stellt das zentrale Planungsinstrument für die Zeit bis 2030 dar. Davon müssen so viele Projekte wie möglich, insbesondere aber die Projekte aus dem sogenannten „Vordringlichen Bedarf“, realisiert werden. Dies geht nur unter Mitwirkung der Länder, weil diese im derzeitigen System der Bundesauftragsverwaltung u. a. für die Planung von Autobahnen und Bundesstraßen zuständig sind.

Vielerorts – insbesondere bei den Ländern und Kommunen – fehlen jedoch Kapazitäten, um Projekte zu planen, zu genehmigen und zu bauen. Wir halten daher an der Vereinbarung zwischen Bund und Länder fest, im Rahmen der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab 2020 die Bundesauftragsverwaltung zu reformieren und sämtliche Bundesautobahnen sowie die Bundesfernstraßen derjenigen Länder, die dies wünschen, in die Bundesverwaltung zu übernehmen. Diese sollen dann in eine Infrastrukturgesellschaft Verkehr eingebracht werden, die privatrechtlich

organisiert ist. Dabei muss das unveräußerliche Eigentum des Bundes an den Autobahnen und Straßen im Grundgesetz festgeschrieben werden.

Wichtige Infrastrukturprojekte wie Autobahnen, Stromnetze und Flussvertiefungen werden durch Klagen von Umweltverbänden, die davon gar nicht selbst betroffen sind, massiv verzögert und verteuert. Wir brauchen daher eine Beschränkung des Verbandsklagerechts.

Die deutschen Seehäfen nehmen eine wichtige Drehscheibenfunktion für die exportorientierte deutsche Wirtschaft wahr, da 90 Prozent des europäischen und 70 Prozent des deutschen Außenhandels über den Seeweg abgewickelt werden. Den EU-Mitgliedstaaten muss es auch in Zukunft möglich sein, die öffentliche Hafeninfrastuktur in ihren Häfen zu unterhalten und auszubauen, ohne dass dies als Beihilfe gewertet wird. Der Ausbau der seewärtigen Zufahrten zu den Häfen sowie der Hafenhinterlandanbindungen muss weiter mit hoher Priorität erfolgen.

In Zeiten von „Wirtschaft 4.0“ und zunehmender digitaler Vernetzung der Gesellschaft ist ein leistungsfähiges Breitbandnetz ein entscheidender Standortfaktor, damit die deutschen Unternehmen die digitale Revolution mit ihren vollkommen neuen Produkten und Geschäftsmodellen für sich nutzen können. Im Vergleich zu anderen hoch entwickelten Industrieländern hat Deutschland hier noch immer einen erheblichen Rückstand. Ziel muss daher eine flächendeckende Versorgungsquote von mindestens 50 Mbit/s, in Gewerbegebieten und Ballungszentren von mindestens 100 Mbit/s, sein. Der Glasfasertechnologie gehört dabei die Zukunft. Die Bundesnetzagentur muss durch die Setzung von Rahmenbedingungen die dafür notwendigen Anreize und Impulse setzen.

Für eine zügige und breitgefächerte Digitalisierung der Wirtschaft sind die Testfelder und Anwendungszentren im Rahmen der vom Bund geförderten Plattform Industrie 4.0 flächendeckend zu etablieren. Deutschland braucht einen Fahrplan für IT- und Datensicherheit sowie für ein bürgernahes E-Government-Angebot. Gleichzeitig ist das Rechtssystem weiterzuentwickeln und anzupassen. Die sogenannten IKT-Themen müssen stärker an den Schulen- und Hochschulen verankert, Bildungseinrichtungen technisch zeitgemäß ausgestattet, Lehr- und Lernformen sowie Lerninhalte angepasst werden. Zudem sind die Ausbildungsberufe sowie die Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte gemeinsam mit den Kammern an die Anforderungen der „Wirtschaft 4.0“ anzupassen.

Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen des Arbeitens (Arbeit 4.0), z. B. in Form des „Crowd-“ und „Cloudworkings“, auf das unsere Sozialversicherungssysteme aber bislang nicht hinreichend eingestellt sind. Die Versicherungsbedingungen für kleine Selbständige in der gesetzlichen Sozialversicherung müssen daher verbessert werden. Die Abgrenzung, wer als Arbeitnehmer und wer als Selbständiger gilt, muss in allen Zweigen der Sozialversicherung sowie im Steuerrecht einheitlich vorgenommen werden. Für kleine Selbständige dürfen nicht unrealistisch hohe „Mindesteinkommen“ zur Beitragsbemessung herangezogen werden, wie dies derzeit in der gesetzlichen Krankenversicherung der Fall ist.

3. Innovation und Existenzgründer fördern – Schlüsselindustrien erhalten  
Eine erfolgreiche Innovationspolitik ist ein wichtiger Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in einer hochspezialisierten Volkswirtschaft wie der deutschen, deren wichtigster Rohstoff das Wissen in den Köpfen der Menschen ist. Die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft

liegen mit 145 Mrd. Euro im Jahr auf hohem Niveau, jedoch ist die Innovationsneigung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) deutlich unterdurchschnittlich. Sie benötigen mehr Unterstützung bei ihren Anstrengungen für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuE).

Hierzu wollen wir das bewährte Instrument der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für die Förderung von FuE stärker öffnen sowie – ergänzend zur bisherigen Projektförderung – eine steuerliche FuE-Förderung für KMU einführen.

Existenzgründungen und junge Unternehmen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen treiben den technischen Fortschritt voran. Neben einem unzureichenden gesellschaftlichen Gründungsgeist ist für sie die schwierige Finanzierung in der Seed- und Start-up-Phase besonders problematisch. Für junge, innovative Unternehmen muss der Zugang zu Risikokapital erleichtert werden. Dafür wollen wir eine steuerwirksame Sofortabschreibungsmöglichkeit für den Erwerb von Anteilen an innovativen Startups einführen, die KfW wieder an der Finanzierung deutscher Wagniskapitalfonds beteiligen und es institutionellen Anlegern, wie Versicherungen und Versorgungswerken erlauben, bis zu 3 Prozent ihres Portfolios in Wagniskapitalfonds zu investieren.

Um den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern und die „Transferlücke“ bis zur Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Produkte zu schließen, müssen neben der „Hightech-Strategie“ die Bundesprogramme zur Beratungs- und Kooperationsförderung, zur Förderung von Firmenausgründungen und Patentverwertungen sowie von Cluster und Netzwerksmanagements fortgeführt, stärker beworben und mittelstandfreundlich gestaltet werden.

Schlüsselindustrien, wie beispielsweise die Luft- und Raumfahrt, die Automobilindustrie, die maritimen Technologien, einschließlich Schiffbau, die Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Umwelttechnologien, die mit ihren tiefen Wertschöpfungsketten und Innovationen in die Volkswirtschaft und die Gesellschaft insgesamt ausstrahlen, müssen durch attraktive Rahmenbedingungen am Standort gehalten und in ihrer Entwicklung gefördert werden. Im für Deutschland wichtigen Automobilbereich bedarf es verstärkter Anreize für die Weiterentwicklung der E-Mobilität, insbesondere durch einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur und die Entwicklung neuer Bezahlssysteme. Der Einsatz staatlicher Fördermittel für den Markthochlauf kann über eine schrittweise Absenkung des Steuervorteils für Diesel gegenüber Benzin finanziert werden.

#### 4. An Schuldenbremse festhalten – Steuern vereinfachen – kleine und mittlere Einkommen entlasten

Die wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung gehört zum Markenkern der Union und muss es bleiben. Haushaltskonsolidierung und steuerliche Entlastung sind kein Widerspruch sondern bedingen einander. Wir halten aus Gründen der Generationengerechtigkeit ohne Wenn und Aber an der Schuldenbremse fest und werden alle Versuche abwehren, diese durch eine Aufweichung bzw. großzügige Interpretation der Ausnahmetatbestände aufzuweichen bzw. abzuschaffen.

Die durch die solide Haushaltspolitik erarbeiteten finanziellen Spielräume wollen wir zur Entlastung der arbeitenden Mitte und der Familien einsetzen. Dies ist ein Gebot der Fairness und leistet einen positiven Wachstumsbeitrag. Daher werden wir den steilen Anstieg der Einkommensteuersätze für kleine und mittlere Einkommen (sogenannter „Mittelstandsbauch“) deutlich abflachen. Um

„heimliche Steuererhöhungen“ zu vermeiden, muss zudem die sogenannte „kalte Progression“ durch eine entsprechende Verschiebung des Einkommensteuertarifs regelmäßig ausgeglichen werden.

Während 1960 der Spitzensteuersatz beim 18-fachen des Durchschnittsentgelts griff, ist das heute schon beim 1,5-fachen des Durchschnittsentgelts der Fall. Das bedeutet, dass ein Facharbeiter heute teilweise genauso besteuert wird, wie sein Vorgesetzter im Top-Management. Um dies zu ändern, wollen wir den Tarifverlauf bei der Einkommensteuer strecken, damit der Spitzensteuersatz erst ab einem höheren Jahreseinkommen greift.

Deutschland braucht ein vereinfachtes Steuerrecht mit weniger Steuerarten, weniger Ausnahmen, klaren Regeln sowie einer gerechten und transparenten Lastenverteilung.

5. Bürokratie abbauen und wirtschaftliche Aktivität fördern  
Unser Land benötigt eine Gesetzgebung, die nicht jeden Einzelfall regelt, sondern wirksame Mechanismen wie den Nationalen Normenkontrollrat, um bestehende Regelungen zu evaluieren und Bürokratie abzubauen.

Wir halten eine Vereinfachung von Bilanzierungsregeln bei kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) ebenso für notwendig wie eine Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter. Die degressive Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit einer hohen Wertminderung, soll dauerhaft wieder eingeführt werden, da sie private Investitionen anregt. Eine Substanzbesteuerung (insbesondere eine Vermögenssteuer), welche die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gefährdet, wird es mit der Union nicht geben.

Damit diejenigen, die länger arbeiten wollen, es auch dürfen, müssen wir die Hürden im Arbeitszeitgesetz abbauen. Dafür eignet sich eine Umstellung der täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit. Auch darf der Einsatz von Werkverträgen und Leiharbeit nicht über Gebühr erschwert werden. Missbrauch kann und muss innerhalb des bestehenden Gesetzesrahmens bekämpft werden.

6. Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen  
Durch die gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Union sind in Deutschland so viele Menschen in Beschäftigung wie nie zuvor; die Arbeitslosenquote liegt auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Gleichwohl macht dieser Aufschwung um viele Langzeitarbeitslose einen Bogen: Ihre Zahl verringert sich seit Jahren kaum. Schuld daran sind oft mehrfache sogenannte „Vermittlungshemmnisse“, wie z. B. fehlender Schul- oder Berufsabschluss, mangelnde Sprachkenntnisse und gesundheitliche Probleme. Aber auch zugeschriebene Merkmale, wie z. B. „hohes Alter“ oder „alleinerziehend mit mehreren Kindern“, wirken sich deutlich negativ auf die Chancen zur Arbeitsmarktintegration aus. Für die Betroffenen bedeutet dies häufig einen Verlust an Selbstwertgefühl, Tagesstruktur, Vorbildfunktion für Kinder und gesellschaftlicher Teilhabe. Daraus resultieren erhebliche gesellschaftliche Folgekosten. Die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss daher zu einem Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode werden.

Für „arbeitsmarktnahe“ Langzeitarbeitslose bedarf es verstärkter Anstrengungen und Anreize für abschlussbezogene – auch längerfristige – Qualifizierungsmaßnahmen, die mittelfristig wieder eine Arbeitsmarktintegration versprechen. Auch bei den beschäftigungsfördernden sogenannte „Ein-Euro-Jobs“ (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, AGH-M) soll

zukünftig wieder eine parallele Qualifizierung möglich sein. Zur besseren Planbarkeit für die Arbeitsagenturen und Jobcenter sollten die ihnen zugewiesenen Haushaltsmittel zukünftig auf das Folgejahr übertragen werden können.

Beim Umgang mit besonders leistungseingeschränkten Langzeitarbeitslosen bedarf es mehr Ehrlichkeit. Das vorrangige Ziel der längerfristigen Erwerbsintegration in den 1. Arbeitsmarkt erweist sich bei ihnen häufig als Illusion. Dennoch verdienen diese Menschen ein Angebot zur sozialen Teilhabe. Die bestehenden Möglichkeiten zur geförderten Beschäftigung auf dem sogenannten 2. Arbeitsmarkt (z. B. AGH-M; FAV) erweisen sich hierfür aufgrund ihrer Befristung und starrer Kriterien häufig als untauglich. Deswegen braucht es für diese Personengruppe einen 3. Arbeitsmarkt („Sozialer Arbeitsmarkt“) mit längerfristig geförderten, gemeinwohlorientierten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen auf Mindestlohnbasis, die z. B. bei kommunalen Betrieben, karitativen Einrichtungen, freien Trägern und (Sport)Vereinen angesiedelt werden können. Die Teilnahme daran soll freiwillig sein und muss regelmäßig evaluiert werden. Ein Übergang in eine reguläre Beschäftigung muss stets möglich sein; bestehende Arbeitsverhältnisse dürfen nicht verdrängt werden. Über die Einsparungen beim Arbeitslosengeld II (Bund) sowie den Kosten der Unterkunft (Kommune) lässt sich ein Großteil des Lohns finanzieren. Für einen solchen, über verschiedene staatliche Ebenen funktionierenden „Passiv-Aktiv-Transfer“ müssen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Im Kern geht es darum, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

## Antrag Nr. C 70 - LV Hamburg, KV Ostalb

Sichere EU-Außengrenzen durch vertiefte Partnerschaften im Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum ist von zentraler strategischer Bedeutung für die Sicherheit der Europäischen Union und damit auch für Deutschland. Staatliche Instabilität in direkter Nachbarschaft Europas, die Ausbreitung des Terrorismus, insbesondere in Libyen, betreffen die Menschen in Europa unmittelbar. Zehntausende Flüchtlinge von südlich der Sahara begeben sich in die Hände skrupelloser Schlepper- und Schleusernetzwerke und wagen die gefährliche Überfahrt nach Europa. Die regionale Stabilität im Mittelmeerraum muss deshalb durch ein umfassendes europäisches Engagement unterstützt werden. Unsere regionalen Partner brauchen ein gezieltes Angebot. Wir wollen dabei helfen, das staatliche Gewaltmonopol zu festigen, soziale Sicherheit zu gewährleisten und regionale Eigenverantwortung zu verankern.

Eine Stabilisierungsstrategie setzt sich aus übergreifenden zivilen Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit, Handelspolitik, auswärtigen Kulturpolitik sowie auch militärischen Instrumenten wie Ausbildung, Training, Lieferung von technischem Know-how zusammen. Unser deutsches Handeln muss in eine umfassende Strategie der Europäischen Union eingebettet sein, die ihr Wirken auf die Vermittlungsinitiativen der VN ausrichtet.

Die CDU steht für die Stärkung der VN und für regionale Eigenverantwortung. Von vorrangiger Bedeutung für die Stabilität des Mittelmeerraums sowie Nordafrikas ist Libyen, dessen Einheit erhalten bleiben und durch den regional vereinbarten Friedensprozess unter VN-Vermittlung zu dauerhafter Stabilität und wirtschaftlichem Aufschwung zurückfinden muss. Als ressourcenreiches Land Nordafrikas bietet Libyen Chancen für eine Stabilisierung der gesamten Region, die sich positiv auch auf die Lage von Migranten aus - Regionen südlich der Sahara auswirken würde.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 70 in folgender Fassung anzunehmen:

Sichere EU-Außengrenzen durch vertiefte Partnerschaften im Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum ist von zentraler strategischer Bedeutung für die Sicherheit der Europäischen Union und damit auch für Deutschland. Staatliche Instabilität in direkter Nachbarschaft Europas, die Ausbreitung des Terrorismus, insbesondere in Libyen, betreffen die Menschen in Europa unmittelbar. Zehntausende Flüchtlinge von südlich der Sahara begeben sich in die Hände skrupelloser Schlepper- und Schleusernetzwerke und wagen die gefährliche Überfahrt nach Europa. Die regionale Stabilität im südlichen Mittelmeerraum muss deshalb durch ein umfassendes europäisches Engagement unterstützt werden. Unsere regionalen Partner brauchen ein gezieltes Angebot. Wir wollen dabei helfen, das staatliche Gewaltmonopol zu festigen, soziale Sicherheit zu gewährleisten und regionale Eigenverantwortung zu verankern.

Eine Stabilisierungsstrategie setzt sich aus übergreifenden zivilen Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit, Handelspolitik, auswärtigen Kulturpolitik sowie auch militärischen Instrumenten wie Ausbildung, Training und

Der VN-Sonderbotschafter Martin Kobler hat die Grundlagen für eine Verständigung der Konfliktparteien in Libyen geschaffen. In enger Abstimmung mit der VN-Beratungs- und Unterstützungsmission UNSMIL hat die EU ihr Engagement ausgeweitet und die EU-Mission Sophia ins Leben gerufen. Sie sieht neben der Seenotrettung auch die Ertüchtigung der libyschen Küstenwache und die seeseitige Durchsetzung des UN-Waffenembargos vor.

Die CDU setzt sich für eine umfassende Ertüchtigung und vertiefte Partnerschaft zur EU mit folgenden Maßnahmen ein:

- Schaffung einer zivilen EU-Mission zum Grenzmanagement und bilaterale Initiativen zur Polizeiausbildung sowie zur Förderung der Reform der Streitkräfte, um die Ziele und Aufgaben von UNSMIL zu unterstützen.
- Fähigkeiten der EU zur Reform der Sicherheitssektoren anzubieten
- Stärkung regionaler Dialogforen sowie Beratung und Know-How für Informationsaustausch, abgestimmte Rüstungsexportpolitiken und stärkere Regulierung und Kontrollen zum Eindämmen des Kleinwaffenhandels
- Zentrale Infrastrukturprojekte der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vertiefen und die Region stärker verflechten
- Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf vorrangige Vorhaben wie Energie-, Wasser-, und Landwirtschaftsprojekte
- Leichter Zugang zum EU-Binnenmarkt für Produkte aus den südlichen Mittelmeerrändern
- Gründung von Städte- und Hochschulpartnerschaften zur Förderung der Entwicklung wichtiger urbaner Zentren sowie Förderung des Jugendaustausches

Lieferung von technischem Know-how zusammen. Unser deutsches Handeln muss in eine umfassende Strategie der Europäischen Union eingebettet sein, die ihr Wirken auf die Vermittlungsinitiativen der Vereinten Nationen (VN) ausrichtet.

Die CDU steht für die Stärkung der VN und für regionale Eigenverantwortung. Von vorrangiger Bedeutung für die Stabilität des Mittelmeerraums sowie Nordafrikas ist Libyen, dessen Einheit erhalten bleiben muss. Libyen muss durch den regional vereinbarten Friedensprozess unter VN-Vermittlung zu dauerhafter Stabilität und wirtschaftlichem Aufschwung zurückfinden. Als ressourcenreiches Land Nordafrikas bietet Libyen Chancen für eine Stabilisierung der gesamten Region, die sich positiv auch auf die Lage von Migranten aus Regionen südlich der Sahara auswirken würde.

Der VN-Sonderbotschafter Martin Kobler hat die Grundlagen für eine Verständigung der Konfliktparteien in Libyen geschaffen. In enger Abstimmung mit der VN-Beratungs- und Unterstützungsmission für Libyen (UNSMIL) hat die EU ihr Engagement ausgeweitet und die EU-Mission Sophia ins Leben gerufen. Sie sieht neben der Seenotrettung auch die Ertüchtigung der libyschen Küstenwache und die seeseitige Durchsetzung des UN-Waffenembargos vor.

Die CDU setzt sich für eine umfassende Ertüchtigung und vertiefte Partnerschaft zur EU mit folgenden Maßnahmen ein:

- Schaffung einer zivilen EU-Mission zum Grenzmanagement und bilaterale Initiativen zur Polizeiausbildung sowie zur Förderung der Reform der Streitkräfte, um die Ziele und Aufgaben von UNSMIL zu unterstützen.
- Fähigkeiten der EU zur Reform der Sicherheitssektoren anzubieten.
- Stärkung regionaler Dialogforen sowie Beratung und Know-How für Informationsaustausch, abgestimmte Rüstungsexportpolitiken und stärkere Regulierung und Kontrollen zum Eindämmen des Kleinwaffenhandels.
- Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Verflechtung der Region durch zentrale Infrastrukturprojekte der Entwicklungszusammenarbeit.
- Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf für die Region vorrangige Vorhaben wie Energie-, Wasser-, und Landwirtschaftsprojekte.
- Leichter Zugang zum EU-Binnenmarkt

für Produkte aus den südlichen Mittelmeerrändern.

- Gründung von Städte- und Hochschulpartnerschaften zur Förderung der Entwicklung wichtiger urbaner Zentren sowie Förderung des Jugendaustausches.

## **Antrag Nr. C 71 - LV Hamburg, LV Hessen, KV Ostalb, KV Sömmerda, KV Wetterau**

Starke Impulse Deutschlands für eine Europäische Verteidigungsunion

Die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine durch Russland haben die euro-atlantische Sicherheitsordnung erschüttert. Gleichzeitig haben massive Flüchtlingswellen durch ungelöste Konflikte im Irak, Syrien sowie in Libyen das Ausmaß von Terrorismus und staatlicher Fragilität im unmittelbaren Umfeld der Europäischen Union deutlich gemacht. Zudem stellt der Volksentscheid für einen EU-Austritt Großbritanniens eine Zäsur für die Europäische Union dar. In dieser kritischen Phase ist es die Pflicht Deutschlands, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und starke Impulse für eine Europäische Verteidigungsunion zu präsentieren. Es ist jetzt die Zeit, den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die EU muss nun die Werkzeuge nutzen, die bereits im EU-Vertrag von Lissabon angelegt sind. Nur so wird die EU einen wirksamen Beitrag zur Stabilität der europäischen Nachbarschaft in Ost und Süd und auch durch eine faire Lastenteilung zum Zusammenhalt der NATO leisten können.

Ein vernetzter Ansatz aus zivilen und militärischen Elementen wird der Herausforderung gerecht, frühzeitiger und wirksamer in unsicherer Nachbarschaft handeln zu können. Zudem muss die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit eng mit der NATO abgestimmt werden, um die europäische Säule innerhalb des Bündnisses zu stärken.

Die CDU schlägt daher folgende Schritte auf dem Weg zu einer Europäischen Verteidigungsunion vor:

Das Fähigkeitsrepertoire der nationalen Armeen in der EU muss enger koordiniert und, wo möglich, zusammengelegt werden. Deutschland hat im Rahmen des Weimarer Dreiecks wegweisende Vorschläge erarbeitet und bereits praktische Schritte durch das deutsch-niederländische Panzerbataillon sowie die deutsch-polnische Zusammenarbeit getan. Es gilt nun weitere Impulse zu setzen und eine engere Zusammenarbeit durch Initiativen zu verstetigen.

Bestehende Fähigkeitslücken und gemeinsame Projekte können mithilfe der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) identifiziert werden. Dazu müssen die EU-Mitgliedstaaten mit der EDA umfassend zusammenarbeiten und wenn nötig diese finanziell stärken. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) sollte zudem durch Deutschland genutzt werden, um die Integration von Fähigkeiten voranzutreiben und die Schlagkraft der europäischen Verteidigung zu erhöhen. Dies führt ebenso dazu, dass die europäischen Staaten ihre Aufgaben in der NATO besser wahrnehmen können, indem die nahtlose Zusammenarbeit unterschiedlicher technischer Systeme verbessert und so die territoriale Verteidigungsfunktion der NATO gestärkt wird. Die dadurch erreichte höhere Effektivität und schnellere Einsetzbarkeit für bestimmte Konfliktszenarien senkt zudem auch die Kosten, da nicht jeder der 28 Mitgliedstaaten das gesamte

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 71 und C 147 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Starke Impulse Deutschlands für eine Europäische Verteidigungsunion

Die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine durch Russland haben die euro-atlantische Sicherheitsordnung erschüttert. Gleichzeitig haben massive Flüchtlingswellen durch ungelöste Konflikte im Irak, Syrien sowie in Libyen das Ausmaß von Terrorismus und staatlicher Fragilität im unmittelbaren Umfeld der Europäischen Union deutlich gemacht. Zudem stellt der Volksentscheid für einen EU-Austritt Großbritanniens eine Zäsur für die Europäische Union dar. In dieser kritischen Phase ist es die Pflicht Deutschlands, seine Führungsverantwortung – möglichst gemeinsam mit Partnern - wahrzunehmen und starke Impulse für eine Europäische Verteidigungsunion zu präsentieren. Es ist jetzt die Zeit, den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die EU muss nun die Werkzeuge nutzen, die bereits im EU-Vertrag von Lissabon angelegt sind. Nur so wird die EU einen wirksamen Beitrag zur Stabilität der europäischen Nachbarschaft in Ost und Süd und auch durch eine faire Lastenteilung zum Zusammenhalt der NATO leisten können.

Ein vernetzter Ansatz aus zivilen und militärischen Elementen wird der Herausforderung gerecht, frühzeitiger und wirksamer in unsicherer Nachbarschaft handeln zu können. Zudem muss die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit eng mit der NATO abgestimmt werden, um die europäische Säule innerhalb des Bündnisses zu stärken.

Die CDU schlägt daher folgende Schritte auf dem Weg zu einer Europäischen Verteidigungsunion vor:

Fähigkeitsspektrum bereitstellen muss, sondern sich spezialisieren kann.

Die EU-Verteidigungsminister müssen sich zur Bündelung nationaler Fähigkeiten enger abstimmen und gemeinsame Ziele sowie Aufgaben und Prioritäten festlegen. Ein ständiger EU-Verteidigungsministerrat unter Moderation der Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik kann diese Funktion wahrnehmen. Das führt zu mehr Kohärenz des auswärtigen Handelns der EU durch abgestimmte zivil-militärischen Beiträge der Mitgliedstaaten. In einem abschließenden Schritt können sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames ständiges zivil-militärisches Hauptquartier zur strategischen Planung von EU-Einsätzen einigen. Ein solches Hauptquartier kann neu oder auf Grundlage eines bestehenden operativen Hauptquartiers gebildet werden. Dies würde zu einer schnelleren Einsatzplanung führen und Fähigkeiten effektiver für komplexe Bedrohungs- und Gefahrenlagen einsetzbar machen, ohne zeitintensiv auf ad-hoc-Strukturen der Nationalstaaten oder die NATO zurückgreifen zu müssen.

Ein EU-Weißbuch Verteidigung sollte die verteidigungstechnologischen Kapazitäten in Europa evaluieren und konkrete Maßnahmen erarbeiten, die zur Erfüllung der gemeinsam definierten Interessen in der Neuen Globalen Strategie der EU notwendig sind. Ein gemeinsamer europäischer Rüstungsmarkt ist dazu ebenso unerlässlich, um die industrielle Basis in Europa für eine Harmonisierung unter den EU-Mitgliedstaaten zu nutzen sowie wichtiges Know-How und damit auch Arbeitsplätze in Europa sichern zu können.

Das Fähigkeitsrepertoire der nationalen Armeen in der EU muss enger koordiniert und, wo möglich, zusammengelegt werden. Deutschland hat im Rahmen des Weimarer Dreiecks wegweisende Vorschläge erarbeitet und bereits praktische Schritte z. B. durch das deutsch-niederländische Panzerbataillon sowie die deutsch-polnische Verteidigungskooperation getan. Es gilt nun weitere Impulse zu setzen und eine engere Zusammenarbeit durch Initiativen zu verstetigen.

Bestehende Fähigkeitslücken und gemeinsame Projekte können mithilfe der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) identifiziert werden. Dazu müssen die EU-Mitgliedstaaten mit der EDA umfassend zusammenarbeiten und wenn nötig diese reformieren und finanziell stärken. Deutschland sollte bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) die Initiative ergreifen, um die Integration von Fähigkeiten voranzutreiben und die Schlagkraft der europäischen Verteidigung zu erhöhen. Dies führt ebenso dazu, dass die europäischen Staaten ihre Aufgaben in der NATO besser wahrnehmen können, indem insbesondere die nahtlose Zusammenarbeit unterschiedlicher technischer Systeme verbessert und so die territoriale Verteidigungsfunktion der NATO gestärkt wird. Die dadurch erreichte höhere Effektivität und schnellere Einsetzbarkeit für bestimmte Konfliktszenarien senkt zudem auch die Kosten, da nicht jeder der 28 Mitgliedstaaten das gesamte Fähigkeitsspektrum bereitstellen muss, sondern sich spezialisieren kann. Dessen ungeachtet ist anzustreben, die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren schrittweise auf den Orientierungswert der NATO von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben.

Die EU-Verteidigungsminister müssen sich zur Bündelung nationaler Fähigkeiten enger abstimmen und gemeinsame Ziele sowie Aufgaben und Prioritäten festlegen. Ein ständiger EU-Verteidigungsministerrat unter Moderation der Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik kann diese Funktion wahrnehmen. Das führt zu mehr Kohärenz des auswärtigen Handelns der EU. In einem abschließenden Schritt können sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames ständiges zivil-militärisches Hauptquartier zur strategischen Planung und Führung von EU-Einsätzen einigen. Dies würde zu einer schnelleren Einsatzplanung führen und Fähigkeiten effektiver für komplexe Bedrohungs- und Gefahrenlagen einsetzbar machen, ohne zeitintensiv auf ad-hoc-Strukturen

der Nationalstaaten oder die NATO zurückgreifen zu müssen.

Ein EU-Weißbuch Verteidigung sollte die verteidigungstechnologischen Kapazitäten sowie eine Bestandsaufnahme von Verteidigungsfähigkeiten in Europa liefern und konkrete Maßnahmen erarbeiten, die zur Erfüllung der gemeinsam definierten Interessen in der Neuen Globalen Strategie der EU notwendig sind. Der weitere Ausbau des gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkts ist dazu ebenso unerlässlich, um die industrielle und technologische Basis in Europa für eine Harmonisierung unter den EU-Mitgliedstaaten zu nutzen sowie wichtiges Know-how und damit auch Arbeitsplätze in Europa sichern zu können.

## Antrag Nr. C 72 - LV Hamburg

Den Luft- und Raumfahrtstandort Deutschland stärken

Hamburg und damit Deutschland ist nach Seattle und Toulouse der drittgrößte Luftfahrtindustrie-standort in der Welt. Mit dem noch vom CDU Senat gestarteten Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL), haben wir einen ersten Schritt getan, diesen Standort langfristig zu sichern. Der Standort des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Hamburg-Harburg mit der Division für Raumtransportsysteme ist ein weiterer Meilenstein. Beide Bereiche sollten zu einem Luft- und Raumfahrtcluster weiterentwickelt werden; ausreichende Forschungsmittel sind hierfür unverzichtbare Grundlagen.

Luft- und Raumfahrt sind strategische Schlüsselindustrien in Deutschland und Europa. Gezielte Investitionen in diesem Bereich versprechen eine nachhaltige Stärkung des Wirtschafts- und Hightech-Standorts Deutschland. Deutschland und Europa müssen sich daher verstärkt für Fairness und gleiche Wettbewerbsbedingungen weltweit einsetzen. Regulierungen müssen global erfolgen, damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

Auch bei der Gestaltung von Industrie 4.0 kommt der Luft- und Raumfahrt eine strategische Bedeutung zu. Sie sind maßgebliche „Enabler“ bei der digitalen Vernetzung der Produktion und somit eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Industrie 4.0 in Deutschland.

Der Luftfahrtstandort Deutschland profitiert vom Sitz der europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln, die maßgeblich zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit beiträgt. Um dies auch künftig sicherstellen zu können, muss die EASA entsprechend personell und finanziell ausgestattet werden, um sich auch global als wichtiger Player bei Regulierungs- und Zertifizierungsfragen positionieren zu können.

Eine einheitlich europäische Luftraumüberwachung mit optimierten Flug- und Anflugrouten kann zu signifikanten Kosten- sowie CO<sub>2</sub> Einsparungen führen. Die Bundesregierung sollte daher mit Nachdruck die Realisierung eines einheitlichen europäischen Luftraumes voranzutreiben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 72 in folgender Fassung anzunehmen:

Den Luft- und Raumfahrtstandort Deutschland stärken

Hamburg und damit Deutschland ist nach Seattle und Toulouse der drittgrößte Luftfahrtindustrie-standort in der Welt. Mit dem noch vom CDU Senat gestarteten Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL), haben wir einen ersten Schritt getan, diesen Standort langfristig zu sichern. Der Standort des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Hamburg-Harburg mit der Division für Raumtransportsysteme ist ein weiterer Meilenstein. Beide Bereiche sollten zu einem Luft- und Raumfahrtcluster weiterentwickelt werden; ausreichende Forschungsmittel sind hierfür unverzichtbare Grundlagen.

Luft- und Raumfahrt sind strategische Schlüsselindustrien in Deutschland und Europa. Gezielte Investitionen in diesem Bereich versprechen eine nachhaltige Stärkung des Wirtschafts- und Hightech-Standorts Deutschland. Deutschland und Europa müssen sich daher verstärkt für Fairness und gleiche Wettbewerbsbedingungen weltweit einsetzen. Regulierungen müssen global erfolgen, damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

Auch bei der Gestaltung von Industrie 4.0 kommt der Luft- und Raumfahrt eine strategische Bedeutung zu. Sie sind maßgebliche „Enabler“ bei der digitalen Vernetzung der Produktion und somit

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- das Luftfahrtforschungsprogramm (LuFo) des Bundes auf hohem Niveau fortzuführen.
- das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL) und die Division für Raumtransportsysteme des DLR zu einem Luft- und Raumfahrtcluster weiterzuentwickeln und eine Vernetzung mit entsprechenden Clustern an den anderen deutschen Standorten voranzutreiben.
- Die Vernetzung der Luft- und Raumfahrtindustrie zur Umsetzung von Industrie 4.0 als Faktor zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Standorte mit anderen Industriebe-reichen voranzutreiben.
- zur Sicherstellung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, die personelle und finanzielle Ausstattung der EASA entsprechend anzupassen.
- die Realisierung eines einheitlichen europäischen Luftraumes mit Nachdruck voranzutreiben.
- Die Wieder-Beteiligung am europäischen Luft- und Raumfahrtprojekt Airbus Group zu prüfen.

eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Industrie 4.0 in Deutschland.

Der Luftfahrtstandort Deutschland profitiert vom Sitz der europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln, die maßgeblich zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit beiträgt. Es ist sicherzustellen, dass die EASA sich auch künftig global als wichtiger Player bei Regulierungs- und Zertifizierungsfragen positionieren kann.

Eine einheitlich europäische Luftraumüberwachung mit optimierten Flug- und Anflugrouten kann zu signifikanten Kosten- sowie C-02 Einsparungen führen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- das Luftfahrtforschungsprogramm (LuFo) des Bundes auf hohem Niveau fortzuführen.
- das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL) und die Division für Raumtransportsysteme des DLR zu einem Luft- und Raumfahrtcluster weiterzuentwickeln und eine Vernetzung mit entsprechenden Clustern an den anderen deutschen Standorten voranzutreiben.
- Die Vernetzung der Luft- und Raumfahrtindustrie zur Umsetzung von Industrie 4.0 als Faktor zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Standorte mit anderen Industriebe-reichen voranzutreiben.
- zur Sicherstellung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, die personelle und finanzielle Ausstattung der EASA entsprechend sicherzustellen.
- sich dafür einzusetzen, dass das Europäische Raumflugkontrollzentrum (ESOC) der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) mit Sitz in Darmstadt sachlich und personell so ausgestattet wird, dass es seine wichtigen Aufgaben erfüllen kann.
- die Realisierung eines einheitlichen europäischen Luftraumes mit Nachdruck - bei Wahrung der Hoheitsbefugnisse für die Luftwaffen - voranzutreiben.
- Die Wieder-Beteiligung am europäischen Luft- und Raumfahrtprojekt Airbus Group zu prüfen.

## Antrag Nr. C 73 - LV Hamburg

Einwanderung und Integration in Deutschland – Für ein einheitliches Einwanderungsgesetz und eine wirksame Bekämpfung des Fachkräftemangels

Einführung:

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 73 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Nahezu alle Ausländer, die nach Deutschland einwandern wollen, kommen in unser Land, weil sie die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Chancen auf persönliche Entfaltung in der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in unserem Lande für sich für besser halten als in ihrem Herkunftsland. Diese erfolgreiche politische und wirtschaftliche Ordnung wurde überwiegend gestaltet unter der Regierungsverantwortung der CDU.

Die CDU Hamburg gehörte von Anfang an zusammen mit der CDU NRW zu den Vorkämpfern einer weltoffenen Integrationspolitik unserer Partei. Die CDU-geführten Senate von Ole von Beust und Christoph Ahlhaus haben wegweisende Leitsätze für die Integration von Ausländern in unserer Gesellschaft entwickelt und umgesetzt. Dazu gehören u.a. eine verpflichtende Sprachuntersuchung für Kinder, Sprachförderung bereits im Vorschulalter, Verstärkung des Deutschunterrichts und die zusätzliche Deutsch-Förderung in den Schulen sowie Maßnahmen zur Öffnung des Ausbildungsmarktes und des Zugangs zum öffentlichen Dienst für integrationswillige Ausländer. Damit haben die CDU-geführten Senate in Hamburg Zeichen gesetzt. Heute bescheinigt der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration Deutschland in seinem jüngsten Jahresbericht, inzwischen vieles richtig zu machen.

Deutschland steht heute aufgrund seiner seit Jahren viel zu niedrigen Geburtenraten vor großen demographischen Herausforderungen. Ohne Zuwanderung wird die Einwohnerzahl bis zum Jahre 2100 von jetzt 82 auf ca. 57 bis 63 Millionen zurückgehen. Selbstverständlich sind die demographischen Probleme nicht allein durch Zuwanderung zu lösen. Eine wichtige Rolle spielt die Förderung von Familien, die Steigerung der Produktivität, die Erhöhung der Frauenarbeitsquote, die Qualifizierung und Beschäftigung von Geringverdienern und Arbeitslosen und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Aber ohne eine kontrollierte und qualifizierte Zuwanderung sind die Sicherung unserer Sozialsysteme und die Aufrechterhaltung der Dynamik unserer Wirtschaft auf Dauer nicht möglich. Im Gegensatz zur Zuwanderung aus humanitärer Verpflichtung erfolgt in Ländern mit erfolgreicher Zuwanderungspolitik die zusätzliche Zuwanderung in den Arbeitsmarkt nach freiwillig von der Politik nach Befragung von Sachverständigen festgelegten Kriterien.

In unserem Land sind die Wege für viele Menschen, die auf ehrliche Weise in unser Land kommen möchten, häufig noch versperrt, während diejenigen, die durch Täuschung im Asylverfahren oder durch illegale Einwanderung zu uns kommen, im Zeitablauf automatisch weitreichende Rechte erhalten können. Nicht zuletzt deshalb wird Zuwanderung von vielen Menschen weiterhin nicht mit Chancen, sondern vor allem mit Risiken für unser Land in Verbindung gebracht. Dabei gilt die Erfahrung, dass sich die mit unserem Kulturkreis bereits vertrauten oder die besonders qualifizierten Zuwanderer leichter integrieren als diejenigen, denen unser Land fremd ist oder die keinen Ausbildungsabschluss aufweisen.

Wir erwarten von Zuwanderern zu Recht die Akzeptanz zentraler Wertegrundlagen unseres Landes, die unser Selbstverständnis nach Innen und Außen betreffen und die nicht zur Diskussion gestellt werden dürfen. Dazu gehören das Eintreten für Menschenrechte und Gleichberechtigung, die Europäische Integration sowie die Verantwortung, die wir aus unserer Geschichte ableiten, beispielsweise die bedingungslose Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.

Grundsätzlich sind die humanitären Verpflichtungen – abgesehen natürlich von der Aufnahme deutscher Aussiedler – auf Europäischer Ebene zu lösen und sie sind auch weitgehend durch Europäische Richtlinien und Abkommen geregelt. Allerdings stehen die Mitgliedsstaaten der Union heute angesichts der immensen Flüchtlingsströme vor einer ihrer größten Herausforderungen. Dieses Flüchtlingselend können wir als Europäer nur gemeinsam lösen und gemeinsam heißt, kein Land darf – aus welchen Gründen auch immer – sich vor seiner Verantwortung drücken.

Vorspann:

Die CDU Hamburg erkennt die Chancen und die demographische Notwendigkeit der Einwanderung in einer globalisierten Welt und will diese gestalten. Dabei möchten wir die berechtigten Interessen unserer aufnehmenden Gesellschaft, der Einwanderer und der Herkunftsländer in Ausgleich bringen. Wir verstehen unseren Antrag als Beitrag zur notwendigen und breit anzulegenden gesellschaftlichen Diskussion darüber, wie wir die Einwanderung gestalten können und sollten. Wichtig ist uns, den gesellschaftlichen Konsens zur Einwanderung zu befördern. Wir bekennen uns zu einem weltoffenen Deutschland. Wir wollen ein Land der Chancen sein - ein Land, das Einwanderung als Bereicherung begreift, ohne die Herausforderungen zu verkennen. Die in der Globalisierung erfolgreiche deutsche Wirtschaft zieht zahlreiche Fachkräfte mit ihren Familien an. Weiterhin finden auch viele deutschstämmige Zuwanderer hier ihre neue Heimat.

Ziel unseres Antrags ist die Strukturierung der Zuwanderung zur besseren Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderungen. Der Vorrang der Freizügigkeitsregelungen der Europäischen Union vor der nationalen Gesetzgebung bleibt bestehen. Die CDU respektiert nicht nur das europäische Recht, sondern sie freut sich über die „Freizügigkeitsdividende“ in Form von überwiegend qualifizierter und kulturnaher Einwanderung durch die europäische Binnenmigration und hält auch deshalb an der Zielsetzung der föderativen Einigung Europas fest.

Im ersten Halbjahr 2014 zogen 501.293 Ausländer nach Deutschland, während 218.043 Ausländer aus Deutschland fortzogen. Der Wanderungssaldo war damit mit 283.250 Personen deutlich positiv. Hiervon kamen 112.434 Personen aus Nicht-EU-Staaten. Der Großteil der Einwanderung ist damit europäische Binnenwanderung.

Während die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union abschließend geregelt ist, sehen wir die Notwendigkeit der einfacheren, transparenteren rechtlichen Gestaltung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten, die Talente und Potentiale noch besser nutzt. Integration von Ausländern ist kein einmaliger Akt, sondern ein ständiger Prozess und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Unsere Vorschläge

Zur Weiterentwicklung der Einwanderung im Rahmen eines Einwanderungs- und Integrationsgesetzes schlagen wir vor:

Grundprinzipien der Einwanderung

1. Deutschland ist ein Einwanderungsland, in dem Einwanderer aus der Europäischen Union und aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt grundsätzlich willkommen sind. Die Einwanderung in den Arbeitsmarkt wollen wir bedarfsgerecht steuern. Dabei wollen wir uns an tatsächlichen Bedarfen des Arbeitsmarktes orientieren und die Steuerung marktwirtschaftlich organisieren.

2. Deutschland braucht ein eigenständiges und vereinfachtes

Einwanderungs- und Integrationsgesetz für die Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten, das die zersplitterte Rechtsmaterie zusammenfasst, eine einheitliche Rechtsanwendung in der gesamten Bundesrepublik gewährleistet und eine Steuerung der Arbeitsmigration ermöglicht. Es sollte sich auf die Gewinnung hochqualifizierter und qualifizierter Fachkräfte sowie vor allem junger Menschen mit ihren Talenten und Fähigkeiten konzentrieren. Die Verfahren zur Steuerung der Arbeitsmigration und das Asylverfahren für Flüchtlinge müssen klar voneinander getrennt bleiben, da ansonsten sowohl das Asylverfahren, als auch das Einwanderungsrecht wert- und wirkungslos würden.

3. Die Erarbeitung des neuen Einwanderungs- und Integrationsgesetzes sollte - wie vom Sachverständigenrat für Migration vorgeschlagen- auf Grundlage eines Nationalen Aktionsplans Migration (NAM) erfolgen, der eine migrationspolitische Gesamtstrategie für Deutschland darstellt und von den etablierten (BMAS, BMI, BAMF) und den neuen migrationspolitischen Akteuren (Universitäten, Großunternehmen etc.) gemeinsam erarbeitet wurde.

4. Anstatt der noch gebräuchlichen eher allgemein gehaltenen Aufenthaltstitel sollten klare Zielgruppen für Zuwanderer definiert werden. Diese Zielgruppen sollten mindestens sein:

- Hochqualifizierte (z.B. Forscher, Investoren, Geschäftsleute und Absolventen)
- Qualifizierte (z.B. Facharbeiter, Ingenieure und Techniker)
- Mittel- und Niedrigqualifizierte in Mangelberufen (z.B. Pflegekräfte)
- Spezialisten (z.B. Sportler und Künstler)
- Saisonkräfte (z.B. Gastronomiekräfte)
- Bildungszuwanderer (Studenten, Auszubildende, Fortzubildende)

5. Das neue Einwanderungs- und Integrationsgesetz sollte sich am tatsächlichen Arbeitskräftebedarf orientieren, um Fehlsteuerungen zu vermeiden. Die Vorlage eines Stellenangebotes zur Erlangung eines Visums sollte deshalb in der Regel obligatorisch sein.

6. Die hochqualifizierte und qualifizierte Fachkräfteeinwanderung aus dem außereuropäischen Ausland nach Deutschland sollte daher zukünftig über eine großzügigere Erteilung von Visa zur Stellensuche in den in der sogenannten „Positivliste“ der Bundesagentur für Arbeit genannten Berufen geregelt werden. Ein Visum von bis zu einem dreiviertel Jahr erscheint ausreichend und angemessen, um ein Auswahl- und Einarbeitungsverfahren zu absolvieren und auch die in der Regel 6-monatige Probezeit im neuen Job hinter sich zu bringen.

7. Quotierungen können für einzelne Zielgruppen, bspw. Saisonkräfte, vorgesehen werden.

8. Ein Punktesystem mit der Möglichkeit zur Kontingentierung halten wir nur für den Bereich der mittel- und niedrigqualifizierten Zuwanderer für sinnvoll, da bei diesen Gruppen die Integration in die Gesellschaft relativ gesehen schwieriger ist. Punktekriterien können Sprachkenntnisse, Führungszeugnisse sowie ein Nachweis relativer finanzieller Sicherheit.

9. Bildungszuwanderer und temporäre Fachkräfte, auch Saisonkräfte, sollen eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, deren Gesamtzahl flexibel nach den jeweiligen Anforderungen zu steuern ist.

10. Für junge Studierende und Auszubildende aus Drittstaaten sollen die Möglichkeiten zur Aufnahme eines Studiums oder einer dualen Ausbildung in Handwerk, Handel und Industrie sowie in den Pflegeberufen erweitert werden.

Für Absolventen mit deutschem Abschluss und Perspektive auf einen dauerhaften Verbleib in Deutschland sollte die Aufenthaltsgenehmigung unkompliziert zu verlängern sein. Die Potentiale dieser Gruppen müssen besser genutzt werden.

11. Bestehende und neue Potentialeinwanderungstatbestände sollen in einer „Talentcard“ zusammengefasst werden. Grundsätzlich sollten die Anträge in den Herkunftsländern gestellt werden. Für die bereits in Deutschland befindlichen Flüchtlinge soll es eine einmalige, stichtagbezogene Übergangslösung im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Einwanderungsgesetzes geben, wonach sie ihren Antrag auch in Deutschland stellen können.

12. Die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen muss, wo erforderlich, weiter beschleunigt und vereinfacht werden. Dazu sind die deutliche Aufstockung des Personals der Anerkennungsstellen im Bund und in den Ländern und die Einrichtung länderübergreifender Begutachtungsstellen notwendig.

#### Einwanderungsstrukturen

13. Fachkräfteeinwanderung muss gewollt sein. Dies muss sich mehr als bisher auch in den Strukturen der öffentlichen Verwaltung sowie im täglichen Verhalten der Mitarbeiter im Inland wie im Ausland gegenüber den Zuwanderern widerspiegeln. Hier könnten zwischenstaatliche Abkommen zur Amtshilfe bei Zuwanderungs- und Einbürgerungsverfahren eine wertvolle Hilfe sein.

14. Das Thema Arbeitsmarkteinwanderung sollte organisatorisch vom Asylrecht getrennt werden. Eine Zuordnung zu Arbeits- oder Wirtschaftsministerien auf Bund- und Länderebene ist deshalb sinnvoll. In Hamburg soll die Arbeitsmarktzuwanderung bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation verortet werden. Die zuständigen neuen Behörden auf Bundesebene sollen auf Dauer von einem Nationalen Migrationsrat - wie vom Sachverständigenrat für Migration vorgeschlagen - beraten werden. Auch in Hamburg sollte sich die Wirtschaftsbehörde von einem Sachverständigenrat unter Beteiligung der wesentlichen Akteure auch aus der Wirtschaft beraten lassen.

15. In Hamburg sollen die positiven Erfahrungen mit dem Hamburg Welcome-Center stärker genutzt werden. In jedem Bezirk soll die Ansprache von ausländischen Fachkräften künftig in eigenen Welcome-Centern erfolgen, die personell ausreichend ausgestattet sein müssen. Die Mitarbeiter müssen auch sprachlich entsprechend geschult sein.

#### „Einwanderungsmarketing“ und Einbürgerungsperspektive

16. Die Werbung um Einwanderung von Talenten und Fachkräften muss verbessert werden. Im Ausland muss auch über die schon bestehenden Angebote hinaus aktiv für Deutschland als attraktives Einwanderungsland geworben werden. Dazu gehören ein digitales Tor zur Welt mit der Botschaft „Willkommen in Deutschland“ und ein attraktives qualifiziertes Angebot an Deutschkursen sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland.

17. Für ausländische Fachkräfte und Bildungszuwanderer, die Interesse an einem temporären Deutschlandaufenthalt haben, müssen Anreize geschaffen werden. Einwanderung muss in diesem Fall als „Triple Win“ begriffen werden – sie ist ein Gewinn für Deutschland, für den Zuwanderer sowie durch die Rückkehr und den damit zusammenhängenden Know-how-Transfer auch ein Gewinn für das Herkunftsland.

## Antrag Nr. C 74 - LV Hamburg

EU-Arzneimittelbehörde nach Hamburg holen

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, die EU-Arzneimittelbehörde nach Hamburg zu holen, und bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sich dafür einzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 74 in folgender Fassung anzunehmen:

EU-Arzneimittelbehörde nach Deutschland holen

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, die EU-Arzneimittelbehörde nach Deutschland zu holen, und bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sich dafür einzusetzen.

## Antrag Nr. C 75 - LV Hamburg

Entgeltgrenze geringfügig Beschäftigter an Beitragsbemessungsgrenze koppeln

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, die Entgeltgrenze der geringfügigen Beschäftigung an die Beitragsbemessungsgrenze zu koppeln und bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sich dafür einzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 75 abzulehnen.

## Antrag Nr. C 76 - LV Hamburg

Familien mit Kindern finanziell stärker entlasten!

Die Familie bildet für uns Christdemokraten das Fundament von Gemeinschaft und Gesellschaft. Sie beruht idealtypisch auf lebenslangen Verbindungen und der Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Sie erwartet Verlässlichkeit, Schutz und Fürsorge in einem Umfeld mit wechselnden und instabilen Umweltfaktoren. Früher wie heute wünschen sich Menschen eine Familie, in der sie Liebe und Geborgenheit finden und die ihnen einen sicheren Halt bietet. Familienpolitik ist für uns Politik für Familien und keine Gesellschaftspolitik. Wir wertschätzen Familien und Familienarbeit, erkennen ihre Vielfalt an und wollen sie stärken.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 76 an den Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu überweisen.

Das Bild der Familie und damit die Anforderungen an das politische Umfeld haben sich im Laufe der Jahrzehnte verändert. Heute gibt es neben der klassischen Form der Familie andere Familienmodelle wie die der Alleinerziehende, der gleichgeschlechtliche Paare oder der Patchwork Familien. Auch die Rollenverteilung innerhalb der Familien hat sich gewandelt. Die neuen Familienleitbilder sind dabei ein wesentlicher Bestandteil von kultureller und sozialer Identität und beeinflussen die Lebensgestaltung und die Lebensziele der Menschen. Politik, die nicht in Beliebigkeit abrutscht, sollte sich an einem Wertekompass ausrichten. Dieser ist für die Union die Achtung und Förderung von Eigenverantwortung, Schutz, Fürsorge und Vertrauen.

Dabei muss das Ziel einer christdemokratischen Familienpolitik immer die Stärkung der Freiheit und Eigenverantwortung von Familien sein. „Vater Staat“ ist nicht der „bessere Vater“! Familien müssen frei sein von übermäßiger Regulierung. Nur dort, wo Eltern die Fürsorgepflicht für ihre Kinder nicht ausfüllen können oder wollen, hat der Staat einzugreifen. Der Staat hat Rahmenbedingungen zu setzen, die Familienfreundlichkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärkt. Das gilt generationenübergreifend. Ein wichtiges Ziel künftiger Politik wird es dabei sein, eine „Kultur der Wertschätzung“ für Kinder und Familien zu schaffen. Für die Erziehung der Kinder oder die Pflege von Familienangehörigen brauchen Familien nicht nur finanzielle Zuwendungen oder

Flexibilisierungen im Rahmen neuer Zeitarrangements; sie wollen wahrnehmen, dass sie und ihre Arbeit wertgeschätzt werden. Dazu gehören auch eine Unternehmenskultur, in der nicht selbstverständlich erwartet wird, dass die Mitarbeiter auch am Wochenende jederzeit erreichbar sind, sowie familienfreundliche Kommunen und ein wertschätzender Umgang mit Familien.

Wir wissen, dass sich die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen grundsätzlich eigene Kinder wünscht. Dennoch beobachten Psychologen eine verstärkte Angst sich festzulegen. Die Zunahmen von Befristungen auf dem Arbeitsmarkt oder die Verknappung von Wohnraum sind Beispiele, die Familiengründungen beeinflussen. Zugleich rangiert die Familiengründung auf der Prioritätenliste junger Menschen häufig hinter Karriereplänen und persönlicher Selbstverwirklichung. Deshalb gehört es zum Kern christdemokratischer Familienpolitik, die Menschen zu ermutigen, Familien zu gründen und das Leben in einer Familie mit Kindern gesellschaftlich positiv zu würdigen. Wir müssen die Rahmenbedingungen aller Politikfelder nachhaltig familienfreundlich gestalten, damit die neu entstandene „Kultur des Zögerns“ durchbrochen wird. Die künftige Ausrichtung unserer Familienpolitik wird sich weiter am Dreiklang „Geld, Zeit und Infrastruktur für Familien“ orientieren. Neben wirtschaftlicher Stabilität, gemeinsamer Zeit und Verlässlichkeit in der Kinderbetreuung wünschen sich die jungen Familien aber auch die Anerkennung und den Respekt der Gesellschaft. Dabei müssen familienpolitische Maßnahmen früh, zielgenau und bedarfsorientiert wirken. Daran haben wir zu arbeiten.

Familien werden durch die Union besonders geschützt und bekommen auf sie abgestimmte Leistungen. Wir haben seit der Regierungsübernahme 2005 im Bund schon viel erreicht, um Familien gezielt zu stärken und zu fördern. Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren mit dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr, ist eine Erfolgsgeschichte. Durch das von der Union eingeführte Elterngeld, das Elterngeld Plus und die Verbesserungen der Elternzeitregelungen haben Familien mehr Raum für die Betreuung ihrer Kinder. Die Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeit wurde entscheidend erleichtert und setzt positive Anreize für die Familiengründung. Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom Juli 2015 sind finanzielle Entlastungen im Umfang von insgesamt rund fünf Mrd. Euro beschlossen worden, die insbesondere Familien mit Kindern und Alleinerziehenden zugutekommen. Die Liste weiterer Maßnahmen im Familienbereich – auch im Hinblick auf die besonderen Belange von Frauen, Senioren, Kindern und Jugendlichen sowie dem Ehrenamt - ließe sich lang fortsetzen. Durch die verbindlichen Regelungen und Unterstützungen in der Pflege- und Familienpflegezeit stärken wir die Pflege zu Hause. Doch bei der Unterstützung von Familien mit Kindern fehlt es weiterhin an einer großen Reform im Bereich des Steuerrechts. Diese muss in der kommenden Legislaturperiode angegangen werden. Wir als Hamburger CDU fordern die Bundespartei dazu auf, diese für die kommende Legislaturperiode voranzutreiben:

1. Für ein neues Familienentlastungssplitting mit einem gestaffelten Faktor pro Kind

Wer in einer Familie, Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft für einander einsteht und verbindlich Verantwortung für einander übernimmt, wird in Deutschland steuerlich entlastet. Für dieses Grundprinzip der Verantwortungsübernahme und damit auch für die Schaffung finanzieller Sicherheiten für Familien steht die CDU. Das gilt für Paare, die ohne Kinder füreinander einstehten, genauso wie für Paare mit Kindern. Wir müssen aber erkennen, dass Kinder in der Familie steuerrechtlich noch nicht genügend

berücksichtigt werden. Das wollen wir mit einer großen Steuerreform nach der Bundestagswahl 2017 ändern.

Es gilt für uns dabei der Grundsatz, dass im Moment keine zusätzlichen finanziellen Mittel im großen Rahmen generiert werden können. Es bedarf also einer klugen Umschichtung innerhalb der einzelnen Systeme mit dem Ziel einer politisch gewollten steuerlichen Stärkung von Familien mit Kindern. Genaue Berechnungen des Finanzministeriums sollten Basis konkreter Umsetzungspläne werden. Hierfür wird nach der Bundestagswahl eine entsprechende Kommission eingesetzt, die verschiedene Modelle berechnet und innerhalb der ersten sechs Monate konkrete Vorschläge erarbeitet. Dazu gehört selbstverständlich auch die Überprüfung der verfassungsrechtlichen Konformität der Vorschläge.

In Deutschland können Ehepaare und Menschen in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft – ob sie Kinder haben oder nicht - das Splittingverfahren in Anspruch nehmen. Das gesamte zu versteuernde Einkommen beider Ehepartner wird halbiert, die Einkommensteuer berechnet und die anfallende Steuerschuld verdoppelt. Die Wirkungen des Ehegattensplittings sind umso größer, je höher das Haushaltseinkommen und je größer die Differenz zwischen den individuellen Einkommen der Ehepartner ist. Per se kommt dieser Vorteil nicht Familien mit Kindern zugute, sondern Ehepaaren- unabhängig vom Vorhandensein von Kindern. Familien mit Kindern bzw. Ehepaare, bei denen beide Partner zum Haushaltseinkommen beitragen, können durch das Ehegattensplitting nur einen deutlich geringeren Vorteil ziehen.

Es sollte 2017 eine Steuerreform angestrebt werden, die ein neues Modell eines Familienteilsplittings zum Inhalt hat. Die verschiedenen Modellberechnungen sind mit Blick auf die Zielsetzung eines konstanten Steueraufkommens so zu konstruieren, dass sie auch in der Übergangsphase (Bestandsschutz) finanziell tragbar sind.

Ein Familienentlastungssplitting könnte (BEISPIEL) folgendermaßen aussehen: Um besonders Familien mit Kindern zu unterstützen, könnten nach einem Modell die Ehepartner statt eines Faktors von jeweils 1 einen Faktor von 0,8 zugeteilt bekommen. Jedes Kind würde mit einem Faktor von jeweils 0,5 bedacht werden. So würde schon eine „Ein-Kind-Familie“ einen Splittingvorteil von  $0,8+0,8+0,5$ , also von 2,1 haben und damit einen höheren Splittingvorteil als bisher. Pro weiterem Kind würde sich der Splittingfaktor um jeweils 0,5 erhöhen.

Ein anderes Modell ordnet jedem Kind, gestaffelt, einen eigenen Faktor zu. Beispielsweise für das erste Kind den Faktor 0,5, für das zweite Kind den Faktor 0,3 und für jedes weitere Kind den Faktor 0,7. Eine fünfköpfige Familie hätte nach diesem Rechenmodell den Splittingfaktor 3,1. Davon profitieren vor allem Mehrkindfamilien, die in unserer Gesellschaft besonders unterstützt werden müssen. Auf der anderen Seite hätten Ehepaare ohne Kinder zukünftig nur den Faktor 1,6 statt 2. So würde weiterhin dem Grundgedanken des Art. 6 GG und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen werden, denn auch kinderlose Ehen wären weiterhin steuerlich privilegiert. Durch die Reduzierung des Faktors auf 0,8 entstünden mit Blick auf die Steuerlast Steuermehreinnahmen, die zur Finanzierung der Kinderkomponenten herangezogen werden können. Wie in der Feinjustierung das Modell aussieht, ist im Detail zu prüfen. Politisch wollen wir, dass Paare, egal ob mit oder ohne Kinder weiterhin als Gemeinschaft entlastet werden, aber zudem insbesondere Kinder mit in die Berechnung der Entlastung einfließen. Hierbei spielen Mehrkindfamilien mit mehr als drei Kindern eine besonders zu entlastende Rolle. Es muss bei der Entwicklung eines neuen Modells ein Vertrauens- und

Bestandsschutz eingebaut werden. Diese neuen Regelungen würden ausschließlich zukünftig geschlossene Ehen betreffen. Für bereits geschlossene Ehen und eingetragene Partnerschaften muss eine Wahlmöglichkeit bzw. eine Günstigerprüfung geschaffen werden.

## 2. Anhebung des Grundfreibetrags für Kinder auf Erwachsenenniveau – Umrechnung auf ein einheitliches Kindergeld

Kinder finden durch das Kindergeld und die Kinderfreibeträge Eingang in das deutsche Steuersystem. Gemäß § 31 EStG handelt sich dabei um Instrumente des Familienleistungsausgleichs. Der Familienleistungsausgleich soll den Einkommensbetrag der Eltern, der der Höhe des Existenzminimums des Kindes entspricht (inklusive der Bedarfe für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung), steuerlich freistellen. Es kann nur das Kindergeld oder der Kinderfreibetrag in Anspruch genommen werden. Das Finanzamt entscheidet sich im Wege der Günstigerprüfung für das den Steuerzahler besserstellende Modell. Die Instrumente des Familienleistungsausgleichs sollen vor allem die soziale Teilhabe von Familien sicherstellen, aber auch einen Nachteilsausgleich von Familien gegenüber Kinderlosen herstellen. Insgesamt beziehen über 9 Mio. Haushalte Kindergeld bzw. Kinderfreibeträge. Es ist berechnet, dass im Wege der Günstigerprüfung nicht das Kindergeld, sondern der Kinderfreibetrag ab einem jährlichen Einkommen von knapp über 60.000 Euro (bei einem Kind) für die Familie finanziell sinnvoller ist.

Die CDU will aber gerade Familien mit Kindern, die nur ein geringeres oder mittleres Einkommen zur Verfügung haben, finanziell stärken. Denn: Sie sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Eine Möglichkeit der stärkeren Entlastung dieser Gruppe ergibt sich aus der Anhebung des Kinderfreibetrags auf die Höhe des Grundfreibetrages für Erwachsene. Wie beim Familiensplitting wird jeder Person, ob Eltern oder Kind, ein und derselbe Grundfreibetrag gewährt. Auch für Alleinerziehende mit Kind würde diese Regelung gelten und so zu einer finanziellen Stärkung führen. Eine flankierende Erhöhung des Kindergeldes im selben Rahmen würde zudem vor allem Familien mit einem geringeren Einkommen besonders fördern. Damit keine überproportionale Steuermindereinnahmen für die Finanzierung des Kindergeldes zustande kommt, gäbe es die Möglichkeit, den Kinderfreibetrag als „Wahlmöglichkeit“ zu streichen – im Zusammenspiel mit der einhergehenden Erhöhung des Kindergeldes. Das bundesverfassungsrechtlich festgesetzte Existenzminimum würde im Rahmen der Gewährung des Kindergeldes weiterhin gewahrt bleiben, denn die Günstigerprüfung entfällt und alle Familien erhalten das Kindergeld, unabhängig von ihrem Einkommen.

Die sehr gut verdienenden Familien würden somit auch vom erhöhten Kindergeld profitieren, sodass die Schlechterstellung auf Grund der Streichung des Freibetrages aufgefangen wird und das Existenzminimum unberührt bleibt. Die Steuermehreinnahmen durch den Wegfall des heutigen Deltas vom höheren Kinderfreibetrag zum Kindergeld könnte zur Finanzierung herangezogen werden.

## 3. Für eine Entlastung in der Pflegeversicherung - gestaffelte Beiträge nach Anzahl der Kinder

Auf dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe wurde beschlossen, den generativen Beitrag von Familien in den Sozialversicherungssystemen zu berücksichtigen und Eltern insbesondere in der Renten- und Pflegeversicherung auf der Beitragsseite zu entlasten. Um diese Vorgabe umzusetzen, könnten Familien gestaffelt nach der Anzahl ihrer Kinder durch die Senkung der Beiträge zur Pflegeversicherung entlastet werden. Menschen mit Kindern zahlen im Gegensatz zu Kinderlosen einen um 0,25% geringeren Beitrag zur

Pflegeversicherung. Eltern sind somit von dem sogenannten „Beitragszuschlag“ für Kinderlose befreit. Auch hier könnte jedoch – ähnlich zum Splittingmodell – ein gestaffelter Entlastungsbeitrag pro Kind eingeführt werden. Eltern mit Kindern könnten so eine noch größere finanzielle Entlastung erfahren. Damit sich eine solche Reform finanziell selber trägt, wäre es denkbar, den Beitrag für Kinderlose von 2,6% auf 2,7% anzuheben, Eltern mit einem Kind würden wie bisher 2,35% entrichten müssen, auf jedes weitere Kind entfielen ein Entlastungsbeitrag von noch einmal 0,15%. Eine Deckelung ab dem vierten Kind würde bedeuten, dass Eltern mit vier oder mehr Kindern einen Pflegeversicherungsbeitrag von nur 1,9% entrichten müssten. Durch eine solche Maßnahme werden die kinderlosen Familien kaum finanziell belastet, sondern Familien, deren Kinder später selbst einen Beitrag leisten werden, stark entlastet.

### **Antrag Nr. C 77 - LV Hamburg**

Mitarbeiteraktien sind für alle da

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Erhöhung des steuerlichen Freibetrags auf mindestens € 2.000 einzusetzen und der Forderung des Europäischen Parlaments zu folgen, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung wieder auf die politische Agenda zu setzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 77 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 78 - LV Hamburg**

Rückkehr zum Halbeinkünfteverfahren – mehr Steuergerechtigkeit und verbesserte Anreize für die Anlage in Aktien

Wir fordern die Wiedereinführung des Halbeinkünfteverfahrens auf Dividenden und Veräußerungsgewinne auf Aktien bzw. die Abschaffung der Abgeltungssteuer, um somit mehr Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit zu schaffen und um somit mehr Anreize für die Anlage in Produktivkapital zu schaffen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 78 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 79 - LV Hamburg**

Soli in der nächsten Legislaturperiode abschaffen

Der Solidaritätsbeitrag (Soli) beträgt 5,5 Prozent des Steuerbetrags aus Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer und wurde vor allem zur Finanzierung der Kosten für die deutsche Einheit eingeführt. Ihn als dauerhafte zusätzliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger fortzusetzen, war bei seiner Einführung nicht angedacht. Die Union hat daher schon vor längerem versprochen, den Soli abzuschaffen. Dieses Versprechen gilt es nun zu halten und in die Tat umzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 79 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Abschaffung des Soli wäre ein klares Signal an alle, die die Wiedervereinigung mit ihrer Arbeit finanziert haben. Durch ein Auslaufen des Soli würde die Mittelschicht spürbar entlastet werden. Dies ist in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen dringend geboten. Denn als Union wissen wir, dass dies nicht das Geld des Staates, sondern der hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Anstatt neue Ausgabenfelder zu suchen, gilt es die Haushaltsdisziplin zu halten und den Bürgerinnen und Bürgern wieder einen höheren Anteil von ihrem selbstverdienten Einkommen zu überlassen.

Anders als komplexe Steuerreformmodelle, deren Umsetzung sehr langwierig wäre und am Ende womöglich erneut scheitern würde, erfordert die Abschaffung des Soli einen überschaubaren Aufwand. Die Folgen wären für Privatpersonen, aber auch für Unternehmen deutlich berechenbarer und leichter nachzuvollziehen.

Die CDU Hamburg steht zur schwarzen Null im Bundeshaushalt. Deshalb ist es uns wichtig, die Auswirkungen dieser Maßnahme im Blick zu haben. Durch die Abschaffung des Soli würden pro Jahr Einnahmen von etwa 15 Milliarden Euro wegfallen. Diese würden kompensiert durch die Steuererhöhungen der nächsten Jahre. Positive Effekte, die auf Grund des steigenden Konsums der privaten Haushalte durch das zusätzlich verfügbare Einkommen entstehen, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Aus Sicht der CDU Hamburg sollte die Abschaffung des Soli in der nächsten Legislaturperiode eine sehr hohe Priorität haben und deshalb als Kernforderung in das Bundestagswahlprogramm aufgenommen werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, in Abstimmung mit der Bundesregierung einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten und dem Bundestag zur Abstimmung vorzulegen, der die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags auf Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer vorsieht. Die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags soll (bis) spätestens zum Ende der nächsten Legislaturperiode wirksam werden.

## **Antrag Nr. C 80 - LV Rheinland-Pfalz, KV Reutlingen**

Für eine umfassende Steuerreform in drei Stufen - Für ein einfacheres, leistungs- und familienfreundlicheres Steuersystem

Die CDU Deutschlands muss das Thema Steuersenkungen und Entlastung der Mitte zu ihrem Schwerpunktthema machen: im kommenden Wahlkampf und für die kommende Legislaturperiode. Die CDU spricht sich für eine umfassende Reform der Lohn- und Einkommensteuer aus, die für alle Steuerzahler - vor allem bei mittleren Einkommen und für Familien - Entlastungen bringt, die Anreize für Arbeit erhöht und die Kindererziehung finanziell belohnt. Die Entlastungswirkung soll sich auf rund ein Drittel der für die Jahre 2016 bis 2020 erwarteten Steuererhöhungen (gegenüber 2015) belaufen. Dieses Konzept soll in drei Stufen in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden und folgende Komponenten enthalten:

2018: Steuersystem einfacher machen:

In der ersten Stufe soll der Werbungskostenpauschbetrag von derzeit 1000 auf 2000 Euro verdoppelt werden.

2019: Steuersystem leistungsfreundlicher machen:

In der zweiten Stufe soll der Mittelstandsbauch abgeflacht werden und der Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen greifen.

2020: Steuersystem familienfreundlicher machen:

In der dritten Stufe soll der Grundfreibetrag für Erwachsene auf Kinder übertragen werden und den bisherigen Kinderfreibetrag ersetzen. Zusätzlich zu dieser steuerlichen Entlastung für Kinder ist eine angemessene Kindergelderhöhung geboten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 48 und C 80 gemeinsam zu behandeln und in der Form der Beschlussfassung des Antrags des CDU-Bundesvorstands („Titel“) anzunehmen.

## Antrag Nr. C 81 - LV Sachsen

Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge stellt einen Kredit der Wirtschaft an die Sozialversicherung dar. Verbunden ist diese Vorfälligkeit mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand. Innerhalb von max. 10 Jahren befreien wir die Unternehmen von der Vorfälligkeit. Wir beginnen mit kleinen Betrieben.

## Antrag Nr. C 82 - LV Thüringen

Das Wahlrecht grundlegend reformieren

1. Die CDU Deutschlands spricht sich für eine Wahlrechtsänderung aus, die sicherstellt, dass bei der kommenden Bundestagswahl die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht.

2. Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, in der kommenden Legislaturperiode die Initiative für eine grundlegende Reform des Wahlrechts zu ergreifen. Dabei könnten wesentliche Elemente des geltenden Wahlrechts wie der Grundsatz der personalisierten Verhältniswahl und die Fünf-Prozent-Klausel im Grundgesetz verankert werden. Die Dauer der Wahlperiode soll auf fünf Jahre verlängert werden.

## Antrag Nr. C 83 - BezV Nordwürttemberg

Bildung einer Rettungsgasse

Die CDU Deutschlands spricht sich für verstärkte Werbemaßnahmen des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Bildung der Rettungsgasse i.S.d. §§ 11 II, 49 I Nr. 1 StVO aus. Einhergehend spricht sich die CDU Deutschlands für eine massive Erhöhung des Bußgeldes im BKat Abschnitt I A. a) Lfd. Nr. 50 aus.

## Antrag Nr. C 84 - BezV Nordwürttemberg

Verringerung Lebensmittelverschwendung

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, durch konkrete Initiativen einen Beitrag zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung zu leisten.

Diesem Ziel kann insbesondere dadurch gedient werden, dass: Lebensmittel, die von Erzeugern oder dem Handel zu reduzierten Sonderpreisen oder kostenlosen sozialen Einrichtungen wie Tafelläden oder Suppenküchen zur Verfügung gestellt werden, jenseits des angegebenen Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD) innerhalb eines angemessenen Zeitraums im Verhältnis zur Gesamthaltbarkeit an Bedürftige abgegeben oder für einen solchen Personenkreis weiterverwertet werden dürfen.

Die kostenlose Abgabe nicht verkehrsfähiger oder nicht marktgängiger Lebensmittel (Überproduktion, Fehldisposition, Schönheitsfehler, nicht den

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 81 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 82, C 108 und C 112 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Begrenzung der Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag

Die CDU Deutschlands unterstützt die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Wahlrechtsänderung, um sicherzustellen, dass bei Bundestagswahlen die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 83 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 84 in folgender Fassung anzunehmen:

Verringerung Lebensmittelverschwendung

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, ihre konkreten Initiativen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung fortzuführen und noch zu erweitern.

Durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit soll das Bewusstsein in der Bevölkerung für den Umstand gesteigert werden, dass Lebensmittel nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums MHD (im Unterschied zum Verbrauchsdatum) noch eine angemessene Zeit genussfähig sind und dies

Handelsstandards von Größe, Farbe oder Form entsprechend) an soziale Einrichtungen steuerbegünstigt wird, wenn diese zum Verzehr an Bedürftige abgegeben werden.

Der Wegfall oder die Einschränkung der Schadensersatzpflicht im Fall der kostenlos oder gegen geringes Entgelt abgegebenen Güter in den vorstehenden Absätzen ermöglicht wird, wenn die Empfänger auf die erforderliche Sorgfalt hingewiesen sind oder diese sich aus den Umständen der Abgabe ergibt.

Durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein in der Bevölkerung für den Umstand gesteigert wird, dass Lebensmittel nach Ablauf des MHD noch eine angemessene Zeit genussfähig sind und dies bei gekühlten Produkten auch dann gilt, wenn die Kühlkette nicht wesentlich unterbrochen wurde.

auch bei gekühlten Produkten gelten kann (z. B. Joghurt), wenn die Kühlkette nicht wesentlich unterbrochen wurde.

Auch sollte verstärkt darüber informiert werden, inwieweit Lebensmittel, die von Erzeugern oder dem Handel zu reduzierten Sonderpreisen oder kostenlosen sozialen Einrichtungen wie Tafelläden oder Suppenküchen zur Verfügung gestellt werden, auch jenseits des angegebenen MHD innerhalb eines angemessenen Zeitraums im Verhältnis zur Gesamthaltbarkeit an Bedürftige abgegeben werden können.

Geprüft werden sollte, ob die kostenlose Abgabe nicht marktgängiger Lebensmittel (Überproduktion, Fehldisposition, Schönheitsfehler, nicht den Handelsstandards von Größe, Farbe oder Form entsprechend) an soziale Einrichtungen steuerbegünstigt werden kann, wenn diese zum Verzehr an Bedürftige abgegeben werden, und ob die Schadensersatzpflicht im Fall der kostenlos oder gegen geringes Entgelt abgegebenen Güter eingeschränkt werden kann, wenn die Empfänger auf die erforderliche Sorgfalt hingewiesen sind oder diese sich aus den Umständen der Abgabe ergibt.

### **Antrag Nr. C 85 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschlands fordert, ehrenamtliche Einsatzkräfte der Blaulichtorganisationen und ihre Angehörigen besser gegen Berufsunfähigkeit oder Todesfälle, welche aus Unfällen im Einsatz resultieren, abzusichern. Hierfür ist ein Hilfsfonds des Bundes einzurichten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 85 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 86 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass der in Pflanzenschutzmitteln vorkommende Wirkstoff Glyphosat auch über 2017 hinaus zugelassen bleibt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 86 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass der in Pflanzenschutzmitteln vorkommende Wirkstoff Glyphosat - eine positive wissenschaftliche Risikobewertung vorausgesetzt - auch über 2017 hinaus zugelassen bleibt.

### **Antrag Nr. C 87 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschlands spricht sich gegen die Einführung einer „blauen Plakette“ für Kraftfahrzeuge aus und lehnt ein Verbot von Diesel- und Benzin-Fahrzeugen ab 2030 generell ab.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 87 anzunehmen.

**Antrag Nr. C 88 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschlands fordert ein generelles Verbot der Vollverschleierung, sowie ein Kopftuchverbot für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei der Ausübung ihres Amtes.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 36, C 59, C 66, C 88, C 102 und C 130 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Vollverschleierung klare Grenzen setzen

Burka und andere Vollverschleierungen passen nicht zu unserem Land und unserer freiheitlichen Kultur. Sie steht mit ihrer frauenverachtenden Symbolik im Widerspruch zur Gleichberechtigung und Würde der Frau. Sie leistet Parallelgesellschaften Vorschub und ist damit ein Integrationshemmnis. Die Vollverschleierung widerspricht unserem gesellschaftlichen Konsens. Wir lehnen sie daher ab und fordern, dass alle Menschen ihr Gesicht zeigen. Jedenfalls in bestimmten Bereichen ist es für das Funktionieren unserer Rechtsordnung unverzichtbar, dieses auch rechtlich einzufordern:

- Staatliche Institutionen repräsentieren unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Vollverschleierung im öffentlichen Dienst ist inakzeptabel.
- Dies gilt gerade auch für den Bildungsbereich. In Kitas, Schulen und Hochschulen ist kein Platz für Vollverschleierung.
- Im Gericht muss das Gesicht der Verfahrensbeteiligten vollständig sichtbar und erkennbar sein.
- Dort, wo eine Identifizierung notwendig und geboten ist (bei Passkontrollen, bei Verkehrskontrollen, im Meldeamt, Standesamt etc.), muss das Zeigen des Gesichts auch durchgesetzt werden können.
- Jeder muss bei Demonstrationen sein Gesicht zeigen. Unser Rechtsstaat kann Vollverschleierung hier nicht akzeptieren.
- Vollverschleierung ist überdies in solchen Situationen zu verbieten, in denen sie eine Gefahr für andere wird. Dies gilt insbesondere im Straßenverkehr.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundes- und Länderebene schaffen, damit Verstöße gegen das Verbot der Vollverschleierung in den genannten öffentlichen Bereichen als Ordnungswidrigkeit geahndet

werden können.

### **Antrag Nr. C 89 - BezV Nordwürttemberg**

Die CDU Deutschlands fordert die Abwicklung der zu Anfang der Legislaturperiode beschlossenen Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 28 und C 89 gemeinsam zu beraten und diese abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 90 - BezV Nordwürttemberg**

Der Bundesparteitag fordert die CDU Deutschlands auf, die vernichtenden Ergebnisse bei allen Landtagswahlen im Jahr 2016 nachhaltig und ergebnisoffen aufzuarbeiten und anschließend die nötigen Kurskorrekturen vorzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 90 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 91 - BezV Nordwürttemberg**

Weitere Finanzhilfen für Griechenland und andere finanzschwache EU-Mitgliedsstaaten darf es nur noch dann geben, wenn das Nehmerland angemessene Reformen umsetzt, durch welche mittelfristig die Stabilitätskriterien eingehalten werden können. Hier muss der Grundsatz "Solidarität nur gegen Solidität" gelten. Im Zweifelsfall darf auch der sog. "Grexit auf Zeit" kein Tabu sein.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 91 in folgender Fassung anzunehmen:

Weitere Finanzhilfen für Griechenland und andere finanzschwache EU-Mitgliedsstaaten darf es nur noch dann geben, wenn das Nehmerland angemessene Reformen umsetzt, durch welche mittelfristig die Stabilitätskriterien eingehalten werden können. Hier muss der Grundsatz "Solidarität nur gegen Solidität" gelten.

### **Antrag Nr. C 92 - BezV Ostwestfalen-Lippe, KV Herford**

#### Migration und Integration

Die CDU Deutschlands begrüßt die zwischenzeitlich ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Migrationsstroms. Vor allem durch die Schließung der Balkanroute, den Abschluss des EU-Türkei-Abkommens und eine intensivere Bekämpfung der Fluchtursachen ist es gelungen, den Zuzug um bis zu 90 Prozent zu reduzieren. Eine Politik der offenen Grenzen gibt es nicht mehr. Die Bundespolizei weist nun an der deutschen Grenze auch verstärkt Migranten ab. Ziel muss es jedoch sein, dass die Entscheidung über die Einreise schon an den europäischen Außengrenzen getroffen wird.

Weiterhin haben die beiden vom Bundestag verabschiedeten Asylpakete dazu geführt, dass wir in Deutschland mittlerweile eines der schärfsten Asylsysteme europaweit haben. Unter anderem wurde der Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ausgesetzt, die Asylverfahren deutlich beschleunigt und die Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive erleichtert.

Mit dem Integrationsgesetz hat die Bundespolitik den Grundsatz des Förderns und Forderns durchgesetzt. Wir bieten denjenigen, die schutzbedürftig sind, jedenfalls vorübergehend die Aufnahme in unsere Gesellschaft an. Dafür können wir aber auch den Willen zur Integration verlangen. Ist dieser nicht vorhanden,

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 92, C 143 und C 146 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

#### Migration und Integration

Die CDU Deutschlands begrüßt die ergriffenen Maßnahmen, um die Zahl der Flüchtlinge spürbar und nachhaltig zu reduzieren. Dieses Ziel ist vor allem durch die Schließung der Balkanroute, den Abschluss des EU-Türkei-Abkommens und eine intensivere Bekämpfung der Fluchtursachen erreicht worden. Die Bundespolizei weist an der deutschen Grenze auch verstärkt Flüchtlinge ab. Ziel muss es jedoch sein, dass die Entscheidung über die Einreise schon an den europäischen Außengrenzen getroffen wird.

Weiterhin haben die beiden vom Bundestag verabschiedeten Asylpakete dazu geführt, dass wir in Deutschland mittlerweile eines der strengsten Asylsysteme europaweit haben. Unter

führt dies zu Leistungskürzungen. Entscheidende Mittel zur Integration sind Sprache und Arbeit. Uns ist bewusst, dass gerade bei der Integration über den Arbeitsmarkt noch ein langer und steiniger Weg vor uns liegt. Für uns ist klar: Deutschland muss weltoffen und plural bleiben. Wir treten ein für Vielfalt. Wir wenden uns aber gegen ein „Multikulti“, das keine klare Regeln setzt und Parallelgesellschaften zulässt.

Auch auf europäischer Ebene wurden Maßnahmen in die Wege geleitet. So wird die Einrichtung einer EU-Grenzschutzpolizei zu einem besseren Schutz der Außengrenzen führen. Mittlerweile werden grundsätzlich auch wieder die Regeln des Dublin-Verfahrens angewandt. Vor allem Griechenland hat von der EU viel Unterstützung zum Ausbau seiner Grenzschutzbehörden erhalten. Enttäuschend ist allerdings, dass es in absehbarer Zeit wohl zu keinem EU-weiten Verteilungsschlüssel kommen wird. Dieser muss jedoch auch in Zukunft das Ziel der deutschen Politik sein.

Wenig hilfreich agiert der Koalitionspartner der Union im Bund. Die Doppelzüngigkeit der SPD-Führung während der Flüchtlingskrise lässt sich kaum überbieten. Vor einem Jahr sprach sich SPD-Chef Gabriel strikt gegen eine Obergrenze aus – vor wenigen Wochen hat er eine Obergrenze als nötig angesehen. Gleichzeitig blockiert die SPD mit Unterstützung der Grünen die Umsetzung weiterer Maßnahmen, wie etwa die Aufnahme dreier Maghreb-Staaten in den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten.

Für uns ist klar: Ein unkontrollierter Massenzustrom wie im Herbst des letzten Jahres darf sich nicht wiederholen. Dies würde unsere Integrationsfähigkeit überfordern. Die Politik muss bereits jetzt Vorbereitungen für den Fall treffen, dass der Zustrom wieder ansteigt. Die Fluchtursachen bestehen nach wie vor. Der Krieg in Syrien dauert an. Der sog. Islamische Staat ist nun auch in Nordafrika aktiv. Die Armut hat weite Teile der Welt fest im Griff. Gleichzeitig erfüllt uns die politische Situation in der Türkei mit Sorge, auch im Hinblick auf den Fortbestand des EU-Türkei-Abkommens.

Die CDU Deutschlands tritt für das folgende System ein: In den von der Union bereits in der Vergangenheit geforderten, bislang aber von der SPD abgelehnten Transitzentren wird eine Differenzierung nach Bleibeperspektive vorgenommen. Zur Entlastung unserer Städte und Gemeinden werden nur diejenigen, die gute Chancen haben, in Deutschland bleiben zu dürfen, aus vom Bund betriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen verteilt. Die freiwilligen Rückreisen sowie Abschiebungen werden durch den Bund organisiert und durchgeführt.

Der Parteitag der CDU Deutschlands fordert,

1. an den EU-Außengrenzen Kontrollen zu gewährleisten, um nur Migranten in das Gebiet der EU zu lassen, die erkennbar schutzbedürftig sind und deren Identität und Nationalität geklärt ist;
2. bis zur Realisierung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen mit der gleichen Zielsetzung in Deutschland Transitzentren im Grenzbereich einzurichten;
3. sich auf europäischer Ebene für die Einrichtung von Registrierungs-Hotspots auch außerhalb des EU-Gebiets einzusetzen, um bereits dort die Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen vornehmen zu können;
4. Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens zu schließen, um

anderem wurde der Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ausgesetzt, die Asylverfahren deutlich beschleunigt und die Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive erleichtert.

Mit dem Integrationsgesetz hat die Bundespolitik den Grundsatz des Förderns und Forderns durchgesetzt. Wir bieten denjenigen, die schutzbedürftig sind und längere Zeit bei uns bleiben werden, die Aufnahme in unsere Gesellschaft an. Dafür können wir aber auch den Willen zur Integration verlangen. Ist dieser nicht vorhanden, führt dies zu Leistungskürzungen. Entscheidende Mittel zur Integration sind Sprache und Arbeit. Uns ist bewusst, dass gerade bei der Integration über den Arbeitsmarkt noch ein langer und steiniger Weg vor uns liegt. Für uns ist klar: Deutschland muss weltoffen und plural bleiben. Wir treten ein für Vielfalt. Wir wenden uns aber gegen ein „Multikulti“, das keine klaren Regeln setzt und Parallelgesellschaften zulässt.

Auch auf europäischer Ebene wurden Maßnahmen in die Wege geleitet. So wird die Einrichtung der EU-Agentur für den Grenz- und Küstenschutz zu einem besseren Schutz der Außengrenzen führen. Vor allem Griechenland hat von der EU viel Unterstützung zum Ausbau seiner Grenzschutzbehörden erhalten. Enttäuschend ist allerdings, dass es in absehbarer Zeit wohl zu keinem EU-weiten Verteilungsschlüssel kommen wird. Dieser muss jedoch auch in Zukunft das Ziel der deutschen Politik sein.

Wenig hilfreich agiert der Koalitionspartner der Union im Bund. So blockiert die SPD mit Unterstützung der Grünen die Umsetzung weiterer Maßnahmen, wie etwa die Aufnahme dreier Maghreb-Staaten in den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten.

Für uns ist klar: Eine Situation wie im Herbst des letzten Jahres darf sich nicht wiederholen. Dies würde unsere Integrationsfähigkeit überfordern. Die Politik arbeitet deshalb bereits intensiv daran, dass die Zahl der Flüchtlinge nicht wieder ansteigt. Denn die Fluchtursachen bestehen nach wie vor. Der Krieg in Syrien dauert an. Der sogenannte Islamische Staat ist nun auch in Nordafrika aktiv. Die Armut wurde in den letzten Jahren in vielen Teilen der Welt deutlich verringert, doch leiden noch immer zu viele Menschen Not. Gleichzeitig erfüllt uns die politische Situation in der Türkei mit Sorge, auch im Hinblick auf den Fortbestand des EU-Türkei-

Menschenhändlern das Geschäftsmodell zu nehmen, das Sterben im Mittelmeer und in der Sahara zu beenden und im Mittleren Osten und Afrika die Ursachen für Migration zu beseitigen;

5. die Asylverfahren in Europa zu harmonisieren und besser auf einander abzustimmen, so dass Schutzsuchende überall in Europa ähnliche Bedingungen vorfinden;

6. die finanziellen Leistungen für Asylbewerber im Einklang mit dem Grundgesetz auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu reduzieren und das Minimum für Asylbewerberleistungen EU-weit festzulegen;

7. die Erstaufnahme von Flüchtlingen durch den Bund zu organisieren, damit Migranten ohne Bleibeperspektive gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden;

8. die Asylverfahren im BAMF derart weiter zu beschleunigen, dass Neuansprüche im Regelfall nach vier Wochen beschieden werden;

9. Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen und Herkunftsstaaten europaweit einheitlich zu bewerten;

10. die europäische und deutsche Entwicklungshilfe für diejenigen Staaten zu kürzen, die nicht zur Rücknahme von eigenen Staatsangehörigen bereit sind;

11. die freiwilligen Rückreisen und Abschiebungen von Migranten ohne Bleibeperspektive im Rahmen eines einheitlichen Rückführungsmanagements durch den Bund zu organisieren;

12. das bereits geltende Recht anzuwenden und Migranten, die dort Urlaub machen, wo sie angeblich verfolgt werden, konsequent den Schutzstatus abzuerkennen;

13. die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive durch schnelle Behördenentscheidungen zu beschleunigen;

14. nachrangig zum privaten Arbeitsmarkt Beschäftigungsgesellschaften einzurichten, um Flüchtlinge mit Bleibeperspektive schnell in öffentlich finanzierte Arbeitsplätze zu bringen, die dem Allgemeinwesen zugutekommen;

15. die Bundesländer aufzufordern, für die Beschulung von Migranten eigene Lehrpläne für Berufsintegrations- und Sprachintensivklassen zu erstellen.

Abkommens.

Die CDU Deutschlands tritt für das folgende System ein: In den von der Union bereits in der Vergangenheit geforderten, bislang aber von der SPD abgelehnten Transitzentren wird eine Differenzierung nach Bleibeperspektive vorgenommen. Zur Entlastung unserer Städte und Gemeinden werden nur diejenigen, die eine gute Bleibeperspektive haben, aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen verteilt.

Wir begrüßen die Gesetzesinitiative von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, um die Ausreisepflicht besser durchzusetzen und damit die Zahl der Rückführungen weiter zu erhöhen. Im Gesetz wird geregelt, dass die Abschiebehafte ertüchtigt wird. Gleichzeitig soll eine Duldung nur noch denjenigen gewährt werden, deren Abschiebehindernis nicht selbstverschuldet ist. Personen, die die Behörden über Identität oder Staatsangehörigkeit täuschen oder an der Passersatzbeschaffung nicht ausreichend mitwirken, erhalten nur noch eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht.

Der Parteitag der CDU Deutschlands fordert,

1. an den EU-Außengrenzen Kontrollen zu gewährleisten, um nur solche Flüchtlinge in das Gebiet der EU zu lassen, die erkennbar schutzbedürftig sind und deren Identität und Nationalität geklärt ist;

2. bis zur Realisierung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen muss es weiter die Möglichkeit von Grenzkontrollen im Innern des Schengen-Raums geben. Darüber hinaus treten wir grundsätzlich für Transitzonen im Landgrenzenverfahren zur besseren Kontrolle unserer Grenzen ein. In diesen Transitzonen soll ein beschleunigtes Verfahren für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive durchgeführt werden;

3. sich auf europäischer Ebene für die Einrichtung von Registrierungszentren auch außerhalb des EU-Gebiets einzusetzen, um bereits dort die Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen vornehmen zu können. Zudem ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in ihren Herkunftsregionen noch stärker zu unterstützen, um den Menschen vor Ort eine Bleibeperspektive zu bieten;

4. Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens zu schließen, um Menschenhändlern das Geschäftsmodell zu nehmen, das Sterben im Mittelmeer und in der Sahara zu beenden und im Nahen und Mittleren Osten und Afrika die Ursachen für Migration zu bekämpfen;
5. ein einheitliches europäisches Asylsystem. Dazu gehören europaweit ähnliche Entscheidungsmaßstäbe sowie Maßnahmen, die den Missbrauch des Asylrechts wirksam verhindern;
6. das Minimum für Asylbewerberleistungen orientiert an der jeweiligen Kaufkraft EU-weit festzulegen;
7. Flüchtlinge mit schlechter Bleibeperspektive sollen von den Ländern aus den Erstaufnahmeeinrichtungen gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden;
8. Altfälle im Asylverfahren durch das BAMF zügig abzuschließen;
9. Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen und Herkunftsstaaten europaweit einheitlich zu bewerten;
10. Entwicklungsleistungen an die grundsätzliche Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer zu koppeln; Strafen dürfen jedoch nicht die Erfolge der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit gefährden.
11. die freiwilligen Rückreisen weiter zu stärken. Gleichzeitig müssen die Länder ihrer Pflicht nachkommen und abgelehnte Asylbewerber konsequent und zügig zurückführen;
12. das bereits geltende Recht anzuwenden und Migranten, die dort Urlaub machen, wo sie angeblich verfolgt werden, konsequent den Schutzstatus abzuerkennen;
13. die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive durch schnelle Behördenentscheidungen zu beschleunigen;
14. die mit dem Integrationsgesetz neugeschaffenen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten (AGHs) zügig zu besetzen;
15. die Bundesländer aufzufordern, für die

Beschulung von Migranten eigene Lehrpläne für BerufsinTEGRATIONS- und Sprachintensivklassen zu erstellen.

### **Antrag Nr. C 93 - BezV Südbaden**

Gender Mainstreaming

1. Die CDU fordert eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation sämtlicher Maßnahmen und Forschungen im Rahmen der Gender-Politik.
2. Die CDU fordert eine unabhängige Überprüfung von durch Steuergelder finanzierten Maßnahmen zur Gender-Politik sowie von deren Ergebnissen.
3. Die CDU fordert die Einstellung der Finanzierung von GM-Maßnahmen, die einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 93 und C 116 gemeinsam zu behandeln und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 94 - BezV Württemberg-Hohenzollern, KV Bodensee**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, die Möglichkeit zur Durchführung von Demonstrationen und Versammlungen, die thematisch vor dem reinen innenpolitischen Hintergrund anderer Staaten stattfinden, im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben einzuschränken.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 94 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 95 - BezV Württemberg-Hohenzollern, KV Bodensee**

In der Bundesrepublik Deutschland gilt ausschließlich deutsches sowie europäisches Recht. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, unsere rechtsstaatliche Grundordnung in jedem Fall durchzusetzen und jede Form von Paralleljustiz zu unterbinden. Den seit mehreren Jahren aufkommenden Überlegungen zu islamischen Schiedsinstanzen sind eine Absage zu erteilen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 95 in folgender Fassung anzunehmen:

Wenn religiöse oder kulturell übermittelte Traditionen zu einer Missachtung unserer Rechtsordnung führen, dürfen wir dies nicht akzeptieren. Die CDU Deutschlands tritt der Abschottung in Parallelgesellschaften und islamistischen Sondergerichten außerhalb unserer Rechtsordnung entschieden entgegen.

### **Antrag Nr. C 96 - KV Alb-Donau/Ulm**

Freiheit verteidigen – Bargeldabschaffung verhindern

Die CDU Deutschlands wendet sich entschieden gegen alle Bemühungen, das Bargeld in der Eurozone abzuschaffen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 96 und C 131 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Beibehaltung von Bargeld

Die CDU Deutschlands fordert die Beibehaltung von Bargeld als Zahlungsmittel.

### **Antrag Nr. C 97 - KV Alb-Donau/Ulm**

Die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank beenden

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Europäische Zentralbank die Nullzinspolitik beendet.

C 97 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 98 - KV Alb-Donau/Ulm**

Die Planungs- und Gestaltungsrechte der Kommunen für die Innenentwicklung stärken

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 98 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird aufgefordert, den Vorrang der Innenentwicklung der Kommunen durch die Anpassung der einschränkenden Vorschriften, z. B. der Geruchsimmisionsrichtlinie (GIRL) zu unterstützen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Vorrang der Innenentwicklung der Kommunen zu unterstützen und dafür insbesondere die Anpassung der Geruchsimmisionsrichtlinie (GIRL) für nicht mehr genutzte Tierhaltungen und Ställe zu prüfen.

### **Antrag Nr. C 99 - KV Alb-Donau/Ulm**

Das Ziel "Zukunftskonzepte für die sozialen Sicherungssysteme" zu entwickeln, in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 99 an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales zu überweisen.

Das Ziel "Zukunftskonzepte für die sozialen Sicherungssysteme" (Gesundheits- und Rentensystem) zu entwickeln, welche die Versorgung, aber auch die Belastbarkeit für die nächste Generation sicherstellen, in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 aufzunehmen.

### **Antrag Nr. C 100 - KV Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg, Auslandsverband Brüssel**

Unvereinbarkeit der CDU-Mitgliedschaft mit einer Mitgliedschaft in der AKP und anderen antidemokratischen Organisationen in der Türkei

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 100 und C 101 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Als CDU sind wir stolz darauf, dass in unserer Partei so viele leistungsbereite und vielfach junge Menschen mit Migrationshintergrund aktiv sind, die sich uneingeschränkt zu unserem Land sowie den Grundwerten unserer Partei bekennen, und wir freuen uns jederzeit über weitere derartige Menschen, die in unserer Partei mitarbeiten möchten. Wer allerdings in nationalistischen, islamistischen, kommunistischen oder anderweitig extremistischen Organisationen aktiv ist, beweist genau das Gegenteil und macht deutlich, dass er sich gerade nicht zu unserer Europäischen Union, unserem Land und unseren christdemokratischen Grundwerten bekennt.

Die CDU bekräftigt den mit der Beschlussfassung des 27. Parteitags der CDU Deutschlands zu § 12 Nr. 2 Statut der CDU einhergehenden Grundsatz, dass eine Mitgliedschaft in der CDU mit einer Mitgliedschaft in einer Organisation unvereinbar ist, deren Ziele nach dem sachlich gerechtfertigten Verständnis der CDU die gleichzeitige Verfolgung der Ziele und Grundsätze der CDU ausschließen und dadurch die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der CDU beeinträchtigt.

Die Mitgliedschaft in der CDU ist nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft in der türkischen Partei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi), in der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, in der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), in der Gülen-Bewegung (Hizmet), in der Stiftung Dialog und Bildung, in den Grauen Wölfen, in der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland bzw. Türkische Föderation (Türk Federasyon oder kurz ADÜTDF), in der Arbeiterpartei Kudistans (PKK), im Demokratischen Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland sowie in deren Jugend-, Frauen- und anderen Unterorganisationen.

Sämtliche dieser Organisationen setzen sich für eine islamistisch, nationalistisch oder kommunistisch geprägte Türkei ein. Insbesondere die von der AKP geführte türkische Regierung führt einen blutigen Bürgerkrieg im Südosten des Landes gegen die eigene Bevölkerung, hat Tausende Journalisten, Beamte,

Richter, Soldaten, Professoren und Lehrer ohne rechtsstaatliche Verfahren entlassen und verhaftet und hat nun sogar führende Abgeordnete der Opposition wegen angeblichem Terrorismusverdacht verhaftet.

Unter der Regierung der AKP ist die Türkei nach Einschätzung der deutschen Bundesregierung außerdem zu einer „zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen“ geworden.

Auch bei in Deutschland wohnenden Türken und Kurden sowie bei türkeistämmigen Deutschen verbreiten diese Organisationen ihre antiwestlichen, antieuropäischen und antidemokratischen Ziele. Diese Ziele sind nicht vereinbar mit den Grundwerten wie sie in den EU-Verträgen, in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, im Grundgesetz sowie im CDU-Grundsatzprogramm niedergelegt sind. Die Ziele widersprechen insbesondere den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats sowie der Nichtdiskriminierung zwischen Geschlechtern und Religionen. Außerdem lassen alle Organisationen bei ihrer Arbeit in Deutschland den Respekt vor und die Loyalität mit der Europäischen Union und Deutschland vermissen und setzen sich stattdessen kompromisslos für innenpolitische Ziele in der Türkei ein. Eine Mitgliedschaft in diesen Organisationen verstößt daher erheblich gegen die Grundsätze der Partei und fügt ihr schweren Schaden zu (Paragraph 11 Absatz 1 Statut der CDU, Paragraph 10 Absatz 4 Parteiengesetz).

## **Antrag Nr. C 101 - KV Berlin-Neukölln**

Unvereinbarkeit der CDU-Mitgliedschaft mit einer Mitgliedschaft in der AKP und anderen antidemokratischen Organisationen in der Türkei

Als CDU sind wir stolz darauf, dass in unserer Partei so viele leistungsbereite und vielfach junge Menschen mit Migrationshintergrund aktiv sind, die sich uneingeschränkt zu unserem Land sowie den Grundwerten unserer Partei bekennen, und wir freuen uns jederzeit über weitere derartige Menschen, die in unserer Partei mitarbeiten möchten. Wer allerdings in nationalistischen oder islamistischen Organisationen aktiv ist, beweist genau das Gegenteil und macht deutlich, dass er sich gerade nicht zu unserer Europäischen Union, unserem Land und unseren christdemokratischen Grundwerten bekennt.

Die Mitgliedschaft in der CDU ist nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft in der türkischen Partei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi), in der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, in der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), in der Gülen-Bewegung (Hizmet), in der Stiftung Dialog und Bildung, in den Grauen Wölfen, in der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland bzw. Türkische Föderation (Türk Federasyon oder kurz ADÜTDF), in der Arbeiterpartei Kudistans (PKK), im Demokratischen Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland sowie in deren Jugend-, Frauen- und anderen Unterorganisationen.

Sämtliche dieser Organisationen setzen sich für eine islamistisch oder nationalistisch oder kommunistisch geprägte Türkei ein. Insbesondere die von der AKP geführte türkische Regierung führt einen blutigen Bürgerkrieg im Südosten des Landes gegen die eigene Bevölkerung, hat Tausende Journalisten, Beamte, Richter, Soldaten, Professoren und Lehrer ohne rechtsstaatliche Verfahren entlassen und verhaftet und hat nun sogar führende Abgeordnete der Opposition wegen angeblichem Terrorismusverdacht verhaftet.

Unter der Regierung der AKP ist die Türkei nach Einschätzung der deutschen Bundesregierung außerdem zu einer „zentralen Aktionsplattform für

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 100 und C 101 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU bekräftigt den mit der Beschlussfassung des 27. Parteitags der CDU Deutschlands zu § 12 Nr. 2 Statut der CDU einhergehenden Grundsatz, dass eine Mitgliedschaft in der CDU mit einer Mitgliedschaft in einer Organisation unvereinbar ist, deren Ziele nach dem sachlich gerechtfertigten Verständnis der CDU die gleichzeitige Verfolgung der Ziele und Grundsätze der CDU ausschließen und dadurch die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der CDU beeinträchtigt.

islamistische Gruppierungen“ geworden.

Auch bei in Deutschland wohnenden Türken und Kurden sowie bei türkeistämmigen Deutschen verbreiten diese Organisationen ihre antiwestlichen, antieuropäischen und antidemokratischen Ziele. Diese Ziele sind nicht vereinbar mit den Grundwerten wie sie in den EU-Verträgen, in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, im Grundgesetz sowie im CDU-Grundsatzprogramm niedergelegt sind. Die Ziele widersprechen insbesondere den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats sowie der Nichtdiskriminierung zwischen Geschlechtern und Religionen. Außerdem lassen alle Organisationen bei ihrer Arbeit in Deutschland den Respekt vor und die Loyalität mit der Europäischen Union und Deutschland vermissen und setzen sich stattdessen kompromisslos für innenpolitische Ziele in der Türkei ein. Eine Mitgliedschaft in diesen Organisationen verstößt daher erheblich gegen die Grundsätze der Partei und fügt ihr schweren Schaden zu (Paragraph 11 Absatz 1 Statut der CDU, Paragraph 10 Absatz 4 Parteiengesetz).

## Antrag Nr. C 102 - KV Bielefeld

### Verbot der Vollverschleierung

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, ein Verbot der Vollverschleierung (Ganzkörper-Schleier wie Burka sowie Gesichtsschleier wie Niqab) im öffentlichen Raum gesetzlich zu regeln und ein grundsätzliches Verbot zu erlassen. Insbesondere Amtsträger dürfen keine Vollverschleierung während der Ausübung ihres Dienstes tragen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 36, C 59, C 66, C 88, C 102 und C 130 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Vollverschleierung klare Grenzen setzen

Burka und andere Vollverschleierungen passen nicht zu unserem Land und unserer freiheitlichen Kultur. Sie steht mit ihrer frauenverachtenden Symbolik im Widerspruch zur Gleichberechtigung und Würde der Frau. Sie leistet Parallelgesellschaften Vorschub und ist damit ein Integrationshemmnis. Die Vollverschleierung widerspricht unserem gesellschaftlichen Konsens. Wir lehnen sie daher ab und fordern, dass alle Menschen ihr Gesicht zeigen. Jedenfalls in bestimmten Bereichen ist es für das Funktionieren unserer Rechtsordnung unverzichtbar, dieses auch rechtlich einzufordern:

- Staatliche Institutionen repräsentieren unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Vollverschleierung im öffentlichen Dienst ist inakzeptabel.
- Dies gilt gerade auch für den Bildungsbereich. In Kitas, Schulen und Hochschulen ist kein Platz für Vollverschleierung.
- Im Gericht muss das Gesicht der Verfahrensbeteiligten vollständig sichtbar und erkennbar sein.
- Dort, wo eine Identifizierung notwendig und geboten ist (bei Passkontrollen, bei Verkehrskontrollen, im Meldeamt, Standesamt etc.), muss das Zeigen des Gesichts auch

durchgesetzt werden können.

- Jeder muss bei Demonstrationen sein Gesicht zeigen. Unser Rechtsstaat kann Vollverschleierung hier nicht akzeptieren.
- Vollverschleierung ist überdies in solchen Situation zu verbieten, in denen sie eine Gefahr für andere wird. Dies gilt insbesondere im Straßenverkehr.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundes- und Länderebene schaffen, damit Verstöße gegen das Verbot der Vollverschleierung in den genannten öffentlichen Bereichen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

## Antrag Nr. C 103 - KV Borken, KV Harz, KV Steinfurt

Europa nach dem Brexit - „ever better Union“ anstatt „ever closer Union“

Großbritannien ist zweitgrößter EU-Nettozahler, außenpolitisches Schwergewicht und ein wichtiger Verbündeter in Fragen des Binnenmarktes (Dienstleistungsfreiheit, TTIP), der Energiepolitik (Strombinnenmarkt), einer marktorientierten Landwirtschaft und der Subsidiarität (soziales Europa, aber keine Sozialunion). Die Brexit-Diskussion muss deshalb mit Bedacht geführt werden. Die EU muss den Briten Optionen zum Verbleib im Binnenmarkt und auch in der EU einräumen, ohne Großbritannien dabei Vorteile zu gewähren.

Für den Fall eines Brexits fordern wir:

- eine entsprechende Verkleinerung des Europäischen Parlaments. Bestrebungen, die 73 Europaabgeordneten auf andere Mitgliedsländer zu verteilen und es bei 751 Abgeordneten zu belassen, erteilen wir eine Absage. Davon würde nur Deutschland, das die vertragliche Obergrenze von 96 bereits erreicht hat, nicht profitieren.
- Ein stärkeres Europa für wenige Kernthemen: Leitlinie europäischen Handelns muss mehr die Erwartungshaltung der Menschen werden. Sie wollen ein starkes und geeintes Europa in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen mit europäischen, schlagkräftigen Konzepten der Terrorabwehr. Eine fortschreitende Globalisierung erfordert zudem einen engeren Schulterschluss auch in Energie- und Forschungsfragen, sowie europäisch vernetzte Verkehrsinfrastrukturen. Kernthemen der Zukunft sind zudem die Vollendung des Binnenmarktes und seine räumliche Erweiterung durch Handelserleichterungen mit anderen starken Wirtschaftsregionen der Welt (CETA und TTIP). Gerade für Binnenmarkt- und Handelsfragen fordern wir mehr EU-Kompetenzen. Eine Blockade von Freihandelsabkommen durch einzelne Staaten oder Regionalparlamente muss der Vergangenheit angehören.
- Eine klarere Absage an die Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen: Ohne die Briten wird Deutschland mehr politische Verantwortung übernehmen müssen, ist aber gleichzeitig aufgrund neuer Mehrheiten nur noch sehr schwer in der Lage, finanziellen Begehrlichkeiten der Kohäsions- und südeuropäischen Länder entgegenzuwirken. Es fehlen wichtige Stimmen in Rat und Parlament für eine liberale, wirtschaftliche Ausrichtung und

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 53 und C 103 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Europa nach dem Brexit - für eine Union der Bürgerinnen und Bürger

Die CDU Deutschlands bedauert das Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich, respektiert jedoch den Willen der Mehrheit der britischen Bevölkerung. Das Vereinigte Königreich ist zweitgrößter EU-Nettozahler, außenpolitisches Schwergewicht und ein wichtiger Verbündeter Deutschlands in Fragen des Binnenmarktes und Handels (Dienstleistungsfreiheit, CETA, TTIP), der Energiepolitik (Strombinnenmarkt), einer marktorientierten Landwirtschaft und der Subsidiarität (soziales Europa, aber keine Sozialunion). Die Brexit-Verhandlungen müssen deshalb mit Bedacht geführt werden. Die EU hat sehr großes Interesse an einer weiterhin möglichst engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich. Voraussetzung für den Zugang zum Binnenmarkt ist aber, dass das Vereinigte Königreich alle vier Freiheiten akzeptiert.

Für den Fall des Brexits fordern wir:

- eine entsprechende Verkleinerung des Europäischen Parlaments. Bestrebungen, die 73 Europaabgeordneten auf andere Mitgliedsländer zu verteilen und es bei 751 Abgeordneten zu belassen, erteilen wir eine Absage. Davon würde nur Deutschland nicht profitieren, das die vertragliche Obergrenze von 96 Abgeordneten bereits erreicht hat.

gegen den Weg in eine finanzielle Transferunion. Umso dringlicher ist es, die Europäische Union auf die wichtigen Kernfragen zu konzentrieren und allen Bestrebungen in Richtung Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen sowie finanziellen Transfermechanismen eine sehr deutliche Absage zu erteilen. Für die CDU sind diese rote Linien der deutschen Europapolitik, da neue Konfliktpotenziale entstehen, die den europäischen Zusammenhalt eher gefährden als ihn zu fördern.

- Mehr Pragmatismus in der Europäischen Zusammenarbeit: Theoretische europäische Vertiefungsdiskussionen (Kommission als „echte“ EU-Regierung, Zwei-Kammersystem, neuer Konvent für eine EU-Verfassung u. ä.) sind gerade auch angesichts des britischen Weckrufs kontraproduktiv für die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung. Zudem ist die Gemeinschaftsmethode zwar unser Ziel, aber nicht immer der effizienteste, schnellste und realistischste Ansatz für mehr europäische Kooperation. Dagegen können aufgewertete zwischenstaatliche Verträge gerade in dringlichen Sicherheits- und Verteidigungsfragen schnellere europäische Lösungen liefern. Wie beim Schengen-Raum, der Eurozone und den Rettungsschirmen können auch in Sicherheitsfragen oder bei der Einlagensicherung zwischenstaatliche Lösungen Vorläufer für gesamteuropäische Ansätze mit Einbindung der Institutionen sein. Einer pragmatischen „ever better Union“ muss Vorrang vor einer ideologischen „ever closer Union“ gegeben werden.

- Ein stärkeres Europa für wenige Kernthemen: Die EU muss den Bürgerinnen und Bürgern dienen. Sie wollen ein starkes und geeintes Europa in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen mit europäischen, schlagkräftigen Konzepten der Terrorabwehr. Eine fortschreitende Globalisierung erfordert zudem einen engeren Schulterschluss auch in Energie- und Forschungsfragen sowie europäisch vernetzte Verkehrsinfrastrukturen. Kernthemen der Zukunft sind zudem die Vollendung des Binnenmarktes und seine räumliche Erweiterung durch Handelserleichterungen mit anderen starken Wirtschaftsregionen der Welt. Gerade für Binnenmarkt- und Handelsfragen fordern wir – unter Achtung der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Daseinsvorsorge – mehr EU-Kompetenzen. Eine Blockade von Freihandelsabkommen durch einzelne Staaten oder Regionalparlamente muss der Vergangenheit angehören.

- Eine klare Absage an die Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen: Ohne die Briten wird Deutschland mehr politische Verantwortung übernehmen müssen. Gleichzeitig wird es aber aufgrund neuer Mehrheiten schwieriger, finanziellen Begehrlichkeiten der Kohäsions- und südeuropäischen Länder entgegenzuwirken. Es fehlen wichtige Stimmen in Rat und Parlament für eine liberale, wirtschaftliche Ausrichtung und gegen den Weg in eine finanzielle Transferunion. Umso dringlicher ist es, die Europäische Union auf die wichtigen Kernfragen zu konzentrieren und allen Bestrebungen in Richtung Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen sowie finanziellen Transfermechanismen eine sehr deutliche Absage zu erteilen. Sonst würde der europäische Zusammenhalt eher gefährdet als gefördert.

- Pragmatismus in der Europäischen Zusammenarbeit: Europäische Vertiefungsdiskussionen sind angesichts der britischen Entscheidung kontraproduktiv für die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung. Die Europapolitik der CDU basiert grundsätzlich auf der Gemeinschaftsmethode, die Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz gewährleistet.

Die CDU betont, dass die Europäische Union für eine gute Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist und bleibt. Nur gemeinsam können wir im Interesse unserer

Nationen und Völker die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen und die sich bietenden Chancen nutzen. Nur gemeinsam haben wir eine Stimme, die in der Welt Gehör findet.

## Antrag Nr. C 104 - KV Coesfeld

Innere Sicherheit

Für eine effektive Justiz und Strafverfolgung ist die Strafprozessordnung dahingehend zu überarbeiten, dass

- Bewährungsstrafen für Wiederholungstäter von Strafgerichten nur in begründeten Ausnahmefällen verhängt werden können,
- der Strafenkatalog um intelligente Sanktionsmöglichkeiten wie generellen Führerscheinentzug, Vermögensentziehung oder bei straffälligen Ausländern um konsequente Abschiebung erweitert wird und
- Geldstrafen bei erkennbar vermögenslosen Straftätern nicht verhängt werden dürfen.

## Antrag Nr. C 105 - KV Coesfeld

Zur Entlastung der Polizei und der Justiz ist beizutragen durch Übertragung von Bürokratie auf Polizei- und Verwaltungsassistenten, durch Abschaffung vermeidbarer Berichtspflichten und durch Übertragung der Zuständigkeiten bei Bagatelldelikten wie Nachbarschaftsstreitigkeiten etc. auf Ordnungsämter und – wie es bis in die 70er Jahre erfolgreich praktiziert wurde – Schiedsleute.

## Antrag Nr. C 106 - KV Coesfeld

Zukünftig sind alle Sicherheitsbehörden einschließlich der Bundeswehr mit kompatiblen Software- und Kommunikationssystemen oder mit gleichen Schnittstellen auszustatten, um neben der Reduzierung von Beschaffungskosten auch im Ernst- und Katastrophenfall notwendige Daten austauschen und ungehindert miteinander kommunizieren zu können.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 104 in folgender Fassung anzunehmen:

Straf- und Strafprozessrecht an aktuelle Anforderungen anpassen.

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, das Straf- und Strafprozessrecht an die aktuellen Anforderungen anzupassen und im Sinne einer präventiven und repressiven Bekämpfung von Kriminalität zu überarbeiten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 105 in folgender Fassung anzunehmen:

Wir brauchen mehr Polizei auf unseren Straßen und Plätzen. Polizisten müssen bei Tag und Nacht sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens sein. Gerade aufgrund der aktuellen Sicherheitslage sind die Polizeibehörden des Bundes und der Länder mehr gefordert denn je. Damit möglichst viele Polizisten für ihre originären Aufgaben zur Verfügung stehen, gilt es zu prüfen, von welchen Tätigkeiten, beispielsweise im Verwaltungsbereich, sie entlastet werden können. Diese Prüfung sollte auch mit Blick auf eine effektive Arbeitsfähigkeit der Justiz erfolgen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 106 in folgender Fassung anzunehmen:

Komplexe Einsatzszenarien, beispielsweise durch den internationalen Terrorismus oder Katastrophenlagen, erfordern ein enges und koordiniertes Zusammenspiel aller beteiligten Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Insbesondere dem Austausch von Informationen kommt in diesen Bereichen eine zunehmend größere Bedeutung zu. Die CDU Deutschlands

spricht sich daher für eine enge Vernetzung der Sicherheitsbehörden aus. Diese Vernetzung kann u. a. durch kompatible Software- und Kommunikationssysteme oder entsprechende Schnittstellen erreicht werden.

### **Antrag Nr. C 107 - KV Coesfeld**

Die CDU Deutschlands fordert, über das Bundesinnenministerium auf die Länder einzuwirken, dass bei Straftaten eine hohe Aufklärungsquote und daraus resultierende niedrigere Fallzahlen nicht mit pauschalen Personalkürzungen bestraft werden, sondern insbesondere in Flächenkreisen einen Flächenfaktor bei der Personalberechnung einzuführen und die dezentralen Kreispolizeibehörden zu stärken.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 107 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands arbeitet dafür, dass die Menschen in unserem Land frei und sicher leben können. Dafür stärken wir die deutschen Sicherheitsbehörden mit mehr Personal, besserer Ausstattung und mehr Befugnissen. Wir fordern eine weitere personelle Stärkung unserer Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern, um den aktuellen Entwicklungen krimineller Phänomene, wie beispielsweise dem Wohnungseinbruchdiebstahl, ausreichend Rechnung zu tragen. Zudem muss das Sicherheitsgefühl der Menschen weiter verbessert werden. Hierzu muss die Polizei sichtbar sein. Dies gilt nicht nur für Ballungsgebiete, sondern auch für ländliche Regionen.

### **Antrag Nr. C 108 - KV Coesfeld**

Begrenzung Abgeordnetenzahl

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, die Initiative des Bundestagspräsidenten zu unterstützen, die Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag auf maximal 630 Abgeordnete zu begrenzen und die entsprechende Regelung schnellstmöglich umzusetzen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 82, C 108 und C 112 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Begrenzung der Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag

Die CDU Deutschlands unterstützt die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Wahlrechtsänderung, um sicherzustellen, dass bei Bundestagswahlen die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht.

### **Antrag Nr. C 109 - KV Düsseldorf**

Die CDU Deutschland spricht sich für die Einführung von Kreuzungssperrflächen in Kreuzungsbereichen aus. Damit soll das Blockieren von Kreuzungen vermieden werden. Gleichzeitig spricht sich die CDU Deutschland für eine Anpassung des Bußgeldkataloges aus. Das Anhalten in einer Kreuzungssperrfläche, soll grundsätzlich mit einem Bußgeld geahndet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 109 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

**Antrag Nr. C 110 - KV Frankfurt/Main**

Frankfurts Rolle als Finanzplatz stärken

Über 50 Prozent der britischen Wählerinnen und Wähler haben am 23. Juni 2016 für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Im Respekt gegenüber der souveränen Entscheidung der Briten bedauert die CDU Deutschlands diesen Schritt, da er nicht zu mehr, sondern zu weniger Europa in den Köpfen, in den Herzen und in den Handlungen der Europäer und ihrer Staaten führt und den weiteren Einigungsweg Europas erschweren wird.

Dennoch gilt es, diese Entscheidung zu akzeptieren und die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, zu meistern. Für Frankfurt am Main ergeben sich aus dieser Entscheidung Chancen, die auch die Rolle Deutschlands als zentraler europäischer Finanzstandort weiter stärken können, wenn alle Kräfte auf Bundes- und Landesebene sowie im kommunalen Rahmen genutzt werden, um diese auf die Förderung Frankfurts zu richten. Nur mit der Stärkung von Frankfurt am Main hat Deutschland im Wettbewerb der Europäischen Staaten eine realistische Chance, seine Rolle als europäischer und international bedeutender Finanzstandort auszubauen.

Die CDU Deutschland setzt sich daher dafür ein, Frankfurt am Main zu der europäischen Finanzhauptstadt in der Europäischen Union weiter auszubauen, indem sie sich für das Engagement der Bundesregierung zur Ansiedlung wichtiger europäischer Institutionen, wie der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), einsetzt und sich für die notwendige Unterstützung Frankfurts engagiert.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 110 in folgender Fassung anzunehmen:

Frankfurts Rolle als Finanzplatz stärken

Über 50 Prozent der britischen Wählerinnen und Wähler haben am 23. Juni 2016 für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Im Respekt gegenüber der souveränen Entscheidung der Briten bedauert die CDU Deutschlands diesen Schritt, da er nicht zu mehr, sondern zu weniger Europa in den Köpfen, in den Herzen und in den Handlungen der Europäer und ihrer Staaten führt und den weiteren Einigungsweg Europas erschweren wird.

Dennoch gilt es, diese Entscheidung zu akzeptieren und die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, zu meistern. Für Frankfurt am Main ergeben sich aus dieser Entscheidung Chancen, die auch die Rolle Deutschlands als zentraler europäischer Finanzstandort weiter stärken können, wenn alle Kräfte auf Bundes- und Landesebene sowie im kommunalen Rahmen genutzt werden, um diese auf die Förderung Frankfurts zu richten. Nur mit der Stärkung von Frankfurt am Main hat Deutschland im Wettbewerb der Europäischen Staaten eine realistische Chance, seine Rolle als europäischer und international bedeutender Finanzstandort auszubauen.

Die CDU Deutschlands setzt sich daher dafür ein, Frankfurt am Main zu dem europäischen Finanzhandelszentrum in der Europäischen Union weiter auszubauen, indem sie sich für das Engagement der Bundesregierung zur Ansiedlung wichtiger europäischer Institutionen, wie der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), einsetzt und sich für die notwendige Unterstützung Frankfurts engagiert.

**Antrag Nr. C 111 - KV Frankfurt/Main**

Antisemitischer BDS-Bewegung konsequent entgegen treten

Seit über 10 Jahren versucht die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions), den Staat Israel international zu isolieren und ruft in vielen Ländern dieser Welt zunehmend zu Boykottmaßnahmen auf. Wer heute unter der Fahne der BDS-Bewegung zum Boykott israelischer Waren und Dienstleistungen aufruft, der spricht in der gleichen Sprache, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu kaufen. Dies ist nichts anderes als plumper Antisemitismus, wie ihn schon die Nationalsozialisten instrumentalisiert haben.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 111 anzunehmen.

Mit BDS kommt der Antisemitismus als Antizionismus daher, doch auch in neuen Kleidern des 21. Jahrhunderts bleibt Judenfeindlichkeit Judenfeindlichkeit. Daher müssen alle notwendigen Anstrengungen darauf gerichtet werden, dieser Form des Antisemitismus und der aggressiven Feindlichkeit gegenüber Israel entschieden entgegen zu treten.

In den zurückliegenden Monaten hat sich in verschiedenen Ländern auch deutlicher Widerstand gegen die BDS Bewegung gezeigt. So haben nationale wie kommunale Parlamente und Verwaltungen, wie z.B. in Großbritannien, Kanada und Paris Beschlüsse zur Ablehnung dieser Boykottaktion beschlossen.

Die CDU Deutschlands erklärt ebenso ihre Missbilligung und Ablehnung jeglicher BDS-Aktivitäten und verurteilt diese als antisemitisch. Jeglichen Aktionen, die Israel feindlich begegnen, tritt die CDU Deutschlands entschieden entgegen. Die CDU Deutschlands bekennt sich zu der tief empfundenen Freundschaft zu Israel und setzt sich auch weiterhin für eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern ein.

## **Antrag Nr. C 112 - KV Hohenlohekreis**

Wahlrecht Bundestagswahl

1. Die CDU Deutschlands spricht sich für eine Wahlrechtsänderung aus, die sicherstellt, dass bei der kommenden Bundestagswahl die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht.

2. Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, in der kommenden Legislaturperiode die Initiative für eine grundlegende Reform des Wahlrechts zu ergreifen. Dabei könnten wesentliche Elemente des geltenden Wahlrechts wie der Grundsatz der personalisierten Verhältniswahl und die Fünf-Prozent-Klausel im Grundgesetz verankert werden. Die Dauer der Wahlperiode soll auf fünf Jahre verlängert werden.

## **Antrag Nr. C 113 - KV Karlsruhe-Stadt**

Die CDU Deutschlands fordert die unverzügliche Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 82, C 108 und C 112 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Begrenzung der Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag

Die CDU Deutschlands unterstützt die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Wahlrechtsänderung, um sicherzustellen, dass bei Bundestagswahlen die Zahl der Sitze des Bundestages nicht wesentlich über die gesetzliche Anzahl von 598 Mitgliedern hinausgeht.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 113 in folgender Fassung anzunehmen:

Die Türkei ist nicht bereit dafür, der Europäischen Union beizutreten. Sie erfüllt die Kopenhagener Beitrittskriterien nicht. Vielmehr entfernt sich die Türkei von den politischen Beitrittskriterien - von dem Ziel, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte zu verwirklichen. Die türkische Staatsführung zeigt momentan auch kein Interesse, sich europäischen Standards anzunähern. Dennoch sollten die Beitrittsverhandlungen nicht einseitig von der EU ausgesetzt werden.

Eine einseitige Aussetzung der Beitrittsgespräche ist aktuell nicht im Interesse der EU. Sie würde

der EU auch der letzten Einflussmöglichkeiten auf die Türkei berauben. Die konkreten Verhandlungen über die Beitrittskapitel bieten zumindest die Chance, mit der türkischen Führung über innenpolitische Fragen in der Diskussion zu bleiben und damit auch die Menschen zu unterstützen, die sich in der Türkei für mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte einsetzen. Zudem würden durch eine einseitige Aussetzung der Verhandlungen durch die EU die Kräfte in der Türkei, die eine prowestliche Orientierung verfolgen, an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren.

Sollte in der Türkei die Todesstrafe wieder eingeführt werden, wäre die Beendigung der Beitrittsverhandlungen zwingend.

### **Antrag Nr. C 114 - KV Karlsruhe-Stadt**

Die CDU Deutschlands fordert von Deutschland und Europa eine weitere deutliche finanzielle und personelle Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 114 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU Deutschlands begrüßt, dass die auf FRONTEX aufbauende Europäische Grenz- und Küstenwache im Oktober dieses Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat. Die neue Europäische Grenz- und Küstenwache hat die Aufgabe, die Außengrenzen der EU zu beobachten und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten mögliche Sicherheitsbedrohungen für den Schengen-Raum rasch zu ermitteln und zu entschärfen. Bei Bedarf müssen die Mitgliedstaaten der EU hierfür die notwendigen Reserveeinheiten bereitstellen.

### **Antrag Nr. C 115 - KV Karlsruhe-Stadt**

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, einen eigenen Staatsminister für Digitalisierung im Bundeskanzleramt zu bestellen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 115 in folgender Fassung anzunehmen:

Die Digitalisierung ist ein echtes Zukunftsfeld. Sie bietet große Chancen, unseren Wohlstand und die Lebensqualität zu steigern und Deutschlands Zukunftsfähigkeit zu sichern. Hier kann und muss die CDU beweisen, dass sie die Wirtschaftspartei ist; hier kann sie beweisen, dass sie eine moderne Partei ist; hier kann sie beweisen, dass die CDU die Zukunft gestaltet und Deutschland nach vorne bringt. Die Digitalisierung muss für die CDU eines der zentralen Projekte der kommenden Legislaturperiode werden.

Deshalb soll ein Ressort „Digitales Deutschland“

im Bundeskanzleramt geschaffen werden, um den digitalen Staat zeitnah und flächendeckend umzusetzen. Dem Ressort soll eine Staatsministerin oder ein Staatsminister mit Kabinettsrang vorstehen. Es bündelt als „digitale Koordinierungseinheit“ alle digitalen Zuständigkeiten und ist gegenüber staatlichen Behörden und anderen Ressorts in den Bereichen der Standardsetzung, Schnittstellendefinition und Implementierung weisungsbefugt. Die Aufgabe ist es, die Umsetzung der eGovernment-Strategie, auch in seiner europäischen Dimension, zu planen, zu koordinieren und zu kontrollieren. Hierbei muss vor allem die Kooperation von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und der Wirtschaft auf der einen Seite sowie den europäischen Anforderungen und einer EU-grenzüberschreitenden eGovernment-Strategie auf der anderen Seite im Vordergrund stehen. Die bestehenden Gremien sollen in das Ressort überführt werden. Außerdem bekommt der Staatsminister ein eigenes Budget (zweckgebundene Haushaltsmittel) zur Verfügung gestellt. Der Ausschuss „Digitale Agenda“ soll zudem die Federführung für vorab festgelegte Themenaspekte der Digitalisierung erhalten und in enger Abstimmung mit dem Bundesbeauftragten den digitalen Wandel in Deutschland vorantreiben.

### **Antrag Nr. C 116 - KV Karlsruhe-Stadt**

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, öffentliche Forschungsmittel für Projekte auf dem Gebiet der sogenannten „Gender Studies“ nur noch nach kritischer Prüfung der Wissenschaftlichkeit und des wissenschaftlichen Nutzens dieser Projekte zu bewilligen, um Missbrauch vorzubeugen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 93 und C 116 gemeinsam zu behandeln und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 117 - KV Ludwigsburg**

Indoktrination stoppen – Missbrauch der Religionsfreiheit verhindern

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bundesweit dafür einzusetzen, dass Geld aus dem Ausland zum Bau und Erhalt von Bekenntniseinrichtungen (etwa Moscheen) und für Gehälter von Predigern in Deutschland allenfalls dann fließen darf, wenn im dortigen Herkunftsland vergleichbare Freiheiten wie bei uns bestehen und Christen nicht verfolgt werden

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 117 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 118 - KV Lüneburg**

Einstieg in den Ausstieg von Kindergartengebühren

Verbesserung von Bildungschancen für alle Kinder heißt auch Einstieg in den

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 118 an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von

Ausstieg von Kindergartengebühren. Bildung für unsere Kleinen darf nicht weiter zur finanziellen Belastung von Familien werden! Deshalb sollte der Bund neben den Ländern, die Kommunen und Eltern durch Unterstützungsprogramme entlasten.

Berlin zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 119 - KV Lüneburg**

Ordnungsrechtliche Instrumente zum Schutz der Persönlichkeitsrechte

Umfassender Datenschutz gelingt nur, wenn es auch ordnungsrechtliche Instrumente auf Vollzugsebene gibt. Wir bitten den Bundestag für eine Verankerung von Straftatbeständen zum Datenmissbrauch einzutreten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 119 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Folgende Maßnahmen sind aus unserer Sicht außerdem erforderlich:

- dass die Länder ihre Gefahrenabwehrregelungen entsprechend anpassen,
- Schulung der Polizei zum Thema Internetkriminalität bundeseinheitlich durchführen und die Polizei entsprechend ausstatten,
- EDV-Programme der Polizei bundeseinheitlich aufbauen. (Jetzt nutzt jedes Bundesland eigene Programme, die häufig nicht kompatibel sind)

### **Antrag Nr. C 120 - KV Minden-Lübbecke**

Freie Fahrt zwischen Rhein/Ruhr über Hannover nach Berlin  
4-gleisiger Ausbau statt Neubautrasse mit Tunnellösung durch das Weser- und Wiehengebirge

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 120 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

1. Eine durchgehende 4-gleisige Bahnstrecke zwischen Hamm, Bielefeld und Hannover hat eine sehr hohe Bedeutung. Die CDU Deutschlands begrüßt daher die Klassifikation dieses Lückenschlusses als „vordringlicher Bedarf“.

2. Die CDU Deutschland lehnt allerdings die im Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan 2030 (Ifd.-Nr. 13, Projektliste Schiene, neues Vorhaben, Projektnummer 2-016-V01) mit vordringlichem Bedarf vorgesehene Neubautrasse und Tunnellösung durch das Weser- u. Wiehengebirge zwischen den Städten Porta Westfalica und Bückeburg ab.

3. Das zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird aufgefordert,

a) den bestehenden Streckenabschnitt zwischen Hannover und Lindhorst mit zwei zusätzlichen Gleisen im Bereich Seelze bis Lindhorst, Vmax 230 km/h;

b) im weiteren Verlauf

aa) den bestehenden Streckenabschnitt von Lindhorst bis Löhne mit einem dritten und vierten Gleis bis Minden, Vmax 230 km/h, zu versehen und

bb) für eine Ertüchtigung von 2 der 4 vorhandenen Gleise ab Porta Westfalica über Bad Oeynhausen bis Löhne, Vmax 180 km/h, zu sorgen.

4. Die unter 2. beschriebenen Maßnahmen im Bundesverkehrswegeplan 2030 als vordringlichen Bedarf, wie im derzeit noch gültigen Bundesverkehrswegeplan vorgesehen, festzusetzen.

## Antrag Nr. C 121 - KV Nienburg

Rx-Apothekenversandhandel erhalten

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass auch zukünftig der rezeptpflichtige Onlineversand von Medikamenten möglich bleibt. Ein Versandverbot schränkt vor allem die Möglichkeiten der Menschen in ländlich strukturierten Gebieten ein und gefährdet die wohnortnahe Versorgung mit rezeptpflichtigen Medikamenten. Die Daseinsvorsorge für eine immer älter werdende Generation muss in diesen dünn besiedelten Regionen des Landes gesichert werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 121 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## Antrag Nr. C 122 - KV Nienburg

Annullierung von Kinderehen

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass Ehen von Kindern unter 16 Jahren ausnahmslos annulliert werden müssen. Bei Ehen von Jugendlichen im Alter von 16-17 Jahren muss gemäß unserer bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen ein Familiengericht nachträglich die Ehemündigkeit und den Willen zur Ehe feststellen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 6, C 68 und C 122 gemeinsam zu behandeln und in der Fassung des Antrags C 6 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 123 - KV Nordsachsen

Verunglimpfungen und Beleidigungen von Polizei-, Sicherheits- oder Katastrophenschutzorganen

Die CDU spricht sich dafür aus, dass Verunglimpfungen und Beleidigungen von Polizei-, Sicherheits- oder Katastrophenschutzorganen durch Zeichen (z.B. „A.C.A.B.“ [„All Cops are Bastards“ – „Alle Polizisten sind Bastarde“], „Soldaten sind Mörder“), Schriften oder Wort künftig unter Strafe gestellt werden und nach dem Strafgesetzbuch entsprechend zu verfolgen sind. Schmähungen und Beleidigungen gegenüber Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr, Rettungsdienst, THW und der öffentlichen Verwaltung sind für uns ein klarer Ausdruck der Ablehnung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Deshalb müssen diese verboten werden!

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 15 und C 123 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU fordert, den gesetzlichen und tatsächlichen Schutz von Polizisten und Soldaten sowie anderen Einsatzkräfte zu erweitern. Dazu gehört auch der Einsatz für Wertschätzung und Respekt für die Arbeit von Polizisten, Soldaten und anderen Einsatzkräften, die Repräsentanten staatlicher Gewalt sind. Beleidigungen, Schmähungen und Verunglimpfungen gegen amtshandelnde Personen und Behörden sind Ausdruck fehlenden Respekts und Wertschätzung und werden von uns zutiefst verurteilt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird daher aufgefordert zu prüfen, wie ein verbesserter Schutz gesetzlich umgesetzt werden kann.

## Antrag Nr. C 124 - KV Oldenburg-Stadt

Internationales Verbot von Schweröl als Schiffstreibstoff

Der Bundesparteitag fordert ein internationales Verbot von Schweröl als Schiffstreibstoff.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 124 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 125 - KV Oldenburg-Stadt

Aufnahme der Schiffsemissionen in die Reduktionsziele zum Klimaschutz

Der Bundesparteitag fordert die Aufnahme von Schiffsemissionen in die

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 125 in folgender Fassung anzunehmen:

europäischen und deutschen Reduktionsziele zum Klimaschutz.

Die CDU fordert die Aufnahme von Schiffsemissionen in die Reduktionsziele zum Klimaschutz. Diese Maßnahme sollte angesichts der grenzübergreifenden Dimension des Schiffsverkehrs möglichst auch grenzübergreifend verankert werden.

### **Antrag Nr. C 126 - KV Oldenburg-Stadt**

Die Bundestagsfraktion wird beauftragt zu prüfen, wie weiterhin den Hochschulen urhebergeschützte Texte zur Verfügung gestellt werden können. Des Weiteren wird die Bundestagsfraktion gebeten, mittelfristig das Urheberrecht so anzupassen, dass die Hochschulen die Bereitstellung urhebergeschützter Texte wieder pauschal vergüten können - analog zu anderen Medien auch.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 126 anzunehmen.

Dabei sollen die Rechte der Urheber angemessen gewahrt werden, ohne jedoch die Lehre an den Hochschulen zu behindern.

### **Antrag Nr. C 127 - KV Oldenburg-Stadt**

Freisprecheinrichtungen für Kraftfahrzeuge verpflichtend

Der Bundesparteitag fordert für alle neuzugelassenen Kraftfahrzeuge den verpflichtenden Einbau von Freisprecheinrichtungen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 127 abzulehnen.

### **Antrag Nr. C 128 - KV Ravensburg**

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass die Planung von Bundesstraßen weiterhin in der Verantwortung der Länder bleibt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 128 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

### **Antrag Nr. C 129 - KV Ravensburg**

Die CDU Deutschlands spricht sich gegen die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene aus.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 129 anzunehmen.

### **Antrag Nr. C 130 - KV Reutlingen**

Verbot der Vollverschleierung (im folgenden Burkaverbot genannt)

Die CDU Deutschlands spricht sich für ein generelles Verbot der Vollverschleierung in allen öffentlichen Räumen aus und fordert entsprechende Gesetzesinitiativen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 36, C 59, C 66, C 88, C 102 und C 130 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Vollverschleierung klare Grenzen setzen

Burka und andere Vollverschleierungen passen nicht zu unserem Land und unserer freiheitlichen Kultur. Sie steht mit ihrer frauenverachtenden Symbolik im Widerspruch zur Gleichberechtigung und Würde der Frau. Sie leistet Parallelgesellschaften Vorschub und ist damit ein Integrationshemmnis. Die Vollverschleierung

widerspricht unserem gesellschaftlichen Konsens. Wir lehnen sie daher ab und fordern, dass alle Menschen ihr Gesicht zeigen. Jedenfalls in bestimmten Bereichen ist es für das Funktionieren unserer Rechtsordnung unverzichtbar, dieses auch rechtlich einzufordern:

- Staatliche Institutionen repräsentieren unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Vollverschleierung im öffentlichen Dienst ist inakzeptabel.
- Dies gilt gerade auch für den Bildungsbereich. In Kitas, Schulen und Hochschulen ist kein Platz für Vollverschleierung.
- Im Gericht muss das Gesicht der Verfahrensbeteiligten vollständig sichtbar und erkennbar sein.
- Dort, wo eine Identifizierung notwendig und geboten ist (bei Passkontrollen, bei Verkehrskontrollen, im Meldeamt, Standesamt etc.), muss das Zeigen des Gesichts auch durchgesetzt werden können.
- Jeder muss bei Demonstrationen sein Gesicht zeigen. Unser Rechtsstaat kann Vollverschleierung hier nicht akzeptieren.
- Vollverschleierung ist überdies in solchen Situationen zu verbieten, in denen sie eine Gefahr für andere wird. Dies gilt insbesondere im Straßenverkehr.

Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundes- und Länderebene schaffen, damit Verstöße gegen das Verbot der Vollverschleierung in den genannten öffentlichen Bereichen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

## **Antrag Nr. C 131 - KV Reutlingen**

Beibehaltung von Bargeld

Die CDU Deutschlands fordert die Beibehaltung von Bargeld als Zahlungsmittel.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 96 und C 131 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Beibehaltung von Bargeld

Die CDU Deutschlands fordert die Beibehaltung von Bargeld als Zahlungsmittel.

**Antrag Nr. C 132 - KV Reutlingen**

Ersatzlose Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Die CDU Deutschlands fordert die ersatzlose Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis zum Ende dieser Legislaturperiode.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 132 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

**Antrag Nr. C 133 - KV Rhein-Erft**

Anerkennung der Entgeltpunkte für nicht erwerbsmäßige Pflege in der FLEXI Rente

Die Bundesregierung erkennt Entgeltpunkte für nicht erwerbsmäßige Pflege in der FLEXI Rente an.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 133 in folgender Fassung anzunehmen:

Einbeziehung von Pflegezeiten ins Flexi-Renten-Modell

Pflegende Angehörige sollten auch dann noch ihre Rentenanwartschaften steigern können, wenn sie nach dem Eintritt in die Rente pflegen. Denn rund ein Drittel aller pflegenden Angehörigen ist bereits über 65 Jahre alt. Damit wird die nicht-erwerbsmäßige Pflege Tätigkeit auch nach Eintritt in die Rente der Erwerbsarbeit im Flexi-Rentenrecht gleichgestellt.

**Antrag Nr. C 134 - KV Rhein-Erft**

Wohnungsbau durch steuerliche Anreize fördern

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die steuerliche Absetzbarkeit von Wohnungsneubauten zu verbessern. Hierzu sollten die Abschreibungssätze bei Neubauten erhöht und Sonderabschreibungen für den Fall eingeführt werden, dass veraltete Immobilien abgerissen und durch neue Wohnimmobilien ersetzt werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 134 in folgender Fassung anzunehmen:

Wohnungsbau durch steuerliche Anreize fördern

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die steuerliche Absetzbarkeit von Mietwohnungsneubauten zu verbessern. Hierzu sollten die Abschreibungssätze bei Neubauten erhöht werden.

**Antrag Nr. C 135 - KV Rhein-Kreis Neuss**

GEMA Rahmenvertrag

Die CDU Rhein-Kreis Neuss fordert die CDU Deutschlands auf, das Verfahren um den zum 1. Oktober 2016 gekündigten bzw. geänderten GEMA-Rahmenvertrag in der bis Ende September praktizierten Ausgestaltung wiederaufzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 22 und C 135 gemeinsam zu beraten und diese abzulehnen.

**Antrag Nr. C 136 - KV Rhein-Neckar**

Sympathiewerbung für Terrororganisation muss strafbar werden

Wer für eine terroristische Vereinigung wirbt, indem er seine Sympathie zum Ausdruck bringt, muss konsequent und hart bestraft werden. Derartige Sympathiewerbungen verbreiten sich über das Internet rasch und in großer Zahl,

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 136 anzunehmen.

sie sind der geistige Nährboden für terroristische Gewalt.

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Werbung für eine terroristische Vereinigung auch dann strafbar ist, wenn gegen eine solche Organisation noch kein vereinsrechtliches Betätigungsverbot besteht.

2002 wurde nicht nachvollziehbar in § 129a Strafgesetzbuch (StGB) die Tathandlung des „Werbens“ eingeschränkt auf das Werben um Mitglieder oder Unterstützer. Hier ist auch aufgrund der Entwicklung der sozialen Medien eine empfindliche Strafbarkeitslücke entstanden, denn Sympathiewerbung ist ein zentrales Element in der Rekrutierung neuer Anhänger. Es reicht in diesem Zusammenhang nicht aus, auf komplizierte und langwierige Vereins- oder Betätigungsverbote nach dem Vereinsgesetz zu warten. Die Werbung für eine terroristische Vereinigung ist mit unserer Werteordnung so absolut unvereinbar, dass sie aus sich heraus strafbar sein muss - auch ohne vereinsrechtliche Verbote.

## **Antrag Nr. C 137 - KV Rhein-Neckar**

Zahl der Rückführungen stark steigern -  
Zahlung von Entwicklungshilfe an Rücknahmebereitschaft koppeln

Die CDU Deutschlands tritt dafür ein, dass abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Wir wollen alles dafür tun, dass die Zahl der Rückführungen stark steigt und wir ein eindeutiges Signal in die Herkunftsländer senden: Migranten, die nicht schutzbedürftig sind und gleichwohl in Deutschland einen Asylantrag stellen, haben keine Aussicht auf einen Aufenthalt. Sie sollten sich am besten erst gar nicht auf den Weg in unser Land machen.

Mit der Asylgesetzgebung der vergangenen Monate haben wir die Grundlage für die Erhöhung der Zahl der Rückführungen gelegt. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun. Standen im Jahr 2015 mehr als 200.000 Ausreisepflichtigen 22.000 Rückführungen und etwas mehr als 35.000 geförderte Ausreisen gegenüber, so betrug die Zahl der Ausreisepflichtigen im Sommer 2016 schon mehr als 215.000 bei 16.000 Rückführungen und weiteren 35.000 geförderten Ausreisen.

Der deutlichen Steigerung der Zahl der Abschiebungen stehen verschiedene Hindernisse entgegen. Neben der mangelnden Kooperation der Ausreisepflichtigen ist dabei entscheidend, dass sich zahlreiche Herkunftsländer völkerrechtswidrig weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen, oder nur ungenügend kooperieren. So verweigern Herkunftsländer die Annahme von EU-Laissez-Passer (Passersatzpapieren) oder die Anhörung der Rückkehrpflichtigen außerhalb der Botschaft bzw. der Konsulate, sie benennen Obergrenzen für Rückführungen, sie bestehen auf der Benutzung von Linienflügen, dem Transfer durch eine nationale Fluglinie oder beharren auf bestimmten Zielorten.

Die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern ist angesichts ihrer gewaltigen Zahl Teil unserer nationalen Interessen und muss zentrales Element unserer Außenpolitik werden. Unser Ziel ist es, durch wirksame Anreize aus allen Politikbereichen Herkunftsländer zu einer Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu bewegen. Die Zahlung von Entwicklungshilfe wollen wir deshalb an die Rücknahmebereitschaft koppeln. Dort, wo sich Regierungen der Kooperation bei der Rücknahme illegaler Migranten verweigern, muss es auch zur Streichung von Zahlungen kommen. Wir sind sicher, dass bereits die Androhung einer solchen Maßnahme zu einem Umdenken in den

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 137 in folgender Fassung anzunehmen:

Zahl der Rückführungen weiter steigern -  
Zahlung von Entwicklungshilfe grundsätzlich an Rücknahmebereitschaft koppeln

Die CDU Deutschlands tritt dafür ein, dass abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Wir wollen noch mehr Anstrengungen unternehmen, um die Zahl der Rückführungen weiter zu steigern und ein eindeutiges Signal in die Herkunftsländer zu senden: Flüchtlinge, die nicht schutzbedürftig sind und gleichwohl in Deutschland einen Asylantrag stellen, haben keine Aussicht auf einen Aufenthalt. Sie sollten sich am besten erst gar nicht auf den Weg in unser Land machen.

Mit der Asylgesetzgebung der vergangenen Monate haben wir die Grundlage für die Erhöhung der Zahl der Rückführungen gelegt. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun. Standen im Jahr 2015 mehr als 200 000 Ausreisepflichtigen 22 000 Rückführungen und etwas mehr als 35 000 geförderte Ausreisen gegenüber, so betrug die Zahl der Ausreisepflichtigen im Sommer 2016 schon mehr als 215 000 bei 16 000 Rückführungen und weiteren 35 000 geförderten Ausreisen.

Der deutlichen Steigerung der Zahl der Abschiebungen stehen verschiedene Hindernisse entgegen. Neben der mangelnden Kooperation der Ausreisepflichtigen ist dabei entscheidend, dass sich zahlreiche Herkunftsländer völkerrechtswidrig weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen, oder nur

Herkunftsländern führen wird.

ungenügend kooperieren. So verweigern Herkunftsländer die Annahme von EU-Laissez-Passer (Passersatzpapieren) oder die Anhörung der Rückkehrpflichtigen außerhalb der Botschaft bzw. der Konsulate, sie benennen Obergrenzen für Rückführungen, sie bestehen auf der Benutzung von Linienflügen, dem Transfer durch eine nationale Fluglinie oder beharren auf bestimmten Zielorten.

Die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern ist angesichts ihrer großen Zahl Teil unserer nationalen Interessen und muss ein unentbehrliches Element unserer Außenpolitik werden. Unser Ziel ist es, durch wirksame Anreize aus allen Politikbereichen Herkunftsländer zu einer Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu bewegen. Wir wollen Entwicklungsleistungen an die grundsätzliche Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer koppeln. Unsere Entwicklungshilfe ist an feste Zusagen und Reformen in den Empfängerländern gekoppelt. Ist ein Partnerland nicht willens, seinen Verpflichtungen nachzukommen, muss das Konsequenzen haben. Strafen dürfen jedoch weder zu einer Gefährdung der Erfolge der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit, zu einer Schwächung oder einem Zerfall des Staates noch zu einer Erhöhung der Flüchtlingszahlen führen. Dies wäre gegen unsere eigenen Interessen.

## **Antrag Nr. C 138 - KV Rhein-Neckar**

Terroristen müssen deutsche Staatsangehörigkeit verlieren

Gegen den Islamischen Staat wollen wir mit aller Härte vorgehen. Wer sich einer solchen Terrororganisation anschließt, dokumentiert damit seine Abkehr von allen unseren Werten und unserer Verfassung.

Die CDU Deutschlands tritt deshalb dafür ein, dass Doppelstaater, die sich in Deutschland an einem Terroranschlag beteiligen oder sich im Ausland einer Terrororganisation anschließen, sei es, indem sie diese aktiv unterstützen, sich für ihren bewaffneten Kampf ausbilden lassen oder gar selbst an Kampfhandlungen teilnehmen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.

Bereits heute regelt § 28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, dass ein Deutscher, der aufgrund freiwilliger Verpflichtung ohne eine Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung oder ohne Berechtigung aufgrund eines zwischenstaatlichen Vertrages in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates eintritt, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, die deutsche Staatsangehörigkeit verliert.

Eine solche Regelung muss erst recht für eine menschenverachtende Terrororganisation gelten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 138 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 139 - KV Rhein-Neckar

Für eine kinderfreundliche Gesellschaft

Eine Gesellschaft, die Kinder schützt, freundlich aufnimmt und sie oder ihre Eltern nicht diskriminiert, ist selbstverständlich, aber nicht immer Realität, wie etwa kinderfreie Hotels oder Gaststätten zeigen. Die CDU Deutschlands lehnt jede Form der Ausgrenzung von Kindern und ihrer Eltern ab. Wir treten ein, für eine Gesellschaft, die geprägt ist von gegenseitiger Rücksichtnahme und Respekt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern wir auf, geeignete gesetzgeberische Initiativen auf den Weg zu bringen, um den Schutz von Kindern und ihrer Eltern vor Diskriminierung zu verbessern.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 139 anzunehmen.

## Antrag Nr. C 140 - KV Rhein-Neckar

Auf Zins- und Kapitalerträge wird ein Freibetrag von 10 000 Euro eingeführt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 140 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

## Antrag Nr. C 141 - KV Rhein-Neckar

Die CDU spricht sich dafür aus, dass Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren. Dabei sind die gesetzlichen Vorgaben für die maximale tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden zu erhöhen, sowie die Mindestdauer der Pause nach einem Arbeitstag auf 8 Stunden zu reduzieren. Die maximal zulässige Wochenarbeitszeit bleibt davon unberührt. Für einzelne Berufsgruppen können die Sozialpartner kürzere tägliche Maximalarbeitszeiten bzw. längere Pausen nach einem Arbeitstag festlegen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 141 an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales zu überweisen.

## Antrag Nr. C 142 - KV Rhein-Neckar

Die Kaffeesteuer wird abgeschafft.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 142 an den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie zu überweisen.

## Antrag Nr. C 143 - KV Rhein-Neckar

Flüchtlingszustrom dauerhaft begrenzen

Mit den von der unionsgeführten Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen ist es uns in den vergangenen Monaten gelungen, den Zustrom von Schutzsuchenden und Migrantinnen drastisch zu senken: Kamen im Herbst 2015 noch mehr als 100.000 Personen pro Monat, sind es heute nur noch wenige Tausend. Wir wollen in den nächsten Monaten alles dafür tun, dass die Zahl dauerhaft niedrig bleibt und die Zuwanderung auf ein Maß begrenzt wird, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt und die Integrationsfähigkeit nicht überfordert. Eine Situation wie im vergangenen Herbst darf und kann sich nicht wiederholen. Die CDU Deutschlands tritt deshalb dafür ein,

- alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Zahl der Abschiebungen in den nächsten Monaten weiter stark steigt. Wir wollen ganz deutlich machen: Menschen, die nicht schutzbedürftig sind und gleichwohl einen Asylantrag stellen, haben keine Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 92, C 143 und C 146 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Migration und Integration

Die CDU Deutschlands begrüßt die ergriffenen Maßnahmen, um die Zahl der Flüchtlinge spürbar und nachhaltig zu reduzieren. Dieses Ziel ist vor allem durch die Schließung der Balkanroute, den Abschluss des EU-Türkei-Abkommens und eine intensivere Bekämpfung der Fluchtursachen erreicht worden. Die Bundespolizei weist an der deutschen Grenze auch verstärkt Flüchtlinge ab. Ziel muss es jedoch sein, dass die Entscheidung über die Einreise schon an den europäischen

Um die Zahl der Rückführungen zu erhöhen, ist es erforderlich, die Abschiebehaft zu ertüchtigen und einen neuen „Aufenthaltstitel“ einzuführen: Insbesondere für den Fall, in dem eine Abschiebung nicht möglich ist, weil der Ausländer die Behörden über Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder an der Passersatzbeschaffung nicht ausreichend mitwirkt, soll in Zukunft keine Duldung mehr erteilt werden. Künftig soll dieser Personenkreis nur noch eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht erhalten.

- den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte nicht nur bis zum 16. März 2018, sondern grundsätzlich in den ersten beiden Jahren auszusetzen und nach Ablauf dieser Frist an die Voraussetzung zu knüpfen, dass der Schutzberechtigte seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern vermag und über genügenden Wohnraum für sich und seine nachziehenden Familienangehörigen verfügt.
- Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union gerecht zu verteilen. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Asylpolitik. Deutschland hat nicht allein 2015, sondern auch bereits 2013 und 2014 zu den Ländern in der EU gehört, die die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. Dass gerade unser Land für viele Flüchtlinge das Ziel ist, liegt nicht zuletzt an unseren hohen Sozialstandards. Eine Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas kann nur gelingen, wenn wir diese Sogwirkung abbauen und neue Faktoren mit Sogwirkung vermeiden. Dazu muss zwingend ein einheitliches Niveau bei den Sozialleistungen ebenso gehören wie ähnliche Entscheidungsmaßstäbe.
- das erfolgreiche Modell des EU-Türkei-Abkommens auf die zentrale Mittelmeerroute zu übertragen, entsprechende Abkommen mit den nordafrikanischen Staaten auszuhandeln und den Aufbau zentraler Einrichtungen mit EU-Mitteln zu unterstützen, in die alle aufgegriffenen Bootsflüchtlinge zurückgebracht werden.
- den EU-Außengrenzschutz weiter zu stärken. Ohne einen wirksamen Schutz der Außengrenzen wird es auf Dauer keine Reisefreiheit in der EU geben. Sollte es nicht gelingen, einen wirksamen Schutz der Außengrenzen des SchengenRaumes durchzusetzen und es zu einem Systemversagen des europäischen Grenzschutz- und Asylsystems kommen, muss Deutschland sich als ultima ratio die Zurückweisung von Personen vorbehalten, die aus Drittstaaten kommend die Grenzen unseres Landes überschreiten wollen.

Außengrenzen getroffen wird.

Weiterhin haben die beiden vom Bundestag verabschiedeten Asylpakete dazu geführt, dass wir in Deutschland mittlerweile eines der strengsten Asylsysteme europaweit haben. Unter anderem wurde der Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ausgesetzt, die Asylverfahren deutlich beschleunigt und die Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive erleichtert.

Mit dem Integrationsgesetz hat die Bundespolitik den Grundsatz des Förderns und Forderns durchgesetzt. Wir bieten denjenigen, die schutzbedürftig sind und längere Zeit bei uns bleiben werden, die Aufnahme in unsere Gesellschaft an. Dafür können wir aber auch den Willen zur Integration verlangen. Ist dieser nicht vorhanden, führt dies zu Leistungskürzungen. Entscheidende Mittel zur Integration sind Sprache und Arbeit. Uns ist bewusst, dass gerade bei der Integration über den Arbeitsmarkt noch ein langer und steiniger Weg vor uns liegt. Für uns ist klar: Deutschland muss weltoffen und plural bleiben. Wir treten ein für Vielfalt. Wir wenden uns aber gegen ein „Multikulti“, das keine klaren Regeln setzt und Parallelgesellschaften zulässt.

Auch auf europäischer Ebene wurden Maßnahmen in die Wege geleitet. So wird die Einrichtung der EU-Agentur für den Grenz- und Küstenschutz zu einem besseren Schutz der Außengrenzen führen. Vor allem Griechenland hat von der EU viel Unterstützung zum Ausbau seiner Grenzschutzbehörden erhalten. Enttäuschend ist allerdings, dass es in absehbarer Zeit wohl zu keinem EU-weiten Verteilungsschlüssel kommen wird. Dieser muss jedoch auch in Zukunft das Ziel der deutschen Politik sein.

Wenig hilfreich agiert der Koalitionspartner der Union im Bund. So blockiert die SPD mit Unterstützung der Grünen die Umsetzung weiterer Maßnahmen, wie etwa die Aufnahme dreier Maghreb-Staaten in den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten.

Für uns ist klar: Eine Situation wie im Herbst des letzten Jahres darf sich nicht wiederholen. Dies würde unsere Integrationsfähigkeit überfordern. Die Politik arbeitet deshalb bereits intensiv daran, dass die Zahl der Flüchtlinge nicht wieder ansteigt. Denn die Fluchtursachen bestehen nach wie vor. Der Krieg in Syrien dauert an. Der sogenannte Islamische Staat ist nun auch in

Nordafrika aktiv. Die Armut wurde in den letzten Jahren in vielen Teilen der Welt deutlich verringert, doch leiden noch immer zu viele Menschen Not. Gleichzeitig erfüllt uns die politische Situation in der Türkei mit Sorge, auch im Hinblick auf den Fortbestand des EU-Türkei-Abkommens.

Die CDU Deutschlands tritt für das folgende System ein: In den von der Union bereits in der Vergangenheit geforderten, bislang aber von der SPD abgelehnten Transitzentren wird eine Differenzierung nach Bleibeperspektive vorgenommen. Zur Entlastung unserer Städte und Gemeinden werden nur diejenigen, die eine gute Bleibeperspektive haben, aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen verteilt.

Wir begrüßen die Gesetzesinitiative von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, um die Ausreisepflicht besser durchzusetzen und damit die Zahl der Rückführungen weiter zu erhöhen. Im Gesetz wird geregelt, dass die Abschiebehaft ertüchtigt wird. Gleichzeitig soll eine Duldung nur noch denjenigen gewährt werden, deren Abschiebehindernis nicht selbstverschuldet ist. Personen, die die Behörden über Identität oder Staatsangehörigkeit täuschen oder an der Passersatzbeschaffung nicht ausreichend mitwirken, erhalten nur noch eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht.

Der Parteitag der CDU Deutschlands fordert,

1. an den EU-Außengrenzen Kontrollen zu gewährleisten, um nur solche Flüchtlinge in das Gebiet der EU zu lassen, die erkennbar schutzbedürftig sind und deren Identität und Nationalität geklärt ist;
2. bis zur Realisierung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen muss es weiter die Möglichkeit von Grenzkontrollen im Innern des Schengen-Raums geben. Darüber hinaus treten wir grundsätzlich für Transitzonen im Landgrenzenverfahren zur besseren Kontrolle unserer Grenzen ein. In diesen Transitzonen soll ein beschleunigtes Verfahren für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive durchgeführt werden;
3. sich auf europäischer Ebene für die Einrichtung von Registrierungszentren auch außerhalb des EU-Gebiets einzusetzen, um bereits dort die Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen

vornehmen zu können. Zudem ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in ihren Herkunftsregionen noch stärker zu unterstützen, um den Menschen vor Ort eine Bleibeperspektive zu bieten;

4. Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens zu schließen, um Menschenhändlern das Geschäftsmodell zu nehmen, das Sterben im Mittelmeer und in der Sahara zu beenden und im Nahen und Mittleren Osten und Afrika die Ursachen für Migration zu bekämpfen;

5. ein einheitliches europäisches Asylsystem. Dazu gehören europaweit ähnliche Entscheidungsmaßstäbe sowie Maßnahmen, die den Missbrauch des Asylrechts wirksam verhindern;

6. das Minimum für Asylbewerberleistungen orientiert an der jeweiligen Kaufkraft EU-weit festzulegen;

7. Flüchtlinge mit schlechter Bleibeperspektive sollen von den Ländern aus den Erstaufnahmeeinrichtungen gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden;

8. Altfälle im Asylverfahren durch das BAMF zügig abzuschließen;

9. Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen und Herkunftsstaaten europaweit einheitlich zu bewerten;

10. Entwicklungsleistungen an die grundsätzliche Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer zu koppeln; Strafen dürfen jedoch nicht die Erfolge der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit gefährden.

11. die freiwilligen Rückreisen weiter zu stärken. Gleichzeitig müssen die Länder ihrer Pflicht nachkommen und abgelehnte Asylbewerber konsequent und zügig zurückführen;

12. das bereits geltende Recht anzuwenden und Migranten, die dort Urlaub machen, wo sie angeblich verfolgt werden, konsequent den Schutzstatus abzuerkennen;

13. die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive durch schnelle Behördenentscheidungen zu beschleunigen;

14. die mit dem Integrationsgesetz neugeschaffenen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten (AGHs) zügig zu besetzen;

15. die Bundesländer aufzufordern, für die Beschulung von Migranten eigene Lehrpläne für Berufsintegrations- und Sprachintensivklassen zu erstellen.

## Antrag Nr. C 144 - KV Schaumburg

Neue Rentenreform

Der Bundesparteitag möge beschließen, dass das Rentensystem von einer Umlage- und beitragsfinanzierten Rente zu einer kapitalgedeckten Rente umgewandelt wird. Der abschlagsfreie Eintritt in die Rente soll unabhängig vom Alter nach 45 Versicherungsjahren erfolgen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 144 abzulehnen.

## Antrag Nr. C 145 - KV Sigmaringen

Kurzzeitpflege

1. Die CDU Deutschlands fordert die CDU-Fraktionen der Landtage, des Abgeordnetenhauses und der Bürgerschaften auf, über die Entwicklung der Anzahl der Kurzzeitpflegeplätze Berichte anzufordern und den Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze zu fördern.

2. Die CDU Deutschlands fordert die CDU-Fraktionen der Landtage, des Abgeordnetenhauses und der Bürgerschaften auf, im Bereich der Kurzzeitpflege von der Vorgabe der Einbettzimmer – sofern dies in ihrem Bundesland zutrifft – Abstand zu nehmen.

3. Die beteiligten Kostenträger werden aufgefordert, unabhängig von der Pauschale der Pflegeversicherung höhere Vergütungen zu vereinbaren, um den Ausbau von solitären Kurzzeitpflegeplätzen und die Umnutzung von Krankenhausstationen zu fördern.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 145 an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin zu überweisen.

## Antrag Nr. C 146 - KV Trier-Saarburg

Nachhaltige Kontrolle in der Flüchtlings- und Migrationspolitik

(1) Die CDU tritt für eine nachhaltige Sicherung der EU-Außengrenzen gegen den unkontrollierten Massenzustrom illegaler Migranten ein, da andernfalls die Europäische Union zu scheitern droht und zudem eine wirksame Politik zum Schutz von Flüchtlingen und Asylbewerbern unmöglich gemacht wird. Sollte dies nicht gelingen, so ist die deutsche Grenze angemessen zu sichern.

(2) Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine rechtskonforme Handhabung des Asylrechts zu gewährleisten und dem massenhaften Missbrauch konsequent zu begegnen. Insbesondere soll die Bundesregierung dafür sorgen, dass die massenhafte Duldung von rechtmäßig abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland zügig beendet wird und diese Personen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 92, C 143 und C 146 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Migration und Integration

Die CDU Deutschlands begrüßt die ergriffenen Maßnahmen, um die Zahl der Flüchtlinge spürbar und nachhaltig zu reduzieren. Dieses Ziel ist vor allem durch die Schließung der Balkanroute, den Abschluss des EU-Türkei-Abkommens und eine intensivere Bekämpfung der Fluchtursachen erreicht worden. Die Bundespolizei weist an der deutschen Grenze auch verstärkt Flüchtlinge ab. Ziel muss es jedoch sein, dass die Entscheidung

- (3) Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Bundeszuständigkeit für die Durchführung von Abschiebungen gesetzlich zu begründen, da besonders die rot-grün regierten Bundesländer bei dieser wichtigen Aufgabe versagen.
- (4) Die CDU sieht, dass es bei der Aufnahme von Flüchtlingen eine Grenze der Belastung für unsere Gesellschaft gibt. Daher sollte darauf geachtet werden, dass bei der Aufnahme von Flüchtlingen diese Grenze nicht überschritten wird.
- (5) Die CDU fordert die Bundesregierung auf, das Asylverfahren in der Weise zu ändern, dass in der Regel eine Anerkennung als Asylbewerber eine vorherige Antragstellung und Prüfung über die deutschen Botschaften und Konsulate in den Herkunftsländern zur Voraussetzung hat. Asylbewerber an den deutschen Grenzen sollen grundsätzlich bis zur Entscheidung über ihren Antrag in grenznahen Sammelunterkünften untergebracht oder bei Verdacht auf illegalen Grenzübertritt sowie illegale Dokumente unmittelbar an der Grenze zurückgewiesen werden.
- a. Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass an allen EU-Außengrenzen in derselben Weise mit Flüchtlingen und Asylbewerbern verfahren wird.
- (6) Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Genfer Flüchtlingskonvention dahingehend zu ändern, dass Flüchtlinge nicht mehr auf europäischem Territorium aufgenommen werden müssen, jedoch alle europäischen Staaten die Unterbringung und Versorgung von Kriegsflüchtlingen von anderen Kontinenten vor Ort stärker mitfinanzieren, um den unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen auf europäisches Territorium möglichst zu vermeiden.

über die Einreise schon an den europäischen Außengrenzen getroffen wird.

Weiterhin haben die beiden vom Bundestag verabschiedeten Asylypakete dazu geführt, dass wir in Deutschland mittlerweile eines der strengsten Asylsysteme europaweit haben. Unter anderem wurde der Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ausgesetzt, die Asylverfahren deutlich beschleunigt und die Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive erleichtert.

Mit dem Integrationsgesetz hat die Bundespolitik den Grundsatz des Förderns und Forderns durchgesetzt. Wir bieten denjenigen, die schutzbedürftig sind und längere Zeit bei uns bleiben werden, die Aufnahme in unsere Gesellschaft an. Dafür können wir aber auch den Willen zur Integration verlangen. Ist dieser nicht vorhanden, führt dies zu Leistungskürzungen. Entscheidende Mittel zur Integration sind Sprache und Arbeit. Uns ist bewusst, dass gerade bei der Integration über den Arbeitsmarkt noch ein langer und steiniger Weg vor uns liegt. Für uns ist klar: Deutschland muss weltoffen und plural bleiben. Wir treten ein für Vielfalt. Wir wenden uns aber gegen ein „Multikulti“, das keine klaren Regeln setzt und Parallelgesellschaften zulässt.

Auch auf europäischer Ebene wurden Maßnahmen in die Wege geleitet. So wird die Einrichtung der EU-Agentur für den Grenz- und Küstenschutz zu einem besseren Schutz der Außengrenzen führen. Vor allem Griechenland hat von der EU viel Unterstützung zum Ausbau seiner Grenzschutzbehörden erhalten. Enttäuschend ist allerdings, dass es in absehbarer Zeit wohl zu keinem EU-weiten Verteilungsschlüssel kommen wird. Dieser muss jedoch auch in Zukunft das Ziel der deutschen Politik sein.

Wenig hilfreich agiert der Koalitionspartner der Union im Bund. So blockiert die SPD mit Unterstützung der Grünen die Umsetzung weiterer Maßnahmen, wie etwa die Aufnahme dreier Maghreb-Staaten in den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten.

Für uns ist klar: Eine Situation wie im Herbst des letzten Jahres darf sich nicht wiederholen. Dies würde unsere Integrationsfähigkeit überfordern. Die Politik arbeitet deshalb bereits intensiv daran, dass die Zahl der Flüchtlinge nicht wieder ansteigt. Denn die Fluchtursachen bestehen nach wie vor. Der Krieg in Syrien dauert an. Der

sogenannte Islamische Staat ist nun auch in Nordafrika aktiv. Die Armut wurde in den letzten Jahren in vielen Teilen der Welt deutlich verringert, doch leiden noch immer zu viele Menschen Not. Gleichzeitig erfüllt uns die politische Situation in der Türkei mit Sorge, auch im Hinblick auf den Fortbestand des EU-Türkei-Abkommens.

Die CDU Deutschlands tritt für das folgende System ein: In den von der Union bereits in der Vergangenheit geforderten, bislang aber von der SPD abgelehnten Transitzentren wird eine Differenzierung nach Bleibeperspektive vorgenommen. Zur Entlastung unserer Städte und Gemeinden werden nur diejenigen, die eine gute Bleibeperspektive haben, aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen verteilt.

Wir begrüßen die Gesetzesinitiative von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, um die Ausreisepflicht besser durchzusetzen und damit die Zahl der Rückführungen weiter zu erhöhen. Im Gesetz wird geregelt, dass die Abschiebehaft ertüchtigt wird. Gleichzeitig soll eine Duldung nur noch denjenigen gewährt werden, deren Abschiebehindernis nicht selbstverschuldet ist. Personen, die die Behörden über Identität oder Staatsangehörigkeit täuschen oder an der Passersatzbeschaffung nicht ausreichend mitwirken, erhalten nur noch eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht.

Der Parteitag der CDU Deutschlands fordert,

1. an den EU-Außengrenzen Kontrollen zu gewährleisten, um nur solche Flüchtlinge in das Gebiet der EU zu lassen, die erkennbar schutzbedürftig sind und deren Identität und Nationalität geklärt ist;
2. bis zur Realisierung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen muss es weiter die Möglichkeit von Grenzkontrollen im Innern des Schengen-Raums geben. Darüber hinaus treten wir grundsätzlich für Transitzonen im Landgrenzenverfahren zur besseren Kontrolle unserer Grenzen ein. In diesen Transitzonen soll ein beschleunigtes Verfahren für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive durchgeführt werden;
3. sich auf europäischer Ebene für die Einrichtung von Registrierungszentren auch außerhalb des EU-Gebiets einzusetzen, um bereits dort die Unterscheidung zwischen

Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen vornehmen zu können. Zudem ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in ihren Herkunftsregionen noch stärker zu unterstützen, um den Menschen vor Ort eine Bleibeperspektive zu bieten;

4. Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens zu schließen, um Menschenhändlern das Geschäftsmodell zu nehmen, das Sterben im Mittelmeer und in der Sahara zu beenden und im Nahen und Mittleren Osten und Afrika die Ursachen für Migration zu bekämpfen;

5. ein einheitliches europäisches Asylsystem. Dazu gehören europaweit ähnliche Entscheidungsmaßstäbe sowie Maßnahmen, die den Missbrauch des Asylrechts wirksam verhindern;

6. das Minimum für Asylbewerberleistungen orientiert an der jeweiligen Kaufkraft EU-weit festzulegen;

7. Flüchtlinge mit schlechter Bleibeperspektive sollen von den Ländern aus den Erstaufnahmeeinrichtungen gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden;

8. Altfälle im Asylverfahren durch das BAMF zügig abzuschließen;

9. Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen und Herkunftsstaaten europaweit einheitlich zu bewerten;

10. Entwicklungsleistungen an die grundsätzliche Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer zu koppeln; Strafen dürfen jedoch nicht die Erfolge der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit gefährden.

11. die freiwilligen Rückreisen weiter zu stärken. Gleichzeitig müssen die Länder ihrer Pflicht nachkommen und abgelehnte Asylbewerber konsequent und zügig zurückführen;

12. das bereits geltende Recht anzuwenden und Migranten, die dort Urlaub machen, wo sie angeblich verfolgt werden, konsequent den Schutzstatus abzuerkennen;

13. die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive durch schnelle

Behördenentscheidungen zu beschleunigen;

14. die mit dem Integrationsgesetz neugeschaffenen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten (AGHs) zügig zu besetzen;

15. die Bundesländer aufzufordern, für die Beschulung von Migranten eigene Lehrpläne für Berufsintegrations- und Sprachintensivklassen zu erstellen.

## Antrag Nr. C 147 - Auslandsverband Brüssel

Starke Impulse Deutschlands für eine Europäische Verteidigungsunion

Die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine durch Russland haben die euro-atlantische Sicherheitsordnung erschüttert. Gleichzeitig haben massive Flüchtlingswellen durch ungelöste Konflikte im Irak, Syrien sowie in Libyen das Ausmaß von Terrorismus und staatlicher Fragilität im unmittelbaren Umfeld der Europäischen Union deutlich gemacht. Zudem stellt der Volksentscheid für einen EU-Austritt Großbritanniens eine Zäsur für die Europäische Union dar. In dieser kritischen Phase ist es die Pflicht Deutschlands, Führungsverantwortung gemeinsam mit Partnern wahrzunehmen und starke Impulse für eine Europäische Verteidigungsunion zu präsentieren. Es ist jetzt die Zeit, den Zusammenhalt und die eigenständige Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die EU muss nun die Werkzeuge nutzen, die bereits im EU-Vertrag von Lissabon angelegt sind. Nur so werden die Mitgliedstaaten zur eigenen Verteidigung, zur Stabilität der europäischen Nachbarschaft in Ost und Süd sowie durch eine faire Lastenteilung zur Stärkung der NATO wirksam beitragen können.

Ein vernetzter Ansatz aus zivilen und militärischen Elementen wird der Herausforderung gerecht, frühzeitiger und wirksamer in unsicherer Nachbarschaft handeln zu können. Zudem muss die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit eng mit der NATO abgestimmt werden, um die europäische Säule innerhalb des Bündnisses zu entwickeln.

Die CDU schlägt daher folgende Schritte auf dem Weg zu einer Europäischen Verteidigungsunion vor:

Das Fähigkeitsrepertoire der nationalen Armeen in der EU muss enger koordiniert und, wo möglich, zusammengelegt werden. Deutschland hat im Rahmen des Weimarer Dreiecks wegweisende Vorschläge erarbeitet und bereits praktische Schritte durch die deutsch-niederländische sowie die deutsch-polnische Verteidigungskooperation getan. Es gilt nun weitere Impulse zu setzen und eine engere Zusammenarbeit durch Initiativen zu verstetigen.

Gemeinsame Projekte zur Schließung bestehender Fähigkeitslücken können mithilfe der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) identifiziert werden. Dazu müssen die EU-Mitgliedstaaten mit der EDA umfassend zusammenarbeiten und wenn nötig diese reformieren und finanziell stärken. Deutschland sollte bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) die Initiative ergreifen, um mit seinen Partnern die Integration von Fähigkeiten voranzutreiben und die Schlagkraft der europäischen Verteidigung zu erhöhen. So trägt Deutschland dazu bei, dass die europäischen Staaten ihre Aufgaben in der NATO besser wahrnehmen können und die territoriale Verteidigungsfunktion der NATO gestärkt wird. Deutschland muss als Anlehnungspartner die Verbesserung der

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 71 und C 147 gemeinsam zu behandeln und in folgender Fassung anzunehmen:

Starke Impulse Deutschlands für eine Europäische Verteidigungsunion

Die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine durch Russland haben die euro-atlantische Sicherheitsordnung erschüttert. Gleichzeitig haben massive Flüchtlingswellen durch ungelöste Konflikte im Irak, Syrien sowie in Libyen das Ausmaß von Terrorismus und staatlicher Fragilität im unmittelbaren Umfeld der Europäischen Union deutlich gemacht. Zudem stellt der Volksentscheid für einen EU-Austritt Großbritanniens eine Zäsur für die Europäische Union dar. In dieser kritischen Phase ist es die Pflicht Deutschlands, seine Führungsverantwortung – möglichst gemeinsam mit Partnern - wahrzunehmen und starke Impulse für eine Europäische Verteidigungsunion zu präsentieren. Es ist jetzt die Zeit, den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die EU muss nun die Werkzeuge nutzen, die bereits im EU-Vertrag von Lissabon angelegt sind. Nur so wird die EU einen wirksamen Beitrag zur Stabilität der europäischen Nachbarschaft in Ost und Süd und auch durch eine faire Lastenteilung zum Zusammenhalt der NATO leisten können.

Ein vernetzter Ansatz aus zivilen und militärischen Elementen wird der Herausforderung gerecht, frühzeitiger und wirksamer in unsicherer Nachbarschaft handeln zu können. Zudem muss die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit eng mit der NATO abgestimmt werden, um die europäische Säule innerhalb des Bündnisses stärken.

Die CDU schlägt daher folgende Schritte auf dem Weg zu einer Europäischen Verteidigungsunion

nahtlosen Zusammenarbeit der Streitkräfte in Europa vorantreiben. Dadurch erreichte höhere Effektivität und schnellere Einsetzbarkeit für bestimmte Konfliktszenarien senkt zudem auch die Kosten, da nicht jeder der 28 Mitgliedstaaten das gesamte Fähigkeitsspektrum bereitstellen muss, sondern sich spezialisieren kann.

Die EU-Verteidigungsminister müssen sich zur Bündelung nationaler Fähigkeiten enger abstimmen und gemeinsame Ziele sowie Aufgaben und Prioritäten festlegen. Ein ständiger EU-Verteidigungsministerrat unter Moderation der Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik kann diese Funktion wahrnehmen. Das führt zu mehr Kohärenz des auswärtigen Handelns der EU. In einem abschließenden Schritt können sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames ständiges zivil-militärisches Hauptquartier zur strategischen Planung und Führung von EU-Einsätzen einigen. Dies würde zu einer schnelleren Einsatzplanung führen und Fähigkeiten effektiver für komplexe Bedrohungs- und Gefahrenlagen einsetzbar machen, ohne zeitintensiv auf ad-hoc-Strukturen der Nationalstaaten oder die NATO zurückgreifen zu müssen.

Ein EU-Weißbuch Verteidigung sollte eine Bestandsaufnahme von Verteidigungs-fähigkeiten in Europa liefern und konkrete Maßnahmen erarbeiten, die zur Erfüllung der gemeinsam definierten Interessen in der Neuen Globalen Strategie der EU notwendig sind. Die Vollendung des gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkts ist dazu ebenso unerlässlich, um die industrielle und technologische Basis in Europa für eine Harmonisierung unter den EU-Mitgliedstaaten zu nutzen sowie wichtiges Know-how und damit auch Arbeitsplätze in Europa sichern zu können.

vor:

Das Fähigkeitsrepertoire der nationalen Armeen in der EU muss enger koordiniert und, wo möglich, zusammengelegt werden. Deutschland hat im Rahmen des Weimarer Dreiecks wegweisende Vorschläge erarbeitet und bereits praktische Schritte z. B. durch das deutsch-niederländische Panzerbataillon sowie die deutsch-polnische Verteidigungskooperation getan. Es gilt nun weitere Impulse zu setzen und eine engere Zusammenarbeit durch Initiativen zu verstetigen.

Bestehende Fähigkeitslücken und gemeinsame Projekte können mithilfe der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) identifiziert werden. Dazu müssen die EU-Mitgliedstaaten mit der EDA umfassend zusammenarbeiten und wenn nötig diese reformieren und finanziell stärken. Deutschland sollte bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) die Initiative ergreifen, um die Integration von Fähigkeiten voranzutreiben und die Schlagkraft der europäischen Verteidigung zu erhöhen. Dies führt ebenso dazu, dass die europäischen Staaten ihre Aufgaben in der NATO besser wahrnehmen können, indem insbesondere die nahtlose Zusammenarbeit unterschiedlicher technischer Systeme verbessert und so die territoriale Verteidigungsfunktion der NATO gestärkt wird. Die dadurch erreichte höhere Effektivität und schnellere Einsetzbarkeit für bestimmte Konfliktszenarien senkt zudem auch die Kosten, da nicht jeder der 28 Mitgliedstaaten das gesamte Fähigkeitsspektrum bereitstellen muss, sondern sich spezialisieren kann. Dessen ungeachtet ist anzustreben, die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren schrittweise auf den Orientierungswert der NATO von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben.

Die EU-Verteidigungsminister müssen sich zur Bündelung nationaler Fähigkeiten enger abstimmen und gemeinsame Ziele sowie Aufgaben und Prioritäten festlegen. Ein ständiger EU-Verteidigungsministerrat unter Moderation der Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik kann diese Funktion wahrnehmen. Das führt zu mehr Kohärenz des auswärtigen Handelns der EU. In einem abschließenden Schritt können sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames ständiges zivil-militärisches Hauptquartier zur strategischen Planung und Führung von EU-Einsätzen einigen. Dies würde zu einer schnelleren Einsatzplanung führen und Fähigkeiten effektiver für komplexe

Bedrohungs- und Gefahrenlagen einsetzbar machen, ohne zeitintensiv auf ad-hoc-Strukturen der Nationalstaaten oder die NATO zurückgreifen zu müssen.

Ein EU-Weißbuch Verteidigung sollte die verteidigungstechnologischen Kapazitäten sowie eine Bestandsaufnahme von Verteidigungsfähigkeiten in Europa liefern und konkrete Maßnahmen erarbeiten, die zur Erfüllung der gemeinsam definierten Interessen in der Neuen Globalen Strategie der EU notwendig sind. Der weitere Ausbau des gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkts ist dazu ebenso unerlässlich, um die industrielle und technologische Basis in Europa für eine Harmonisierung unter den EU-Mitgliedstaaten zu nutzen sowie wichtiges Know-how und damit auch Arbeitsplätze in Europa sichern zu können.